

EINLEITUNG

Epochen des Kampfes im deutschen Osten bis zum Beginn des Weltkrieges 8

Seit den ältesten Zeiten ist das Land zwischen Oder und Memel zum Träger des deutschen Schicksals geworden. Es ist dies gewissermaßen die Bestimmung dieses Landes, dieser Ebene der südbaltischen Ströme, auf welcher seit nahezu zweitausend Jahren die Macht- und Kulturkämpfe zweier starker Rassen ausgefochten werden, der germanischen und der slawischen; es hat in den letzten zwei Jahrtausenden kaum eine Epoche gegeben, wo nicht Deutsche und Polen mit Erbitterung um die Herrschaft im Gebiete zwischen Oder und Memel, dessen Mittelpunkt der Weichselstrom bildet, gerungen hätten.

Ursprünglich, seit etwa 800 v. Chr. Geburt, war das Gebiet westlich der Weichsel und ihres östlichen Nebenflusses, der Wieperz, von germanischen Völkerstämmen bewohnt. Unterhalb der Bugmündung, nach dem baltischen Meere hin, reichte das germanische Volkstum sogar noch bis in die Königsberger Gegend. An der Weichsel findet sich zur Zeit der Völkerwanderung das Kerngebiet der Ostgermanen. Damals berührten die Wenden nur zwischen Bug und Wieperz die mittlere Weichsel.

An der südöstlichen Küste des Baltischen Meeres, östlich von den Germanen, nördlich von den Wenden, hinaufreichend bis an den Finnischen Meerbusen, waren die baltischen Volksstämme ansässig. Sie gehörten weder zur germanischen, noch zur slawischen, noch zur finnischen Völkergruppe. Von den Germanen wurden sie, wie Tacitus berichtet, die Aestii, die Aisti, die Esten, d. h. die im Osten Wohnenden, genannt. Später wanderte der Name der Esten auf ein Volk, das wir heute noch so nennen. Dies hat aber mit den ehemaligen baltischen Esten nichts zu tun, es gehört zur finnischen Völkergruppe.

Schon im Altertum gab es Handelswege der Phönizier, Griechen und Römer zu Lande und zu Wasser in das Land der alten Esten, denn dort bezog man eine Kostbarkeit, welche die Griechen Elektron und die Germanen Glessum (- Glas) nannten und die wir heute als Bernstein bezeichnen.

8

Einleitung: Germanen in Osteuropa 9

Die Schiffe der griechischen Kaufleute gelangten in der Ostsee bis an die Mündung eines großen und glänzenden Flusses, den die Germanen Eridanus nannten. Es mag die Weichsel gewesen sein. Die alten Esten standen in inniger Handelsverbindung mit den germanischen Nachbarvölkern des Westens. So kam es, daß man auf beiden Seiten auch sprachliches und kultisches Gut entlehnte, wie ja schon im Altertum der Handel das Bindeglied zwischen den Kulturen der Völker war.

In Schlesien hatten um 500 v. Chr. Geburt bereits Völkerstämme, die der späteren germanischen Völkerfamilie angehörten, Lugier und Vandalen, die ureingesessenen Thraker oder Illyrer zum Verlassen des Landes gezwungen. Etwa im zweiten nachchristlichen Jahrhundert saßen die germanischen Silingen im Lande der oberen Oder, wovon dies den Namen Schlesien erhielt (späterhin durch die Polen).

Etwa um die Wende des vierten und fünften nachchristlichen Jahrhunderts verließen die Weichselgermanen, die man auch als Ostgermanen bezeichnete, ihre Wohnsitze. Über die mittlere Weichsel brachen die Wenden nach Westen vor und ergossen sich in das menschenleere Land, welches von den kriegerischen und beweglichen, vielfach noch herumschweifenden, ein Nomadenleben führenden Germanen verlassen worden war. Ohne Widerstand zu finden, schoben sich die Slawen nach Norden, an die Ostsee, und nach Westen, an die Elbe vor. Die letzte große Epoche der mitteleuropäischen Völkerwanderung war angebrochen mit dem slawischen Vorstoß über die Weichsel. Die Wenden nahmen alsbald die ganze Ostseeküste von der Weichselmündung bis zur

Travemündung, von Danzig bis Lübeck, ein. Pommerellen, Pommern, Mecklenburg, die inneren Landgebiete bis an die Elbe machten sie sich untertan.

Um das Jahr 400 verlassen auch die Silingen ihre schlesische Heimat. In die verödeten Sitze des Oderlandes rückten nun auch die Slawen von Osten her ein. Um 600 überschritten sie die Saale. Ihre Scharen drangen bis aufs Eichsfeld und bis an den Main, bis ins Braunschweigische und bis ins nördliche Bayern vor.

9

Deutsche unter Fremdherrschaft 10

Zwischen Ostsee, Elbe, Saale und böhmisch-sächsischen Grenzgebiete waren germanisches Volkstum und germanische Kultur vernichtet.

Nur die alten Esten am Glänzenden Meere - Baltas juras (Weißes Meer) heißt in der litauischen Sprache die Ostsee - behaupteten sich gegen den Ansturm der Slawen. Sie waren zähe Bauern, seßhaft und fest in der Scholle verwurzelt, sie ließen sich nicht verdrängen und überstanden die Stürme der Völkerwanderung.

Zwei Jahrhunderte lange, ernste und zähe Kultur- und Kolonisationsarbeit mußten die Deutschen an Saale und Elbe leisten, viel Rückschläge und Enttäuschungen mußten sie erleben, bis sie wieder Schritt für Schritt deutsches Volkstum und deutsche Kultur nach Osten vortrugen. Es gehört zu den gewaltigsten und stolzesten Leistungen des deutschen Volkes in der Weltgeschichte, wie in elf Jahrhunderten, von 800-1914, mehr als vierzig deutsche Generationen an der Verdeutschung des weiten Raumes zwischen Elbe und Memelfluß und darüber hinaus zäh und unablässig gearbeitet haben.

Herrliche Namen leuchten aus den fernsten Zeiten bis in unsere Tage: Otto der Große und seine Helfer, Hermann Billung, Markgraf Gero und Rikdag. Dann, zweihundert Jahre später, im zwölften Jahrhundert, setzte die erste große geschlossene Kolonisationspolitik im Gebiete zwischen Ostsee und sächsischem Gebirge ein: Graf Adolf von Schauenburg in Holstein, Heinrich der Löwe, Erzbischof Wichmann von Magdeburg, Graf Albrecht der Bär von Ascarien, Markgraf Konrad der Große von Wettin und Kaiser Friedrich Barbarossa teilweise selbst waren die Männer, die eine großzügige, weitschauende und ganz modern anmutende Kolonisationspolitik trieben. Sie beschränkten sich nicht nur auf Kreuzzüge gegen die heidnischen Slawen, sondern sie zogen deutschblütige Menschen ins Land. Aus den übervölkerten Niederlanden, wo damals eine empfindliche Wirtschaftskrisis ausgebrochen war, kamen die Siedler, die nun zwischen die slawische Bevölkerung verpflanzt wurden. Damals sang man in den Handelsstädten Flanderns jenes Lied, das der Sehnsucht nach einer besseren, schöneren Heimat im Osten beredten Ausdruck gibt:

10

Einleitung: Mittelalterliche Kolonisation 11

„Nach Ostland woll'n wir reiten,
Nach Ostland woll'n wir fort,
Wohl über die grünen Heiden,
Ja, frisch hin über die Heiden,
Dort ist ein bess'rer Ort.“

Noch heute deuten im mittleren Deutschland östlich der Saale und Elbe zahlreiche Ortsnamen auf die Flamen, die Friesen, die Holländer. So hat der Fläming bei Wittenberg seinen Namen aus dieser Zeit. Seit jener Zeit auch datiert die eigentümliche deutsch-/slawische Volksmischung, die man heute noch in Mitteldeutschland feststellen kann. Lange hielt sich das slawische Volkstum. Noch im 14. Jahrhundert mußten landesherrliche Verfügungen erlassen werden, welche die slawische Sprache im Amtsverkehr abschafften! In den wasserreichen Gebieten des

Spreewaldes und der Lausitz hat sich bis zum heutigen Tage eine Insel wendischen Volkstums erhalten.

Das Königreich Polen, das im frühen Mittelalter gewissermaßen sich als Rückgrat für die tief im deutschen Lande sitzenden Slawen entwickelt hatte und dessen Grenze westlich der Oder verlief - nur das Stück Oder zwischen Krossen und Küstrin floß durch Gebiete der Brandenburger Mark - erlitt im 12. Jahrhundert empfindliche Schicksalsschläge durch die erste große deutsche Welle gegen Osten. Das Herzogtum Pommern wurde unter die Lehnshoheit des Deutschen Reiches gestellt. So ward das Gebiet der unteren Oder dem deutschen Einfluß erschlossen. Da sich aber schon damals Polen in inneren Streitigkeiten zerfleischte, griff Kaiser Friedrich Barbarossa in diese Wirren ein und setzte die vertriebenen schlesischen Herzöge wieder ein. Nun begann seit 1159 die systematische Eindeutschung Schlesiens. Die schlesischen Herzöge, die zwar dem polnischen Königreiche angehörten, aber Schutz und Anlehnung am Deutschen Reiche suchten, zogen zur gleichen Zeit, da das Gebiet zwischen Oder, Elbe und Saale von Flamen kolonisiert wurde, auch nach Schlesien starke deutsche Volksteile. So ward auch das Gebiet der oberen Oder, wenn auch nicht polnisch, so doch kulturell und völkisch schon recht früh dem deutschen Kulturkreis angegliedert.

11

Deutsche unter Fremdherrschaft 12

Drei wichtige Ereignisse dienten im 13. und 14. Jahrhundert der Befestigung des deutschen Volkstums im Gebiet der Oder und im Lande östlich von diesem Strome: Die Ausbreitung der Mark Brandenburg unter den Askariern, die deutsche Kolonisation im Königreich Polen und die Festsetzung des Deutschritterordens in den Baltischen Gebieten. Das jedoch blieb gleichsam ein historisches Gesetz für alle kommenden Jahrhunderte: die ruhige Ausbreitung oder die Heimsuchung der Deutschen im Osten wurde stets bedingt je durch die Stärke oder Schwäche der deutschen oder polnischen Reichsgewalt.-

Die Nachfolger Albrechts des Bären hatten, wenn sie ihre Macht erweitern wollten, die einzige Möglichkeit, dies nach Osten hin zu tun. Sie erwarben also Barnim und Teltow, eroberten von den Pommernherzögen die Uckermark, kauften das Land Lebus westlich und die Neumark östlich der Oder. Die Askarier gründeten zahlreiche Städte, beziehungsweise verliehen sie schon vorhandenen Siedlungen Stadtrechte, ein Beweis dafür, daß in diesen Orten das deutsche Element bereits das wendische in den Hintergrund gedrängt hatte. Nur einige dieser jungen deutschen Städte seien hier genannt: Spandau, Berlin, Köpenick, Kölln, Schöneberg, Prenzlau, Frankfurt an der Oder, Landsberg an der Warthe. Der Umstand, daß die pommerschen und schlesischen Herzöge, die eigentlich slawischem Geblüt entstammten, sich ganz deutschem Wesen erschlossen, bewirkte, daß auch in diesen Gebieten der deutsche Einfluß alsbald zum herrschenden wurde.

In den weiten Gebieten Polens war bereits seit der Mitte des 12. Jahrhunderts deutscher Einfluß zu spüren. Deutsche Mönche kamen, von den pommerschen Herzögen gerufen, ins Land und gründeten Klöster, so Oliva um 1180, Zuckau an der Radaune 1209, Zarnowitz bei Putzig um 1235, Pelplin bei Dirschau um 1260. Deutsche Städte entwickelten sich, schon 1178 bestand bei der Burg Danzig eine deutsche Marktsiedlung, die 1223 von Herzog Swantopulk deutsches Stadtrecht erhielt. Dirschau bekam 1263 lübisches Recht. Gegen Ende des 14. Jahrhunderts war die Bevölkerung Danzigs zu 96 Prozent deutsch und nur zu 1,5 Prozent slawisch.

12

Einleitung: Deutsche im Königreich Polen 13

Deutsche Bauern wurden von den Klöstern, später von den Landesherren ins Land gezogen, brachten deutsche Sprache und deutsche Kultur mit.

Die deutsche Hanse, die sich um 1260 entwickelte, entsandte ihre Kaufleute weit hinein nach Polen und Rußland, und manche Stadt entstand damals in Polen, in der nur deutsch gesprochen und nach deutschem Recht gerichtet wurde. In der einst deutschen Provinz Posen gab es bereits im 13. Jahrhundert 106, im 14. Jahrhundert weitere 149 deutsche Dorfgründungen. Auch hier waren die deutschen Mönche die Kulturpioniere. Um 1153 entstanden die Klöster Lond bei Peisern in der Wartheniederung, Lekno im Kreise Wongrowiz. 1210 ist der erste Akt der Kolonisation urkundlich bezeugt: Herzog Wladislaw Odonicz überwies dem Abt des Zisterzienser Klosters Pforta einen großen Landbesitz bei seiner Burg Priment in der Bartschniederung zur Besetzung mit deutschen Kolonisten. Auf dem Gebiete des Klosters Lekno in Panigrodz wurden 1233 deutsche Kolonisten angesiedelt. Zahlreiche deutsche Klostergründungen fanden durch die polnischen Fürsten im 13. Jahrhundert statt; z. B. Kloster Bleien bei Schwerin a. d. W., Kloster Paradies, Kloster Obre, Klöster bei Olobok und Owinsk, Koronowo und Fehlen. - Es entstanden die deutschen Städte Gnesen vor 1243, Breslau (1241-1261), Posen (1153), Liegnitz (1255), Sandomir (1255), Krakau (1259), Kalisch (1282), Wielizka (1290), Leczyca (1292), Lublin (1317), Beuthen (1254), Brieg (1250), Görlitz (1238), Ratibor (1207), Schweidnitz (1250). Sehr alte deutsche Städte waren auch Rogasen, Powidz, Meseritz, Kotschin, Inowrazlaw, Fraustadt, Bromberg (Braheburg). Der mächtige Aufschwung des Deutschtums in Polen war zum Teil auch durch die Verwüstungen des Tatareneinfalles um 1240 bedingt. Tatsächlich war Polen in jener Zeit mehr deutsch als polnisch. Einige Piasten konnten überhaupt nicht mehr polnisch sprechen! Und nur deshalb konnten die schlesischen Piasten sich eine Zeitlang auf dem polnischen Throne behaupten, weil die Deutschen Polens hinter ihnen standen! Allerdings machte sich bald die Reaktion der polnischen Geistlichkeit bemerkbar.

13

Deutsche unter Fremdherrschaft 14

Auf der Synode zu Leczyca 1257 wurde die Erteilung des gesamten Unterrichts, nicht nur des Religionsunterrichts, in deutscher Sprache verboten. Auf der Synode von 1285 bezeichnete Erzbischof Jakob Swinka als Zweck dieser Maßnahme die „Erhaltung und Förderung der polnischen Sprache“. Er nannte den deutschen Hofprediger des Königs Wenzel einen „Hundskopf“! Später wurden Zuwiderhandlungen gegen das Unterrichtsverbot sogar mit Kerkerstrafen und Bann belegt! Schlesien war schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts fast vollkommen deutsch. Das polnische Element war überwunden. Das deutsche Schlesien war eine Belastung für das polnische Königreich. Dies empfand wohl König Kasimir von Polen sehr deutlich, und deshalb verzichtete er 1335 im Vertrag von Trenczin endgültig auf Schlesien zugunsten der böhmischen Krone, die damals der Luxemburger Dynastie gehörte. Seit diesem Jahre gehörte Schlesien nicht nur mehr kulturell, sondern auch politisch zum Deutschen Reiche. Vierhundert Jahre später wurde es preußische Provinz. Schließlich war noch eine letzte Tatsache von ungeheurer und unabsehbarer Bedeutung für das Vordringen des deutschen Volkstums im Osten: die Übernahme Ostpreußens durch den Deutschritterorden 1226-1231. Im südlichen Baltikum saßen, wie wir schon sahen, die alten Esten, die diesen Namen bis etwa zum Jahre 1000 n. Chr. trugen. Sie waren, da sie bäuerlich seßhaft waren, von den Slawen nicht verdrängt worden und hatten sich in den Stürmen der großen Völkerwanderung behauptet. Etwa ums Jahr 1000 herum tritt von Polen her ein neuer Name für die Esten auf, sie heißen jetzt: Pruzzi, Prussi auch Prusanen und Prutheni. Wenn man diese Bezeichnung, nicht vom Altslawischen prusa, d. h. langsam, bedächtig, bäuerlich-dickköpfig ableiten will, dann mag sie vielleicht soviel wie „Leute am Rus“ (der Rus ist ein Fluss in Ostpreußen) bedeuten. Es ist bemerkenswert, daß die Namen Rus und Prussi gleichzeitig aufzutreten beginnen. Diese preußischen Bauern, die noch keine Christen waren, bedrängten zu Beginn des 13. Jahrhunderts hart die polnischen Grenzen.

Einleitung: Der Deutschritterorden 15

Herzog Konrad von Masowien wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er die Deutschen, denen er sehr wohlgesinnt war, zu Hilfe rief und daß er Seite an Seite mit diesen die heidnischen Preußen bekämpfte und ihnen das Christentum beibrachte. So kamen die Deutschritter ins Baltikum. Mit „Kreuz und Schwert und Pflug“ verpflanzten sie deutsches Geblüt und deutsches Volk, deutsche Sprache, deutsche Kultur und deutschen Glauben ins Baltikum. In Scharen strömten deutsche Bauern ins Land, rodeten es, befestigten deutsches Wesen und deutsche Kultur. Die deutschen Kaufleute der Hanse eroberten durch ihren Handel die Küstenstädte. Die starke Finnische Meerbusen wurde durch die Deutschritter und die sich ihnen später angliedernden Schwerritter begründet, in der Zeit von 1240-1400, und durch die Hanse ergänzt.

Zahlreiche Städtegründungen gehen auf die Deutschritter zurück: Königsberg 1255, zu Ehren Ottokars von Böhmen, Allenstein 1348, Elbing 1237, gegründet von Hermann Balk, Graudenz um 1250, Insterburg 1336, Thorn 1234 gegründet von Hermann Balk, Tilsit, Marienburg 1309, Marienwerder. Ordensburgen wurden weithin über das Land verteilt: Kulm, Thorn, Marienwerder, Marienburg, Elbing, Memel, Königsberg, Lochstedt, Neidenburg, Allenstein, Golau, Schwetz, Graudenz, Neuenburg, Mewe (1297). Herrliche Schloßbauten, Dome, wie der zu Pelplin, Klöster, wie das zu Oliva, entstanden unter der Leitung der Deutschritter, während die deutschen Bürger und Kaufleute der Hanse prachtvolle Rathäuser, Gilden- und Patrizierhäuser in den Städten bis hinauf an den Finnischen Meerbusen erbauten. Das im Jahre 1201 von niederdeutschen Kaufleuten gegründete Riga weist eine Fülle edler Kirchen und Profanbauwerke des gotischen Mittelalters auf. Auch in Reval, Dorpat, Pernau, Narva zeugen heute noch mächtige Bauwerke vom Reichtum deutscher Kaufleute und von der Frömmigkeit deutscher Mönche.

Das ist eine Tatsache der Weltgeschichte, daß die kulturelle Erschließung des Baltikums und seine hohe Entwicklung von Danzig bis Reval im christlich-europäischen Geiste einzig und allein das Werk der Deutschen war! xxx

15

Deutsche unter Fremdherrschaft 16

Polen hat keinen Anteil daran. Darüber hinaus hatte Polen um die Mitte des 14. Jahrhunderts nicht nur die Oder - Schlesien 1335 -, sondern auch die Weichsel verloren, deren unteren Lauf der Deutschritterorden in seine Gewalt gebracht hatte. In der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen, die auf der Basis des Christentums stattfand gegen die heidnischen Balten, erwies sich politisch, kulturell und wirtschaftlich das deutsche Volkstum als das stärkere.

Ein vielfältig buntgestalteter Teppich Kulturblüte breitete sich also vom Ostufer der Oder bis zum Südufer des Finnischen Meerbusens. Alle deutschen Stände, die Geistlichkeit aller Grade vorn Kirchenfürsten bis zum einfachen Mönch, der kriegerische und ritterliche Adel, die bürgerlichen Kaufherren, die schlichten Handwerker und Bauern - alle deutscher Stämme: Bayern und Schwaben, Franken und Thüringer, Flamen und Niedersachsen haben an diesem Teppich ständig gewirkt. Zweihundert Jahre lang strömte die beste und gesündeste Lebenskraft des deutschen Volkes nach Osten ab, und dieses Werk der Kolonisation ist in Wahrheit die Welttat des deutschen Volkes im hohen Mittelalter gewesen. In Polen und Galizien gab es 650 Ortschaften mit deutschem Rechte. In Krakau und Lemberg wurde Die Universität von Krakau war eine deutsche Universität. Vor Gericht wurde in deutscher Sprache verhandelt. Zahllose deutsche Lehnworte sind seit jener Zeit in polnische Sprache übergegangen. Zwar begannen bereits seit Beginn des 14. Jahrhunderts, als die

polnischen Fürstentümer zu einem Königreich vereint waren (20. Januar 1320), die Feindseligkeiten Polens gegen den Deutschen Orden in Preußen wegen dem Besitz von Pommern und Kulmer Land, aber König Kasimir der Große, der 1333 zur Herrschaft kam, machte diesen Streitigkeiten ein Ende 1343, indem er auf Pommern, das Kulmer und Michelauer Land verzichtete, aber Kujawien und Dobrzyn zurückerhielt sowie das Versprechen auf Hilfe gegen Litauen empfing. Kasimir zog noch einmal deutsches Volkstum ins Land und förderte die Kultur seines Landes durch deutschen Zufluß. Der polnische Geschichtsschreiber Johann Dlugosz schrieb um 1450, Kasimir könne wie Augustus von sich sagen, er habe ein hölzernes Reich vorgefunden und ein steinernes hinterlassen.

16

Einleitung: Erstarkung Polen-Litauens

17

Noch in späteren Jahrhunderten erkannten die Polen die großen Kulturtaten der Deutschen an.

Doch im 15. Jahrhundert brach über das deutsche Kulturwerk die Katastrophe herein. Verschiedene Umstände wirkten darauf hin. Zunächst sank der Deutsche Orden von seiner Höhe herab. Sodann büßte das Reich seine Kraft ein unter der schwachen und energielosen Regierung der letzten Lützelburger und Friedrichs III. Schließlich aber stand diesem Sinken der deutschen Macht ein ungeheures Anschwellen der polnisch-litauischen Macht gegenüber.

Damit hatte es folgende Bewandnis: König Ludwig der Große von Ungarn und Polen hatte zwei Töchter, Maria und Hedwig. Maria war mit Sigismund, dem Sohne Kaiser Karls IV., des Lützelburgers, verlobt. Da nun Maria nach ihres Vaters Tode 1380 von den Ungarn zur Königin gewählt worden war, verweigerten die Polen dem Sohne Karls IV. und zukünftigen deutschen Könige Sigismund die Huldigung. Das war schon eine empfindliche Niederlage. Die Polen setzten ihre Hoffnungen auf Hedwig, die Schwester Marias, welche mit dem Habsburger Wilhelm von Österreich verlobt war. Doch der Druck der polnischen Großen, vor allem der polnischen Geistlichkeit, bestimmte Hedwig, das Verlöbnis zu lösen und die Verbindung mit dem litauischen Großfürsten Jagiello einzugehen. Dadurch wurde das dreimal größere Litauen 1386 zunächst in Personalunion, fünfzehn Jahre später in Realunion und schließlich 1569 vollständig mit Polen vereinigt.

Diese rein dynastische Angelegenheit wurde zum Verhängnis für das osteuropäische Deutschtum. Die Polen waren Slawen, die Litauer waren heidnische Balten und erbitterte Gegner der Deutschritter. Diese litauische Feindschaft teilte sich jetzt auch den dafür empfänglichen Polen mit, die ja noch im Vertrage von Kalisch 1343 eine gemeinsame Politik mit dem Deutschen Orden gegen Litauen festgelegt hatten, und Jagiello wurde zum Begründer des großpolnischen Gedankens, der sich in erster Linie gegen die deutschbaltischen Küstengebiete richtete: Befreiung der baltischen Preußen durch die baltischen Litauer vom deutschen Joch!

17

Deutsche unter Fremdherrschaft

18

Der Gegensatz Polens zum deutschen Volkstum, der sich seit 1320 zeigte, wandelte sich jetzt unter litauischen Einfluß in unerbittliche Feindschaft.

Die neue großpolnische Politik äußerte sich 1409 und 1410 im ersten Kriege gegen den Deutschen Orden, der ihm im ersten Thorner Frieden das Land Samogitien, die Brücke zwischen Memelland und Kurland, kostete. Dieser Verlust war die Folge davon, daß Kaiser Sigismund dem Orden nicht die erbetene Hilfe geleistet, sondern ihn im Stiche gelassen hatte. Die endgültige Niederwerfung des Ordens erfolgte aber nach dreizehnjährigen Kampfe im zweiten Thorner Frieden 1466. Damals erwarb Polen zum erstenmal seinen „Korridor“, Pommern an der unteren Weichsel. Allerdings wurde Pommern lediglich durch Personalunion mit Polen verbunden.

Das Land wurde dem polnischen Staate nicht einverleibt. Pommerellens Stände behielten das Recht der eigenen Landtage und der eigenen Gesetzgebung, sowie das Indigenat, alle geistlichen und weltlichen Ämter nur mit Landeskindern zu besetzen. Auch die Sprache blieb deutsch. Während die Klöster des Landes weiterhin deutsche Kultur betrieben und sich die Polonisierung fern hielten, betrieb der Adel des Landes Hofgängerei beim König von Polen, verschwägerte sich mit polnischen Familien, nahm polnische Sprache, polnische Sitten, polnische Namen an: z. B. Oppeln-Bronikowski, Götzendorff-Grabarski u. a. Diese Verpolung des Adels und die Bestrebungen der polnischen Geistlichkeit kamen den Wünschen des polnischen Königs und Volkes auf völlige Einverleibung Pommerellens weit entgegen, und auf dem Reichstag von Lublin 1569 geschah der Staatsstreich: Pommerellen wurde ein Teil Polens, die westpreußischen Stände mußten zu den polnischen Reichstagen erscheinen, und die polnischen Gesetze hatten auch in Westpreußen Gültigkeit. In Ermland wurde ein souveräner polnischer Bischof eingesetzt und der Hochmeister des Deutschen Ordens mußte aus dem Reichsverbande ausscheiden und polnischer Reichsfürst werden, der sein bisher souveränes ostpreußisches Land vom polnischen Könige zu Lehen nahm. –

Estland, Livland und Kurland behaupteten sich unter dem Schwertritterorden noch bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts.

18

Einleitung: Polens Ausbreitung an die Ostsee 19

Im Jahre 1561 nahm Schweden Estland, Dänemark einen Teil Kurlands mit der Insel Ösel und Polen schluckte Livland, von dem es zwei Jahre später einen Teil an Rußland abtreten mußte. Trotz aller Bitten und allen Flehens hatte das Heilige Römische Reich auf dem Reichstag zu Augsburg 1559 die beiden evangelischen Provinzen im Stich gelassen wie hundert Jahre vorher Preußen und Pommerellen. Mit Livland und Kurland wiederholte sich nun das, was sich in Pommerellen und Preußen ereignet hatte: Livland wurde polnische Provinz, Kurland selbständiges Herzogtum unter polnischer Oberhoheit. Riga behauptete seine Selbständigkeit noch zwei Jahrzehnte und ergab sich 1582 der polnischen Herrschaft. Nachdem Livland 1629 und bereits 1617 das nördliche Ingermanland schwedisch geworden war, mußte Schweden die baltischen Provinzen Livland, Estland, Ingermanland 1721 nach dem Nordischen Kriege an Rußland abtreten. Kurland blieb polnisch und kam erst in der zweiten Teilung 1795 an Rußland.

Das war die große Katastrophe des jahrhundertelangen deutsch-baltischen Kultur- und Kolonisationswerkes: von 1465 bis 1565 hatte Polen-Litauen von der Weichsel zur Düna -- Pommerellen, Preußen, Livland und Kurland - die Ostsee erreicht!

Nach diesem Zusammenbruche begannen die hohenzollernschen Markgrafen von Brandenburg von neuem das schwere Werk des Wiederaufbaues, allerdings in bescheidenen Grenzen, unter Verzicht auf das nördliche Baltikum. Dabei kam ihnen die Reformation zu Hilfe. Etappenweise vereinigte Brandenburg-Preußen die zersplitterten Kulturgebiete des Mittelalters in seiner Hand: 1660 Ostpreußen, 1742 Schlesien, 1772 Westpreußen, Ermland, 1793 Danzig, Thorn, Posen. –

Der Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach, ein Enkel des brandenburgischen Markgrafen Albrecht Achilles, trat zur Kirche Luthers über und verlangte 1525 vom polnischen König Sigismund I. die Erlaubnis, das Ordensland in ein weltliches Herzogtum unter polnische Hoheit zu verwandeln. 1544 gründete er die Albertina, die Universität von Königsberg, die späterhin durch Immanuel Kant in der ganzen Welt berühmt werden sollte. Nach seinem Tode 1568 erbte sein Sohn Albrecht Friedrich das Land.

19

Deutsche unter Fremdherrschaft 20

Dessen Tochter Anna war mit dem Markgrafen Johann Sigismund von Brandenburg verheiratet, und so erbte dieser nach dem Tode seines Schwiegervaters dessen ostpreußisches Land. So ward das preußische Land mit dem deutschen Brandenburg verbunden, kehrte zurück in eine engere Verbindung mit deutschem Volkstum und deutscher Kultur. Aber es blieb noch viel zu tun. Der Große Kurfürst mußte Preußen aus der polnischen Abhängigkeit lösen. Er vermochte dies durch die günstige Ausnutzung der politischen Verwicklungen. Im Juli 1656 besiegten neuntausend Brandenburger und neuntausend Schweden in einer furchtbaren dreitägigen Schlacht bei Warschau die Polen. Dieser Krieg wurde 1660 durch den Frieden im Kloster Oliva bei Danzig beendet: Schweden und Polen erkannten Preußen als souveränes Herzogtum an.

Das war, nach zweihundertjähriger Knebelung deutschen Volkstums im Osten, der erste Schritt zur neuen Befestigung deutscher Kultur auf altertümlichem, nichtslawischem Boden. Allerdings konnte sich der große Hohenzoller nicht so ohne weiteres seines neuen Besitzes freuen. Seinem kräftigen Regimente erhoben sich starke Widerstände aus den Reihen des Adels und der Städte, gerade eben des deutschen Elementes. Ja, die biederen Königsberger schoben ihre schweren Kanonen auf die Stadtwälle, um den mit Heeresmacht heranziehenden Landesherrn feurig zu begrüßen. Aber Friedrich Wilhelm ließ sich nicht einschüchtern. Es gelang ihm, den Schöppenmeister (Bürgermeister) von Königsberg, Hieronymus Roth, gefangenzunehmen und ohne viel Aufhebens als Anführer einen Kopf kürzer zu machen. Den Führer des Adels, Herrn Christian Ludwig Kalckstein, der mit den Polen konspirierte hatte und, als die Sache brenzlich wurde, nach Warschau geflohen war, ließ Friedrich Wilhelm durch seinen Gesandten in Warschau verhaften und nach Preußen bringen. Auch Kalcksteins letzter Gang endete auf dem Schafott, und die Aufständischen, ihrer Führer beraubt, beugten sich endlich 1663 dem Landesherrn.

Die preußischen Ereignisse von 1656-1663 leiteten den Beginn einer neuen deutschen Epoche im östlichen Europa ein. Ihre Bedeutung wußte der weitschauende Große Kurfürst wohl zu schätzen.

20

Einleitung: Brandenburg - Preußen 21

In seinem „Politischen Testament“ von 1667 schreibt er: „Nachdem nun der höchste Gott, wovor Ihm ewig gedankt sei, Mir die große Gnade erwiesen, das Ich nach so beschwerlichen undt kostbahnen Kriege, die Souverainitet erstritten undt erhalten, So nehmet solche als ein teures Kleinott Eweres Hauses in gute acht, dan auff einer seitten wird von den Pollen, auf der andern seitten von Preußen selbst sehr darnach getrachtet werden, wie es wieder zu vorigem Stande kommen möge, wofür Euch Gott behütten wolle.“ –

Jetzt stand Preußen unabhängig von Polen wie vom Römischen Reiche deutscher Nation da, und diesen Umstand benutzte Kurfürst Friedrich III., um sich zum Könige dieses Landes zu machen. Am 18. Januar 1701 nahm der edle König von Preußen in Königsberg die Krone. Im 18. und 19. Jahrhundert leisteten die Könige von Preußen und ihre Staatsmänner in den Gebieten der Oder und Weichsel eine zähe, ernste und segensreiche deutsche Kultur und Kolonisationsarbeit.

Mit König Friedrich Wilhelm I. (1714-1740) fing es an. Seine ostpreußische Provinz war durch die Pest stark entvölkert worden. Etwa 12000 Menschen waren seit Beginn des Jahrhunderts durch Pestilenz und Nordischen Krieg dahingerafft worden. Die Provinz hatte ein Drittel ihrer Bevölkerung eingebüßt. Diesen Schaden wieder gutzumachen war das Bestreben des preußischen Königs: Von 1722-1730 wurden 17000 Kolonisten, Franken, Schwaben, Niedersachsen, in dem verwilderten Ostpreußen angesiedelt. Als 1731 der Erzbischof Leopold Anton von Firmian die evangelischen Salzburger vertrieb, nahm Friedrich Wilhelm diese, mehr als 20 000 Menschen, in seinem Lande auf und siedelte sie in und um Gumbinnen und Insterburg an. Bis 1736 waren 332 Dörfer neu mit Bauern besetzt worden und zehn Marktflecken und Kirchdörfer zu Städten erhoben worden. 1739 schrieb der ehemalige Kronprinz

Friedrich in einem Briefe über das östliche Preußen: „Die Erde ist wieder angebaut, das Land bevölkert; wir haben mehr Städte als jemals früher, und der Handel kommt in Blüte, der König hat es weder an eigener Mühe noch an dem, was andere antreiben kann, fehlen lassen; keinen Aufwand hat er gespart: Hunderttausende denkende Wesen verdanken ihm ihr Dasein oder ihr Glück.“

21

Deutsche unter Fremdherrschaft 22

Die Nachkommen dieser Salzburger Familien betrug zwei hundert Jahre später dreihunderttausend Köpfe.

Weitere große Verdienste erwarb sich Friedrich der Große um das Deutschtum im Osten. Durch ihn wurde das Königreich Preußen zum Träger der großen deutschen Friedens-, Kultur- und Kolonisationsarbeit, in welcher der preußische Staat eine seiner wesentlichen Daseinsbedingungen für die Folgezeit erblickte. Durch Friedrich den Großen vereinigten sich in der Tätigkeit der preußischen Krone in genialer Zusammenfassung und einheitlicher, energischer Zielsetzung alle jene Bestrebungen des Mittelalters, die getrennt voneinander, aber doch dem einen Ziele untergeordnet, deutsches Wesen nach Osten zu tragen, die Markgrafen von Brandenburg, die schlesischen Piasten, die Deutschritter und die Kaufleute der Hansa durchgeführt hatten. Friedrich der Große gliederte Schlesien (1740-1763) und Westpreußen nebst Ermland, Kulmerland und Netzedistrikt (1772), 34 745 Quadratkilometer mit 416 000 Einwohnern, seinem Staate an. (Erste Teilung Polens 1772.)

Viel bedeutsamer als die unvergleichlichen und ruhmreichen Schlachten dieses Königs ist seine Friedens- und Kulturarbeit, mit der er nicht nur die Kriegswunden seiner Ostprovinzen, sondern auch jahrhundertelange Verrottung unter polnischer Herrschaft heilte. Friedrich legte den Grund zum Aufblühen der schlesischen Industrie. Er förderte die Oderschiffahrt und machte den Strom zur Lebensader, welche die neue Provinz mit den Stammländern der Monarchie verband. Mit seiner Hilfe wurden Hochöfen und Eisenhämmer in Oberschlesien in Betrieb genommen. Er stellte das von den Russen zerstörte Pommern wieder her und übertrug die Kolonisationsarbeit dem Franz Balthasar von Brenkenhof, der aus dem Rittergut Reideburg bei Halle an der Saale stammte. Brenkenhof leistete Gewaltiges. In Pommern und Neumark siedelte er bis 1775 rund 35 000 Kolonisten an, in 150 neuen Dörfern. Dann entwässerte er den großen Oderbruch zwischen der Mündung des Finowkanals und Küstrin, eine Fläche von rund 60 000 Hektar, und den etwa 30 000 Hektar großen Warthebruch zwischen Küstrin und Landsberg. In hundert neu angelegten Dörfern fanden etwa 15 000 niedersächsische, pfälzische, fränkische Kolonistenfamilien eine neue Heimat.

22

Einleitung: Friedrich der Große im Oder- u. Weichselgebiet 23

So wurde bereits der alte Osten Preußens durch 50 000 Kolonistenfamilien mit etwa hundertfünfzigtausend Menschen neu besiedelt.

Seit 1772 ward diese segensreiche Tätigkeit auch auf das westliche, pommerellische Preußen, das Ermland, das Kulmerland und den Netzedistrikt ausgedehnt. Wie verwahrlost diese Gebiete unter polnischer Herrschaft waren, dafür nur zwei Beispiele. Die einst blühende Stadt Bromberg an der Brahe, zählte 1772, als Friedrich sie übernahm, kaum noch fünfhundert Einwohner! Von Kulm berichtet Friedrich der Große, daß von achthundert Häusern nur noch hundert stünden, Einwohner seien nur Mönche oder Juden, andere Städte seien noch viel erbärmlicher! Dennoch hatte es dort während der ganzen polnischen Zeit kluge und einsichtsvolle Männer gegeben, die den Zustrom deutschen Blutes dauernd ins Land lenkten. Zwar war von den deutschen Bauern der Ordenszeit kaum noch etwas übrig, aber, um die

Lücken wieder aufzufüllen, hatte ein Kulmer Bischof 15 000 deutsche und holländische Kolonisten, sogenannte „Hauländer“, in der Weichselniederung angesiedelt. Das Land war mindestens zu drei Fünfteln deutsch, und Friedrichs Ziel war es, Pommerellen fest und unauflöslich in seinen Staat einzuschweißen. Um den Handel der neu erworbenen Gebiete zu beleben, baute Brenkenhof 1773 und 1774, innerhalb von sechzehn Monaten, den Bromberger Kanal, der die Netze mit der Brahe verband und zuerst allerdings nur Holzschleusen hatte. 1775 befuhren ihn bereits 222 Schiffe und 1153 Holzflöße. Durch diesen Kanal wurde Bromberg mit dem preußischen Handelshafen Stettin verbunden, denn Danzig war 1772 noch polnisch geblieben. In Westpreußen selbst, diesem „Kanada“, wurden nur rein deutsche Bauern angesiedelt wie in Pommern und der Neumark. Friedrich der Große begründete die Entwicklung des unteren Weichselgebietes, in deren Folge später Westpreußen zu einer Kornkammer Deutschlands wurde. Nun bedenke man einmal: Preußen hatte am Ende der Regierungszeit Friedrichs fünf und eine halbe Million Einwohner. Der König vollführte in 25 Jahren, von 1763-1788, zwischen Oder und Weichsel ein Siedlungswerk, das eine drittel Million Menschen neu ansetzte!

23

Deutsche unter Fremdherrschaft 24

Sechs Prozent der gesamten preußischen Bevölkerung machten diese Siedelbauern aus! Dies Siedlungswerk ist vielleicht eins der gewaltigsten der ganzen Weltgeschichte im Vergleich zu den Kräften, die dafür zur Verfügung standen! Für die Deutschen aber war das Wesentliche, daß in Pommern, Pommerellen, Preußen, Neumark und Schlesien ein fester Block deutschen Bauerntums geschaffen worden war. Der Pflug war die zuverlässigste Waffe in der Hand der Deutschen bei ihrem Vordringen gegen das Polentum. Bei der zweiten Teilung Polens 1793 erhielt Preußen die beiden Städte Danzig und Thorn sowie Südpolen mit den Städten Posen, Kalisch, Plozk, Petrikow. Am reinsten hatte sich unter der mehr als drei Jahrhunderte dauernden polnischen Herrschaft der deutsche Charakter Danzigs erhalten. Das mittelalterliche Gyddanizc, Gedanum war eine deutsche Handelstadt. Auch den alten Namen Gyddanizc leitet man von einer germanischen, gotischen Gaubezeichnung her. Wahrscheinlich steckt in dem Namen der gleiche Wortstamm wie in der Flußbezeichnung Eridanus. Durch den Ostseehandel blieben die deutschen Kaufleute Danzigs in ständiger Verbindung mit dem deutschen Volke. Wesentlich schlimmer hatte Thorn unter den Polen zu leiden gehabt. Einst von Hermann Balk, dem Hochmeister der Deutsch-Ordensritter, 1231 gegründet, wurde die Stadt 1466 polnisch. Im 16. Jahrhundert wandte sich die Bürgerschaft der Reformation zu. Mit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts, ausgerechnet als der katholisch gewordene Kurfürst August der Starke von Sachsen zum polnischen König gewählt worden war, machte sich in Thorn ein empfindlicher gegenreformatorischer Druck bemerkbar. Eine starke polnische Garnison, die Krongarde, kam in die Stadt und legte ihr drückende Lasten auf. Den Evangelischen wurde die letzte Kirche genommen und ihre gewaltsame Zurückführung zum Katholizismus vorbereitet. Die Jesuiten legten ein herausforderndes Benehmen an den Tag und provozierten die Einwohner, so daß es zu Tumulten kam. Als bei einer solchen Gelegenheit 1724 ein Straßenaufbruch gegen die Jesuiten entstand, wurden am 7. Dezember der erste Bürgermeister Johann Gottfried Rösner und neun andere evangelische Bürger hingerichtet!

24

Einleitung: Die polnischen Teilungen 25

Als Thorn 1793 preußisch wurde, hatte es nur noch siebentausend Einwohner, aber eine Schuldenlast von 320 000 Talern (fünf Millionen Mark nach heutigem Gelde)! Die Verfolgungen, denen die Deutschen schon im 18. Jahrhundert ausgesetzt waren,

sind wohl einzig und allein aus dem Haß und Neid der Polen zu erklären. Die fleißigen, arbeitsamen Deutschen brachten es zu Wohlstand und Ansehen. Alles, was das Land an bürgerlicher und bäuerlicher Betriebsamkeit aufwies, war nicht in polnischen, sondern in deutschen Händen. Der Woiwode Stephan Garczynski in Posen sagte das 1751 ganz offen. Das Gefühl der kulturellen Unterlegenheit, des Nichtmitkönnens löste bei den Polen Haß und Neid aus, die sich in den Verfolgungen der Deutschen äußerten. In der neuen Provinz Südpreußen befand sich ein starkes deutsches Volkstum. Zwar hatte die Stadt Posen unter dauernder Kriegsbedrohung und polnischer Lotterwirtschaft schwer zu leiden, so daß die einst blühende Stadt 1793 etwa nur noch zwölftausend Einwohner hatte. Aber es war merkwürdig, daß trotz der Verfolgungen, welchen die Evangelischen ausgesetzt waren, im 16., 17. und 18. Jahrhundert eine große Zuwanderung evangelischer Deutscher und Holländer erfolgte. Von der großen Einwanderung im 13. und 14. Jahrhundert hatten sich nur in den Randgebieten des Landes Reste erhalten, die nun, seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts durch neue Zuwanderungen verstärkt wurden. Damals setzten sich Holländer, die von den spanischen Königen wegen ihres Glaubens vertrieben wurden, in der Bromberger Gegend, im Netzetal fest. Sie wanderten die Wartha aufwärts, verbreiteten sich über ganz Kujawien, waren 1564 in der Graudenzener Gegend (Tusch und Woltz), 1591 in der Schwetzer Starostei und in der Kulmer Niederung, dann im Bromberger Gebiet, wo sie 1594 in Przymylubin sich ansiedelten. Das Dom-Kapitel von Gnesen siedelte 1611 die ersten „Hauländer“ an. Auch Brandenburger und Pommern kamen ins Land. Ihre erste Dorfgründung 1577 war Briesenitz im Kreis Deutsch-Krone. Sogar noch neue Städtegründungen fanden statt: 1547 Lissa von deutschen und tschechischen Böhmen, Rawitsch 1638.

25

Deutsche unter Fremdherrschaft 26

Der Dreißigjährige Krieg, der Polen verschonte, trug viel dazu bei, daß deutsche Bauern hier eine Zuflucht suchten. Vor allem aus Schlesien kamen sie. Die Habsburger stellten die evangelischen Schlesier im Dreißigjährigen Krieg vor die Wahl des Glaubenswechsels oder der Auswanderung. Etwa 200 000 Schlesier verließen das Land und wandten sich nach Polen, wo sie gute Aufnahme fanden. Besonders belebten sie die Tuchindustrie, in den Städten Lissa, Fraustadt, Meseritz, Rawitsch, Bojanowo, Schönlanke, Schwersens fand sie neue Mittelpunkte. In Schwersens wohnten 70 Tuchmacher; selbst das unter jesuitischer Herrschaft stehende Posen nahm 1634 deutsche evangelische Handwerker auf. Nach 1719 holte die Stadt Posen, da sie keine evangelischen Siedler haben wollte, katholische Bauern aus der Bamberger Gegend herbei und verpflanzte sie in ihre Kämmereidörfer. Von 1700-1793 ließen sich in Posen 950 deutsche Neubürger neben 724 Polen und 110 anderen nieder. Um 1740 entstand Witkowo, eine schwäbische Stadtgründung. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurden im Gebiete der Provinz Posen 400 deutsche, sogenannte Hauländer (Holländer) Dörfer gezählt! Auch in den Städten war das deutsche Element recht bedeutsam. 1772 waren von den vier Städten mit mehr als 1000 Einwohnern im Netzegebiet, Schönlanke, Czarnikau, Komar, Fordon, die ersten drei deutsche Tuchmacherstädte. Von den Städten mit mehr als 2000 Einwohnern hatten Bojanowo 97 Prozent, Zduny 82 Prozent, Lissa 80 Prozent, Schmiegel 78 Prozent und Fraustadt 76 Prozent deutsche Bevölkerung. Dieser kurze Überblick mag zeigen, daß das großpolnische „Südpreußen“ 1793 keineswegs starkpolnisch war. Das kulturell und wirtschaftlich belebende Moment bildeten, wie schon im Mittelalter, die Deutschen. Interessant aber ist, daß die preußische Grenze von 1793 etwa der Grenze zwischen Germanen und Slawen zu Beginn des dritten nachchristlichen Jahrhunderts entsprach. Bei der dritten Teilung von 1795 erhielt Preußen das sogenannte Neuostpreußen, das sich südöstlich der ostpreußischen Grenze erstreckte, im Norden vom Njemen bis Grodno, von hier über Bialystok bis zum Bug reichte, und dann von diesem Fluß begrenzt wurde und außerdem Warschau in sich einschloß.

Nach der vorübergehenden Restitution des Großherzogtums Warschau durch Napoleon kam dann im Wiener Kongreß 1815 die vierte Teilung Polens zustande, wobei Preußen von den Erwerbungen der ersten drei Teilungen zurückerhielt Danzig, Thorn, Kulmerland, Netzedistrikt und das Großherzogtum Polen als Provinz Polen. Westpreußen und Ermland waren den Hohenzollern durch Napoleon nicht geraubt worden, da bereits der Kaiser der Franzosen erkannte, daß der durchaus deutsche Charakter dieser Gebiete keinerlei Berechtigung für eine Übergabe an Polen enthielt. Allerdings plante der französische Kaiser, die Provinz Ostpreußen dem Zaren Alexander von Rußland zu geben. So hätten dessen deutsch-baltische Provinzen bis in das Gebiet der Weichsel hineingereicht. Daß es nicht dahin kam, lag an der ablehnenden Zurückhaltung des russischen Zaren.

Die in Wien geschaffenen Zustände behielten ein volles Jahrhundert hindurch ihre Gültigkeit. Polen war verschwunden, das deutsche Kulturgebiet hatte im Osten seit 1466 eine gewisse Abrundung erfahren, ohne den vollen Umfang des 14. Jahrhunderts wieder zu erlangen, denn Kurland, Livland und Estland blieben ja russisch. Dafür aber wurde jetzt das Herzogtum Posen, das vor 1793 niemals zum Deutschen Reiche oder zu einem Territorium des Reiches gehört hatte, dem Königreich Preußen endgültig zugesprochen. Der deutsche Kulturkreis in Osteuropa blieb nun zwischen Preußen und Rußland geteilt. Das Jahrhundert von 1815-1916, trug allerdings den Keim neuer schwerer Rückschläge für Deutschland in sich. Drei große Tendenzen rangen gegeneinander, und von dem Obsiegen der einen oder der anderen hing schließlich das Schicksal der Vorposten deutscher Kultur gegen das Slawentum ab. Die eine Tendenz war die der preußischen Staatsnotwendigkeit, die mit derjenigen der deutschen Kulturnotwendigkeit gleichbedeutend war.

27

Aber gerade diese Tendenz, die für eine deutsche Staatsführung richtunggebend sein sollte, war in der Folgezeit die schwächste. Sie fand nur einmal einen starken Verteidiger in Bismarck während des Menschenalters von 1863 bis 1890. Die zweite Tendenz war die der polnisch-nationalen Unabhängigkeit. Sie war die stärkste, da sie ihre Kraft zog aus dem Martyrium des unterdrückten Polenvolkes, das besonders in den russischen Teilgebieten des ehemaligen Königreichs in Erscheinung trat. Und diese Tendenz übte zuweilen einen starken Einfluß auf preußische Könige aus. Besonders gefährdend entwickelte sich diese Tendenz insofern, als polnischer Nationalismus und katholische Kirche sich verbündeten gegen den protestantischen Preußenstaat, und in den preußischen Gebieten des ehemaligen polnischen Königreichs, besonders im Großherzogtum Posen, fand diese polnisch-ultramontane Verbrüderung ihren Ausdruck in der Zentrumsparlei. Die dritte Tendenz war die internationale und liberalistische Weltanschauung, die, besonders von Frankreich genährt, das Selbstbestimmungsrecht der Nation forderte und in der liberalen Parlamentsopposition Preußens nur allzu beredte Anhänger fand. Die Liberalen hielten es für unwürdig, daß das edle Polenvolk unter der Kosakenknote des Zaren schmachtete und unter die absolutistische Willkür der rückständigen, ganz und gar nicht freiheitlichen Preußenmonarchie gebeugt wurde. In der Folgezeit wurden dann auch die etwas kitschig-romantische Rührseligkeit der Demokratie und die

ultramontane Abneigung des Zentrums gegen die Staatsmacht der Hohenzollern die Bahnbrecher einer neuen großpolnischen Staatsbewegung und die Zerstörer des deutschen Kulturfundamentes im Osten. Als Herd dauernder, nationalpolnischer Unruhen erwies sich das Großherzogtum Posen.

Zunächst war es der preußische König Friedrich Wilhelm III. der den polnischen Nationalwünschen nur allzuweit entgegenkam. Er setzte den sehr liberalen Oberpräsidenten Zerboni di Sposetti in Posen ein, errichtete darüber hinaus noch eine Statthalterschaft, die dem polnischen Adligen, Fürsten Anton Radziwill, übertragen wurde. Die Polen konnten sich über nichts beklagen.

28

Einleitung: Die Politik Friedrich Wilhelms III. 29

Ihre Sprache blieb Schul- und Gerichtssprache, ihre Geheimbünde, die Patriotische Gesellschaft, Tempeler, Freien Brüder, Polnische Burschenschaft führten ein ungestörtes Leben im Verborgenen. Daß es diesen nicht gelang, die polnischen Bauern zu bewaffnen, war der einzige Erfolg der bauernfreundlichen Hohenzollernpolitik. Dann kam der große Polenaufstand von 1830 in Rußland, der von den deutschen Demokraten in verzückten Tönen gefeiert wurde. Damals wurden begeisterte Lieder in deutscher Sprache zu Ehren der „edlen Polen“ gedichtet, und die Liberalen Rotteck, Welcker, Wirth, Siebenpfeiffer, Kolb, Sauerwein, Platen, Heine, Grün, Freiligrath, Lenau, Grillparzer, Pfister wären fast am Polenschmerz erstickt. Etwas nüchterner allerdings blieb Friedrich Wilhelm III. Damit sich der Polenaufstand nicht noch von Rußland in die Provinz Posen ausdehnen sollte, schützte eine starke Armee unter Gneisenau die Grenze. Es blieb auch ruhig, die polnischen Bauern wurden nicht widerspenstig. Wohl aber beteiligten sich etwa zweitausend preußische Untertanen, fast durchweg polnische Edelleute, an dem Aufstand in Rußland.

Der preußische König entschloß sich nun, doch etwas energischer zu sein. Die Statthalterschaft des Fürsten Radziwill wurde nach dessen Rücktritt aufgehoben, der Ostpreuße Eduard Heinrich von Flottwell wurde Oberpräsident. Durch ihn wurde endlich das Deutsche als alleinige Amtssprache eingeführt. Im Provinziallandtagsabschied von 1832 erklärte der König ganz entschieden, er habe den Polen ein Vaterland gegeben, in dem die Polen ihre Religion betätigen und ihre Muttersprache neben der deutschen benutzen dürften. Mehr zu tun und ihnen einen Vorzug zu gewähren, habe er nicht im Sinne, denn dies widerspreche der Staatseinheit.

Flottwell, unterstützt von dem kommandierenden General von Grolmann, gab den Deutschen ihre Rechte zurück, indem er die Vorrechte der Polen beschränkte. Die Landratswahl wurde aufgehoben, die preußische Regierung war wieder in der Lage, ihre Beamten einzusetzen. Deutsche Bauern wurden, soweit die kärglichen Staatsmittel das zuließen, angesiedelt.

29

Deutsche unter Fremdherrschaft 30

„Die Flottwellsche Politik hatte so wenig wie die später fortgeführte Ostmarkenpolitik einen polenfeindlichen Charakter. Sie war im Gegensatz zu der mißlungenen Politik zwischen 1815 und 1830 nur darauf bedacht, dem Deutschtum neben dem Polentum wieder zu seinem Rechte zu verhelfen, sie erinnerte sich der deutschen Pflichten, die Preußen mit dem Erwerb der alten östlichen Kolonistenlande übernommen hatte. Was den Polen genommen wurde, das waren in der Tat nicht staatsbürgerliche Rechte, sondern Vorrechte.“

Der polnisch-katholische Klerus wurde jetzt zum starken Rückgrat der polnisch-nationalen Bestrebungen in den preußischen Gebieten. Im Jahre 1839 folgte der polnische Erzbischof Martin von Dunin zu Gnesen dem Beispiel des Kölner

Erzbischofs Vischering, indem er die Einsegnung gemischter Ehen verbot, wenn nicht vorher die katholische Kindererziehung sichergestellt war. Die Vorgehen, das natürlich bezweckte, über die katholische Erziehung das polnische Nationalbewusstsein zu stärken, stand im Widerspruch zu den Anordnungen des Königs, und so ließ dieser den renitenten Erzbischof im Oktober 1839 verhaften und auf die Festung Kolberg bringen. König Friedrich Wilhelm IV., der 1840 seinem Vater folgte, besaß zum Unglück für das deutsche Volkstum keinen klaren staatsmännischen Blick. Er litt an einer romantischen Polenliebe und zerstörte mit großartiger Geste die mühsame Arbeit eines Jahrzehnts. Er entließ den Erzbischof Dunin aus der Haft und zeichnete ihn bei der Krönung in Königsberg in auffälliger Weise aus, traf die Bestimmung, daß künftig alle Zivilprozesse in der Sprache des Klägers zu führen seien, stellte also die polnische Sprache gleichberechtigt neben die deutsche. Er ließ Flottwell aus Posen weggehen, den tüchtigen Oberpräsidenten, der nach seinen eigenen Worten im Interesse der Humanität die germanische Bildung zuungunsten der polnischen gefördert hatte und nun dem neuen Kurs nicht mehr folgen konnte.

Der neue Kurs zeigte sich auch sofort in einem kräftigen Aufleben nationalpolnischer Bestrebungen. Schon gleich 1841 rief Mirciekowski einen „Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend im Großherzogtum Polen“ ins Leben, der sich zum Ziele setzte, unter national indifferenter Maske einen polnischen Mittelstand heranzubilden.

30

Einleitung: Polenumtriebe unter Friedrich Wilhelm IV. 31

Begabte junge Leute erhielten finanzielle Unterstützung, um ihnen das Studium oder eine gewerbliche Existenz zu ermöglichen. Die preußische Regierung unterstützte diesen Verein mit blindem Eifer und trug so selbst dazu bei, daß in den folgenden Jahrzehnten ein zahlreicher und polnischer Mittelstand sich entwickelte, der vorher nicht vorhanden war und keineswegs zur Kräftigung des Deutschtums beitrug! Die Polen machten sich die Schwäche des Monarchen in jeder Weise zunutze, und der Posensche Provinziallandtag von 1843 erklärte ganz unverfroren, die Zumutung, daß die Polen sich als Preußen betrachten sollten, stünde im Gegensatz zu den Versprechungen von 1815. Und so kam es denn auch, daß bei den Unruhen von 1848 in Berlin nicht nur zahlreiche Polen mitwirkten, sondern in Posen auch der offene Aufstand ausbrach. Der 1831 verurteilte Mieroslawski und seine Genossen wurden amnestiert, sie eilten nach Posen, riefen die Geheimbünde auf und organisierten den Abfall, trotzdem der König bereits einer von Erzbischof Przulski geführten Abordnung die „nationale Reorganisation des Großherzogtums“ versprochen hatte. Man riß den preußischen Adler herunter, verjagte die Beamten, mißhandelte die Deutschen und raubte die Kassen. Die Deutschen der Provinz aber erhoben sich zum Widerstand und unterstellten sich dem kommandierenden General Colomb. Da geschah das Unglaublichste: Friedrich Wilhelm IV. sandte den General Willisen, der den Polen die großartigsten Zugeständnisse machte, polnische Geschäftssprache, polnische Beamte, eine Nationalarmee mit polnischen Kokarden und selbstgewählten Offizieren! Dann schloß Willisen mit Mieroslawski die Konvention von Jaroslawice ab, worin dem Aufrührer erlaubt wurde, seine Banditen in vier Standquartieren unter Waffen zu behalten!

Die Deutschen in Posen wurden von ungeheurer Wut und Verachtung gegen Willisen erfüllt, die Kürassiere spuckten vor ihm aus, die Zivilisten gingen mit geballten Fäusten auf ihn los. Der Oberpräsident und der kommandierende General Colomb mußten schließlich dem königlichen Bevollmächtigten Willisen deutlich zu verstehen geben, schleunigst die Provinz zu verlassen.

31

Nach ihm kam General Pfuell mit diktatorischer Vollmacht und warf den Aufstand bald nieder. Doch begnadigte der König Mieroslawski zum zweiten Male.

Die Schwäche des Königs hatte bedenkliche Folgen. Die Schule wurde dem polnischen Klerus völlig ausgeliefert. Die Geistlichen benutzten jetzt die polnische Sprache nicht nur für die nationalpolnische Erziehung der Kinder polnischer Eltern, sondern auch zur Verpolung deutscher Kinder katholischen Glaubens. So wurden die Kinder der „Bamberger“ in den Kämmereidörfern von Posen seit 1850 mit Beihilfe der Regierung durch die Schulen vollkommen verpolt. Besonders agitatorisch wirkte die nationalpolnische Propaganda dadurch, daß sie die Begriffe polnisch und katholisch gleichsetzte - im Gegensatz zum deutschen und evangelischen Preußen. Auf diese Weise wurde den Polen systematisch eingeschärft, daß jeder Deutsche der Feind Polens und seines Glaubens sei! Systematisch ward unter den Augen des Königs von Preußen in die Herzen der Polen ein teuflischer Haß gesät gegen alles, was deutsch war.

Sehr verhängnisvoll war es, daß die unheilvolle Polenschwäche des Königs von der polnisch-katholischen Umgebung des Monarchen kräftig genährt werden konnte. Friedrich Wilhelm IV. gründete im Kultusministerium eine katholische Abteilung, deren Zweck es sein sollte, die katholischen Staatsbürger Preußens enger an den Staat zu ketten und es ihnen so zu ermöglichen, die Rechte des Staates gegen die Kurie wahrzunehmen. Aber diese katholische Abteilung wurde unter dem Einfluß des Fürsten Radziwill eine Hochburg polnischer Intrigen. Hier wurden alle jene Pläne geschmiedet, die dem polnischen Klerus immer mehr Macht in die Hände gaben. Die katholische Abteilung wurde durch den Wechsel der Mitglieder nach und nach zu einer Behörde, die inmitten der preußischen Bürokratie die römischen und polnischen Interessen gegen Preußen vertrat. Bismarck sagte später: „In Posen und Westpreußen waren nach Ausweis amtlicher Berichte Tausende von Deutschen und ganze Ortschaften, die in der vorigen Generation amtlich deutsch waren, durch die Einwirkung der katholischen Abteilung polnisch erzogen und amtlich Polen genannt worden.“

32

Einleitung: Deutscher Liberalismus und Polentum 33

Dieser Abteilung und ihrer Tätigkeit war es zuzuschreiben, daß das Zwittervolkstum der „Wasserpolacken“, Kinder deutscher Abstammung, die vollkommen verpolt wurden, in Posen, Westpreußen und Schlesien in kurzer Zeit große Fortschritte machte. Die preußische Versöhnungspolitik opferte ohne viel Umstände die Deutschen den Polen. In der Stadt Posen waren Anfang der sechziger Jahre zweihundert deutsch-katholische Kinder genötigt, polnische Schulen mit polnischem Religionsunterricht zu besuchen. Erzbischof Ledochowski in Posen-Gnesen schob bei jeder Gelegenheit die Deutschen beiseite, und die Klagen von hunderttausend deutschen Katholiken wurden in Berlin nicht gehört. Alles, was damals, in der Zeit von 1848-1865, an Errungenschaften der Deutschen zu verzeichnen war, muß der Aktivität der Deutschen selbst zugeschrieben werden: sie drückten in dieser Zeit den polnischen Privatbesitz von 950 000 auf 700 000 Hektar und vermehrten den deutschen Privatbesitz von 400 000 auf 630 000 Hektar (dazu über 200 000 Hektar Domänen). Die polenfreundliche Tendenz des Königs berührte sich ferner sehr eng mit der liberalistischen Tendenz vieler Demokraten, die schon 1830 über das polnische Martyrium ganz unglücklich waren. Der Krimkrieg 1853 bis 1856 gab den deutschen Demokraten wieder einmal Gelegenheit, sich energisch für das Selbstbestimmungsrecht der Polen einzusetzen. Damals gab es eine starke Strömung in Preußen, die es gern gesehen hätte, wenn der preußische König an der Seite Österreichs und Frankreichs in den Krieg gegen Rußland gezogen wäre, um die in der zarischen Unterdrückung schmachtenden Polen zu befreien! Die Wochenblattpartei, an deren Spitze Bethmann-Hollweg stand, eines der Häupter des „gothaisierenden Liberalismus“, wie Bismarck ihn nannte, hatte sonderbare Pläne. Preußen habe als

Vorkämpfer Europas gegen russisches Vasallentum die Zerstückelung Rußlands zu erstreben: die Ostseeprovinzen mit Einschluß Petersburgs sollten an Preußen und Schweden fallen, ferner sollte das Gesamtgebiet der Republik Polen in ihrer größten Ausdehnung volle nationale Unabhängigkeit erhalten.

33

Deutsche unter Fremdherrschaft 34

Hierzu müsse man das natürliche Bündnis mit dem liberalen England suchen. Und Bunsen, der preußische Gesandte in London und Freund Friedrich Wilhelms IV., übermittelte im April 1854 dem preußischen Minister Manteuffel in Berlin eine Denkschrift in gleichem Sinne, welche die Wiederherstellung Polens als wünschenswert bezeichnete!

Damals verhinderte bereits Bismarck, daß sich Friedrich Wilhelm IV. in das polnische Abenteuer stürzte. Nach den verhängnisvollen Ereignissen seit 1840 erkannte Bismarck, daß ein von Rußland befreites Polen an der deutschen Grenze nicht haltmachen würde, es würde auch Posen, Teile Westpreußens und Schlesiens fordern. Darum war es ein feststehender Grundsatz Bismarcks, daß zwischen Preußen und Rußland stets gute Beziehungen walten mußten, um die polnische Gefahr und damit die Zerstörung des deutschen Volkstums im europäischen Osten zu bannen. Aus dieser Erwägung heraus, bemühte sich Bismarck auch mit Erfolg am Petersburger Hofe ähnliche liberalistische Tendenzen zu bekämpfen, wie sie in Preußen unter dem Einfluß Napoleons III. sich auszubreiten versuchten.

Im Jahre 1862 ward Bismarck preußischer Ministerpräsident. Und jetzt erlebte Deutschland eine etwa drei Jahrzehnte dauernde energische Deutschtumspolitik im Osten. Wenn es die Verhältnisse erforderten, war Bismarck ebenso entschlossen, mit Gewalt die deutschen Vorposten in Posen, Pommerellen und Schlesien zu schützen, wie er tatkräftig und großzügig, im Sinne Friedrichs des Großen, das Friedenswerk der inneren Kolonisation durchführte. In Abwehr und Angriff (Abwehr 1863 und 1871, Angriff 1886) erhob sich noch einmal mit zwingender Kraft der Vormarsch deutschen Volkstums und deutscher Kultur in dem slawischen Osten. Mit der nachgiebigen Schwäche von 1840-1862 war es vorbei.

1863 versuchten die polnischen Untertanen Rußlands aufs neue, sich durch einen Aufstand von der zarischen Herrschaft zu befreien. In dieser Zeit führte Bismarck die Alvenslebensche Konvention herbei, worin Preußen den Russen in bezug auf die Polenfrage sein Wohlwollen versicherte und seine Bereitschaft erklärte, innerhalb seiner Landesgrenzen alles zu tun,

34

Einleitung: Bismarck und der Polenaufstand 1863 35

um den Aufruhr zu ersticken. Preußische Truppen wurden im Posenschen zusammengezogen. Das Verhalten Bismarcks entsprach den Notwendigkeiten des preußischen Staates und deutschen Volkes. Kein Wunder, daß er dabei auf den Widerstand der Liberalen stieß. Der Abgeordnete von Unruh fand im Abgeordnetenhaus den Schlüssel zu dem Verhalten Preußens in dem Bestreben, „daß die absolutistischen oder absolutistisch gesinnten Regierungen sich verständigten, um jeder gerechten und billigen, sogar jeder verfassungsmäßigen Forderung des Volkes mit den Waffen entgegenzutreten und sich dabei gegenseitig zu unterstützen.“

Bismarck entgegnete den Liberalen: „Die Sympathien nach menschlichen Gefühlen können sein, wo sie wollen, die preußischen Interessen aber nach den politischen Notwendigkeiten, nach der geschichtlichen Entwicklung, die Preußen gehabt, können nicht in dem Lager der Insurgenten gesucht werden.“ Hier stießen die beiden Gegensätze aufeinander, die über das Schicksal des deutschen Volkstums im Osten zu entscheiden hatten. Der Schutz, die Stärkung des deutschen Elementes lag auf der Seite der preußischen Notwendigkeiten, auf der Seite Bismarcks, seine Vernichtung

und Preisgabe aber auf der Seite der Liberalen, der Demokraten. Es war ein feststehender Grundsatz Bismarckischer Staatsführung, zwischen Preußen und Rußland, und später zwischen Deutschland und Rußland ein gutes Verhältnis zu schaffen. Deutschland und Rußland hätten ja ein gemeinsames Interesse, die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen nicht mächtig werden zu lassen. Bismarck versuchte, diese Tendenzen mit allen Mitteln zu unterdrücken, nicht aus Haß gegen die Polen, sondern um das deutsche Volkstum im Osten zu schützen und zu festigen in seinem durch Generationen schwer errungenen Besitz. Wie die Alvenslebensche Konvention von 1863 lediglich ein Akt der Abwehr war gegen die Bedrohung der Deutschen durch die Polen, so war auch der Kulturkampf, der 1872 begann, ein solcher Akt der Abwehr. Die Aufhebung der katholischen Abteilung im Kultusministerium und die Zurückdrängung der durch die katholische Geistlichkeit sich immer mehr ausbreitenden polnischen Kultureinflüsse war der Zweck der Schul-

und

Deutsche unter Fremdherrschaft

35

Zivilstandsgesetze. Man wird den Kulturkampf erst dann richtig verstehen, wenn man ihn als das betrachtet, was er war: das entschlossene, ja verzweifelte Ringen des Deutschtums um seine Selbstbehauptung im Osten! Am 7. Februar 1872 schrieb Bismarck einen Brief an den säumigen Innenminister, Grafen Eulenburg, worin er entschlossenes Vorgehen verlangte „gegen die seit zehn Jahren prosperierende polnische Unterwühlung des preußischen Staates“. 1872 wurde die deutsche Sprache für den Religionsunterricht, für die Volksschule in allen Fächern im nächsten Jahre eingeführt. 1887 kam der polnische Sprachunterricht ganz in Wegfall. Im Jahr zuvor wurde die Besetzung der Lehrstellen in Westpreußen, Posen und Oberschlesien zu einem ausschließlichen Recht des Staates erklärt, nachdem sich erwiesen hatte, daß die polnischen Patrone nur Nationalpolen in die Lehrstellen beriefen. Andere Maßnahmen waren die Absetzung des Erzbischofs Ledochowski 1874, der die nationalpolnischen Bestrebungen förderte. Sein Nachfolger wurde 1885 zum erstenmal ein Deutscher, Dinder. In diesem Jahre wurden auch dreißigtausend zugewanderte russische Polen ausgewiesen. Bei diesen Bemühungen um den Schutz der deutschen Kultur hatte Bismarck mit dem großen und starken Widerstand der Zentrumsparterie zu rechnen. Die Liberalen, das Zentrum und die Sozialdemokraten waren überhaupt diejenigen Parteien, welche die große deutsche Kulturpolitik Bismarcks im Osten nicht nur störten, sondern sogar zu verhindern suchten! Wenn der Zeitpunkt einmal kam, daß diese drei Parteien über das Schicksal Preußens und Deutschlands zu bestimmen hatten, dann waren die tapferen deutschen Kulturpioniere im polnischen Osten verraten und verkauft! Und dann erkannte Bismarck auch, wie unendlich schwer es war, die Sünden Friedrich Wilhelms IV. wieder gutzumachen. Man konnte sich nicht nur auf die reine Abwehr des polnischen Vordringens beschränken, wie dies mit der Freundschaft mit Rußland und mit dem Kulturkampf bezweckt wurde, Bismarck sah, daß er zum Angriff übergehen mußte.

So schuf Bismarck am 26. April 1886 das vom Freisinn und Zentrum aus guten Gründen heftig bekämpfte Ansiedlungsgesetz, durch welches den großpolnischen Ausbreitungsbestrebungen tatkräftig entgegengetreten werden sollte.

36

Einleitung: Bismarcks Ansiedlungsgesetz von 1886

37

Hiermit trat Bismarck in die Fußtapfen des großen Kolonisators Friedrich, er setzte eine seit siebenhundert Jahren mit Erfolg durchgeführte Friedentätigkeit deutschen Volkstums fort, und der Siedlungsorganisator von Wittenburg erwies sich als würdiger Nachfolger Brenkenhofs. In der Zeit von 1886 bis 1913 erwarb die Ansiedlungskommission in Posen und Westpreußen 778 Güter und 594

Bauernwirtschaften mit insgesamt 438 560 Hektar Umfang (1886-1890: 46 000 Hektar), davon stammten aus polnischer Hand 210 Güter und 257 Bauernwirtschaften mit einer Gesamtfläche von 124 903 Hektar. Dabei waren 66 016 Hektar bereits in den Jahren 1886-1894 aus polnischer Hand erworben worden, in den folgenden zwanzig Jahren jedoch nur 58 900 Hektar! 450 neue Dörfer wurden gegründet und 150 000 deutsche Seelen wurden seit 1886 auf den neuen Siedelgütern gezählt. Allerdings befanden sich unter den 21 683 Ansiedlerfamilien 5 706 (rund 35 000 Köpfe), die aus Westpreußen und Posen selbst stammten, und etwa 5 000 Familien waren deutsche Rückwanderer aus Kongreßpolen und Galizien. Es ist bezeichnend, daß von 1881-1892 etwa ein Viertel sämtlicher Auswanderer aus Deutschland in Übersee aus Posen und Westpreußen stammten, Polen, die den Deutschen das Feld räumten infolge des Kulturkampfes und des Ansiedlungsgesetzes. Allerdings dauerte die preußische Siedlungspolitik nur ein knappes Menschenalter, und so konnte sie bei einer Gesamtbevölkerung von 3,8 Millionen Menschen in Posen und Westpreußen keine überwältigenden Ergebnisse zeitigen. Kolonisation ist, das hat das Mittelalter bewiesen, ein Werk, das viele Jahrhunderte ausfüllen muß, wenn es, unter Verzicht auf gewaltsame Verdrängung der anderen Nationalität, Erfolg haben soll. Nach Bismarcks Rücktritt fand wieder ein Kurswechsel in der deutschen Ostmarkenpolitik statt. Der Zickzackkurs zwischen Polenfreundlichkeit und deutscher Selbstbesinnung in dem Jahrhundert von 1815-1916 ist ganz auffallend. Die polenfreundliche Periode von 1815-1830 wurde durch die Ära Flottwell 1831-1840 abgelöst. Dann kam die polenfreundliche Zeit Friedrich Wilhelm IV. 1841-1862 der die Ära Bismarcks folgte, 1863-1890. Und nun setzte, unter Wilhelm II., wieder eine Zeit ein, welche den Polen Entgegenkommen bewies.

37

Deutsche unter Fremdherrschaft 38

Aber die Lehren der Geschichte zeigten deutlich genug, daß jedes Entgegenkommen gegen die Polen einen Verlust für das deutsche Volkstum und die deutsche Kultur bedeutete.

Caprivi, der Nachfolger Bismarcks, war ein liberaler Mann. Bereits am 11. April 1890 machte er den Polen das große Zugeständnis, daß da, wo der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt würde, auch Privatunterricht in polnischer Sprache durch den Lehrer in den Schulräumen erteilt werden dürfe, wenn die Gemeinde zustimme. In zweisprachigen Gebieten sollte man den Polen entgegenkommen. Ein weiteres großes Zugeständnis an die Polen war die Ernennung des Florian von Stablewski 1892 zum Erzbischof von Gnesen. Ja, Caprivi sanierte 1892 sogar die polnische Landbank, die Bank Ziemski, als sie vor dem Bankrott stand, kam also den polnischen Grundbesitzern zu Hilfe, aus deren Liegenschaften die Ansiedlungskommissare eigentlich den Acker für die deutschen Siedler erwerben sollten! Die Polen legten das Entgegenkommen der Regierung als Schwäche aus, und der Leiter der polnischen Fraktion, von Koscielski, hielt auf dem polnischen Kongreß in Lemberg eine Rede, worin er in herausfordernder Weise die Zusammengehörigkeit der polnischen Nation betonte. Zu dieser Zeit ward auch wieder eine intensive großpolnische Agitation in Posen, Westpreußen, ja sogar in Ostpreußen und Schlesien entfaltet. Die polnische Presse setzte ganz offen ihre Hoffnungen auf einen Krieg Rußlands mit Deutschland und Österreich-Ungarn. Alle diese Vorgänge, vor allem das jämmerliche Versagen der berufenen Regierungsstellen, führten zur Gründung des Ostrnarkenvereins im September 1894. Deutschbewußte Männer, von Hansemann, Kennemann, von Tiedemann, wollten die deutsche Öffentlichkeit für den ernstesten Kulturkrieg im Osten interessieren und der Regierung als Stütze für ein entschlossenes Durchgreifen dienen. Nach den Anfangsbuchstaben der Gründer nannten die Polen den Verein „die Hakatisten“. Seit 1895 war eine schmerzhaft verschärfte deutsch-polnische Beziehungen festzustellen. Die Polen schlossen sich in Turnvereinen, sogenannten „Sokol“- (d. h. Falke) vereinen zusammen, organisierten sich als Miliz.

Einleitung: Zunahme des Polentums unter Wilhelm II. 39

Die polnischen Gutsbesitzer hielten ihre Güter fest und verkauften sie nicht mehr an Deutsche. So konnten 1895 nur 911 ha, 1896: 1804 ha, 1897-1899 jährlich nur durchschnittlich 2500 ha aus polnischer Hand angekauft werden, während 1886-1888 durchschnittlich 11 000 ha aus polnischen Händen erworben wurden. Die Polen parzellierten jetzt mit Hilfe ihrer polnischen Landbanken selbst ihre Güter und siedelten polnische Industriearbeiter an, sie begegneten also der deutschen Siedlungspolitik mit einer polnischen Siedlungspolitik. Immerhin konnte der Reichskanzler Bülow noch von 1902 bis 1919 rund 200 000 ha an deutsche Siedler verteilen lassen. Allerdings stammte das Land in der Hauptfache von deutschen Gutsbesitzern.

In der Tat war um die Jahrhundertwende das Polentum in der Provinz Posen sehr stark geworden. Der Anteil des Deutschtums in der Provinz betrug 1861 noch 52,3 Prozent, 1890 nur noch 39,8 Prozent, sank bis 1900 auf 38,3 und stieg bis 1910 auf 38,7 Prozent. Die Bevölkerung Posens vermehrte sich 1890 bis 1900 um 7% Prozent, der Zuwachs der polnischen Volksteile betrug 10,5% Prozent, der der Deutschen nur 3% Prozent, wovon noch 2 Prozent für die durch die Ansiedlungskommission herangezogenen Bauern in Frage kamen. Die Deutschen verloren in dem gleichen Jahrzehnt 1752 Grundstücke mit etwa 160 000 Hektar Umfang. Allein in den wenigen Jahren von 1896 bis 1914 konnten die Polen die Fläche ihres Privatbesitzes um 98 000 Hektar vermehren! Der deutsche gewerbliche Mittelstand wich unaufhaltsam vor den Polen zurück. In Westpreußen verloren die deutschen 1154 Grundstücke mit 14 000 Hektar. Die Polen vergrößerten ihren Einfluß durch Bildung von landwirtschaftlichen Vereinen. Zwar wurden von 1886-1901 auf 150 000 Hektar eine deutsch-bäuerliche Bevölkerung von 30 000 Köpfen angesiedelt, aber das durfte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der deutsch-polnische Kulturkampf bereits eine bedenkliche Wendung zugunsten der Polen genommen hatte. Bei den Reichstagswahlen 1903 erhielten die Polen sechzehn Mandate, 1907 sogar zwanzig!

Die hetzerische Propaganda der Polen wurde immer unverfrorener. Sogar die Schulkinder wurden renitent.

39

Deutsche unter Fremdherrschaft 40

Im Mai 1905 weigerten sich in Wreschen Schulkinder, welche die deutsche Sprache beherrschten, ihre Antworten im Religionsunterricht deutsch zu geben. Die Lehrer züchtigten sie. Darauf wurden die Eltern aufsässig und griffen die Lehrer an. Die Polen wurden zu schweren Strafen verurteilt, und zu Ostern 1902 wurden 40 Schulkinder wegen ungenügender Reife nicht aus der Schule entlassen.

Im April 1902 forderte eine polnische Zeitung folgendes: Aufhebung der Regierungspatronate, Ausschaltung des Staates bei der Wahl der Bischöfe und kirchlichen Würdenträger, Rückgabe alles eingezogenen Kirchenvermögens, freie Niederlassung der kirchlichen Orden, strenge Aufsicht der Geistlichen über die Schulen, d. h. Auslieferung der Schule an den polnischen Klerus, Gleichberechtigung der polnischen Sprache als Amtssprache und Schulsprache, polnische oder polnisch sprechende Beamte in Posen, Schlesien, Westpreußen, Masuren und Ermland, Zusammenfassung dieser Gebiete unter einem königlichen Statthalter, besonderer Landtag, polnische Minister in Berlin.

Kaiser Wilhelm II. und Bülow waren fest entschlossen, dem polnischen Übermut entgegenzutreten. 1902 wurde der Polenfonds um weitere 150 Millionen erhöht. Es war aber eine tief tragische Erscheinung, daß im Reichstag Fortschrittliche Volkspartei, Zentrum und Sozialdemokraten stets an die Seite der Polen traten, wie ja denn Liberalismus, ultramontaner Separatismus und Marxismus der kaiserlichen

Regierung möglichst viel Schwierigkeiten zu bereiten trachteten und ihr bei ihrer Polenpolitik stets in den Arm fielen. Die Regierung suchte Zentren deutschen Geisteslebens in Posen zu schaffen, so 1903 eine Kaiserliche Akademie und 1904 eine technische Hochschule. Doch die Polen wurden immer angriffslustiger. 1906 brach in Posen und Westpreußen ein neuer Schulstreik aus: 60 000 polnische Schulkinder verweigerten die deutsche Antwort im Religionsunterricht. Erst im Herbst 1907 gelang es der Regierung, durch kleine Zugeständnisse allmählich den Streik zum Erliegen zu bringen. Auch in den Zentrumswahlkreisen Oberschlesiens rührten sich die Polen.

40

Einleitung: Verschärfung d. deutsch-polnischen Gegensätze 41

Unter dem Eindruck des Allslawischen Kongresses, der am 13. Juli 1908 in Prag eröffnet wurde, schrieb der polnische Nationaldemokrat und Russenfreund Roman Dmowski, Mitglied der Reichsduma, ein Buch: „Deutschland, Rußland und die polnische Frage“. Dmowski wandte sich hierin mit äußerster Heftigkeit gegen Deutschland, das die Welt, insonderheit Polen bedrohe. Polen müsse, wie einst im Mittelalter, den Schutz Europas gegen Deutschland übernehmen, nicht mehr, wie seit Jahrhunderten, den gegen Osten.

Ohne Zweifel war die kaiserliche Regierung mit ernstem Willen bemüht, dem Deutschtum in den Ostmarken Sicherheit und Ausbreitung zu bieten. Sie leistete große und wertvolle Kulturarbeiten, und die Sorge Kaiser Wilhelm II. war stets in besonderem Maße dem deutschen Osten zugewandt. Er fühlte sich verantwortlich, das große Werk der Jahrhunderte würdig fortzusetzen, und er erfüllte diese Verantwortlichkeit. Aber mächtiger als sein Wollen und Wirken war die von Leidenschaft und Haß vorwärtsgetriebene polnische Nationalpropaganda, welche nur allzubereite Unterstützung bei den Mittelparteien Deutschlands fand. Die Polen sahen in den Deutschen gefährlichere Gegner als in den Russen. Heinrich Friedjung sagt im dritten Bande seines „Zeitalter des Imperialismus“ Seite 151: „Die Russifizierung war jedoch weniger zu befürchten als die Germanisierung, weil der deutsche Staat mit seiner trefflichen Verwaltung die gegebenen Vorschriften auch ausführte, während in Rußland durch Faulheit und Bestechlichkeit der Beamten, durch die ganze Verrottung des Staatswesens, Schlupflöcher zur Umgehung der Gesetze vorhanden waren. Daher wachsender Haß gegen das Deutsche Reich, während Österreich eine größere, Rußland eine geringere Anhängerschaft unter den Polen zählte. Die ganze Nation rechnete aber auf den furchtbaren Zusammenstoß zwischen Deutschen und Russen, um zwischen ihnen den alten polnischen Staat „vom Meer zum Meere“ aufzurichten. Immerhin wäre, wenn Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland zusammenstanden, die Erfüllung polnischer Wünsche auf unabsehbare Zeit vertagt worden. Doch da trat die von den Polen so heiß ersehnte

41

Deutsche unter Fremdherrschaft 42

tragische Wendung ein: im August 1914 brach der Weltkrieg aus, der nun auch bei den sich bekämpfenden Großmächten Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen und Russland auf der anderen Seite zum Ausbruch der polnischen Krankheit führen mußte. –

Die historische Darstellung hat ergeben, daß die Polenfrage für Preußen erst durch den Besitz der Provinz Posen akut wurde. Hier war der Herd nationalpolnischer Bestrebungen, ihr Zentrum. Drei Momente aber führten zu der tragischen Wende im Osten: der Zickzackkurs der preußischen Regierung im 19. Jahrhundert, der Widerstand der liberalistisch-marxistischen Oppositionsparteien, insonderheit die separatistischen Umtriebe des ultramontanen Zentrums und der Ausbruch des Weltkriegs. Die schwerste Schuld aber trifft das Zentrum, das Machtorgan des

ultramontanen Klerus!

42

1. Kapitel

Wirren des Weltkrieges 43

Manche barbarischen Kriegsschrecken hat Ostpreußen im Laufe der Jahrhunderte erlebt. Schon zur Zeit des Großen Kurfürsten wurden seine Grenzen von den Schweden heimgesucht. Dann ward es vom Nordischen Krieg umloht. Während dem Siebenjährigen Kriege wurde es des öfteren von russischen Horden heimgesucht. Als Napoleon Preußen niedergeworfen hatte, kämpften die letzten preußischen Regimenter auf Ostpreußens Boden einen Verzweiflungskampf. Als dann der Tag des Freiheitskrieges anbrach, erduldet die unglückliche Provinz die Plage der russischen Bundesgenossen.

Der Ausbruch des Weltkrieges wurde dem deutschen Ostpreußen zum Verhängnis. Mit ungeahnter Schnelligkeit fielen zwei russische Heere in das Land ein, achthunderttausend Mann stark! Aus der Gegend von Kowno und Wilna brach General Rennenkampf an der Spitze der Njemenarmee vor, von Süden rückte zwischen Weichsel und Narew General Samsonow mit seiner Narewarmee gegen Soldau-Hohenstein-Ortelsburg heran. Schreckenszeiten, wie in früheren Jahrhunderten, die man längst überwunden glaubte, brachen herein. Nach Königsberg wollten die beiden russischen Feldherrn mit ihren Mordbrennerscharen, und das I. Deutsche Armeekorps konnte nur schwachen Widerstand leisten. Während General Samsonow im Süden nicht so rasch vorwärts kam, drang General Rennenkampf bis halbwegs nach Königsberg vor: in Insterburg schlug er sein Hauptquartier auf. Das ganze deutsche Land östlich der Linie Memel, Tilsit, Insterburg, Geraune, Ortelsburg, Hohenstein war in der Gewalt des Feindes. In den Städten, wo die hohen Stäbe und Armeeführer ihr Quartier aufschlugen, erhielt sich einigermaßen ein erträglicher Zustand der Ordnung; in den kleineren Orten aber und in den Dörfern brach eine Zeit des Schreckens und Entsetzens an.

43

Deutsche unter Fremdherrschaft 44

Unschuldige Menschen wurden zu Dutzenden standrechtlich erschossen, Frauen wurden geschändet und gemordet, ganze Dörfer verwandelten sich in ein Flammenmeer. Als Bettler flüchteten die unglücklichen Bewohner, große Scharen von Verzweifelten und Jammernden wälzten sich auf den Landstraßen der Weichsel entgegen, ein Hindernis für die heranrückenden deutschen Truppen. In den Grenzorten Deutschlands blühte ein regelrechtes Räuberwesen auf. Rotten von Männern und Frauen, aus russischen Orten kommend, überfielen die deutschen Dörfer und Städte und plünderten sie aus. Besonders grausam wüteten die Kosaken. Sie erstachen die deutschen Gendarmen, schossen die Pfarrer nieder, marterten die Frauen, verschleppten die Bauern. Bis Mitte August brannten sie im Gumbinner Bezirk sechs Domänen und im Pillkaller Kreise mehr als fünfzehn Dörfer und Güter nieder. Allenstein und Lyck wurden mit schweren Kontributionen belegt, Allenstein mußte für die Verpflegung der Russen sorgen, während Lyck binnen kurzem 130 000 Mark aufbringen mußte. In Ortelsburg wurden ganze Straßenzüge in Brand gesteckt und viele Menschen wurden bei lebendigem Leibe in den Häusern verbrannt. Neidenburg, eine Stadt von fünftausend Einwohnern, wurde am Nachmittag des 22. August drei Stunden lang von den Russen mit Granaten beschossen, so daß zweihundert Häuser in Flammen aufgingen. Vollständig zerstört wurden außerdem Stallupönen, Eydtkuhnen, Gerdauen, Possessern, Hohenstein und Nordenburg. Auch Angerburg, Goldap und Tapiau wurden schwer verwüstet. Rastenburg und Gumbinnen kamen milder davon. In diesen schicksalschweren Wochen, da die deutsch-baltische Provinz wehrlos den

Plünderungen und der Vernichtungswut barbarischer Feinde preisgegeben war, wurde General Hindenburg, unterstützt von den Generälen Ludendorff und Mackensen, zum Retter des Vaterlandes. An der Spitze entschlossener ost- und westpreußischer Regimenter vernichtete Hindenburg in der sechstägigen mörderischen Schlacht bei Tannenberg vom 26.-31. August im Raume Soldau, Hohenstein, Ortelsburg die russische Narewarmee. Nach der Katastrophe beging General Samsonow Selbstmord.

44

1. Kapitel: Ostpreußens Kriegsnot 45

Schon fünf Tage später, am 5. September, griff Hindenburg die Njemen-Armee General Rennenkampf zwischen den Masurischen Seen bei Nordenburg, Angerburg, Allenburg an und rieb sie in heißem zehntägigen Kampfe zwischen den Sümpfen auf!

Diese beiden Siege brachten den Vormarsch der Russen zum Stillstand, doch mußte das deutsche Gebiet östlich der Linie Tilsit, Insterburg, Angerburg, Johannsburg noch weiterhin den Russen preisgegeben bleiben. Während der Wintermonate kam es häufig zu Gefechten auf deutschem Boden, so in der Gegend von Gumbinnen, Stallupönen, Eydtkuhnen, bei Lyck und bei Soldau. Erst nach der zweiten schweren Schlacht in Masuren vom 4.-22. Februar 1915 wurden die Russen ganz aus Ostpreußen hinaus auf Agustowo zurückgeworfen. Immer wieder versuchten die Russen in der Folgezeit gegen die Linien Johannsburg-Mława und gegen das Memelland in Raubzügen vorzustoßen. Aber sie vermochten sich nicht mehr auf deutschem Boden festzusetzen. Das grausige Ergebnis sechsmonatiger russischer Herrschaft spiegelt sich in folgenden Zahlen wieder: In 35 Städten und 1900 Dörfern wurden mehr als 30 000 Häuser zerstört. 136 000 Pferde, 232 000 Rinder, 280 000 Schweine, 160 000 Schafe und die Hälfte der edeln Zuchtstuten wurden weggeführt. Tausende von Menschen wurden gemordet, zehntausende sind geflüchtet. Der Aufbau der zerstörten Teile der Provinz, der 1915 begonnen wurde, kostete zwei Milliarden Mark. –

Die kriegerischen Erfolge der deutschen Heere ermöglichten es nun seit einem halben Jahrtausend zum ersten Male wieder, daß das deutsche Volk mit dem deutschen Volkstum der russischen Ostseeprovinzen in enge Berührung trat. –

Das deutsche Volkstum der russischen Ostseeprovinzen war ein Herrenmenschentum, es bildete gesellschaftlich wie wirtschaftlich die Oberschicht über die baltische Bevölkerung.

45

Deutsche unter Fremdherrschaft 46

Auf dem Lande war es der alte Schwerritteradel, dessen Güter die Größe von Fürstentümern besaßen, in den Städten herrschten die reichen Kaufleute, wie das Patriziat des Mittelalters. Die Unterbrechung der Beziehungen der deutsch-baltischen Provinzen zum deutschen Volke seit Beginn des 15. Jahrhunderts hatte wohl bewirkt, daß die breiten baltischen Volksschichten sich nicht mit deutschen Siedlern und Handwerkern vermischten. Die innere Kolonisation, wie sie in Ost- und Westpreußen und in Posen stattgefunden hatte, fehlte hier überhaupt seit den Tagen des Mittelalters vollkommen. Das Baltenland von Preußen an war im Mittelalter vor allem Adelskolonie. Erst die Hohenzollern durchsetzten die preußische Provinz wohlthätig mit bäuerlichen und handwerklichen Kolonisten. Jedoch ins russische Baltland erstreckte sich nicht ihr Einfluß. So bewahrte das russische Baltikum seinen Charakter als mittelalterliche Adelskolonie auf der breiten Grundlage der bäuerlich-primitiven baltischen Volksstämme der Esten und Letten: sie machten mehr

als 90 Prozent der Bevölkerung aus! Um so zäher und entschlossener behauptete sich die deutsche Oberschicht, die ihr deutsches Wesen, ihre deutsche Sprache, ihre deutsche Kultur pflegte und weiter entwickelte. Um so tiefer aber wurde auch die Kluft zwischen den deutschen Herren und den Litauern, Letten und Esten. Es wuchs ein Haß der unfreien Rasse gegen das Herrenmenschentum, jenes typische psychologische Moment, das seit den Tagen der Reformation die Völker Europas von den Deutschen trennt.

Für den grundbesitzenden Adel, die Ritterschaft auf dem Lande, für das maßgebende Bürgertum, die wohlhabenden Kaufleute, die akademischen Kreise in den Städten, war der Russe der Typ des Dienenden, des Holzflößers, Gemüsekrämers, Eishändlers, Korkenschneiders, Kutschers, Nachtwächters, Portiers usw. Die Esten und Letten verkörperten die landsässige Plebs, den dreckigen und unfreien Kleinbauern, den nimmersatten Kleinhandwerker, die unterwürfige und doch habgierige Dienerschaft. Aus den deutsch-baltischen Herrengeschlechtern ist manch hervorragender Staatsmann und General des russischen Kaiserrechts hervorgegangen.

46

1. Kapitel: Schicksale der Deutschen im Baltikum 47

Überhaupt bildeten die baltischen Deutschen die wesentlichste Brücke zwischen Rußland und der europäischen Kultur, was man von den Polen, die ja ebenfalls Slawen waren wie die Russen, nicht sagen kann. Noch Kaiser Alexander I., der 1813 bis 1815 gemeinsam mit Preußen und Österreich Napoleon bekämpfte, war den Deutschen sehr wohlgesinnt. Er gründete 1802 die deutsche Universität Dorpat, die sich alsbald zu einem Mittelpunkt deutsch-baltischer Kultur entwickelte. Dieser Zar starb 1825, und mit ihm ging ein Freund der Deutschen dahin. Seitdem aber, etwa seit 1830, die allslawische Bewegung in Rußland sich auszubreiten begann, entwickelte sich ein immer tiefer werdender Gegensatz zwischen Russen und Deutschbalten. Die Russen begannen plötzlich in den baltischen Deutschen einen Fremdkörper zu erblicken, der ihrem Volkstum nicht entsprach. –

Der Nachfolger Alexanders, Nikolaus I., 1825-1855, begann die geistige Freiheit der Deutsch-Balten zu knebeln, ohne vorerst an die Selbstverwaltung Hand anzulegen. Er begnügte sich damit, der deutschen Kultur schwere Schläge beizubringen. Das vorzügliche deutsche Unterrichtswesen nährte sich von zwei Wurzeln, von der materiellen Unterstützung durch die Ritterschaft und von der kulturellen Organisation der evangelischen Pfarrer. Gegen die evangelische Kirche richtete Nikolaus seinen Angriff, mit dem Zwecke, die orthodoxe Kirche als allein anerkannte Staatskirche den baltischen Provinzen aufzuzwingen, wenn dies gelang, war der deutschen Kultur und dem deutschen Schulwesen die Lebensader abgeschnitten.

So begab es sich denn, daß in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts russische Wanderprediger durchs Land zogen und Zehntausende von Letten und Esten in die orthodoxe Kirche bekehrten. Sie versprachen den übertretenden wirtschaftliche Vorteile, Acker und Besitz, das sogenannte „Seelenland“; die Konvertiten hatten aber keine Möglichkeit, wieder aus der Kirche auszuschneiden und mußten ihre Kinder aus dem evangelischen Religionsunterricht nehmen und den russischen Popen übergeben. Diese Vorgänge hatten zur Folge, daß die Kirchen und Schulen der evangelischen deutschen Pfarrer sich leerten und die estnische und lettische Bevölkerung die Berührung mit der deutschen Kultur ganz verlor, was ja auch der Zweck dieser Bekehrung war.

47

Deutsche unter Fremdherrschaft 48

Pfarrer Körber von Fennern geißelte diese Konversionen um 1850 in seiner im Baltland berühmt gewordenen Palermopredigt.

Bald merkten die orthodox gewordenen Esten und Letten, daß sie einen schlechten Tausch gemacht hatten. Die in Aussicht gestellten Vorteile, vor allem das „Seelenland“, das ja nur den Baronen abgenommen werden konnte, blieb aus, und die Bekehrten sehnten nach den alten Verhältnissen zurück. Es war ihnen aber unmöglich, der griechischen Kirche den Rücken zu kehren; trotz dieser Enttäuschungen vergrößerte sich der Kreis der Orthodoxen ständig, da auch bei Mischehen mit Evangelischen deren Kinder der orthodoxen Kirche zugeführt werden mußten. Es war leicht einzusehen, daß auf diese Weise der evangelisch-deutsche Kulturkreis, soweit er sich auf die Letten und Esten erstreckte, in schnellster Zeit zufammenschrumpfen mußte. 1855 bestieg Alexander II. den Thron. Er war den Deutschen Baltlands günstiger gesinnt und milderte ihr Los. Vollends als Gegenleistung für die Unterstützung Preußens beim Polenaufstande 1863 hob er durch einen humanen Kabinettsbeschluß des Jahres 1864 das Gesetz über den Zwang zur griechischen Taufe der Kinder aus Mischehen für die Ostseeprovinzen auf. Daraufhin konnten die deutschen evangelischen Prediger wieder jahrzehntelang Nachkommen aus Mischehen evangelisch taufen, konfirmieren, trauen und begraben. Allerdings schon bald machten sich verstärkte Bestrebungen der allslawischen Hofpartei fühlbar, die darauf ausgingen, das Baltland russisch zu machen. Schon im April 1860 wurde der Professor der Geschichte an der Universität Dorpat, Karl Schirren, unter dem Druck der Verhältnisse zum Verteidiger des Deutschtums und Luthertums, als er dem Aufruf des Allslawen Juri Samarin zur Russifizierung der baltischen Provinzen mit seiner „Livländischen Antwort an Herrn Juri Samarin“ entgegentrat und die Forderung Samarins vom Standpunkte der Geschichte und des Rechts, der Vernunft und Moral aufs schärfste zurückwies. Schirren mußte darauf das Land verlassen und ging nach Kiel. Zum wirklichen Angriff auf das deutsche Baltikum ging die russische Regierung nach dem Türkenkrieg 1877 über.

48

1. Kapitel: Bedrängnis der Deutschen im Baltikum 49

Im März dieses Jahres wurde in den baltischen Provinzen durch kaiserlichen Befehl die deutsche Städteordnung abgeschafft. So wurden z. B. dem Rigaschen Rat nach fast siebenhundertjährigem Bestehen sowie seinen beiden Gilden - den städtischen Ständen - die Verwaltungsbefugnisse genommen. Nun wurde nach russischem Vorbilde eine Stadtverordnetenversammlung mit einem Stadtamt und Stadthaupt eingerichtet. Noch aber blieb der alte Rat als oberste Justizbehörde bestehen, wenn er auch seine politischen Rechte verloren hatte. Als einziger deutscher Stand existierte aber von nun an nur noch die Livländische Ritter- und Landschaft. Wesentlich schwerer wurden die Bedrückungen der Deutschbalten seit der Ermordung Alexanders II. und der Thronbesteigung Alexanders III., 1881. Dieser Herrscher erwies sich als ein orthodoxer Eiferer, als er den Kabinettsbefehl Alexanders II. aus dem Jahre 1864 mit rückwirkender Kraft aufhob. Alle in den Listen verzeichnete Konvertiten und ihre Nachkommen wurden wieder für die griechische Kirche in Anspruch genommen, und den „verbrecherischen“ evangelischen deutschen Predigern wurde der Prozeß gemacht. Etwa zweihundert evangelische Prediger wurden angeklagt, die Reichsgesetze über den Abfall vom griechisch-orthodoxen Glauben und über gemischte Ehen übertreten zu haben. Manche von ihnen wurden nach Sibirien geschickt, die andern kamen mit dem Verlust ihrer Ämter, sogar ihrer geistlichen Würden davon. Diesem Schlage gegen die baltischen Deutschen folgte alsbald der zweite. Im Jahre 1885 schickte der Zar den General Sinowjew als Livländischen Gouverneur nach Riga, einen grimmigen Feind der Balten, der mit rücksichtsloser Brutalität zehn Jahre lang die Deutschen terrorisierte. Diese Politik wurde in der allslawischen Presse Petersburgs von einer zügellosen Deutschenhetze begleitet, worin die Balten als „Separatisten“, als Barone, Studenten, herrschsüchtige Priester an den Pranger gestellt wurden. Das Werk dieses Generals war es, daß er nicht nur der Universität Dorpat die Vorlesungen in russischer Sprache befahl,

sondern auch die Rechtsprechung nach deutschem Rechte abschaffte. So wurde auch der Rigasche Rat seiner Gerichtshoheit, seines letzten Reservates, beraubt.
49

Deutsche unter Fremdherrschaft 50

Der deutsche Rigasche Rat mußte „sein letztes Kleinod, das Schwert der Gerechtigkeit, in fremde Hände legen“ und „an die Stelle der germanischen Autonomie trat nunmehr französische Präfektenwirtschaft.“ Am 27. November 1889 hielt der Rigasche Rat seine feierliche Schlußsitzung und seinen letzten Gottesdienst ab: er hatte nach fast siebenhundert Jahren aufgehört zu bestehen. Die deutschen Richter und die deutschen Juristen gingen außer Landes, und die russischen Richter kamen und sprachen über Deutsche russisches Recht. Die Deutschen des Baltlandes hatten ihre eigene Gerichtsbarkeit, die sie seit den Tagen Peters des Großen sich unter russischer Herrschaft bewahrt hatten, nun endgültig verloren. Gerade dies war ein recht schwerer Schlag für die Deutschen, denn die Russen benutzten von nun an ihre richterliche Gewalt, um zwischen die Deutschen und die Eingeborenen, Esten und Letten, eine tiefe Kluft der Feindseligkeit zu treiben. Die russischen Richter handelten in ihrer Praxis nach dem Grundsatz: „Divide et impera“, indem sie grundsätzlich die Letten und Esten gegen die „hartherzigen“ deutschen Herren in Schutz nahmen, ja, sie stachelten sogar die Eingeborenen gegen die Deutschen auf! „Ich habe fünfundzwanzig Jahre lang (1891 bis 1916) deutsche Gutsbesitzer gegen lettische Bauern zu vertreten gehabt und weiß ein Lied davon zu singen, wie schwer, ja beinahe unmöglich es besonders in der ersten Zeit war, auch die begründetsten Ansprüche der ersteren gegen die letzteren durchzusetzen“, bekennt der deutsche Rechtsanwalt Hilweg aus Riga. Ebenso verheerend wirkte der Großangriff auf das Schulwesen. Nicht nur an der Universität Dorpat war die russische Sprache eingeführt worden, sondern auch in sämtlichen höheren Schulen, Kirchspielschulen, und im letzten Jahre der Gemeindeschulen mußte der Unterricht in russischer Sprache erteilt werden. Zur Befähigung des Lehramtes genügte nichts weiter als die Vollendung des 17. Lebensjahres und die Kenntnis der russischen Sprache! Die deutsche Ritterschaft schloß die von ihr unterhaltenen Schulen. Die Jugend verrohte. Die Zahl der jugendlichen Verbrecher nahm erschreckend zu! In Livland, wo es 1881 nur 3 Prozent Analphabeten gab, wuchs deren Zahl bis 1905 auf 29 Prozent an!

50

1. Kapitel: Russifizierung Baltlands 51

Die lutherischen Geistlichen wurden bedrückt und schikaniert, um ihren Einfluß zu verringern. Zu dieser Unterdrückungspolitik kam der Zuzug von tausenden russischer Beamten und Volksschullehrer, die mit den Esten und Letten eine geschlossene Front gegen alles deutsche bildeten. Nikolaus II., der 1894 Zar wurde, setzte dieselbe deutschfeindliche Politik fort. Die Früchte dieser Entwicklung zeitigte das Jahr 1905, der Ausbruch der Revolution, die nicht bloß eine soziale, sondern auch eine nationale war. Die entfesselte Volksleidenschaft raste über die baltischen Provinzen dahin, meuchelte die Deutschen in den Städten, plünderte und raubte die Wohnungen aus, stellte Unschuldige vor ein Revolutionstribunal und ließ sie erschießen, mordete die Barone und ihre Angehörigen und ließ manches von Tradition erfüllte Schloß der stolzen Herrenmenschen in Flammen aufgehen. Die Deutschen waren vogelfrei. Von der Regierung hatten sie keinen Schutz zu erhoffen, ihre lettischen und estnischen Dienstboten lieferten sie den Revolutionären aus. Endlich als die revolutionären Führer bereits die Losreißung vom Reiche und die Gründung einer Sonderrepublik ankündigten, rückte General Orlow ins Land, und seine kaiserlichen Gardetruppen unterdrückten mit blutiger Grausamkeit den Aufbruch. Die Petersburger Regierung strafte jetzt die Esten und Letten dadurch,

daß sie den Deutschen das seit einem Menschenalter geraubte Recht wiedergab, auf eigene Kosten Privatschulen mit deutscher Unterrichtssprache zu eröffnen. Zahlreiche deutsche Vereine entstanden in Baltland, die nun überall Schulen errichteten, in Riga erstand ein deutsches Gymnasium. Aber diese Freude dauerte kein Jahrzehnt. Der Ausbruch des Weltkrieges brachte auch den Deutsch-Balten, diesem „Fremdkörper“ in Rußland, neue schwere Heimsuchungen. Alle deutschen Schulen wurden geschlossen, die deutsche Sprache wurde im öffentlichen Verkehr verboten, die deutschen Zeitungen wurden unterdrückt. General Kurlow, ein Wüstling und Säufer, der vom 12. Dezember 1914 bis 19. Juni 1915 die „Beruhigung“ der drei baltischen Provinzen zu besorgen hatte, führte ein entwürdigendes Regiment gegen die Deutschen.

51

Deutsche unter Fremdherrschaft 52

Er beseitigte nicht nur die letzten Vorrechte des baltischen Großgrundbesitzes, sondern verbreitete eine Atmosphäre des Schreckens. Haussuchungen, Verhaftungen, meist nachts, Verbannungen gehörten zu den täglichen Erscheinungen. Wer nicht in Ketten nach Sibirien geschleppt wurde, der schmachtete in den überfüllten Rigaschen Gefängnissen und harrte seiner Aburteilung wegen „Germanophilie“. Selbst das letzte Rigasche Stadthaupt, Wilhelm von Bulmerincq, aus altem Rigaschen Geschlecht, mußte nach Sibirien gehen.

Als Ende Juli 1915 Mitau in die Hände der deutschen Heere gefallen war, befahl die Kaiserliche Regierung von Petersburg die Evakuierung von Riga. Auf 40 000 Waggons wurde die Industrie ins Innere Rußlands geschafft, alle Banken, Depots, Waren wurden nach Petersburg und Moskau gebracht. Die Hälfte der eine halbe Million Köpfe zählenden Bevölkerung wurde fortgeführt! Denjenigen aber, die Riga nicht verlassen wollten und die Einnahme Rigas durch die deutschen Heere abwarteten, wurde angedroht, daß sie als Staatsverräter betrachtet werden würden! –

Bis Ende Oktober 1915 errangen die deutschen Soldaten den Besitz Kurlands, die Düna bildete fortan zwei Jahre lang die Front, Riga und Dünaburg lagen während dieser Zeit unter dem Feuer der deutschen Kanonen. Erst im Oktober 1917 begann der Vormarsch in den Küstengebieten wieder. Im Februar 1918 wurden Livland und Estland besetzt, und nun begannen die Kämpfe gegen die Bolschewisten, die bis zum Ende des Jahres 1919 dauerten. Doch darüber wird weiter unten gesprochen werden. - - Bis zum Herbst 1915 eroberten die deutschen und öfterreichischen Truppen auch Russisch-Polen, Kongreßpolen. In Warschau nahmen der Oberstkommandierende der deutschen Ostfront, Prinz Leopold von Bayern, und der Gouverneur für die besetzten russischen Gebiete ihren Sitz, in Lublin residierte hinfort der Kaiserlich-königliche Feldzeugmeister Kuk. Jetzt fing das Unglück an, das Bismarck zu verhüten bemüht gewesen war: Der Krieg zwischen Deutschland und Rußland führte einerseits notgedrungen zur Absplitterung Polens von Rußland, andererseits war dieser Vorgang geeignet, zum Zankapfel zwischen Deutschland und Österreich zu werden.

52

1. Kapitel: Polen im Weltkriege 53

Baron Burian, der seit Januar 1915 österreichisch-ungarischer Außenminister war, holte plötzlich die Wünsche wieder hervor, die der greise Kaiser Franz Josef bereits in seiner Jugend, während dem Krimkriege und dem zweiten polnischen Aufstande von 1863 gehabt hatte. Da gab es ein Schriftstück, eine Note, die von Wien aus am 18. Juni 1863 nach Petersburg geschickt worden war, und darin stand folgendes:

„Wir haben nach den Bedingungen geforscht, durch die dem Königreich Polen Ruhe und Frieden wiedergegeben werden könnten, und sind dahin gelangt, diese Bedingungen in

den folgenden sechs Punkten zusammenzufassen, die wir der Erwägung des Kabinetts von Sankt Petersburg empfehlen:

- 1.) Vollständige und allgemeine Amnestie.
- 2.) Nationale Vertretung, welche an der Gesetzgebung des Landes teilnimmt und Mittel einer wirksamen Kontrolle besitzt.
- 3.) Ernennung von Polen zu den öffentlichen Ämtern in solcher Weise, daß eine besondere nationale und dem Lande Vertrauen einflößende Administration gebildet werde.
- 4.) Volle und gänzliche Gewissensfreiheit und Aufhebung der die Ausübung des katholischen Kultus betreffenden Beschränkungen.
- 5.) Ausschließlicher Gebrauch der polnischen Sprache als amtliche Sprache in der Verwaltung, der Justiz und dem Unterrichtswesen.
- 6.) Einführung eines regelmäßigen gesetzlichen Regierungssystems.“

Das waren Vorschläge, die bei den preußischen Liberalen, deren Haupt Bethmann-Hollweg, der Führer der Wochenblattspartei, war, begeisterte Aufnahme fanden, von Bismarck aber ganz entschieden bekämpft wurden. Es bestand eine von Natur gegebene Gegensätzlichkeit in der polnischen Frage zwischen Berlin und Wien. Für Preußen war die polnische Frage ein innenpolitisches Problem, das auf dem status quo erhalten werden mußte, um nicht den deutschen Osten zu gefährden. Für Österreich-Ungarn war die polnische Frage ein außenpolitisches Problem, das gelöst werden mußte, um die von Rußland drohenden Gefahren zu verringern. Österreich-Ungarn brauchte von der Aufrollen der polnischen Frage nicht eine derartige Zerklüftung des Staatsgebietes zu befürchten wie Preußen.

53

Deutsche unter Fremdherrschaft 54

Jetzt, zweiundfünfzig Jahre später, lebte kein Bismarck mehr, aber an seiner Stelle war ein liberaler Bethmann-Hollweg, Enkel desjenigen von 1854 und 1863, Kanzler des Deutschen Reiches, und diesen Bethmann-Hollweg weihte Baron Burian in seine Pläne ein: Man könne doch Rußland einen empfindlichen Schlag versetzen, wenn man den Polen ihre Selbstständigkeit zurückgebe und das die Grenzen Kongreßpolens ausfüllende neue polnische Königreich unter Erzherzog Karl Stephan der Donaumonarchie angliedere. Die deutsche Regierung, die grundsätzlich gegen die polnischen Pläne nichts einzuwenden hatte, war allerdings zunächst mit dieser austropolnischen Lösung nicht so ganz einverstanden und fürchtete, daß auf diese Weise Zwietracht gesät würde zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, man wünschte in Berlin, daß das neue Königreich an beide Mächte angegliedert würde. Mit dem Augenblick jedenfalls, da zwischen Berlin und Wien die polnische Frage erörtert zu werden begann, nahm die Tragödie des deutschen Ostens ihren Anfang. Monatelang zogen sich die Verhandlungen hin. Am 11. und 12. August 1916 war Bethmann-Hollweg wieder einmal in Wien und wurde schließlich mit Burian auf folgender Grundlage einig: ein selbstständiges Königreich Polen soll mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung errichtet werden. Die Gründung des Nationalstaates soll durch eine Kundgebung der verbündeten Herrscher bekannt gegeben, die Errichtung des Staates selbst erst nach Kriegsende vorgenommen werden. Beide Vertragsschließenden verpflichten sich, keinen Teil ihrer ehemals polnischen Landesgebiete an den neuen polnischen Staat zu geben. Polen soll auch eine eigene Armee erhalten, deren Aufsicht und oberste Führung einheitlich sein und Deutschland zufallen soll.

Wieder zahllose schwierige Besprechungen von phantastischem Inhalte im August, September, Oktober 1916. Erzherzog Karl, der voraussichtliche Nachfolger Franz Josefs, wurde als künftiger König Polens genannt. Hindenburg und Ludendorff wurden um ihre Meinung befragt. Den Feldherrn schien die Aussicht auf die polnische Waffenhilfe verlockend: man könnte achthunderttausend Mann mehr unter Waffen haben.

54

1. Kapitel: Proklamierung des polnischen Königreichs 55

Deshalb hatten die Generäle nichts einzuwenden. Conrad von Hötendorf warnte, die Polen seien größtenteils unsichere Kantonisten, doch Ludendorff meinte, man müsse die Soldaten nehmen, wo man sie fände. Deshalb befürwortete er die Bildung der polnischen Armee und somit auch die Bildung des polnischen Staates.

Am 7. November 1916 endlich erließ der Generalgouverneur des Deutschen Kaisers, General von Beseler, in Warschau folgendes Manifest:

„An die Bewohner des Generalgouvernements Warschau! Seine Majestät der Deutsche Kaiser und Seine Majestät der Kaiser von Österreich und Apostolischer König von Ungarn, getragen von dem seinen Vertrauen auf den endgültigen Sieg ihrer Waffen und von dem Wunsch geleitet, die von ihren tapferen Heeren mit schweren Opfern der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebiete einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, sind dahin übereingekommen, aus diesen Gebieten einen selbständigen Staat mit erblicher Monarchie und konstitutioneller Verfassung zu bilden. Die genauere Bestimmung der Grenzen des Königreichs Polen bleibt vorbehalten. Das neue Königreich wird im Anschluß an die beiden verbündeten Mächte die Bürgschaft finden, deren es zur freien Entfaltung seiner Kräfte bedarf. In einer eigenen Armee sollen die ruhmreichen Überlieferungen der polnischen Heere früherer Zeiten und die Erinnerung an die tapferen polnischen Mitstreiter in dem großen Krieg der Gegenwart fortleben. Ihre Organisation, Ausbildung und Führung wird in gemeinsamem Einvernehmen geregelt werden.

Die verbündeten Monarchen geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß sich die Wünsche nach staatlicher und nationaler Entwicklung des Königreichs Polen nunmehr unter gebotener Rücksichtnahme auf die allgemeinen politischen Verhältnisse Europas und auf die Wohlfahrt und Sicherheit ihrer eigenen Länder und Völker erfüllen werden. Die großen westlichen Nachbarmächte des Königreichs Polen aber werden an ihrer Ostgrenze einen freien, glücklichen und seines nationalen Lebens frohen Staat mit Freuden neu erstehn und aufblühen sehen.“

55

Deutsche unter Fremdherrschaft 56

Am gleichen Tage gab der österreichisch-ungarische Generalgouverneur in Lublin, Feldzeugmeister Kuk, eine Kundgebung gleichen Inhalts bekannt.

Die verbündeten Regierungen waren einer verhängnisvollen Selbsttäuschung erlegen. Wie konnten sie glauben, daß durch dieses Manifest, das im Sinne der Polen nur einen unvollständigen Staat, ohne Galizien, Posen und Westpreußen, verhieß, der Ingrimm und Haß eines ganzen Jahrhunderts mit einem Male ausgelöscht sein könnte? Die Deutschen in den Ostgebieten fühlten sich, als habe sie der Schlag gerührt. Welch eine Verblendung mußte die Berliner Staatsmänner erfaßt haben! Diese untergruben nicht nur die Stellung der Deutschen, sondern auch noch die Autorität des preußischen Staates, indem sie zuließen, daß die in den Ostprovinzen stehenden Ersatztruppenteile mehr und mehr mit Polen angefüllt und von Deutschen entblößt wurden. Es war eine von den Polen systematisch betriebene Aushöhlung der deutschen Wehrmacht. Schon bald zeigte sich daher auch, daß der Aufruf zur Bildung einer polnischen Armee, der alsbald erfolgte, ein voller Mißerfolg war, und schon nach wenigen Monaten bezeichnete man in Berlin die polnische Politik als einen „Haufen von Scherben“. –

Natürlich war das zarische Rußland mit dieser Politik nicht im geringsten einverstanden. Auch die polnischen Nationaldemokraten, deren Wortführer Roman Dmowski sich in Paris aufhielt, erhoben ein Geschrei voll Haß und Wut gegen die Mittelmächte. In Polen selbst beschränkten sich die Sympathien für Deutschland auf einen Teil des Adels und der Bauern, während die städtische Bevölkerung und die Arbeiterschaft nationaldemokratisch war. Der Freischarenführer Josef Pilsudski,

Führer der polnischen Arbeiterbewegung, war ein Todfeind der zarischen Regierung, und diese Todfeindschaft trieb ihn anfänglich auf die Seite Österreichs; aber er war ebenfalls ein Gegner der Lösung, die Österreich-Ungarn und Deutschland jetzt anbahnten.

56

1. Kapitel: Polens Feindschaft gegen Deutschland 57

Jedoch gehörte Pilsudski zu derjenigen Gruppe polnischer Politiker, die eine territoriale Ausstattung Polens auf Kosten Preußens im Gegensatz zu den Nationaldemokraten Dmowski und Paderewski ablehnten. Pilsudski trachtete weder nach Schlesien, noch nach Posen, noch nach den preußischen Provinzen. Seiner Ansicht nach mußte der Schwerpunkt der polnischen Territorialentwicklung nach Osten verlegt werden.

Mit der russischen Märzrevolution von 1917 nahm die polnische Angelegenheit eine gefährliche Wendung. Das kosakische Rußland des Zaren wurde durch ein demokratisches Rußland abgelöst, und nun wandten sich die polnischen Sympathien in hohem Maße von den Mittelmächten ab und dem neuen Rußland zu, denn dieses versprach den Polen geradezu die Unabhängigkeit.

Das Erstarken des nationaldemokratischen, deutschfeindlichen Einflusses in Polen wurde vom demokratischen Rußland wie von Frankreich heftig gefördert. Infolge dieser Entwicklung zerbrachen die beiden Staatsräte in Warschau und Lublin, Verwaltungskörperschaften, die unter deutscher und österreichischer Protektion von und aus Polen gebildet worden waren. Große Arbeiterstreiks bezeugten die wachsende Feindschaft gegen die Deutschen. Schwülstige Proklamationen, die von Roman Dmowski in Paris ausgingen, schürten und entflamten immer heftiger den polnischen Haß gegen die Mittelmächte. Frankreich glaubte jetzt, die Gunst des Augenblicks nützen zu müssen. Am 4. Juni 1917 erschien in Paris ein Dekret, das die Schaffung einer polnischen Armee unter polnischen Fahnen, aber unter französischem Oberkommando anordnete. Das war allerdings auch nicht nach Roman Dmowskis Geschmack. Die Nationaldemokraten wollten eine unabhängige polnische Armee, wie sie ein vollständiges und unabhängiges Polen forderten. Sie verweigerten Frankreich und Rußland das Recht, polnische Legionen aufzustellen, sie verweigerten es ebenso den Mittelmächten. Auch Pilsudski ließ jetzt die Maske fallen. Er wiegelte die polnischen Legionäre, die sich freiwillig den Mittelmächten zur Verfügung gestellt hatten - es waren recht wenig, nur ein paar tausend -, auf, den Mittelmächten den Fahneneid zu verweigern. So blieb den Mittelmächten nichts weiter übrig, als die renitenten Polen zu entwaffnen und zu internieren.

57

Deutsche unter Fremdherrschaft 58

Pilsudski selbst wurde am 22. Juli 1917 verhaftet und auf die Festung Magdeburg gebracht.

Die trübe Entwicklung seit dem März 1917 bewies den Deutschen, welche Gefahren sich in Polen für sie erhoben: Die nationalunabhängige Bewegung hatte die Oberhand erhalten, Deutschlands und Österreichs polnische Hoffnungen waren zerschlagen. Stegemann urteilt in seiner Geschichte des Weltkrieges so: „Die Verkündigung des Königreichs Polen, der folgenschwerste politische Schritt, den die Kaisermächte seit dem Überschreiten der belgischen Grenze getan, war eine Frucht des Koalitionskrieges und das Ergebnis der militärischen Zwangslage.“ Die polnischen Nationaldemokraten hatten natürlich mächtige Freunde in der Welt. Der Papst in Rom begrüßte es, wenn das unerlöste rechtgläubige Polen seine Freiheit wiedererlangen würde, wenn es als katholischer Staat seine Wiedergeburt erleben würde, befreit vom orthodoxen Rußland und vom evangelischen Preußen. Frankreich war ja seither daran interessiert, daß Deutschland im Osten geschwächt und zerstückelt würde. Der

Weltkrieg hatte erst einige Monate gedauert, da schrieb der französische Gelehrte Onesime Reclus ein Büchlein, „Die Zerstückelung Deutschlands“, dessen zwölftes Kapitel folgenden Wortlaut hat:

„Was erhält Rußland? Im Osten und Nordosten wird man das Gotenreich am stärksten beschneiden. Dort dehnt sich Rußland, das bei seiner ungeheueren Macht und Ausdehnung kaum ein Bedürfnis nach neuem Ländergewinn empfindet. Aber es will Polen, seinen besonderen Schützling abrunden, Deutschland zu Boden drücken, zu einem Nichts machen; es will ihm für immer den „Drang nach Osten“ austreiben, der die Hoffnung und der Stolz der Boches ist.

Das alte Polen reichte bis zur Ostsee. Die beiden preußischen Provinzen, Ost- und Westpreußen, wurden von den Deutschen erobert und kolonisiert, so daß sie kaum noch zu einem Drittel polnisch sind. Doch herrscht die slawische Sprache in manchen Kreisen vor, besonders an der unteren Weichsel, in Masuren und auf der Seenplatte.

58

1. Kapitel: Frankreich für Zertrümmerung Preußens 59

Rußland wird retten, was hier vom Polentum noch zu retten ist, indem es dieses Land einem neugeborenen Polen schenkt. Im übrigen wird es sich dort auf Grund jener historischen Rechte häuslich niederlassen, die von den Deutschen so laut gefeiert werden, und es wird, gestützt auf seine Macht, seine Interessen zur Geltung bringen. Es wird hierbei nur nach dem Gebote der Götter handeln, die im modernen Deutschland am meisten verehrt werden. Die neuen Provinzen werden natürlich slawische Namen erhalten.

Posen, das zu zwei Dritteln von Slawen bewohnt ist, wird nach Recht und Billigkeit seinem alten Vaterlande wiedergegeben werden.

Friedrich der Große, der Hauptschuldige an der Teilung Polens, hat sich einst Schlesiens bemächtigt, ohne auch nur nach einem Vorwand zu suchen. Es gehört sich nach historischem Rechte, daß seine Erben es wieder verlieren, und daß man sie bis auf die Haut kahlschert.

Rußland wird also dem alten und nun verjüngten Polen jene schlesischen Kreise geben, deren Sprache polnisch blieb, oder vielleicht noch mehr, und wenn es ihm so gefällt, die ganze Provinz. Lange genug hausen die Slawen unter deutschem Joch - jetzt mögen die Deutschen den Slawen gehorchen, die sie ganz gewiß mit mehr Wohlwollen behandeln werden, als sie selbst einst empfangen.

Auch ein Teil von Österreichisch-Schlesien wird wieder an Polen fallen; der andere Teil wird aus nationalen Gründen an die Tschechen angegliedert werden, die man endlich von dem verkommenden Österreich erlösen wird.“ Das war nicht die Ansicht eines einzelnen Mannes, das war die Ansicht des ganzen französischen Volkes und seiner Regierung! Noch wenige Tage vor dem Sturz des Zaren, am 11. März 1917, wurde durch Vertrag zwischen Rußland, Frankreich und England dem Zaren völlig freie Hand bei der Festsetzung der neuen Westgrenze seines Reiches im kommenden Friedensschluß gewährt. Von einem souveränen, selbständigen Polen wagte man aber bis zum Frühjahr 1917 in Frankreich nicht laut zu sprechen. Nun war jedoch der Zar gestürzt. Um so besser.

59

Deutsche unter Fremdherrschaft 60

Nun konnte ein unabhängiges Polen in die territorialen Rechte eintreten, die man dem zarischen Rußland eingeräumt hatte! –

Doch neben dem Sturz des russischen Kaisertums gab noch ein anderes Ereignis der nationalpolnischen Agitation bei den Westmächten starken Auftrieb: der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg. Beide Ereignisse lagen zeitlich dicht beieinander im Frühjahr 1917, kaum durch vier Wochen getrennt. Aber auf Wilson, der es mit seiner

Sendung, die liberalen Traditionen der europäischen Völker und die Freiheit der unterdrückten kleinen Nationen zu verteidigen, sehr ernst nahm, setzten die Polen ganz besondere Hoffnungen. Solch einen Mann wie den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika konnten sie gerade brauchen. Solch ein mächtiger Schutzherr fehlte ihnen noch! Dies um so mehr, als Lloyd George dem feurigen Werben der leidenschaftlichen Polen mit kühler Zurückhaltung begegnete. –

Es gab zwei polnische Richtungen im Auslande: eine ausgesprochen imperialistische, welche das ganze, östlich der Oder gelegene Deutschland beanspruchte, und eine gemäßigte, die nicht deutsches Gebiet forderte, sondern sich nach Osten, auf dem Boden des ehemaligen kaiserlichen Rußland, auszudehnen wünschte. Die erste, imperialistische Richtung wurde von dem Schriftsteller Roman Dmowski und dem Klaviervirtuosen Ignaz Paderewski geführt. Sie begründeten am 15. August 1917 in Lausanne das „Polnische Nationalkomitee“, das später seinen Sitz in Paris nahm und enge Verbindung mit Washington anknüpfte. Die zweite, gemäßigte Richtung, saß in London und wurde durch August Zaleski repräsentiert. Zu ihr gehörten vor allem auch Leute, die weniger leidenschaftlich und wissenschaftlich nüchtern waren, wie Dluski und der Professor Nitsch; auch Pilsudski folgte dieser Richtung.

Die polnischen Imperialisten Dmowski und Paderewski waren in Washington sehr rührig. Sie verstanden es, sich von Anfang an so bei Wilson bemerkbar zu machen, daß dieser bereits im September 1917 seinen Freund Oberst House beauftragte, eine wissenschaftliche Kommission unter dem Präsidium des Dr. Mezes zu berufen, deren Aufgabe es war, die neue politische Landkarte Europas zu konstruieren und insbesondere die Grenzen des neu aufzurichtenden Polen zu finden.

60

1. Kapitel: Die Polen bei den Alliierten 61

Bei aller Unwissenschaftlichkeit und feindseligen Einseitigkeit dieser Kommission berücksichtigte sie nicht restlos die Wünsche der Polen. Sie schnitt zwar das ganze südliche Ostpreußen und von Westpreußen auch noch Marienwerder und Marienburg ab, um den Polen durch diese Gebiete einen Zugang zur Ostsee zu verschaffen. Auch durch Schlesien und Oberschlesien zog sie eine Linie, die viele hunderttausend Deutsche den Polen auslieferte. Doch von einer Zuteilung des ganzen deutschen Gebiets östlich der Oder an Polen konnte keine Rede sein.

Der Bericht dieser Kommission lag Anfang Januar 1918 Wilson vor. Auch Paderewski, der Wilson als gefeierter Künstler längst bekannt war, wurde beauftragt, eine kurze Denkschrift dem Präsidenten vorzulegen. Als Oberst House am 5. Januar Wilson die von Paderewski aufgestellten Forderungen vortrug, war der Präsident sehr bedenklich. Er meinte, wenn man diesen Forderungen nachgebe, schaffe man nicht nur an der Weichsel und in Schlesien, sondern auch in Litauen und in der Ukraine drei neue Elsaß-Lothringen. Deshalb formuliere er in seinen Vierzehn Punkten vom 8. Januar 1918 den auf Polen bezüglichen Satz sehr vorsichtig, nachdem er sich vorher noch einmal mit Paderewski und Dmowski darüber ausgesprochen hatte: „Es soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen sollte, dem ein freier und sicherer Zugang zum Meere zugesichert werden sollte und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationales Abkommen garantiert werden sollten.“ Dmowski und Paderewski hatten zwar schwere Bedenken wegen der unbestritten polnischen Bevölkerung und wegen der vagen Fassung des freien und sicheren Zugangs zum Meere, aber es war doch der erste Schritt, den Wilson tat in der Anerkennung der polnischen Forderungen vor aller Welt. Jetzt kam es auf intensive und unablässige Arbeit an, noch weitere Zugeständnisse von Wilson zu erlangen. Mitte August 1918 hatten Dmowski und Paderewski abermals eine Unterredung mit dem Präsidenten. Zu ihrem Schrecken erkannten die Polen, daß Wilson unter einem freien und sicheren Zugang zum Meere lediglich die Neutralisierung der Weichsel und die Errichtung eines Freihafens in Danzig verstand.

Dmowski war außer sich. Aber er erreichte nur, daß der Präsident versprach, die territorialen Forderungen der Polen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Nachdem Dmowski noch eine eingehende Auseinandersetzung mit Oberst House gehabt hatte, arbeitete er eine Denkschrift aus, die eine fundamentale Bedeutung gewinnen sollte. Am 8. Oktober 1918 überreichte er dieses Werk dem Präsidenten. Es war Dmowskis Bestreben, zunächst einmal Wilsons These von der „unbestritten polnischen Bevölkerung“ zu entkräften. Deshalb erklärte er kategorisch: „Das polnische Problem ist vor allem ein territoriales Problem.“ Irgendwelche ethnische Bedenken waren also ganz belanglos. Aber auch diese mußte Dmowski mit einer Skrupellosigkeit sondergleichen zu entkräften: „Das polnische Gebiet im preußischen Staate zerfällt in vier Provinzen: Posen, Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien.“ Posen sei ein „kernpolnisches Land“. Westpreußen sei polnisch durch die Majorität der polnischen Nation. Nur einige Kreise seien „germanisiert“. Danzig sei „eine tote Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht“. Übrigens sei die Hälfte der Bevölkerung trotz der aller preußischen Statistiken polnisch, „wenn auch oberflächlich germanisiert“. Oberschlesien und die Kreise Mittelschlesien müßten aus historischen, nationalen und geographischen Gründen an Polen fallen. Doch Ostpreußen bereitete dem skrupellosen Dmowski einige Schwierigkeiten. Hier konnte er beim besten Willen nicht so ohne weiteres behaupten, das Land sei von Polen bewohnt oder durch seine Geschichte mit Polen verknüpft. Er mußte sogar zugeben, daß der östliche Teil mit der Hauptstadt Königsberg von Deutschen, im Süden von Polen, im Osten von Litauern bewohnt werde, während der kleine westliche Teil, Ermland mit der Hauptstadt Allenstein, polnische und deutsche katholische Bewohner aufweise. Dmowski fand folgenden Ausweg: „Wenn Ostpreußen ein zusammenhängender Teil des deutschen Gebietes bleiben soll, muß auch das polnische Westpreußen im Besitze Deutschlands bleiben.“

Wenn Ostpreußen als gesonderter preußischer Besitz von der Hauptmasse des Landes durch die dazwischenliegenden polnischen Gebiete abgeschnitten in deutscher Hand bleibt, wird es eine Dauerquelle nie endenden Streites zwischen Polen und Deutschland sein, das ständig bemüht sein wird, auf Kosten Polens sich eine Verbindung zu schaffen. Wenn Polen ein wirklich freies, von Deutschland unabhängiges Volk sein soll, so sind nur zwei Lösungen der ostpreußischen Frage möglich: entweder die Provinz Königsberg, d. h. der Teil Ostpreußens, dessen Bevölkerung deutsch spricht, muß mit dem polnischen Staat auf der Basis der Autonomie vereinigt oder es muß eine kleine unabhängige, mit Polen durch Zollunion verbundene Republik werden.“

Die Denkschrift Dmowskis mußte durch ihre gewandte Darstellung überzeugend wirken, besonders, da der Pole es nicht unterließ, zu unterstreichen: „Polen muß eine große, schöpferische Demokratie in Osteuropa werden, eine Schanze gegen den deutschen Drang nach Osten, und gleichzeitig muß es sich gegen zerstörende Einflüsse wehren.“ Ein besonders günstiger Umstand für Polen war, daß die amerikanischen Wissenschaftler in bezug auf polnische Geschichte und Zustände gänzlich unwissend waren und ihre Kenntnisse aus einer minderwertigen, tendenziösen Literatur schöpften, die ihnen von den Polen in reicher Fülle zur Verfügung gestellt wurde. Von dieser Art waren auch die vier Karten, die Dmowski seiner Denkschrift beigegeben hatte: Die politische Einteilung des polnischen Gebiets vor dem Kriege sowie die Einteilung dieses Gebietes nach der Sprache der Bewohner, die geschichtliche Karte Polens, die Nationalität der Kinder in den

Volksschulen des preußischen Gebietes und die vorgeschlagenen Grenzen Polens. Das von Dmowski vorgebrachte Material machte einen tiefen Eindruck auf Wilson und seine Professoren-Kollegen, die, unwissend wie sie alle waren, nicht auf den Gedanken kamen, die Stichhaltigkeit der polnischen Beweisführung zu prüfen, geschweige denn die kulturelle Bedeutung der von Polen geforderten Grenzziehung zu erörtern.

Dennoch war Wilson immer noch recht zähe und durchaus nicht willens, den polnischen Forderungen unbedingt und sofort nachzugeben.

63

Deutsche unter Fremdherrschaft 64

Oberst House verfaßte Ende Oktober 1918 in Paris einen Kommentar zu den Vierzehn Punkten, in dem er zum 13. Punkte, der Polen betraf, folgendes sagte: „Die Hauptfrage ist, ob Polen Gebiet westlich der Weichsel bekommen soll, wodurch die Deutschen Ostpreußens vom Reiche abgeschnitten würden, oder ob Danzig zum Freistaat gemacht und die Weichsel internationalisiert werden kann ... Wenn Posen und Schlesien zu Polen kommen, so muß den dort sowie in anderen Teilen des polnischen Staates lebenden deutschen und jüdischen Minderheiten ein verlässlicher Schutz gewährt werden. Der Grundsatz, nach dem die Grenzen bestimmt werden, ist in dem Worte des Präsidenten „unbestritten“ ausgedrückt. Das mag in sich schließen, daß vor der Grenzbestimmung eine unparteiische Volkszählung vorzunehmen ist.“

Diese amerikanische Auffassung konnte Dmowski und Paderewski keineswegs erfreuen. Insbesondere waren sie bestürzt, daß Wilson und House ihre Meinung vom Zugang zum Meere noch nicht geändert hatten. Anfang November, vor Abschluß des Waffenstillstandes, begab sich Dmowski abermals zu Wilson und beschwor ihn, unter Hinweis auf die Hoffnungen, welche die in Amerika wohnenden Polen auf den Präsidenten setzten, in der Frage nach der Zuteilung der Ostsee-Küste nachgiebig zu sein. „Wenn wir nicht die uns zukommende Grenze gegen Deutschland bekommen, wenn wir nicht nur Polen, sondern auch Schlesien, unser Ostseegebiet mit Danzig nicht erhalten, so wird keiner von diesen verstehen, warum das geschah. - Und das sind alles Leute, welche ein festes Vertrauen in Sie setzen.“ Wilson gab darauf nur die zweideutige Antwort: „Ich hoffe, daß Sie sich nicht täuschen werden.“ - Dmowski reiste dann sofort nach Paris ab und bearbeitete den Oberst House am 4. Dezember in einer langen Auseinandersetzung, „daß Deutschland dreihundert Jahre hinter dem Gleichgewicht des zivilisierten Europa zurück sei und darum im Unglück stecke.“ -

So standen die Dinge, als der Krieg zu Ende ging. In Frankreich kam man den Wünschen der Polen am weitesten entgegen, Clemenceau war bereit sie restlos zu erfüllen. Er wünschte ein sehr starkes Polen als Gegengewicht gegen das verhaßte Deutschland.

64

1. Kapitel: Kampf um Westpreußen 65

In Amerika wollte man den Polen nur diejenigen deutschen Gebiete mit unbestritten polnischer Bevölkerung zuerkennen, doch war Wilson noch nicht bereit, Westpreußen und Danzig den Polen zu geben, sondern lediglich die Provinz Posen und einige Distrikte Schlesiens. In England war man sehr zurückhaltend. Lloyd George hatte nicht die Absicht, den Polen irgendwelche deutschen Gebiete auszuliefern. Für Deutschland aber war ein Augenblick höchster Gefahr erreicht. Die rührigen Polen griffen aufs schwerste deutsche Länder an, die durch eine fast tausendjährige ernste deutsche Kultur- und Friedensarbeit mit dem deutschen Volke aufs innigste verbunden waren. Die Polen hatten sich zu einem Schlage von vernichtender Kraft erhoben und warben mit großem Eifer Bundesgenossen im feindlichen Lager. Das Schicksal des deutschen Ostens hatte zwischen dem 5.

November 1916 und dem 4. Dezember 1918 eine katastrophale Wendung genommen. Was Bismarck nicht voll schwerer Sorge ahnte, nahm jetzt Gestalt und Wirklichkeit an.

-

65

ZWEITES KAPITEL

Schicksalsschläge im Baltland 66

Als das zarische Rußland im März 1917 zertrümmert wurde, schien für das baltische Deutschtum eine Zeit neuer Freiheit und Machtentfaltung anzubrechen. Kurland, südlich der Düna, war bereits im Besitze der deutschen Waffen, und Anfang September 1917 zog General Hutier an der Spitze der achten Armee in das eroberte Riga ein, nachdem wenige Stunden zuvor die seit dem Sturze der zarischen Regierung bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte und die noch von der zarischen Regierung gebildeten lettischen Regimenter die radikal ausgeplünderte und an vielen Stellen brennende Stadt verlassen hatten. In diesen Wochen faßte die kaiserliche Regierung Deutschlands den Plan - und wurde hier von der Obersten Heeresleitung unterstützt -, die alten deutsch-baltischen Küstengebiete in irgendeiner Form, durch Personalunion etwa, mit dem Reiche zu verbinden. Eine neue Zeit der deutschen Macht in Osteuropa schien anzubrechen. Wenn es glückte, die Grenzen des Reiches wieder bis zum Finnischen Meerbusen zu erweitern, dann konnte das Reich im Osten wieder eine Ausdehnung erhalten wie zur Zeit des 13. und 14. Jahrhunderts, der Blütezeit der Ritterorden! Dann war ein Traum von sechs Jahrhunderten erfüllt. Die baltischen Deutschen hatten ähnliche Wünsche. Im Herbst 1917 bildete sich, nach der Eroberung Rigas und der baltischen Inseln Mitte Oktober, der „Vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Ösel“, der unter Führung der deutschen Barone stand und die Personalvereinigung mit Deutschland erstrebte. Politische und private Vereinigungen, Stände und Verbände, Gesellschaften und Vereine faßten in feierlichen Sitzungen Entschließungen, welche den Anschluß an Deutschland forderten.

Aber es machte sich doch alsbald in den von den Deutschen noch nicht besetzten Küstengebieten eine starke, nationale, zum Teil radikal-marxistisch gefärbte, zum Teil auch ententefreundliche Gegenströmung bemerkbar.

66

2. Kapitel: Deutsche in Baltland 67

Bereits nach der Märzrevolution 1917 bildete sich in Reval ein estnischer Landesrat, der die nationale Selbstverwaltung besorgte und nach voller Unabhängigkeit strebte. In Wilna trat im September 1917 ein litauischer Landesrat, die Taryba, in Erscheinung, der am 11. Dezember 1917 die Wiederaufrichtung des litauischen Staates verkündete. Und ebenso entstand in Riga ein lettischer Volksrat, dessen Leitung in den Händen der ententefreundlichen Tschakste und Meierowitz lag. In Wilna und Riga entwickelten sich diese Körperschaften gleichsam unter den Augen des deutschen Heeres.

In den baltischen Gebieten zwischen Düna und Narowa, die noch nicht von den Deutschen besetzt waren, begann bereits in den letzten Monaten der Kerenski-Regierung das Chaos. Die Eisenbahnen wurden zerstört, zuchtlose und verwilderte Soldatenbanden, Deserteure der russischen Front, streiften durch das Land, überfielen Städte, Dörfer, Gutshöfe und Herrensitze, raubten, plünderten Lebensmittel, Schmuck, Geld, Möbel, ganz gleich ob es Besitz von Deutschen, Letten oder Esten war. Überall schossen „Arbeiter- und Soldaten-Revolutionskomitees“ aus dem Boden, stürzten die Behörden, verkündeten die Vernichtung des Kapitalismus und der Bourgeoisie. Ein Zustand der Rechtlosigkeit und Gewalt trat ein, wie die hungrigen Wölfe streiften die Angehörigen der roten Garde durchs Land, „eine Bande

von Räubern“. Sie wurden als Dragonaden in Abteilungen von zehn bis zwölf Mann auf die zum Staatseigentum erklärten Güter und Bauernhöfe gelegt, bewirtschafteten diese als „Landkomitees“, verschleuderten Geld und Gut. In den Städten wurde Grund und Boden, wurden die Häuser konfisziert. Die Pfarrer wurden verjagt, die Zeitungen wurden unterdrückt, ihre Gebäude von den Bolschewiken besetzt. Diese Zustände führten dazu, daß der einst von den Russen hervorgerufene und künstlich geschürte Nationalitätenhader begraben wurde und Deutsche, Esten und Letten einen Selbstschutz gegen den roten Terror der Bolschewiken einrichteten. Eine „Weiße Garde“ entstand, in die vor allem auch estnische Elemente aufgenommen wurden, während die Lettenbataillone wegen ihrer vorgerückten bolschewistischen Verseuchung ausgeschlossen blieben.

67

Deutsche unter Fremdherrschaft 68

Sie hatten sich stark an den schweren Ausschreitungen beteiligt. Der Selbstschutz war um so nötiger, da sich schon im September 1917 gezeigt hatte, daß Kerenski nicht helfen wollte oder konnte. Nach der Eroberung Rigas überschwemmten die flüchtenden russischen Truppen Südlivland, und suchten es mit schrecklichen Greueln heim. Der Landmarschall von Livland bat von Kerenski Hilfe gegen die „zu Bestien gewordenen Soldaten“, doch umsonst!

Nach der bolschewistischen Novemberrevolution wurde es noch viel schlimmer. Zwar hatten die Bolschewiki das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet, und bereits im November 1917 hatten daraufhin die Ritter- und Landschaften Livlands und Estlands die Unabhängigkeit beider Länder von Rußland beschlossen, gleichzeitig hatten sie die deutsche Regierung gebeten, die Gebiete in den Schutz des Reiches zu nehmen. Doch von Tag zu Tag wurde die Drangsal gegen die Deutschen immer ärger. Niemand wurde verschont, weder der Großgrundbesitzer, noch der kleine Handwerker; auch die Letten und Esten bekamen die bolschewistische Geisel zu spüren. Im Januar 1918 näherte sich die Schreckensherrschaft ihrem Höhepunkt. Eine Abordnung estnischer Kleingrundbesitzer überschritt unter Lebensgefahr die russische Front, begab sich zur Obersten Heeresleitung und bat im Namen von 50 000 estnischen Kleinbauern um militärische Hilfe.

In den bedrängten Ländern selbst wurden viele Tausende von Unterschriften einzelner Personen sowie von Vereinen, Organisationen, Kirchspielen, Behörden gesammelt, an denen sich trotz bolschewistischem Terror nicht nur Deutsche, sondern auch Esten und Letten beteiligten, und diese Unterschriften-Sammlung übergaben am 28. Januar 1918 die Vertreter der livländischen und estnischen Ritterschaft zugleich mit der Unabhängigkeitserklärung der Ritter- und Landschaften in Stockholm dem deutschen Gesandten von Luzius und dem russischen Geschäftsträger Borowski.

68

2. Kapitel: Bolschewisten gegen Deutsche 69

Eine Woche später, am 5. Februar, richteten die Vertreter Livlands und Estlands in Berlin ein Immediatgesuch an Kaiser Wilhelm II., er möge Livland und Estland in seinen mächtigen Schutz nehmen, sie von ihren Bedrückern befreien und mit den bereits besetzten Gebieten und ihrer Schwesterprovinz Kurland, mit der sie durch Geschichte und Tradition verknüpft seien, unter seinem Zepter vereinigen. Wenige Tage darauf erklärte auch die estnische Bauerndelegation in Berlin die Trennung Nordlivlands und Estlands von Rußland und ihren Anschluß an Deutschland. Diesen Bitten schlossen sich auch die Deutschen in dem bereits besetzten Kurland an und unterstützten die Bewohner Livlands und Estlands durch eigene Gesuche an Kaiser, Kanzler und Oberste Heeresleitung. Es gab nur eine kleine Gruppe estnischer Intelligenz, die unter englischem Einfluß stand und mit der Entente

sympathisierte.

Die Krisis der Verhandlungen von Brest-Litowsk und das Bekanntwerden des Gesuches vom 5. Februar veranlaßten die Bolschewiki zu verschärftem Vorgehen gegen die Deutschen. Answelt, der Vorsitzende des „Ausführenden Komitees des estländischen Arbeiter- und Soldatenrates“ in Reval, verfügte also: Die deutschen Barone sind offene Gegenrevolutionäre. Sie werden der vorrückenden deutschen Armee die größte Stütze gewähren. Sie haben eine Verschwörung angezettelt, indem sie durch ihren Landesrat mit den Deutschen in Verbindung getreten sind. In ganz Estland wird der Belagerungszustand erklärt. Der gesamte Stand der Barone, Männer von siebzehn Jahren und Frauen von zwanzig Jahren an, wird nunmehr außer Gesetz stehend erklärt. - Jetzt waren die Deutschen vollends vogelfrei, sie sollten unverzüglich als Geiseln verhaftet und in Konzentrationslagern interniert werden. Schlagartig wurden in der Nacht vom 9. zum 10. Februar massenweise die Deutschen sowie die besitzenden Letten und Esten verhaftet. Raub, Mord, Gewalttat waren entfesselt. Die vertierten Rotgardisten schonten weder Alter noch Geschlecht. Dreihundert Familien, Männer, Frauen und Kinder, wurden in Eisenbahnwaggons gepfropft, um nach Sibirien deportiert zu werden.

Am 10. Februar brach Trotzki die Verhandlungen in Brest-Litowsk ab. Jetzt begannen die deutschen Heere von der Düna aus den Vormarsch.

69

Deutsche unter Fremdherrschaft 70

Es war in dem verwüsteten Land ein außerordentlich schwieriges Werk, vorwärtszukommen, aber die gequälte Bevölkerung atmete auf und jubelte den deutschen Befreiern aus vollem Herzen zu. Bis Ende Februar 1919 besetzten die deutschen Truppen Livland und Estland bis zur Narowa, und im Frieden von Brest-Litowsk verpflichtete sich dann endlich die Sowjetregierung, nicht nur auf die baltischen Gebiete zu verzichten, sondern auch die deportierten Barone und ihre Angehörigen wohlbehalten nach Estland zurückzubringen. Die livländische Landesversammlung erklärte darauf am 10. April endgültig die Unabhängigkeit Livlands vom russischen Reiche.

Jetzt standen die Dinge so, daß Deutschland der tatsächliche Herr der baltischen Gebiete war und die dort wohnenden deutschen Familien zunächst vor allen Angriffen geschützt waren. Doch es war ein tragisches Verhängnis. Kaum war der Druck bolschewistischer Blutherrschaft von den baltischen Ländern genommen, da begann sich wieder die alte nationale Kluft zwischen Deutschen, Esten und Letten aufzutun. Diejenigen Teile der Volksstämme, die bisher mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, wurden von der englandfreundlichen Intelligenz in den Hintergrund gedrängt. Die Gegner der Deutschen organisierten die breiten Massen des Volkes hinter sich und erfreuten sich der Gunst der Engländer, welche die Bewegung durch heimliche Propaganda förderten. Die Träger dieser nationalen Bewegung waren in erster Linie die estnische Intelligenz, die Arbeiterschaft und dann kleine Gruppen bäuerlichen und handwerklichen Kleinbesitzes. Die Besitzenden, auch die Esten, bekannten sich zu Deutschland, aber sie waren in der Minderzahl. Am 5. Mai 1918 erkannte England den deutsch-feindlichen revolutionären Landtag in Reval als selbständige Vertretung des Staates Lettland an. -

Deutschlands Zusammenbruch Anfang November 1918 war zugleich der Zusammenbruch des Deutschtums in den baltischen Ländern. Schon am 2. November wurde der Freistaat Litauen proklamiert.

70

2. Kapitel: Baltland Ende 1918 71

Zehn Tage später wurde die Republik Estland ausgerufen, die auch das nördliche Livland mit Dorpat und einen Teil von Ingermanland mit Narwa umfaßt, und am 18.

November 1918 verkündete der lettische Volksrat in Riga die Republik Lettland, als „selbständigen, unabhängigen, demokratisch-republikanischen Staat“, der aus Kurland, Südlivland und Lettgallen gebildet wurde. Dieser lettische „Volksrat“ war lediglich die Zusammenfassung der acht lettischen Parteien zum „alleinigen Träger der Souveränität“ unter Ausschluß der Deutschbalten. Zwar protestierte der baltische Regentschaftsrat bei der deutschen Okkupationsmacht gegen diese einseitige Zusammensetzung des Volksrates, trotzdem erkannte die deutsche Vertretung diesen als obersten Träger der Staatsmacht an und gab so die Deutschbalten und die Reste ihre ständischen Selbstverwaltung preis. Die Beschützerin dieser drei neuen Staaten war nun die Entente. Estland selbst unterstellte sich am 18. Dezember dem Schutz der Entente.

Jetzt begann der tragische Endkampf des baltischen Deutschtums. Das deutsche Heer im Baltikum löste sich auf, strömte nach Hause. Die Bolschewisten konnten mit Mord und Schande über die ungeschützten Küstengebiete herfallen, ja, dem Bolschewismus war jetzt sogar der Weg nach Europa offen. Was sollte man da tun?

In Berlin gingen die Ansichten auseinander. Friedrich Ebert, der Vorsitzende des revolutionären Rates der Volksbeauftragten meinte, die militärischen Maßnahmen im Osten müßten lediglich auf den Schutz deutschen Volkes und deutschen Bodens beschränkt werden. Es sei nicht daran zu denken, daß Deutschland ehemals russische Gebiete behalten wolle. General Groener dagegen erklärte, man müsse die Bolschewisten in angemessener Entfernung von den deutschen Grenzen halten, gewissermaßen zwischen den Bolschewismus und Ostpreußen ein Gebiet als Isolierschicht legen. Darum hätte die Oberste Heeresleitung die Räumung der baltischen Gebiete verzögert und halte die Wiederaufnahme der Offensive in Kurland bis zu einem gewissen Grade für erforderlich.

In Paris zitterte man vor der Möglichkeit, daß der Bolschewismus Deutschland überrennen und dann in Frankreich eindringen könne.

71

Deutsche unter Fremdherrschaft 72

Die deutschen Truppen waren gerade gut genug, das Erstarren und den Vormarsch der Roten Armee aufzuhalten. Doch wollten die Alliierten für sich die letzte Entscheidung vorbehalten, wann die Deutschen im Baltikum ihre Aufgabe erfüllt und auf Befehl der Entente die Gebiete zu räumen hätten. Marschall Foch bestimmte deshalb im zwölften Artikel des Waffenstillstandsvertrages, die deutschen Truppen sollten das Baltikum räumen, „sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten.“

Inzwischen entwickelten sich die Dinge im Baltikum immer gefährlicher. Der nördliche Teil, Estland, war um die Jahreswende 1918-1919 von Bolschewisten überflutet, sie fanden in der nationalen Bewegung der Esten willfährige Bundesgenossen. Die deutsche Armee war in Auflösung begriffen, sie strömte rückwärts, hetzte durch Kurland, immer nach Süden, bestrebt, die deutsche Grenze zu gewinnen. Die baltischen Grundherren schlossen sich ihnen an mit ihren verzweifelten Familien, flohen aus der Heimat, hinter ihnen stand der rote Sturm; wehte die Lohe der brennenden Schlösser.

Man versuchte deutscherseits neue Kampfformationen aus Freiwilligen zu bilden; das war nicht leicht, die deutschen Soldaten wollten nach Hause. Die lettische Regierung des Bauernbündlers Ulmanis war kopflos: sie wußte, wenn die Deutschen das Land verlassen hatten, kamen die Bolschewisten. Und gegen die konnte man sich nicht wehren. Schrecken jagte vor den roten Horden her, Tod und Schande folgten ihnen. Die Hälfte Lettlands war bald von der roten Flut überschwemmt. Es mußte deshalb etwas geschehen! Da lebte der Gedanke des Selbstschutzes wieder auf, und es formierten sich die baltischen Deutschen, Edelmann, Bürger und Handwerker zu einem Heere, zur Baltischen Landeswehr. Es waren keine Soldaten, diese zum Teil noch recht jungen Söhne alter Geschlechter, sie hatten keine Übung im Kriegshandwerk, aber Vaterlandsliebe. Sie wurden mit deutschen Waffen ausgerüstet,

verstärkten sich durch weißrussische und lettländische Kompanien, auch stießen deutsche Freiwillige zu ihnen. Den Oberbefehl übernimmt der deutsche Major Fletscher. Allmählich sammelten sich, angeregt durch das Beispiel der Deutschbalten, auch freiwillige deutsche Soldaten der alten zerstörten Armee in der „Eisernen Division“, die Major Bischof führte.

72

2. Kapitel: Deutsche Soldaten in Lettland 73

Diese deutschen Soldaten ließen sich meist nur gewinnen, indem man Träume mittelalterlicher Kolonisation in ihnen weckte, indem man ihnen Ansiedlungsmöglichkeiten versprach, und darum schien es ihnen doch besser hier zu bleiben, als in die verwirrte Heimat zurückzukehren.

Ulmanis, der Lette, Feind der Deutschen, ist von panischem Schrecken erfüllt vor den unaufhaltsam anrückenden Bolchewisten. Er atmet auf, als er die Bildung der Baltischen Landwehr und der Eisernen Division vernimmt. Er schließt Ende Dezember 1918 mit August Winnig, dem deutschen Gesandten in Riga, einen Vertrag, wonach nun eine gemeinsame deutsch-baltische, reichsdeutsche und lettländische Militärmacht geschaffen wird, wonach den Deutschen zugesichert wird, daß sie das volle Staatsbürgerrecht Lettlands erwerben dürfen, wenn sie bereit sind, das Land vor den Bolschewisten zu schützen. Durch diesen Vertrag wird den deutschen Soldaten das Recht verliehen, als vollwertige Staatsbürger Lettlands zu gelten und dadurch bei Erwerbung von Siedlungsland den lettischen Bauern gleichgestellt zu werden. Von einer kostenlosen Verteilung von Siedlungsland war damals noch keine Rede, dennoch hofften die deutschen Soldaten auf eine solche, trotzdem den Werbepostern in Deutschland ausdrücklich untersagt war, dahingehende Versprechungen zu machen. Allerdings war Ulmanis Anfang 1919 bereit, als die Bolschewisten immer weiter nach Westen vordrangen, auch über eine kostenlose Ansiedlung deutscher Soldaten zu verhandeln; doch kamen diese Verhandlungen, die nach dem Falle Rigas in die Hände der Bolschewisten, noch in Mitau geführt wurden, nicht zum Abschluß infolge alliierter Gegenströmungen, die auf Ulmanis wirkten.

Im Februar 1919 trifft General Graf Goltz als Oberstkommandierender der baltischen Streitkräfte in Libau ein. Die Bolschewisten sind inzwischen bis an die Linie Windau - Goldingen - Schaulen - Kowno - Grodno vorgedrungen. In Estland sitzen die zurückgebliebenen Deutschbalten mit ihren Frauen und Kindern zu Dutzenden und Hunderten in bolschewistischen Ketten, werden gemartert und hingeschlachtet, der estnische Pöbel plündert ihre Schlösser, zündet sie an, verteilt ihr Land.

73

Deutsche unter Fremdherrschaft 74

Am 19. Februar 1919 verkündet die bolschewistische Regierung in Reval ein Agrargesetz, das den gesamten Großgrundbesitz ohne jede Entschädigung enteignet. Zweihundertfünfzig Rittergüter deutschbaltischer Barone verschwinden. Und auch im östlichen Lettland und Litauen tobte bereits das rote Chaos, wurden die Deutschbalten in Kerkern gemartert. Das ist der Todesstoß für das siebenhundertjährige Deutschtum im nördlichen Baltenlande.

Die Baltische Landeswehr und die „Eiserne Division“ lassen sich nicht mehr halten. Das Warten, die ewige Angst um das Schicksal der Eltern, Geschwister, Freunde zermürbt die Nerven der jungen Söhne Baltlands, bringt sie dem Wahnsinn nahe. Anfang März brechen sie los, im Sturme nehmen sie Schaulen, Goldingen, Windau, Mitau. Jetzt wächst wieder der Haß der Letten gegen die siegreichen Deutschen, die Engländer, deren Schiffe auf der Höhe von Libau und Riga ankern, fürchten, die Deutschen könnten zu stark werden, sie könnten die Macht über das Land erringen, und das englisch-lettische Intrigenspiel gegen die deutschen Truppen beginnt. Aber die deutschen Freiwilligen fordern ihr Recht, sie wollen Land, wo sie als

Bauern wirken können, eine Scholle, auf der sie Wurzel schlagen können. Ulmanis verschließt sich jetzt diesen Forderungen, obwohl er wenige Wochen früher nachgiebig war. Er hat inzwischen mit den Engländern engere Fühlung genommen und seinen Sinn geändert. Da rückt Hauptmann von Pfeffer vor die Kasernen der lettischen Regierungstruppen in Libau und entwaffnet diese, während der junge baltische Baron von Manteuffel, Führer eines Stoßtrupps der baltischen Landeswehr, kurzerhand die Regierung Ulmanis stürzt und die ganz von den deutschen Bajonetten abhängige Regierung des lettischen Pfarrers de Needra bildet. Das war im April. Die Entente ist empört, verlangt Absetzung Pfeffers, Manteuffels, des Grafen Goltz. Die deutsche Regierung lehnt die Forderungen ab. Man werde die deutschen Truppen aus Kurland zurückziehen, dann kämen solche Reibereien nicht mehr vor, dann könne ja die Entente selbst die Letten und Litauer vor dem Bolschewismus schützen.

74

2. Kapitel: Eroberung Rigas 1919 75

Da gibt die Entente nach, sie unternimmt nichts weiter wegen dem Libauer Staatsstreich. - Im übrigen aber kommt General Groener und mit ihm die Reichsregierung zu der Überzeugung, daß Deutschlands Grenzen im Osten nun, nachdem die deutschen Truppen die Düna, die nördliche Grenze Kurlands erreicht haben, hinreichend gesichert seien. Ein weiteres Vortragen der Offensive gegen die Bolschewisten wird in Berlin nicht beabsichtigt.

Hier nun scheidet sich der Wille des in tiefer Ohnmacht schwachen Reiches und der von Jahrhunderte altem Kolonisationswillen, neu entfacht durch die stolze, ritterliche Tradition des Baltenlandes, erfüllten in Kurland kämpfende Söhne des deutschen Volkes: Riga, die alte deutsche Hauptstadt des Baltenlandes, muss von den Bolschewisten erlöst werden. Das ist der Wille der Baltikumkämpfer, im Gegensatz zu dem Willen der Reichsregierung.

In Riga wütete sadistische Grausamkeit. Hier ist der bolschewistische Bluttausch entfesselt. Der bolschewistische Advokat Stutschka, jetzt bolschewistischer Kommissar, hat ein Blutregiment von unerhörter Entsetzlichkeit mehr als vier Monate hindurch aufgerichtet, er ist ein zweiter Iwan, der Schreckliche. Tausende von gefangenen Deutschbalten harren hier dem Tode entgegen, seelisch gebrochen, doch stolz und hart, Männer und Frauen, alte und junge. Täglich krachen Flintenschüsse, welche arme und unglückliche Opfer niederstrecken. Am schlimmsten, am rohesten und unmenschlichsten gebärden sich die roten Flintenweiber, die, in Rotten und Bataillonen zusammengefaßt, ihren tierischen Trieben und Begierden die Zügel schießen lassen. Vom Januar bis zum 21. Mai 1919 sollen in Riga etwa 3800 „Burschuis“, natürlich baltische Deutsche, hingeschlachtet worden sein. Solange Riga steht, hat es nicht so Entsetzliches erlebt wie in diesen Bolschewistenkämpfen. Die Stadt, von der siebenhundert Jahre vorher das deutsche Volkstum des Balkanlandes ausging, sah, wie dieses deutsche Volkstum niedergemetzelt wurde.

Am 22. Mai dringen die Deutschen in Riga ein. Hans von Manteuffel stürmt mit seinen Leuten auf die Dünabrücke, da trifft ihn die tödliche Kugel.

75

Deutsche unter Fremdherrschaft 76

Hauptmann von Medem übernimmt die Führung, Leo Schlageter führt seine Batterie im Sturm heran. Jenseits der Dünabrücke drängen sich die dunkelgrauen Infanteriemassen, über denen die blutroten Sowjetbanner wehen. Ein deutscher Kartätschenhagel verwandelt die dichtgedrängten Kolonnen in eine formlose, schreiende, jammernde, blutige Masse. Die roten Fahnen sinken, ein Wall von Toten staut sich vor der Dünabrücke. Die Bolschewisten fliehen, hinter ihnen rasseln die

deutschen Geschütze durch die Straßen, in denen Grauen und Entsetzen haust. Die Leichen der gemordeten Deutschbalten liegen überall herum, Männer und Frauen, vor allem die evangelischen Pfarrer sind von den Bolschewisten niedergemetzelt worden. In der Rocktasche des toten Pfarrers Eckhardt vom Deutschen Dom in Riga findet man einen Abschiedsbrief an seine Gemeinde: „Sollte ich um meines Zeugnisses willen in Gefangenschaft und Tod kommen, so helfe mir Gott, daß ich auch in solchen Zeiten nicht schwach werde.“ Tief erschütternde und dennoch in ihrer schrecklichen Größe erhabene Szenen deutschen Märtyrertums haben sich in den letzten Stunden abgespielt. Wie viele andere, ist auch die junge baltische Märtyrerin Marion von Klot ernst und fest vor den bolschewistischen Gewehrlauf getreten, dieses edle Mädchen, die ihren Mitgefangenen, wenn sie verzagen wollten, immer wieder neuen Trost spendete mit ihrem schlichten Liede:

„Weiß ich den Weg auch nicht, du weißt ihn wohl,
das macht die Seele still und friedevoll ...
drum wart ich still, dein Wort ist ohne Trug,
du weißt den Weg für mich, das ist genug.“

Eine junge, neunzehnjährige deutschbaltische Dame schildert die Zeit der Rigaer Bolschewistenkerkerhaft in Aufzeichnungen, die der „Hochwart“ in seinem 5. Heft vom Mai 1932 veröffentlichte. Man liest da zum 10. April: „Eine riesengroße Zelle mit 16 Pritschen nimmt uns auf. Wir sind aber 36 Frauen, die hier untergebracht werden, so daß ein Teil von uns auf Tischen und Fußboden schlafen muß. In den nächsten Tagen werden viele meiner Zellengenossen fortgebracht, wohin - wir erfahren es nicht. Zwölf Frauen bleiben wir zurück und halten treu zusammen.

76

2. Kapitel: Bericht über Schreckenszeit in Riga 77

Marion und ich haben unsere Holzpritschen dicht an der großen aus Eisenstäben bestehenden offenen Zellentür. Marion ist 23 Jahre alt und ich 19, die andern sind älter. Marion hat eine wunderschöne Stimme, sie singt uns oft vor. Sie stellt sich in eine entfernte Ecke der Zelle und durch die offene Tür tönen ihre Lieder hinaus, gleichsam als Trost für die andern Mitgefangenen. Wir singen dazwischen auch dreistimmig, aber bald wird das Singen ganz verboten. Marion ist sehr ernst und traurig, ich kann sie nicht immer verstehen. Ich glaube zuversichtlich an die Befreiung, sie zweifelt daran. Sie denkt oft an ihre Mutter, die in einem andern Gefängnis sitzt, an ihre Brüder, die an der Front um die Befreiung Rigas kämpfen.“ Alte Damen bis zu 70 Jahren befinden sich unter den Gefangenen. Diese werden gequält und gemartert durch die bestialischen Aufseher. So sagt der eine: „Man müßte sie alle sofort erschießen, wozu dieses lange Warten. Uns kostet das Füttern dieser Bestien Geld, bewachen muß man sie auch noch, und dann möchte ich es auch erleben, wie sie umfallen... wie die Hasen auf einer Treibjagd. Und wenn sie nicht gleich tot sind, dann wimmern sie noch ein wenig. Aber um Gnade bitten - das tun sie nie!“ Dann werden bolschewistische Zeitungen gebracht, worin die langen Listen der zum Tode Verurteilten veröffentlicht sind, und manche Frau findet dort den Namen des Mannes oder eines Angehörigen. Wie ist es bei solchen Seelenqualen verwunderlich, daß die eine oder die andere Gefangene zusammenbricht und dem Verfolgungswahn erliegt? Traurige, erschütternde Szenen spielen sich ab, wenn der rohe Henkersknecht die junge Mutter, eine Gefangene, von ihren kleinen Kindern reißt. Nicht das fassungslose Schluchzen der Kinder, die nach ihrer Mutter schreien, rührt ihn, nicht das ergebene, aber selbstverständliche Wort der jungen Mutter: „Es ist doch mein Kind!“ Brutal wird der letzte Abschied der jungen deutschbaltischen Professorgattin vor ihrer Hinrichtung zerrissen. - Nach siebenwöchiger Gefangenschaft nahte endlich am 22. Mai die Befreiung. „War es Mitleid, war es etwas ganz anderes, was jenen Mann im Spitzbart veranlaßte, mich in die Zelle zurückzustoßen und mich dadurch von dem letzten Leidensgang meiner Zellengefährtinnen auszuschließen? ... Ich blieb in der Zelle und das bedeutete Leben ...

und dort gingen die andern aus der Zelle hinaus - und das war der Tod! Und in die vielen letzten Grüße, die zu bestellen mir aufgetragen wurden, klangen die Worte von Marion von Klot, die sie wie zu sich selbst sagte: Nur jetzt nicht schwach werden!“ - Sie werden hinausgeführt ... das Geräusch ihrer Schritte verklingt ... eine ganz kurze lähmende Stille ... und dann das Hämmern der Maschinengewehre ... Die Rigasche Zeitung brachte am nächsten Tage unter Angabe der Namen der Ermordeten - es waren 10 Frauen und 22 Herren, darunter acht Geistliche - folgende Notiz: „Donnerstag nachmittag, als unsere Retter schon in der Stadt waren, haben vertierte Verbrecher im Zentralgefängnis noch eine Reihe wehrloser Gefangener ermordet, die den Märtyrertod für die Heimat gestorben sind. Wir neigen unser Haupt in Demut vor Gottes unerforschlichem Ratschluß.“ Viele Tausende sind vorher hingemordet worden, und die mit ihren Schiffen in der Dünamündung liegenden Engländer hatten nicht einen Finger gerührt, um den bolschewistischen Greueln in Riga ein Ende zu machen!

Die Eroberung Rigas war eine Kulturtat. Hier fielen am 22. Mai die Würfel über das Schicksal Europas: Die Bolschewisten mußten hinter die Grenzen Lettlands zurück, die Deutschen hatten ihrem Vordringen nach Europa ein Ziel gesetzt. Allerdings, die Eroberung Rigas stand in keinem Zusammenhang mit dem Willen der deutschen Reichsregierung. Und noch viel schlimmer: Engländer, Esten und Letten die zu dem abgesetzten Ulmanis standen, wurden jetzt feindselig gegen die deutschbaltischen Kämpfer. Am 18. Juni 1919 wurde die deutsche Reichsregierung vom Obersten Rat der Alliierten aufgefordert, unverzüglich Baltland zu räumen.

Doch die Baltikumkämpfer hatten anderes im Sinne. Ende Juni traten sie den von Engländern geführten Esten und lettischen Anhängern von Ulmanis gegenüber, kämpften aber unglücklich. Der von den Baltikumkämpfern eingesetzte Regierungschef Needra floh, und nun war wieder Ulmanis Herr im Lande. Neues Chaos drohte. Riga ging wieder an die Bolschewisten verloren. Am 3. Juli schlossen die Baltikumkämpfer einen Waffenstillstand mit den Bolschewisten.

2. Kapitel: Gegensätze zwischen Deutschen und Letten 79

Die Engländer aber forderten energisch die Auflösung der deutschen Truppenteile. Jetzt erhob sich der schwere Kampf der deutschen Baltikumkämpfer gegen die lettische Regierung, die ihnen, von den Engländern aufgestachelt, das versprochene Siedelland verweigerte. Die Deutschen forderten ihr Recht, verlangten Einbürgerung und Ansiedelung. Eine Deputation, die im Namen der zehntausend deutschen Soldaten sprach, begab sich zur lettischen Regierung. In ihrem Namen erklärte Meierowitz, daß die Regierung Lettlands keinerlei Versprechungen wegen Einbürgerung und Ansiedlung gemacht habe. Die englische Militärmission unterstützte die Lettländer darin, indem sie dem Grafen Goltz erklärte, nach dem Versailler Vertrag seien alle seit dem 1. August 1914 von der deutschen Regierung geschlossenen Verträge ungültig.

Immer unerträglicher wurde die Spannung in Lettland. Ein russischer General Bermond, genannt Fürst Awalow, erschien im Baltland, und ein Teil der deutschen Baltikumkämpfer, die ja laut englischem Machtwort ihre Aufgabe schon längst erfüllt hatten und das Land verlassen mußten, trat unter sein Kommando. Andere Teile wieder schlossen sich zur „Deutschen Legion“ zusammen und erklärten, sie würden Kurland nicht wieder verlassen. Immerhin, der größere Teil der dreißigtausend Mann zählenden deutschen Truppen widersetzte sich nicht dem Abmarsch, der am 11. August aus Nordkurland begann. Ende August aber hatte sich die Zahl der gehorsamsweigernden und landfordernden Soldaten stark vermehrt. Die

dauernden Gefechte mit lettischen Truppen, welche den aufsässigen deutschen Formationen Widerstand leisteten und sie zu zerstreuen und aufzulösen versuchten, gipfelten am 25. August in der Plünderung Mitaus durch die deutschen Baltikumkämpfer.

In Scharen strömten von nun an die Deutschen zu den Fahnen Bermondts und des weißrussischen Generals Judenitsch, der in Estland aufgetaucht war. Die Proteste der Engländer konnten nichts hieran ändern. Die deutsche Regierung war machtlos gegen die aufsässigen Baltikumer; sie mußte den Sold sperren, um sie zur Vernunft zu bringen; Anfang Oktober wurde Goltz durch General Eberhardt ersetzt.

79

Deutsche unter Fremdherrschaft 80

Die Entente drohte der Reichsregierung mit Einmarsch und neuer Blockade. Es war unerhört schwierig, die Eiserne Division und die deutsche Legion zum Rückmarsch zu bringen. Die schärfsten Zwangsmaßnahmen mußten von der Berliner Regierung angedroht werden. Endlich, im November 1919, zogen sich die letzten deutschen Freikorps aus Lettland zurück, unter dauernden Kämpfen mit lettischen, bolschewistischen und litauischen Banden. Verlassen von Bermondts und Judenitsch, ohne Nahrung und in Lumpen, so schlugen sich die enttäuschten und betrogenen deutschen Soldaten in ihre Heimat durch. Am 13. Dezember 1919 überschritt die deutsche Legion die ostpreußische Grenze. Zwei Tage später betrat die Eiserne Division das Reichsgebiet. Am folgenden Tage war die letzte deutsche Truppe, das Detachement Roßbach, auf dem Boden Deutschlands angelangt. - -

Der Kreis der Jahrhunderte schließt sich. Deutscher Schwertrittergeist ist zusammengebrochen im Deutschenhaß der Welt. Die deutschen Kämpfer im Baltikum 1919 waren nicht die freien Soldaten, die stolzen, erobernden Kulturträger der Vergangenheit, sondern bezahlte Söldner rechnenden Krämergeistes; in dem Augenblick, als England sah, daß sein Ziel, die Abwehr des Bolschewismus vom Osteegeüste, erreicht war durch den Kampf der Deutschen, zwang es diese, das Land zu verlassen. Aber es hätte auch anders kommen können! Wäre die Ansiedlung der deutschen Soldaten in Kurland geglückt, dann wäre der Mangel von sieben Jahrhunderten ausgeglichen worden: das deutsche Herrenmenschentum hätte einen breiten Unterbau, eine notwendige Ergänzung in einem bäuerlichen Mittelstande erhalten. Aber es war zu spät hierzu. Die deutschen Soldaten konnten nicht festen Fuß fassen, weil auch das erwachte Nationalgefühl der lettischen und estnischen Proletarier das den Herren geraubte Land für sich beanspruchte und in England und Frankreich mächtige Freunde fand. So tat das Deutschtum in Baltland einen tiefen Sturz, weil seine einzigen Träger die deutschen Barone und die reichen Kaufleute waren. Die vereinigten englischen und nationalbaltischen Interessen verhinderten nach dem Zusammenbruch Deutschlands und des baltischen Deutschtums im Bolschewismus jede weitere Festsetzung und Ausbreitung deutschen Volkstums in den Küstenländern der Ostsee.

80

2. Kapitel: Zerstörung des Deutschtums in Baltland 81

So eng war das Schicksal des baltischen Deutschtums trotz scheinbarer Zusammenhangslosigkeit mit dem Schicksal des deutschen Volkes verknüpft! - Die Geschichte hat gesprochen: in den zwei Jahren vom November 1917 bis zum November 1919 ist die Jahrhunderte alte deutsche Tradition des Baltlandes zerschmettert worden! Die führende Stellung des Deutschtums in Stadt und Land war vorbei. Hinfort gab es nur ein wirtschaftlich armes, politisch und kulturell unbedeutendes Deutschtum in den neuen baltischen Staaten. Auch in Lettland wurde, wie vordem in Estand, 1920 nach dem Abzug der Baltikumtruppen der deutschbaltische Grundbesitz vollständig und ohne Entschädigung durch Gesetz enteignet. Dreizehnhundert

Rittergüter in Kurland und Südlivland, 2,8 Millionen Hektar, mehr als eine Milliarde Goldmarkwert wurden zerschlagen. Das Deutschtum verlor seine Jahrhunderte alte Bodenständigkeit. Den Besitzern blieben lediglich je 50 Hektar, insgesamt etwa 70 000. Zwar wurde in Estland 1926 den 1919 enteigneten deutschen Grundbesitzern (sie verloren etwa zwei Millionen Hektar) eine geringe Engschädigung zugesprochen. Doch der Verlust der deutschen Vermögen betrug trotzdem noch mehr als neunzig Prozent. Kaum noch 30 000 Hektar wurden hinfort noch von deutschen Landwirten bearbeitet.

Vor dem Kriege gab es in Estland und Lettland etwa ein Viertel oder gar ein Drittel Million Deutschbalten. Durch die Ereignisse von 1917-1919 ist diese Zahl auf ein Drittel bis ein Viertel zurückgegangen. 1925 gab es etwa 126 000 Deutsche in Estland, davon 12 000 in Reval, und 70 000 in Lettland, davon 44 000 in Riga und etwa siebentausend auf dem flachen Lande. Die letzten Stützen deutschen Geistes blieben die Städte, während das Land ganz entdeutscht wurde. In den polnisch gewordenen, einst deutschen Gebieten war es umgekehrt, da wurden zuerst die Städte, dann das Land entdeutscht. Das kam aber daher, weil im Baltikum der deutsche Charakter des Landes aristokratisch, im neuen Polen aber bäuerlich war. Auf demselben Raum, von dem im Baltikum eine Adelsfamilie verdrängt wurde, siedelten in Westpreußen und Posen zweihundert deutsche Bauernfamilien.

81

Deutsche unter Fremdherrschaft 82

In Estland machten die Deutschen nur 1,7 Prozent, in Lettland 3,7 Prozent der Bevölkerung aus.

Lediglich auf kulturellem Gebiete vermochten die baltischen Deutschen beachtliche Erfolge zu erringen. Nach furchtbarem Schicksalsschlage, nach dem Unwetter der bolschewistischen und nationalen Erhebung begann ein neues Samenkorn der Hoffnung und der Zukunft zu keimen. Das erste Minderheitsgesetz der Welt schuf Lettland am 8. Dezember 1919, indem es den Deutschen Kulturautonomie gab. Seitdem besteht im Bildungsministerium Lettlands eine „Verwaltung des deutschen Bildungswesens Lettlands“. Dieser Verwaltung unterstanden 1929: 657 Lehrkräfte an 23 Kindergärten, welche von 565 Kindern besucht wurden, 65 Grundschulen mit 8119 Kindern, zehn höhere Schulen mit 1942 Kindern, neun Fachschulen mit 597 Besuchern, ein Pädagogisches Institut zur Ausbildung von Grundschullehrern mit dreißig Besuchern, das hochschulartige Herderinstitut in Riga mit 333 Besuchern. An dem Aufwand für die deutschen Schulen beteiligten sich 1928 Staat und Gemeinden mit 61 Prozent, während die deutsche Volksgemeinschaft 39 Prozent beisteuerte. Allerdings erlitt das Deutschtum einen schweren Schlag 1931 durch die Enteignung des deutschen Domes in Riga, der siebenhundert Jahre lang den Deutschen gehört hatte. Einen weiteren schweren Schlag führte die evangelisch-lutherische Synode Lettlands, als sie Ende März 1932 beschloß, einen lettländischen lutherischen Erzbischof einzusetzen, dem der lettische Bischof ebenso wie der deutsche Bischof unterstellt sein sollten. Die Synode begründete diesen Schritt damit, daß das Ansehen des lettischen Volkes eine Schmälerung der Amtsbefugnisse des Bischofs der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinden Lettlands verlange. In Estland gelang es der deutschen Partei, den nationalen Minderheiten durch das Gesetz vom 5. Februar 1925 Kulturautonomie zu verschaffen. Dadurch erhielten neben Russen und Schweden auch die Deutschen die Selbstverwaltung in Schul- und Wohlfahrtsfragen, das Recht zum Aufbau eines eigenen Schulwesens mit staatlichen Mitteln. Die Durchführung liegt in den Händen des aus 40 bis 60 Personen bestehenden Kulturrates, der am 1. November 1925 seine Tätigkeit begann.

82

2. Kapitel: Unterdrückung der Deutschen in Estland 83

Allerdings wurden den Deutschen 1925 ein schwerer Schlag zugefügt, indem die Universität Dorpat zur nationalen Hochschule erklärt wurde. Dorpat hatte aufgehört, Sitz deutscher Kultur und Bildung zu sein.

In Litauen war das Deutschtum verhältnismäßig am schwächsten, es betrug nur 44 Prozent der Bevölkerung oder 31 000 Menschen (1925) ohne Memelland. In dem Lande mit 55 000 Quadratkilometer Ausdehnung gab es nur 24 deutsche Schulen mit 2080 Schulkindern und 55 Lehrkräften. Eine deutsche Oberrealschule ist in Kowno. Von 147 Zeitungen erscheinen zwei in deutscher Sprache. –

Es war ein wechselreiches, in seinen Anfängen so hoffnungsvolles und in seinem Ergebnis so tragisches Jahrfünft, das von 1915-1920 das deutsche Schicksal in Baltland formte. Erst schien es, als sollte die um 1400 abgebrochene Arbeit der Schwertritter fortgeführt werden und als sollte der deutsche Herrenstand in Zukunft nach dem Gesetz moderner Kolonisation nun endlich durch einen deutschen Bauernstand ergänzt werden. Dann aber brach Deutschland zusammen und mit ihm fiel das Deutschtum in Baltland dem erwachenden Nationalbewußtsein der baltischen Völker zum Opfer. Von allen Schicksalsschlägen der letzten vierhundert Jahre ist dies der schwerste gewesen! In Estland, Lettland und Litauen, die zusammen etwa ein Drittel so groß wie Deutschland sind, gibt es kaum 130 000 Deutsche, noch nicht einen Deutschen auf einen Quadratkilometer, während vor dem Kriege die Zahl der Deutschen etwa zwei- bis dreimal so groß war. Und diese Deutschen, ehemals reich und mächtig, führen jetzt ein bescheidenes Dasein in Armut und Bedeutungslosigkeit. Ein siebenhundertjähriger Traum von der Wiedervereinigung des Ordenslandes mit dem Reiche, von der Erschließung eines neuen Kolonisationsgebietes von alter deutscher Tradition - dieser Traum, der die Herrschaft der Polen und Schweden und Russen überdauert hat, ist ausgeträumt. -
83

DRITTES KAPITEL

Zusammenbruch in Polen 84

Auf den 9. November 1918 hatten die Polen nur gewartet. Das war der Tag der Befreiung von der deutschen Herrschaft. Mit roten und französischen Kokarden liefen die deutschen Soldaten in den Straßen Warschaus herum, die Offiziere waren abgesetzt, die revolutionären deutschen Soldaten versuchten sich mit den feindselig sich erhebenden Polen zu verbrüdern. Der Zentralauschuß der Soldatenräte in Warschau erließ einen Aufruf, worin es hieß: „Mit Achtung und Respekt hat die Besatzung den Kampf der polnischen Nation begrüßt und wünscht derselben vollen Erfolg. Hoch der polnische Freiheitskampf!“ Der Chef des Generalstabes in Warschau, Oberst Nethe, versuchte vergeblich, den Soldatenrat für seinen Plan zu gewinnen, alle Truppen in die Zitadelle von Warschau zu konzentrieren, um einerseits die Verbindungsstraße zu den nach der Ukraine befindlichen deutschen Truppen, andererseits die Eisenbahn nach Soldau, d. h. also nach Deutschland, in der Hand zu behalten.

Aber die revolutionären Soldaten waren taub, sie dachten nicht an ihre Kameraden in der Ukraine, sie wollten nur so schnell wie möglich selbst zu Hause sein und taten noch ein übriges bar jedes eigenen Nationalbewußtseins, indem sie sich von den Polen demütigten, ihren Aufstand priesen. Trotz der Warnung des Generals Beseler hatte Eberts neue Reichsregierung Pilsudski aus der Festungshaft entlassen. Bald war er in Warschau und verstand es, die polnische Volksmenge gegen die Deutschen aufzuwiegeln, alle Schuld für Zusammenstöße und Blutvergießen auf die Deutschen abzuwälzen. Die revolutionären Soldaten des deutschen Heeres hatte eine „Politische Kommission“ gebildet, die von zwei Soldaten mit revolutionärer Qualifikation, Doncke und Himmelreich, geführt wurde und in der Nacht vom 10. zum 11. November mit Pilsudski verhandelte.

Der Pole diktierte den unterwürfigen Gesellen seine Bedingungen: Auslieferung der Waffenarsenale und Munitionsdepots, ehrloser Abzug ohne Waffen. Mit stolzer Verachtung erklärte Pilsudski in einem Aufruf an das polnische Volk: „Dem durch die Besetzung von Warschau gebildeten Soldatenrat habe ich Anweisung erteilt, daß in der zur Durchführung des Abzuges notwendigen Zeit an alle Besatzungen und Posten der Befehl ergeht, sich so zu verhalten, wie es die Sachlage in Polen sowohl als auch in Deutschland erfordert.“

In der Morgendämmerung des 12. November bestieg der bisher mit königlichen Vollmachten ausgestattete deutsche Generalgouverneur General Beseler einen von Pilsudski zur Verfügung gestellten Weichseldampfer und fuhr nach Thorn, ein Unheil brauendes Warschau hinter sich lassend. Vier Tage später begann der nach Pilsudskis Anweisungen durchgeführte Abtransport der deutschen Truppen. In Mława wurden sie durch polnische Legionäre entwaffnet. In aller Eile formierte der polnische Oberst Koc aus den Trümmern der polnischen Legion und der Geheimorganisation P. O. W. (Polska Organizacja Woykowska) das neue polnische Heer, etwa zunächst 25-30 000 Mann, die über das Land verteilt wurden und planmäßig wie die Geier über die durchziehenden deutschen Truppen herfielen, um sie ihrer Waffen zu berauben. - Da gab es zwar auch noch deutsche Truppenteile, die sich mit soldatischer Ehre durch das in Haß aufstehende Polen nach Deutschland durchkämpften und verzweifelt wehrten, aber sie waren in der Minderheit. - Furchtbar war es, daß sich zugleich auch in der deutschen Provinz Posen die Polen erhoben. Die polnische Politik der vergangenen dreißig Jahre hatte es dahin gebracht, daß in dieser Provinz die Bevölkerung zu drei Fünfteln polnisch, zu zwei Fünfteln deutsch war (1910: 812 618 Deutsche). Jetzt, in der schwersten Stunde Deutschlands, nahte das Verhängnis, befördert durch die Dummheit der deutschen Revolutionäre. In Posen erschien ein Abgesandter der deutschen Marine und erklärte den deutschen Soldaten: Der ganze Strich von Königsberg, Danzig bis Posen und Kattowitz gehöre den Polen. Kein Mensch widersprach.

85

Nicht allein, daß die Polen in den Soldatenräten die Hälfte aller Sitze beanspruchten und erhielten, trat bereits am 10. November in der Stadt Posen ein „Oberster polnischer Volksrat“ in Erscheinung, der polnische Bürgerwehren organisierte, die Garnisonregimenter auflöste, die deutschen Soldaten entließ und abschob, und so die Bedingungen für einen siegreichen polnischen Aufstand schuf. In Scharen verließen deutsche Zivilisten die Posensche Heimat und folgten den Soldaten, in das Innere des Reiches flüchtend.

Die Oberste Heeresleitung erkannte, welch bedenkliche Wendung die Dinge im Osten nahmen. Am 15. November schuf sie in Berlin das Armee-Oberkommando „Heimatschutz Ost“, dessen Aufgabe die Sicherung der deutschen Ostprovinzen sein sollte. Sofort setzte stärkster polnischer Protest ein: man werde sich mit den Waffen dem Einrücken „fremder“, d. h. deutscher Truppen in der Provinz Posen widersetzen. Natürlich standen die deutschen Soldatenräte auf seiten der Polen. Das Stellvertretende Generalkommando in Posen war der Ansicht, daß, wenn die Regierung etwas unternehmen wolle, sie 20 bis 30 000 zuverlässige Soldaten schicken sollte, sonst sollte man lieber auf Gewaltpolitik verzichten und sich bemühen, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen. Und inzwischen drangen die polnischen Truppenteile der Armee des Obersten Koc von Warschau her in die deutschen Grenzorte der Provinz ein. Die preußische Regierung der Revolution befand sich im Gegensatz zu der Auffassung der Obersten Heeresleitung. Sie wollte friedlich mit den Polen fertigwerden. Sie schickte am 19. November den demokratisch-pazifistischen Unterstaatssekretär des preußischen Innenministeriums, Helmut von

Gerlach, nach Posen, damit er sich von den dortigen Zuständen überzeuge. Gerlach ließ sich von den deutschen und polnischen Soldatenräten beruhigen, die Lage sei gar nicht so gefährlich, wie man in Berlin meine, und vom Polnischen Volksrat ließ er sich drohen, daß es Mord und Totschlag gebe, wenn deutsche Truppen die Provinz betreten. Hochbefriedigt stellte Gerlach fest „daß glücklicherweise die Situation erheblich günstiger sei, als bisher vielfach nach den Meldungen in der deutschen Presse zu schließen gewesen sei“.

86

3. Kapitel: Deutsch-polnischer Krieg 87

Den Deutschen der Provinz aber entgegnete er auf ihre Klagen: „Was wollen Sie? Die Polen sind in ihrem Recht, wenn sie die Zügel der Verwaltung in die Hand nehmen; sie sind in Polen das höher kultivierte Volk; die Deutschen sind ja doch nur Bauern!“ Am 23. November telegraphierte man also von Berlin dem Obersten Polnischen Volksrat, daß im Einvernehmen mit den obersten Militär- und Zivilbehörden Posens auf die Entsendung weiterer Reichstruppen nach den Ostprovinzen verzichtet werde. Schritt für Schritt gab die preußische Regierung den Polen nach: eine polnische Volkswehr wurde gegründet, die Befugnisse der polnischen Volksräte wurden erweitert, ein polnischer Provinzialernährungsausschuß wurde eingerichtet, polnische Kontrolleure für die deutschen Beamten wurden angestellt, der Oberste Polnische Volksrat durfte einen polnischen Landtag wählen lassen, der für den 3. bis 6. Dezember einberufen wurde.

Nichtsdestoweniger rief Hindenburg am folgenden Tage die Soldaten des Heeres zur Bildung von Freiwilligenverbänden für den Grenzschutz im Osten auf. Kaum ein paar tausend Mann folgten dem Rufe!

Zwischen Reichsregierung und Oberster Heeresleitung entstanden in der Folge sehr tiefe Gegensätze wegen der weiteren Behandlung der polnischen Frage. Eberts linksmarxistische Regierungsgenossen versuchten auf jede Weise die militärischen Schutzmaßnahmen im Osten zu sabotieren. Sie begründeten das damit, daß durch kriegerische Verwicklungen die Lebensmittellieferungen aus der Provinz Posen gefährdet werden könnten, und diese brauche das deutsche Volk dringend. Dies Argument übte auf Ebert und Scheidemann einen großen Eindruck aus. Hindenburg wurde sogar gezwungen, einen Geheimbefehl an die Führer der Ostheere, die Räumung der Ostprovinzen und den Abtransport der Truppen möglichst zu verzögern, zu widerrufen. Die Unabhängigen Sozialisten Barth und Haase gaben, wie in der Preußenregierung Gerlach, durch ihr renitentes Verhalten gegenüber den militärischen Sicherungsmaßnahmen die Provinz Posen den Polen preis. Vom 3. bis 6. Dezember fand in Posen ein „polnischer Teilgebietslandtag“ mit großem Gepränge statt; weder die Reichsregierung noch die Preußenregierung fanden etwas dabei.

87

Deutsche unter Fremdherrschaft 88

Die Deutschen in Posen mußten schließlich sich selbst helfen. Sie taten dies mit der machtvollen Kundgebung des „Deutschen Tages“ vom 12. Dezember, woran sich sechstausend deutsche Soldaten beteiligten. Doch diesen moralischen Erfolg zerstörte die Preußenregierung schleunigst wieder, indem sie drei Tage später den polnischen und deutschen Volksräten sowie den Arbeiter- und Soldatenräten erklärte, ein besonderer Heimatschutz für die Provinz Posen schein ihr nicht erforderlich zu sein, auch werde man allmählich den deutschen Grenzschutz zurückziehen!

Da war es kein Wunder, daß der Übermut der Polen immer rücksichtslosere Formen annahm. Am 26. Dezember 1918 traf der Künstler und Patriot Paderewski in Begleitung eines englischen Obersten in Posen ein. Wie ein König wurde er aufgenommen. Polnische Truppen bereiteten den Ehrenempfang. Von den Häusern der

deutschen Stadt Posen wehten polnische und alliierte Fahnen. In großen, feierlichen Ansprachen wurde die berauschte Menge die Vereinigung Posens mit dem polnischen Reiche angekündigt. Nun waren in diesen Dezemberwochen auch die aktiven Regimenter des V. Armeekorps in ihre Posener Kasernen zurückgekehrt. Mit Zorn sahen sie die Verhöhnung der Deutschen auf ihrem eigenen deutschen Boden. Als die Polen bei der Ankunft der Soldaten auf dem Bahnhof die Ablieferung der Waffen verlangten, haben die Deutschen mit Fußstritten und Kolbenstößen dies anmaßende Verlangen zum Schweigen gebracht. Jetzt, beim Empfang Paderewskis, forderten die Grenadiere vom Regiment 6 die Entfernung der französischen und englischen Fahnen. Da die Polen sich weigerten, stürmten die Soldaten selbst in die Häuser, holten die Fahnen herunter und zerrissen sie, doch die weißroten polnischen Fahnen rührten sie nicht an. Die erregten Polen singen ihr Trutzlied: „Noch ist Polen nicht verloren“. Einige Schüsse krachen. Sofort rattern die Maschinengewehre in den Straßen, sofort sind Regimenter vorzüglich bewaffneter polnischer Soldaten da, und schwere Straßenkämpfe toben durch die Stadt. Drei Tage dauert das Ringen.

88

3. Kapitel: Preisgabe der Provinz Posen 89

Die Engländer, die Polen und die deutschen Arbeiter- und Soldatenräte waren über das Verhalten des deutschen Regiments empört. Sie verkündeten das Standrecht und beschlossen Entwaffnung der deutschen Offiziere. Aber immer gewaltiger wächst die deutsche Bewegung an. Scharenweise strömen die Freiwilligen aus den Ersatztruppenteilen zu dem tapferen Grenadierregiment. Und da geschah abermals das Unglaubliche: am 30. Dezember weilten als Beauftragte der Preußenregierung der Minister Ernst und der Unterstaatssekretär Göhre vom Kriegsministerium in Posen und fügten sich der kategorischen polnischen Forderung: sie veranlaßten den Abtransport des Grenadierregiments 6 nach Schlesien. Anfang Januar 1919 brach das Deutschtum in der Provinz Posen durch die Schuld der preußischen Regierung zusammen. Die deutschen Truppen, von den Polen entwaffnet, lösten sich auf. Die Fliegerkaserne wurde von polnischer Übermacht gestürmt. Die Polen waren Herren der Hauptstadt in der Provinz. Immer mehr polnische Truppen, gut bewaffnet, ergossen sich über das Land. Mit Erbitterung erkannten die Deutschen, daß sie von ihrer eigenen Regierung verraten worden waren. Die Deutschen bemühten sich, die polnischen Übergriffe nach Westpreußen zurückzuweisen. Der Gedanke der deutschen Volksräte, den der Herausgeber des „Grenzboten“, Georg Cleinow, seit Frühjahr 1918 behandelt hatte, wurde verwirklicht. In Bromberg bildete sich die Zentrale, „Deutsche Vereinigung“ genannt, und von hier aus verbreitete sich die Organisation über den Netzedistrikt nach Süd- und Nordpommern, Graudenz und Dirschau und setzte den Polen Widerstand entgegen. Aber auch in diesen schweren Zeiten schwieg nicht die deutsche Zwietracht. Die deutschen Mittelparteien schlossen sich nicht der „Deutschen Vereinigung“ an, sondern gründeten die „Deutsche Zentralarbeitsgemeinschaft der politischen Parteien“. Im Lande Posen selbst gelang es dem geschwächten Deutschtum nicht mehr, sich zu organisieren. Hier herrschte das Polentum. Der Volksrat des Netzedistriktes und Pommerns war tief erbittert darüber, wie die Berliner Regierung hier das Deutschtum an die Polen auslieferte und verriet.

89

Deutsche unter Fremdherrschaft 90

Der Volksrat für den Netzedistrikt erließ folgende Kundgebung: „Die Tatenlosigkeit der Berliner Regierung, insbesondere die kindliche Ahnungslosigkeit des Ministerialdirektors von Gerlach gegenüber den Lebensnotwendigkeiten des Deutschtums hat die Deutschen des Netzedistriktes unter Vorantritt der Eisenbahner

gezwungen, ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Durch Arbeitseinstellung erzwangen letztere sich das Recht der Bildung eigener nationaler Schutzwehr. Die Postbeamten folgten. Bisherige militärische Maßnahmen waren infolge Disziplinlosigkeiten unwirksam. Falls die Berliner Regierung nicht sofort rücksichtslos zum Schutze des Deutschtums eingreift, wird die Lebensmittelzufuhr nach dem Westen unterbunden. Auch hierin herrscht im gesamten Deutschtum Einmütigkeit.“ In den Gebieten von Bromberg und Thorn wie auch in Westpreußen waren die Deutschen zum Kampfe um ihr Dasein entschlossen. Sie sahen am Beispiel Posens, was ihnen bevorstand.

Die Vorwürfe der erbitterten Deutschen waren durchaus berechtigt. Als Ende Dezember 1919 die beiden Unabhängigen Barth und Haase ausschieden, schien es zwar, als wollte sich die Reichsregierung zu energischer Abwehr der Polen aufraffen. Jedoch fehlte es nun an genügend zuverlässigen Truppen, und die ganze Tätigkeit der Regierung konnte sich nur darauf beschränken, eine weitere Ausbreitung des polnischen Aufstandes zu verhindern; man wollte nun endlich das Übergreifen der Bewegung auf Westpreußen und Schlesien verhüten.

Drei Wochen dauerten die Arbeiten, deren Ziel die Bildung von Freikorps war. Am 21. Januar siedelte die Oberste Heeresleitung mit Hindenburg nach Kolberg über. Inzwischen hatten die polnischen Legionäre des Obersten Koc die von deutschen Truppen gänzlich entblößte Provinz Posen nun fast vollkommen besetzt. Es schien aussichtslos, ohne schwere Kämpfe das verlorene Gebiete zurückzuerobern. Zu großen Kampfhandlungen besaß aber die Oberste Heeresleitung vorerst noch nicht die Kraft.

90

3. Kapitel: Demarkationslinie 91

So entschloß sich dann die Deutsche Nationalversammlung, am 6. Februar 1919, mit den Polen einen vorläufigen Waffenstillstand zu schließen, wonach diese im Besitze fast der gesamten Provinz Posen blieben. Die Polen aber kehrten sich nicht an diese Abmachungen und achteten nicht die Bestimmungen des Waffenstillstandes; ihre Banden überfielen hinterrücks die deutschen Truppen. Diese Vorgänge bewogen Hindenburg, eine Offensive vorzubereiten, die auf der ganzen Front in Westpreußen und Posen glücklich verlief, am 11. Februar aber abgebrochen werden mußte, da innerhalb der deutschen Truppen Meinungsverschiedenheiten über den Soldatenrat ausgebrochen waren! Als Erzberger am 16. Februar den Waffenstillstand verlängerte, dekretierte Marschall Foch endgültige Waffenruhe zwischen Deutschland und Polen und legte eine Demarkationslinie fest, die den Polen ungefähr die ganze Provinz Posen auslieferte. Es ist traurig zu sagen, daß die eigentliche Schuld an dieser Demarkationslinie nicht die Franzosen, sondern die Reichsregierung und Nationalversammlung trifft. Die Demarkationslinie verlief folgendermaßen: im Süden begann sie an der ehemals deutsch-russischen Grenze bei Wieruszow, ging dann nach Krotoschin, Lissa, Bentschen, wandte sich nach Norden, Birnbaum, drehte südöstlich von Filehne nach Osten ab und verlief nun in fast östlicher Richtung südlich von Schneidemühl, Bromberg, Thorn wieder auf die ehemalige deutsch-russische Grenze zu, die sie in der Gegend von Hohensalza erreichte.

Die Oberste Heeresleitung beschwor die Reichsregierung, die Bestimmungen des Waffenstillstandes über die polnische Sache glatt abzulehnen. Wie komme Frankreich dazu, sich in innerdeutsche Angelegenheiten zu mischen? Graf Brockdorff-Rantzau, der Minister des Auswärtigen, war auch für Ablehnung: Die neuen Bedingungen gingen weit über die ursprünglichen Waffenstillstandsabmachungen hinaus. Schließlich aber siegte doch die defätistische sozialdemokratische Richtung, man könne es nicht verantworten, durch eine Weigerung den Waffenstillstand in Frage zu stellen. Der ursprünglich schon gefaßte Beschluß der Ablehnung wird aufgehoben, Erzberger erhält den Auftrag, auch die neuen Bedingungen anzunehmen.

91

So hatte die deutsche Reichsregierung die deutsche Provinz Posen den Polen endgültig preisgegeben!

Es blieb auch fernerhin nicht aus, daß an der Demarkationslinie die nach Westpreußen vordrängenden polnischen Legionäre in Kampf mit den deutschen Truppen gerieten. Jedoch waren die Polen bei diesen Scharmützeln immer unterlegen. Ihre Kriegführung war barbarisch. Die Kriegsgefangenen Deutschen wurden aufs Unwürdigste behandelt. Bei ihrer Gefangennahme wurden sie gänzlich ausgeplündert: Hemden, Strümpfe, Hosen, Stiefel, Kämme, Seife - alles nahm man ihnen. In engen, eiskalten, unterirdischen Kellern wurden sie eingesperrt. Keine Decken, kein Essgeschirr, keine Waschschißel wurde ihnen gegeben. Die Nahrung war vollkommen ungenügend und bestand teilweise aus verdorbenem Fleisch. Die geringsten Vergehen wurden mit entehrender Prügelstrafe geahndet.

Machtlos stand Preußen den immer unverschämter werdenden Polen gegenüber. Ja, die Reichsregierung mußte sogar dulden, daß die polnische Armee, die in Frankreich unter dem Kommando des Generals Haller gebildet worden war, mitten durch deutsches Gebiet nach Polen transportiert wurde! Mitte April 1919 kamen diese Transporte durch Deutschland, auf drei Wegen: von Stettin durch Pommern, durch Ostpreußen und auf dem Landwege von Koblenz über Kassel, bzw. Frankfurt nach Halle bzw. Leipzig weiter nach Kottbus, Kalisch. Nichts war entehrender, als daß Deutschland selbst seine Todfeinde in ihre Heimat zu bringen gezwungen wurde!

Inzwischen hatten in Paris die Friedensbesprechungen der alliierten und assoziierten Regierungen begonnen, am 18. Januar 1919. Wilson war bereits fünf Wochen vorher in Europa eingetroffen und geriet hier derart unter den Einfluß der durch den gewaltigen europäischen Krieg erzeugten Hochspannung des Hasses und der Vernichtungswut, daß er alle seine guten demokratischen Vorsätze über den Haufen warf und alsbald ein fanatischer Befürworter polnischer Wünsche wurde.

Am 21. Januar 1919 hatte die von Oberst House 1917 gegründete wissenschaftliche Kommission eine Denkschrift fertiggestellt, die ganz einseitig auf die polnische Tendenzliteratur gegründet war.

92

3. Kapitel: Die Polen in Versailles 93

In dieser Denkschrift wurde in der Tat ganz Westpreußen mit Marienburg und Marienwerder und das ganze südliche Ostpreußen von Deutschland abgetrennt, um den Polen einen Zugang zur Ostsee zu verschaffen. Auch durch das mittlere Schlesien wurde eine „Sprachgrenze“ gezogen, die Hunderttausende von Deutschen den Polen ausliefern mußte. Diese Denkschrift gab den Ton an für die Atmosphäre, in die Wilson hineinsteuern sollte. Jedoch noch wehrte er sich gegen die polnischen Überraschungsversuche. Als Paderewski am 21. Januar im Rat der Zehn vorschlug, zugleich mit der Frage der militärischen Unterstützung Polens auch die Frage der Grenzen des neuen Polen endgültig zu erledigen, drang er mit dieser Methode nicht durch. Wilson übte noch Zurückhaltung. Am 29. Januar jedoch klang die Sache bereits anders. An diesem Tage sollte Roman Dmowski, neben Paderewski der andere vom Polnischen Nationalkomitee ernannte Delegierte, über die polnische Frage referieren. Noch bevor Dmowski zu sprechen begann, erklärte Wilson, der die vergangene Woche benutzt hatte, um sich in die Denkschrift seiner Kommission zu vertiefen, er sei begierig den ganzen Fall kennenzulernen, aber der gegenwärtige Zweck der Alliierten sei, Polen beizustehen, soweit es die Alliierten vermöchten. Dann entwickelte Dmowski sein imperialistisches Programm, dasselbe wie es seine Denkschrift vom Oktober enthielt, er sprach von Preußen, Danzig, Schlesien, und kam zu dem Schlusse, daß alle diese Gebietsteile von Rechts wegen zu Polen gehörten; er rückte wieder seine „Germanisierungs“these in den Vordergrund, als ob er damit die Geschichte korrigieren könnte. Die glänzende Beredtsamkeit dieses Mannes in der Versammlung verfehlte nicht ihren Eindruck auf den Präsidenten.

Ursprünglich hatte der aus den Vertretern der Großmächte bestehende Rat der Zehn die Absicht, auch die Territorialfragen der neu zu gründenden Staaten zu regeln. Auf Clemenceaus Vorschlag beschloß daher am 23. Januar der Rat der Zehn, alle Delegationen, die Mächte mit territorialen Ansprüchen verträten, aufzufordern, ihre Darlegungen bis zum 1. Februar schriftlich der Konferenz einzureichen. Diesem Ersuchen kam jedoch nur die Tschechoslowakei nach, die Polen weigerten sich, weil sie sich nicht ihres Einflusses auf die Territorialberatungen begeben wollten.

93

Deutsche unter Fremdherrschaft 94

So wurde denn am 12. Februar die Kommission der polnischen Angelegenheiten gebildet, die aus dem amerikanischen Geographen Dr. Isaiah Bowman, dem englischen Diplomaten Lord Tyrrell, dem französischen Diplomaten Jules Cambon, dem Italiener Marchese della Torretta und dem Japaner Otchiai bestand. Eine Unterkommission, an deren Spitze der ehemalige französische Botschafter in Petersburg, Noulens, stand, reiste in den strittigen polnischen Gebieten herum und sammelte Eindrücke. Im Gefolge von Noulens befanden sich der amerikanische General Kernan, der französische General Niessel, der amerikanische Professor Lord wie auch zwei Engländer und zwei Italiener.

Jedoch schon bald nach ihrer Rückkehr wurde die Unterkommission des General Noulens Ende Februar aufgelöst und eine neue Unterkommission gebildet die aus dem französischen General Le Rond, dem englischen Oberstleutnant Kisch und dem Amerikaner Bowman bestand. Jetzt war die Zusammensetzung der Polenkommission und der Unterkommission so, daß Polen und Frankreich ohne Widerstand ihre Ziele im östlichen Deutschland verfolgen konnten; Ratgeber beider Kommissionen war Roman Dmowski, und seine Denkschrift vom 8. Oktober 1918 wurde in beiden Kommissionen zur Grundlage der Beratungen gemacht. Die eigentliche Arbeit der Grenzziehung leistete aber die Kommission Le Ronds.

Die Franzosen blieben in engster Zusammenarbeit mit den polnischen Imperialisten. Für die Franzosen war die polnische Frage ein gegen Deutschland gerichtetes strategisches Problem, darum entsandten sie den General Le Rond als militärischen Sachverständigen und maßgebenden Berater in die Unterkommission. Marschall Foch hätte es Mitte Februar, als die Frage nach der Erneuerung des Waffenstillstandes und seine Ausdehnung auf die polnische Front akut wurde, am liebsten gesehen, wenn ein Präliminarfrieden mit Deutschland geschlossen und die Grenzen Polens einstweilig festgesetzt würden. Doch diesem französischen Überrumpelungsversuch widerstanden die anderen Mächtevertreter beharrlich wie sie vor vier Wochen einem gleichen Überrumpelungsversuch Paderewskis sich widersetzt hatten.

94

3. Kapitel: Polnisches Ringen um Preußen 95

Clemenceau wieder versuchte am 23. Februar bei House dafür Stimmung zu machen, daß Danzig den Polen abgetreten würde.

Die Arbeit der Interalliierten Polenkommission dauerte vier Wochen. Unter den Polen selbst kam es zu schweren Zusammenstößen. Die gemäßigte Richtung, zu der Dr. Dluski, der Vertreter Pilsudskis, und Nitsch, Professor der Slawistik in Krakau, gehörten, machte den Imperialisten Dmowski und Paderewski sehr zu schaffen. Doch diese letzte Richtung setzte sich allmählich durch, und ein erheblicher Teil ihrer Forderungen wurde von der Interalliierten Polenkommission angenommen und in ihrem Bericht verarbeitet. Am 12. März lag der Bericht vor, genau eine Woche später, am 19. März, trug Jules Cambon dem Rat der Zehn den Bericht vor. Zwei Sitzungen waren nötig, um im Handumdrehen das schwerste Problem Osteuropas zu erledigen. Bei den Beratungen hatten die Franzosen die Führung. Der Bericht, den Jules Cambon gab, forderte folgendes: die zwar von einer deutschen Mehrheit bewohnte Schneidemühl-

Region müsse zu Polen kommen, damit die Deutschen hier kein starkes Angriffszentrum hätten. Stadt und Hafen Danzig müßten den Polen in unbeschränktes Eigentum übergeben werden. Die gesamte Provinz Westpreußen müsse polnisch werden. Für Ostpreußen wird im gesamten Regierungsbezirk Allenstein eine Volksabstimmung verlangt. Im Nordosten soll der Memelfluß die Grenze bilden, und im übrigen soll die Provinz unter Völkerbundkontrolle entmilitarisiert werden. Der ganze Regierungsbezirk Oppeln soll, bis auf einen kleinen Grenzzißel, welcher der Tschechoslowakei zugestanden wird, an Polen fallen.

Jules Cambon sagte selbst, daß durch die vorgeschlagene Grenze 2,2 Millionen Deutsche ungefragt an Polen kommen würden. Doch Wilson fühlte sich nicht mehr veranlaßt, jetzt für seinen dreizehnten Punkt und das Gebiet mit der „unbestritten“ polnischen Bevölkerung einzutreten. Nur Lloyd George erhob Einspruch, er fürchtete, die Deutschen würden die Unterschrift verweigern und dadurch dem Bolschewismus den Weg nach Mittel- und Westeuropa bahnen. Man müßte unbedingt die Ansicht der Deutschen hören.

95

Deutsche unter Fremdherrschaft

96

Der „höchst gefährliche Vorschlag“ schaffe einen neuen Kriegsherd der Zukunft in Osteuropa. Es sei nicht möglich, daß man Danzig und die Eisenbahnlinie Marienwerder - Mlawa den Polen gebe. Dem Engländer widersprach Wilson - jetzt ein überzeugter Anwalt der Polen. Doch Lloyd George, welcher Angst um den Frieden hatte, begann von neuem den Bericht aufs heftigste anzugreifen, so daß dieser zu nochmaliger Prüfung an die Polenkommision zurückverwiesen wurde.

Clemenceau verfolgte nach dieser Niederlage im Rate - denn eine solche war es immerhin - Lloyd George mit fanatischem Hasse. Am nächsten Tage brachten die französischen Zeitungen „Temps“, „Journal“ und „Echo de Paris“ Schmähartikel gegen die Engländer, dem sie „antipolnische“ und „prodeutsche“ Gesinnung vorwarfen. - Noch einmal am 22. März kam der Kommissionsbericht ohne wesentliche Änderungen vor den Rat der Zehn. Lloyd George wiederholte seine Bedenken, war aber zu einem Kompromiss bereit. So beschloß der Rat: „Der neue Bericht der Kommission für polnische Angelegenheiten wird in Empfang genommen, diskutiert und einer letzten Prüfung vorbehalten in Verbindung mit den folgenden Grenzbestimmungen, die Deutschland betreffen.“ Wenige Tage später, am 25. März 1919, überreichte Lloyd George der Friedenskonferenz eine Denkschrift, worin er auf die drohende Gefahr des Bolschewismus und die ebenso drohende Gefahr eines neuen deutschen Krieges hinwies, wenn man den Deutschen unerträgliche Bedingungen auferlege. „Aus diesen Erwägungen heraus“, wiederholte er wieder, „bin ich ein entschiedener Gegner des Planes, vom Deutschen Reiche mehr Deutsche loszureißen, als es unbedingt erforderlich ist ... Der Vorschlag der polnischen Kommission, der 2,1 Millionen Deutsche unter die Herrschaft eines Volkes zwingen will, das einem anderen Glauben angehört, das in seiner ganzen Geschichte nicht ein einziges Mal die Fähigkeit einer lebenskräftigen Selbstregierung bewiesen hat, muß meiner Ansicht nach früher oder später zu einem neuen Kriege in Osteuropa führen.“ Die größte Gefahr, die sich hieraus ergeben könne, sei, daß Deutschland imstande sei, sein Schicksal, seinen Geist, seine großartige Organisationskraft in die Hände des Bolschewismus zu legen.

96

3. Kapitel: Danzig Freistaat

97

In der Tat gelang es Lloyd George Anfang April einige Änderungen in den Territorialbestimmungen des deutschen Ostens herbeizuführen. Er erreichte, daß Danzig zur Freien Stadt unter dem Schutze des Völkerbundes erklärt wurde, er erreichte ferner, daß in den westpreußischen Gebieten östlich der Weichsel, in den

Kreisen Stuhm und Rosenberg und Teilen der Kreise Marienburg und Marienwerder eine Volksabstimmung vorgesehen wurde. Weder die polnischen Delegierten noch Ignaz Paderewski vermochten am 5. April daran etwas zu ändern. Lloyd George bemühte sich auch, eine willkürliche Abtrennung des südlichen Teiles des ostpreußischen Kreises Neidenburg mit der Stadt Soldau zu verhindern, die lediglich deswegen vorgenommen wurde, weil Polen in den Besitz der Eisenbahnlinie Marienwerder-Mlawa kommen sollte, auch hier sollte eine Abstimmung durchgeführt werden. Aber hiermit drang der Engländer nicht durch.

Daß ihnen Danzig genommen wurde, erschütterte die Polen aufs tiefste. Auf Danzig hatten sie alle felsenfest gerechnet, Danzig war überhaupt die Perle unter den deutschen Landen, die man da in Versailles raubte; Dmowski und Paderewski hatten wie die Löwen für Danzig gekämpft, auch Albert Korfanty hatte schon im Oktober 1918 im Deutschen Reichstag Danzig als polnische Stadt in Anspruch genommen. Nun war es nichts damit, infolge der Hartnäckigkeit dieses Engländers. Was da aber in Versailles beschlossen worden war und Anfang Mai 1919 den Deutschen eröffnet wurde, das war seit einem halben Jahrtausend die brutalste und grausamste Zerschmetterung deutscher Kulturarbeit im europäischen Osten! Noch nie ward Deutschland von den Polen ohne Verdienst so tief gebeugt wie es 1919 geschah, und selbst die Katastrophe von 1466 war im Vergleich zu der von 1919 ein Kinderspiel! Die Versailler Bestimmungen, wie sie nach Überwindung schwerer innerer Gegensätze von den Alliierten endlich im April festgelegt waren, lieferten folgende deutsche Gebiete an Polen aus: den gesamten oberschlesischen Regierungsbezirk Oppeln, vom übrigen Schlesien getrennt durch eine Linie, die östlich von Neustadt beginnt und in Windungen nach Norden verläuft, bis sie die posensche Grenze nordöstlich Namslau erreicht, und folgende oberschlesische Kreise umfaßt:

97

Deutsche unter Fremdherrschaft 98

Leobschütz, Neustadt-Ost, Oppeln, Kreuzburg, Rosenberg, Lublinitz, Groß-Strehlitz, Tost, Cosel, Ratibor, Rybnik, Pleß, Kattowitz, Gleiwitz, Beuthen, Tarnowitz. Außerdem wurde der südliche rechteckige Teil des Kreises Leobschütz in Oberschlesien, das „Hultschiner Ländchen“, der Tschechoslowakei zugeteilt, ein Land, von deutschem Charakter, 315 Quadratkilometer groß und 48 000 Einwohner zählend, von denen 6 500 Deutsche und 36 000 doppelsprachige „Mährer“ waren. Kreis Guhrau in Niederschlesien: Teile der Kreise Groß-Wartenberg, Militsch und Namslau in Niederschlesien; die Provinz Posen mit Ausnahme folgender Gebiete: Kreis Fraustadt westlicher Teil, Kreise Bomst und Meseritz und Schwerin westlicher Teil, Kreise Filehne und Czarnikau nördlicher Teil; die Provinz Westpreußen mit Ausnahme folgender Gebiete: Kreise Deutsch-Krone, Flatow (westlicher Teil), ein Teil des Kreises Schlochau, Elbing (östlicher Teil), Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Rosenberg; von der Provinz Pommern östlicher Teil des Kreises Lauenburg; von der Provinz Ostpreußen Teile der Kreise Neidenburg und Osterode, das Soldauer Land, für Masuren in Ostpreußen, den Kreis Stuhm, Rosenberg, die Hälfte des Kreises Marienwerder und ein Viertel des Kreises Marienburg wurde eine Volksabstimmung festgesetzt.

In der dritten Nachmittagsstunde des 7. Mai 1919 wurde im Saale des Hotels Trianon-Palast zu Versailles das Diktat dem Grafen Brockdorff-Rantzau übergeben. Nach der ersten Durchsicht erklärten die Deutschen, dieser Vertrag sei unannehmbar. Die Tage vergingen und brachten täglich neue Einzelnoten der Deutschen, die gegen einzelne Bestimmungen Verwahrung einlegten. Den Friedensmachern selbst wurde schon ungemütlich. Der General und südafrikanische Premierminister Smuts teilte Oberst House am 16. Mai seine schweren Bedenken wegen der Friedensbedingungen mit.

98

Am folgenden Tage traten drei Mitglieder der amerikanischen Delegation zurück, Bullitt, der mit den Bolschewisten verhandelt hatte und jetzt unter anderem die Beschlüsse über Ostpreußen, Danzig, Tirol als ungerecht bezeichnete, Professor Williams und Kapitän Hornbeck aus ähnlichen Gründen. Fünf Tage später übergab Smuts, nachdem er festgestellt hatte, daß er bei den Amerikanern nichts erreichte, Lloyd George eine Denkschrift. Die ungebührliche Vergrößerung Polens, schrieb er da, sei nicht nur ein Verstoß gegen die Geschichte, sondern ein politischer Kardinalfehler, der sich im Laufe der Geschichte schwer rächen werde. Oberschlesien und alle wirklich deutschen Gebiete müßten bei Deutschland belassen werden, die Grenzen der Freistadt Danzig müßten enger gezogen werden, diese selbst dürfe nicht der Oberhoheit Polens, sondern müsse der Souveränität Deutschlands mit einer dem Völkerbund unterstellten Verwaltung übergeben werden. Am 28. und 29. Mai wurden die deutschen Gegenvorschläge übergeben. Hierin wurde nachgewiesen - es interessiert uns hier nur das auf den Osten Bezügliche - daß für die Abtrennung Österreichs und Deutschböhmens sowie auch Oberschlesiens, das seit 750 Jahren in keiner Verbindung mit Polen gestanden habe, keinerlei Rechtsgrund vorliege. Die Abtrennung Westpreußens geschehe unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes. Hier in Westpreußen wie auch in Deutsch-Österreich müsse eine Volksabstimmung stattfinden. Deutschland brauche übrigens in Westpreußen einen unbedingt notwendigen Verbindungsweg nach Ostpreußen. Von der Provinz Posen sollten nur die unbestreitbar polnischen Gebiete abgetrennt werden. Brockdorff-Rantzau fügte seiner Antwort die zahllosen einmütigen Proteste der oberschlesischen Bevölkerung bei, die diese gegen die drohende Trennung vom Reiche an die Reichsregierung gerichtet hatte.

Wenige Tage später, am 2. Juni 1919, begann Lloyd George seinen Kampf gegen Clemenceau und Wilson wegen der neuen Grenze Polens. Er berief sich darauf, daß alle seine Kollegen die polnischen Bestimmungen für unannehmbar hielten, er wies auf die heftige Pressepolemik hin, die seit Veröffentlichung der Friedensbedingungen in England ausgebrochen war. Clemenceau erwiderte, natürlich wünsche Deutschland ein schwaches Polen, aber die Alliierten, er dachte vor allem an Frankreich, brauchten ein starkes, sehr starkes Polen.

99

Der Kampf zwischen Lloyd George und Clemenceau wurde so heftig, daß Lloyd George nach Hause zu reisen und dem Parlament die Angelegenheit zu unterbreiten und Clemenceau seine Demission einzureichen drohte.

Die Heftigkeit der Gegensätze bewog Wilson, am 3. Juni sich erst einmal in einer internen Sitzung der amerikanischen Delegation über seine weitere Haltung klar zu werden. Der unfähige Professor Lord, Sachverständiger für die Ostgrenze, stand auf Seiten Wilsons und war ein leidenschaftlicher Vorkämpfer für die polnischen Interessen. Die Auskünfte, die Lord gab, überboten die kühnsten Erwartungen, die man auf seine Unwissenheit setzte, so daß ihn der Wirtschaftssachverständige Lamont des öfteren berichtigen mußte. Lord behauptete z. B., in Oberschlesien sei das Verhältnis der Polen zu den Deutschen wie 2:1. Lord plädierte auch eifrig für die Übergabe der oberschlesischen Steinkohlenlager an Polen. Es sei ein schwerer Verlust für Polen, wenn es diese Lager nicht erhalte. „Ich vermag es nicht einzusehen, entgegnete Lamont, warum das ein Verlust für Polen sein könnte, da Polen es niemals besessen hat.“ Darauf erwiderte Wilson geradezu unlogisch: „Aber theoretisch ist es polnisch!“ Auch die gänzlich konfuse und falschen historischen Ausführungen Lords berichtigte Lamont, allerdings auch fehlerhaft, mit der Feststellung, Oberschlesien habe vierhundert Jahre lang nicht zu Polen gehört. -

Jedenfalls hatte die Mehrzahl der Amerikaner bei dieser Auseinandersetzung das Gefühl, daß die polnische Regelung „eine der schlimmsten Bestimmungen des Vertrages“ sei, wie es der Wirtschaftsberater Taußig ausdrückte, und selbst Wilson wurde unsicher.

Am Nachmittage des gleichen 3. Juni eröffnete Lloyd George in der Ratssitzung eine schwere Attacke gegen die Bestimmungen über Oberschlesien. Er wies auf die von Brockdorff-Rantzau übermittelten ungezählten Protestkundgebungen der gesamten oberschlesischen Bevölkerung hin und forderte, daß man dem Lande sein Selbstbestimmungsrecht wahre, man solle die Zuteilung an Polen von einer Volksabstimmung abhängig machen. Mit großer Entschlossenheit widersetzte sich Clemenceau, während Wilson sich zögernd mit dem Gedanken

100

3. Kapitel: Gegensätze unter den Alliierten 101

einer „unbeeinflußten“ Volksabstimmung befreundete, deren Voraussetzung die Vertreibung der deutschen Beamten sei. Man konnte sich nicht einigen und beschloß, vor der Entscheidung noch einmal Paderewski zu hören.

Paderewski erschien am 5. Juni zu einer Aussprache. Er nahm den Mund sehr voll und behauptete, daß Oberschlesien zu drei Viertel von Polen bewohnt sei; als Lloyd George sich wunderte, daß man immer nur von Oberschlesien spreche, während doch das ganze Schlesien überwiegend deutsch sei, entgegnete Paderewski, er habe, als er in Breslau war, festgestellt, daß es dort viele Leute gebe, die polnisch sprächen! Aber Lloyd George ließ nicht locker. Und als schließlich Clemenceau fragte, ob die oberschlesische Volksabstimmung für Polen günstig ausgehen werde, trat Paderewski den Rückzug an: günstig nur in der östlichen, dagegen nicht in der westlichen Zone, und auch diese hatte er vorher als überwiegend polnisch bezeichnet. Wenn Lloyd George gegen Polen Stellung nahm, so geschah dies lediglich aus wirtschaftlichen Erwägungen. Der Umstand, daß die völkische Zusammensetzung gegen die polnischen Annexionsgelüste sprach, war für ihn ein günstiger Vorwand. So hatte er im April durchgesetzt, daß die Handelsstadt Danzig nicht an Polen fiel; so kämpfte er jetzt für Oberschlesien, weil er fürchtete, das in der oberschlesischen Industrie investierte englische Kapital könne beim Übergange des Landes an Polen verlorengelangen. Am 14. Juni endlich siegte Lloyd George. An diesem Tage wurde, unter Hinzuziehung von Dmowski und Paderewski, die Volksabstimmung für Oberschlesien und das Verfahren für ihre Durchführung festgesetzt. Diese sollte in vier Zonen innerhalb achtzehn Monate nach Inkrafttreten des Vertrages stattfinden. Am 16. Juni 1919 wurde den Deutschen die Mantelnote der Alliierten zugestellt. Sie brachte die Milderung des Vertrages, die in der oberschlesischen Volksabstimmung bestand. Sie brachte außerdem eine Berichtigung der deutschen Ostgrenze in Posen-Westpreußen in sofern, als Schneidemühl und die Schneidemühl-Dirschauer Eisenbahnlinie bis Schlochau bei Deutschland verblieb. Damit war das vorläufige Ende des Streites um Deutschlands Ostgrenzen erreicht.

101

Deutsche unter Fremdherrschaft 102

Gewiß, die Polen hatten nicht alles bekommen, was sie in ihrer Habgier beanspruchten. Von Ostpreußen war ihnen nur ein kleiner Streifen im Süden zugefallen. Die Weichsel war nicht ganz ein polnischer Fluß geworden. Im April hatte Lloyd George durchgesetzt, daß die Zuteilung der strittigen Gebiete östlich der Weichsel von einer Volksabstimmung abhängig gemacht werden sollte. Auch Danzig, auf das die Polen ganz besonders lüstern waren, entging ihnen. Im Juni gelang es Lloyd George, auch Oberschlesiens Zugehörigkeit zu Polen von einer Volksabstimmung abhängig zu machen. Und schließlich hatte er dahin gewirkt, daß Schneidemühl, der für Polen so wichtige „strategische“ Punkt, den Deutschen blieb.

Und trotzdem war das, was Deutschland an territorialen, völkischen, kulturellen und wirtschaftlichen Verlusten im Osten auferlegt wurde, erschütternd genug, ungeheuerlich und in seiner Schrecklichkeit einzig dastehend in einem ganzen Jahrtausend! –

Am 28. Juni 1919 setzten im Auftrage der Reichsregierung die deutschen Minister Bell und Hermann Müller ihre Namen unter das Diktat: Deutschland hatte die Provinzen Posen und Westpreußen geopfert. Nach der Volkszählung von 1910 waren in den beiden Provinzen insgesamt vorhanden 1,92 Millionen Deutsche (50,57 Prozent) und 1,86 Millionen Polen, und zwar gab es in Westpreußen 1,11 Millionen Deutsche, in Posen 0,81 Millionen. Der Verlust, der Deutschland an Polen und Tschechoslowakei betraf, war folgender:

in	qkm Fläche	Einwohner	davon
Deutsche Ostpreußen 000	501	24 700	21
Westpreußen und Pommern 400	15 864	964 700	426
Posen 000	26 042	1 946 400	681
Niederschlesien 000	511	26 200	24
Hultschiner Ländchen 500	315	48 400	6
insgesamt 900	43 233	3 010 400	1 158

102

3. Kapitel: Das Diktat von Versailles 103

Die Verluste der landwirtschaftlichen Erzeugung mögen durch folgende Tafel dargestellt sein: 1913 betragen in den verlorenen Gebieten:

Ernteerträge in 1 000 to

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln	Zuckerrüben
Ost- und Westpreußen	130	568 163	287 2722	776		
Posen	181 1274	299 345	5156	2268		
Zusammen	311 1842	462 632	7878	3044		
Reich	4655	12222	3673 9713	54121		16940
Vom Hundertsatz	6 2/3	15	12 3/5 6 1/2	14 1/2		18

Viehstand in 1000 Stück

	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Ost- und Westpreußen	235	590 229	899	

Posen	282	864	230	1219	
Zusammen		517	1454	459	2118
Reich	4523	20994	5520	25659	
Vom Hundertsatz		11 2/5	6 9/10	8 1/3	8 1/3

Ferner mußte Deutschland in Versailles abtreten:

den Freistaat Danzig, 194 qkm mit 330 600 Einwohnern, von denen 318 300 Deutsche waren;

das Memelland, Kreise Memel Stadt und Land, Teile der Kreise Heydekrug, Ragnit und Tilsit, d. h. das nördlich vom Njemen liegende Gebiet, 2656 qkm mit 141 700 Einwohnern an die alliierten Hauptmächte als besonderen autonomen Staat.

So wurden durch die Versailler Zerfleischung des deutschen Ostens dem deutschen Volke rund 48 000 qkm deutschen Kulturbodens mit etwa 3,5 Millionen Menschen entrissen, noch ohne Oberschlesien.

Deutschland hatte eine Katastrophe erlitten, für die man einen Vergleich nur aus dem frühesten Mittelalter heranziehen kann: Deutschland war 1918 in die gleiche Lage gekommen,

103

Deutsche unter Fremdherrschaft 104

in der es sich im 11. Jahrhundert befand, als die Könige Boleslaw Chrobry und Miesko II. eine drohende Gefahr für Deutschland und das deutsche Volk darstellten. Von Pommern bis Schlesien stand der Feind mitten im deutschen Land, kaum zwölf Meilen von der Reichshauptstadt entfernt.

Am 30. Juni erließ das Kommissariat des Obersten Polnischen Volksrates in Posen als „Mandatar der Regierung der Republik Polen“ einen Aufruf an die Mitbürger deutscher Nationalität. Darin hieß es: „Im Einklang mit ihren freiheitlichen Traditionen wird die Republik Polen ihren Mitbürgern deutscher Nationalität volle Gleichberechtigung, völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit, Zutritt zu den Staatsämtern, Freiheit und Pflege der Muttersprache und nationalen Eigenart sowie vollen Schutz des Eigentums gewähren. Für die Stellung im Staatsleben und für das Ausmaß der bürgerlichen Rechte ist in der Republik Polen weder das

Glaubensbekenntnis noch die Muttersprache entscheidend, sondern lediglich die persönliche Tüchtigkeit ... Die Ansiedler dürfen im Rahmen des Friedensvertrages in ihrem Eigentum verbleiben ... Alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, wie ... Rechte über Pachtverträge usw. werden hierdurch gewährleistet.“ Es waren schöne Versprechungen, von denen in der Folgezeit nicht die geringsten erfüllt wurden!

Am 1. Juli 1919, drei Tage nach der Annahme des Versailler Diktates durch Deutschland, hatten die Ententestaaten und Dänemark das junge Polen als Staat anerkannt. Gleichzeitig verpflichtete sich Polen den Verbandsmächten gegenüber, die nationalen Minderheiten zu schützen und gemeinsam mit den in seinem Staatsgebiete wohnenden Deutschen am Ausbau seiner Staatseinrichtungen zu arbeiten. Aber mit einem gewaltigen Ungestüm, das von Frankreich geschürt und gestärkt wurde, ging Polen an die Aufrichtung seines Staatswesens und ließ sich, immer von Frankreich beschützt, zu Gewalttaten gegen Deutschland hinreißen, indem es mehr verlangte, als der Versailler Vertrag ihm zubilligte. So geschah es, daß die Polen gegen die Deutschen in Posen und Westpreußen ein brutales Gewaltregiment begannen wie die Franzosen am Rhein und an der Saar.

104

3. Kapitel: Deutsch-polnische Vereinbarungen 105

Die Umtriebe irregulärer Banden nahmen zu, die deutsche Bauernhöfe ausplünderten, Deutsche überfielen und aus dem Hinterhalte noch die an den Demarkationslinien stehenden deutschen Truppen angriffen. Sie entwaffneten diese und nahmen sie gefangen, wenn sie in der Überzahl waren. Anfang Juli 1919 wurde die planmäßige militärische Räumung der von Deutschland an Polen abgetretenen Gebiete begonnen. Im Laufe des Herbst traf die deutsche Regierung mit Polen eine Reihe von Abmachungen. Zunächst wurde am 1. Oktober 1919 ein Abkommen über die Entlassung von Internierten und Kriegsgefangenen getroffen. Ferner wurde eine Amnestie für militärische, politische und nationale Vergehen und die unbehelligte Rückkehr der Amnestierten vereinbart. Zehn Tage später begann Polen mit dem Austausch der Gefangenen. Am 22. Oktober kam ein deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen zustande. Polen sollte danach monatlich 75 000 Tonnen Kohle sowie zwanzig Prozent einer etwaigen Mehrproduktion, außerdem noch eine Gesamtmenge von 50 000 Tonnen erhalten. Dafür sollte es drei Millionen Zentner Kartoffeln liefern, deren größter Teil noch 1919 fällig sein sollte. Das war eine für Deutschland in der Hungerszeit lebenswichtige Sache. Außerdem wurde zu Deutschlands Gunsten freier Durchgangsverkehr durch den westpreußischen „Korridor“ nach Ostpreußen und freie Schifffahrt auf der Weichsel und den Hauptkanälen vereinbart. Zwei Tage später wurde in Berlin ein deutsch-polnisches Abkommen über die militärische Räumung der abzutretenden Gebiete geschlossen. Der polnische Vormarsch sollte am siebenten Tage nach der Friedensratifikation beginnen, Thorn, das ja noch in der deutschen Zone lag, werde am Mittag des zweiten Tages von den Deutschen gänzlich geräumt sein, Kulm sollte am sechsten, Graudenz am siebenten Tage von den Polen besetzt werden. Bis zum neunzehnten Tage sollt sich ganz Westpreußen bis zum Meere in dem Besitz der Polen befinden.

Es lag im Interesse Deutschlands, auch seine Beamten in den an Polen fallenden Gebieten sicherzustellen. Die Polen ihrerseits waren vorläufig auf die Mitarbeit der deutschen Beamten angewiesen, wenn nicht die ganze Staatsmaschine plötzlich stillstehen und aus der Ordnung kommen sollte.

105

Deutsche unter Fremdherrschaft 106

So kam am 9. November 1919 in Berlin zwischen Deutschland und Polen ein Vertrag zustande, worin die Rechte der deutschen Beamten in den fraglichen Gebieten auf mindestens zwei Monate nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages sichergestellt und von der polnischen Regierung geschützt wurden.

Dann kam der schwarze Tag: am 10. Januar 1920 wurde das Versailler Diktat ratifiziert. In tiefer Trauer nahm das deutsche Volk Abschied von seinen Ostprovinzen. Die polnischen Regimenter marschierten und gebärdeten sich als Sieger, trotzdem sie den ganzen Weltkrieg negativ geführt hatten, d. h. mit Sabotage und Desertion. Mit Tränen in den Augen sahen die zurückbleibenden Deutschen die letzten deutschen Soldaten das Land verlassen. Und hinter dem letzten Feldgrauen folgte das Regiment der Grausamkeit und Gewalttat. Augenblicklich mußten überall die deutschen Namen verschwinden, polnische traten an ihre Stelle. Die preußischen Hoheitszeichen wurden herabgerissen und zertrümmert, polnische Bezeichnungen erschienen an Stelle der deutschen an den öffentlichen Gebäuden. Die Denkmäler der preußischen Vergangenheit wurden in den Städten gestürzt. Man legte starke Ketten um die Sockel, man trieb die Pferde an den Enden der Ketten an, bis mit mächtigem Krachen die Figuren zu Boden stürzten. Dirschau, Bromberg, Posen, Thorn, Gnesen und manch andere Stadt des deutschen Ostens erlebte im Frühjahr 1920 solche fanatische Bilderstürmerei. Als Amts- und Verkehrssprache war hinfort nur das Polnische zugelassen, auch da, wo die Mehrheit der Bevölkerung deutsch war. Besonders auf dem flachen Lande entfalteteten die neuen chauvinistisch-polnischen Ortsbehörden ein System rücksichtsloser und brutaler Unterdrückung aller Deutschen. In den Gütern der deutschen Besitzer wurden

polnische Dragonaden einquartiert, von denen die Deutschen viele Kränkungen und Beleidigungen erdulden mußten. Sie wurden wie Verbrecher von militärischen Posten bewacht, durften ihre Wohnungen und Dörfer nicht verlassen, wurden mit dem Bajonett und dem Gewehr bedroht, ihr Eigentum wurde geplündert und gestohlen, ihre Lebensmittel weggenommen.

106

3. Kapitel: Deutschenverfolgungen 107

Die deutschen Bauern durften kein Getreide und kein Vieh mehr verkaufen, denn alles war von den polnischen Behörden beschlagnahmt. Ja, die Männer, die Frauen und Kinder mußten in kalten Ställen und auf Steinfußböden schlafen, während die sporenklirrenden Legionäre sich in den Federbetten räkelten. Die Offiziere sparten nicht mit Peitschenhieben gegen die verhaßten Deutschen und die unliebsamen Führer des Deutschtums, höhere Beamte, Landräte, Lehrer usw. wurden gefangengenommen, von ihren Familien fortgerissen, nach Galizien deportiert und dort interniert in dem berüchtigten ehemaligen Russenlager Szypiorow bei Kalisch. Bereits nach dem Posener Aufstande vom Dezember 1918 mußten viele Tausende von Deutschen den Weg dorthin antreten. Die deutschen Schulen wurden geschlossen.

Jeder Tag brachte von nun an neue Sorgen, neue Schikanen. Die Deutschen waren vogelfrei, untergeordnete Geschöpfe, und die Polen erwiesen sich als gelehrige Schüler der Franzosen in den Methoden, Deutsche zu quälen und zu demütigen. Schwer legte sich die Nacht asiatischer Barbarei auf die Angehörigen eines bedeutenden Kulturvolkes. Der aufgespeicherte Haß eines ganzen Jahrhunderts ergoß sich in überschäumenden Strömen auf die Märtyrer des deutschen Blutes, deren Väter und Großväter dem Weichsellande erst die Kultur gebracht hatten. Alles, alles, was Versailles gebracht hatte, hätte Deutschland schließlich im Laufe der Zeit verwinden und überwinden können, nur eines nie und nimmer: den schnöden Raub der Ostprovinzen, auf denen jahrhundertelange deutsche Kulturtradition mit ihrem Segen ruhte. –

Nach der Ratifikation hatte sich eine Interalliierte Abstimmungskommission nach Allenstein begeben, um die Abstimmung in den acht masurischen und zwei ermländischen Kreisen, deren Mittelpunkte Allenstein, Neidenburg, Ortelsburg, Johannsburg, Lyck und Oletzko sind, und in den vier westpreußischen Kreisen östlich der Weichsel in die Wege zu leiten und zu beaufsichtigen. Die Bewohner der ostpreußischen Abstimmungsgebiete waren zum großen Teile Masuren, welche der baltischen Völkergruppe angehören und im Laufe vieler Jahrhunderte ganz deutsche Kultur angenommen hatten. Sie waren auch evangelisch.

107

Deutsche unter Fremdherrschaft 108

Die Polen entfalteteten eine wilde Propaganda und hofften, auch noch diese Gebietsteile zu bekommen. Die Abstimmungskommission ordnete an, daß jede Person, die das zwanzigste Lebensjahr vollendet hatte, ohne Unterschied des Geschlechtes ihre Stimme abgeben durfte. Am 11. Juli fand die Abstimmung statt. Sie brachte einen überwältigenden Sieg des Deutschtums. Für Deutschland stimmten 363 209 Menschen (97,5 Prozent) für Polen 7980 (2,5 Prozent). So blieb das südöstliche Ostpreußen mit seinen 600 000 Einwohnern, die zur Hälfte Masuren waren, dem Reiche erhalten. Das gleiche Ergebnis hatte die Abstimmung in den westpreußischen Kreisen. Auch hier beteiligten sich, wie in Ostpreußen, 87,4 Prozent, und Deutschland erhielt 96 923 (92,8 Prozent), Polen aber nur 8018 (7,2 Prozent) der abgegebenen Stimmen. Die im Reiche wohnenden Ost- und Westpreußen hatten im großen Umfange von dem Rechte Gebrauch gemacht, sich zur Abstimmung in ihre Heimat zu begeben, und ein Jubel der Begeisterung erhob sich in Stadt und Land, als sich das Schicksal für Deutschland entschieden hatte. Glockengeläute tönte über das Land

und in den überfüllten Kirchen brauste es aus befreiten Herzen zum Himmel empor: „Nun danket alle Gott!“ Am 20. August 1920 konnte der deutsche Abstimmungskommissar Graf Baudissin das gerettete Land der deutschen Reichsregierung zurückgeben.

Aber Polen und seine französischen Bundesgenossen gossen einen Wermutstropfen in den Becher der deutschen Freude. Die Botschafterkonferenz hatte zwar am 27. Juli 1920 entschieden, daß Allenstein, Marienburg und Marienwerder deutsch bleiben mußten. Doch ein flagranter Bruch des Völkerrechts war es, daß auf dem östlichen Weichselufer trotz der für Deutschland günstigen Abstimmung ein kurzer Streifen Landes mit fünf Dörfern und dem Hafen von Kurzebrack den Polen zugeteilt wurde. Die Polen beanspruchten das Gebiet als Vorland für ihre Festung Mewe, die gegenüber auf dem Weichselufer lag und eine starke Besatzung hatte. Auch war es gegen alles Recht, daß die Grenze nicht in die Mitte des Weichselstromes, sondern zwanzig Meter östlich von ihm auf deutschem Gebiete verlief. Nur einen einzigen, völlig belanglosen Zugang zur Weichsel in einer Breite von vier (!) Metern erhielt Deutschland beim Dorfe Kurzebrack westlich von Marienwerder.

108

3. Kapitel: Abstimmungen 1920 109

Damit war Deutschland tatsächlich von der Weichsel verdrängt, sie war ein polnischer Fluß geworden, und Polen hatte das ausschließliche Hoheitsrecht darüber erhalten. Die deutschen Widersprüche verhallten unbeachtet. -

109

VIERTES KAPITEL

Oberschlesiens Not und Verhängnis 110

Auf schlesischem Grenzgebiete war es seit Ende 1918 dauernd zu Plänkeleien zwischen Deutschen und Polen gekommen, und sie hörten auch nicht auf, als Foch die Demarkationslinie gezogen hatte. Tatsächlich war Schlesien in den Monaten nach dem 9. November 1918 infolge seiner Lage zwischen den slawischen Völkern der Polen und Tschechen außerordentlich stark bedroht. Die Gefahr wurde dadurch noch erhöht, daß die marxistischen Arbeiter- und Soldatenräte - der spätere Reichsbannerführer Hörsing z. B. war damals Soldatenrat in Kattowitz! - jede militärische Verteidigung der Provinz zu vereiteln suchten, wie sie das ja auch in Posen taten. Erst nachdem es der unermüdlichen und selbstlosen Arbeit des tief gedemütigten Offizierskorps gelungen war, im Frühjahr 1919 Freikorps zu organisieren und die verderbliche Macht der Soldatenräte zu brechen, kehrte einigermaßen Sicherheit in das Land zurück. Eine neue Gefahr für die Provinz bestand in dem Versailler Diktat, wo das industriereiche Oberschlesien ursprünglich kurzerhand den Polen zugesprochen wurde. Nach dem aber die Herren in Versailles nach deutschem Protest, der von dem Engländer Lloyd George unterstützt wurde, festgesetzt hatten, daß das Los Oberschlesiens von einer Volksabstimmung abhängen sollte, waren die enttäuschten Polen entschlossen, nun Oberschlesien einfach gewaltsam zu annektieren. Oberschlesien war dann eben polnisch, die Welt stand vor einer vollendeten Tatsache. Der Plan schien übrigens recht aussichtsreich zu sein, als ja die Reichsregierung seit Anfang Juli begonnen hatte, die Truppen aus den Ostgebieten zurückzuziehen.

Polen beschloß also, gewalttätig zu werden und gleich das ganze Oberschlesien vor der Volksabstimmung zu verschlucken, wenn dies möglich war. Vor allem mußten dazu die Stützen des Deutschtums ausgerottet und die öffentliche Meinung gänzlich von den Polen beherrscht werden, dann wurde Oberschlesien bestimmt polnisch!

110

Irreguläre Banden, Strolche und Räuber, ohne Zucht und Sitte, fielen am 15. August 1919 in die Kreise Kattowitz, Beuthen und Myslowitz ein und gebärdeten sich wie die Hunnen. Gleichzeitig brach ein von den Polen geschürter und entfachter spartakistischer Streik unter den polnischen Bergarbeitern aus, und der größte Teil Oberschlesiens wurde vom Aufruhr durchflammt. Die Deutschen sollten schon geschmort werden! Albert Korfanty, der polnische Volkstribun, hatte die Sache richtig eingeleitet.

Aber so einfach war das nicht. In Eilmärschen rückte die deutsche Reichswehr in Verbindung mit Freiwilligenbataillonen heran, brachte Kanonen und Maschinengewehre mit und heizte den polnischen Landfriedensbrechern und Banditen gründlich ein. Am 18. August erlitten die Aufrührer in den drei Kreisen vernichtende Schläge, bis zum 21. August war der Aufstand im allgemeinen niedergeworfen, nur im südlichsten Kreise Pleß, dessen Bevölkerung zu drei Vierteln polnisch war, verzögerte sich die Bezwingung infolge besonderer Hartnäckigkeit um einige Tage. Nun begab sich eine Interalliierte Militärkommission, bestehend aus vier Generalen, ins Aufstandsgebiet und mußte feststellen, daß das Verhalten der Deutschen keinerlei Veranlassung zum Einschreiten gebe, daß aber die Polen allerorten Streit suchten. Auch die deutsche Regierung gab dieser alliierten Auffassung noch Nachdruck, indem sie am 7. September in Paris gegen die polnischen Übergriffe in Oberschlesien protestierte, besonders gegen die wüste Deutschenhetze in Wort und Schrift, in Versammlungen und Presse, und gegen die polnischen Bandenüberfälle auf deutsche Truppen. Bei den Unruhen in Oberschlesien hatte man festgestellt, daß auch starke, auf die Autonomie, d. h. Lösung Oberschlesiens von Preußen, gerichtete Tendenzen mitsprachen. Um diese Kräfte einzudämmen, erklärte die Preußenregierung, daß sie bereit sei, solchen Bestrebungen weitgehend entgegenzukommen. Als Beweis hierfür wurde am 14. Oktober 1919 ein Gesetz erlassen, welches die Errichtung einer besonderen Provinz Oberschlesien ankündigte.

111

Nach der Ratifikation des Versailler Diktates am 10. Januar 1920 mußte die deutsche Reichswehr das obereschlesische Abstimmungsgebiet räumen. Nur ein kleines Kontingent deutscher Abstimmungspolizei blieb zurück. Am 11. Februar kam aber die Interalliierte Abstimmungskommission, geführt vom französischen General Le Rond, ins Land, und sie brachte italische, englische und französische Besatzungstruppen mit. Zu ihrem Sitz wählte die Interalliierte Kommission die Stadt Oppeln. Die Zeit ihres Regiments sollte eine Zeit unerhörter Qualen für die deutschen Oberschlesier werden. - Eigentlich sollte der Vorsitz dieser Abstimmungskommission einem Amerikaner übertragen werden. Da aber weder Senat noch Kongreß das Versailler Diktat ratifizierten, beteiligte sich die amerikanische Regierung auch nicht an der obereschlesischen Volksabstimmung. So erschienen nur die drei Generale Frankreichs, Englands und Italiens, und die ganze Arbeit der Kommission geriet in das französische Fahrwasser.

Le Rond war für die Polen gerade der richtige Mann. Denn eigentlich bedauerten es die Franzosen ebenso sehr wie die Polen, daß Oberschlesien nicht, wie ursprünglich geplant, sogleich den Polen zugeteilt werden konnte. Le Rond hatte bestimmt auch nichts dagegen gehabt, wenn Polen sich vor der Abstimmung in den Besitz des Landes gebracht hätte. Welch unsichere Angelegenheit eine Volksabstimmung sein konnte, sah man ja in Ost- und Westpreußen. Es hatte etwas für sich, wenn ein solches Abstimmungsrisiko durch vorherige Besitzergreifung ausgeschaltet würde. Die polnischen und französischen Interessen waren die gleichen. Die erste Aufgabe, die Le Rond erfüllte, war, die Abstimmung innerhalb der im Versailler Diktat dafür vorgesehenen achtzehn Monate möglichst lange zu verzögern. Er begründete das mit

einem eingehenden Studium der Verhältnisse des Landes, das sich wegen der größeren Bevölkerungszahlen und der schweren wirtschaftlichen Bedenken nötig mache. Auch müsse in der stark erregten Bevölkerung erst eine gewisse Beruhigung eintreten.
112

4. Kapitel: Polnischer Aufstand 113

Aber gerade dies Hinausschieben war es, was den Polen die Zeit geben und den Mut machen sollte, neue Gewalttaten und Bedrückungen gegen die Deutschen zu unternehmen. Sie wußten ja, daß Le Rond und seine Franzosen ihnen nicht in den Arm fallen würden. Ein neuer Dschingis-Chan Baidor [im Kampfe gegen dessen Mongolenhorden fiel 1241 Herzog Heinrich der Fromme von Liegnitz] erstand den oberschlesischen Deutschen in dem polnischen Fanatiker Albert Korfanty, der Volkstribun und amtlicher Abstimmungskommissar in einer Person war.

Korfanty war ein Mann von noch nicht fünfzig Jahren. Im Jahre 1903 tauchte der in Oberschlesien geborene Pole gelegentlich der Reichstagswahl aus dem politischen Nichts auf. Er, ein Schüler des deutschen Gelehrten und Nationalökonomens Werner Sombart, ward einer der gefährlichsten Agitatoren und Demagogen, er ward ein finsterner und unheilvoller Verfechter des polnischen Annektionsgedankens und versuchte seit 1920 mit einer beispiellosen Skrupellosigkeit die großpolnischen Ziele, die er bisher mit dem Worte vertreten hatte, in die Tat umzusetzen. Er warb Banden an, wüstes Verbrechergesindel, und organisierte sie, er setzte Standgerichte ein und erstickte die Tränen und Klagen der Deutschen in Mord und Blut, von dem Wohlwollen seines Freundes Re Rond begünstigt.

Am 17. August 1920, am letzten Tage der viertägigen großen Schlacht bei Warschau, in der die Polen wie durch ein Wunder siegreich die bis vor die Hauptstadt vorgedrungenen Bolschewistenheere zurückwarfen, entfesselte Korfanty in den oberschlesischen Abstimmungsgebieten einen blutigen Aufstand. Immer neue Scharen irregulärer Banden, vertiertes Mordgesindel, reichlich versehen mit Gewehren und Munition aus Warschauer Magazinen, strömte über die Grenze, und General Le Rond tat nicht das geringste, um sie zurückzuhalten oder zu vertreiben. Die bewaffneten Banditen fielen über die Deutschen her, marterten und mordeten sie, plünderten ihr Eigentum und verwandelten es in einen Haufen Asche. Viele hunderte deutschgesinnte Oberschlesier wurden vertrieben und flüchteten nach Breslau, wo sie nach erregten Kundgebungen das polnische und französische Konsulat stürmten.

113

Deutsche unter Fremdherrschaft 114

Es war eine Tat der Verzweiflung der bis aufs Blut geplagten und gequälten Deutschen, die als rechtlos und ehrlos betrachtet wurden. Durch das Einschreiten der andern Mächte wurde endlich der Aufstand mühsam unterdrückt. Korfantys Plan war zunächst gescheitert. Aber die polnischen bewaffneten Banden, unter denen sich zahlreiche Hallersoldaten befanden, kehrten nicht alle nach Polen zurück. Ein großer Teil von ihnen blieb im Lande, quälte und verfolgte die unglücklichen Deutschen, besonders in den Dörfern und in den Städten mit einer polnischen Mehrheit, denn diese Deutschen waren ja rechtlos und ehrlos. - Übrigens waren auch in Warschau die Meinungen geteilt. Als Korfanty, der immer mehr den Gedanken eines autonomen polnischen Oberschlesiens in den Vordergrund rückte, eine Delegation nach Warschau sandte, die um militärische Unterstützung bitten sollte, erwiderte ihr Pilsudski: „Nach Oberschlesien gelüftet euch! Das ist eine unmögliche Sache. Oberschlesien ist doch eine uralte deutsche Kolonie!“ Furchtbar lastete der Zustand der Rechtlosigkeit auf den oberschlesischen Deutschen. Gewiß, die Interalliierte Abstimmungskommission hatte die Aufgabe, das Gebiet bis nach erfolgter Abstimmung gewissenhaft zu verwalten und „alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie zur Sicherung einer freien, unbeeinflussten und geheimen

Stimmenabgabe für erforderlich erachtet. Sie darf insbesondere die Ausweisung jeder Person verfügen, die irgendwie das Ergebnis der Volksabstimmung durch Bestechungs- oder Einschüchterungsmachenschaften zu fälschen versucht“. So stand es in der Instruktion. Die Engländer und Italiener versuchten auch, sich loyal und unparteiisch zu verhalten, doch Le Rond legte seine Richtlinien anders aus: diejenigen, die eine Gefahr für die Abstimmung darstellten, waren in seinen Augen nicht die Polen, sondern die Deutschen! Und deshalb durfte Korfanty ungestört die Deutschen verfolgen und morden! Die Interalliierte Abstimmungskommission war, was die Engländer und Italiener anbetraf, nicht in der Lage, und was die Franzosen anbelangte, nicht willens, die Deutschen zu schützen.
114

4. Kapitel: Mordtaten der Insurgenten 115

Die deutsche Abstimmungspolizei war viel zu schwach, um den Übergriffen entgegenzutreten, die deutschen Beamten wurden überfallen, entwaffnet, vertrieben, gefangengesetzt, die polnische Abstimmungspolizei machte mit den irregulären Banditen, den Insurgenten, gemeinsame Sache. Es bildeten sich allmählich in dem von jedem deutschen Schutz entblößten Oberschlesien Zustände heraus, die jeder Kultur spotteten.

Diese irregulären Insurgentenbanden waren gut organisiert und bewaffnet. Sie standen unter militärischer polnischer Leitung, waren mit Soldaten und Offizieren des Generals Haller durchsetzt. Der polnische Staat glaubte, sich dieses Mittels bedienen zu können, um ungestört und ungehindert durch Schranken der Kultur und Sittlichkeit, sowie des Völkerrechtes sein Zerstörungswerk gegen das oberschlesische Deutschtum durchzuführen. Vor der Welt aber leugnete die polnische Regierung ihren Zusammenhang mit den Aufständischen. Es waren dies ähnliche Methoden, wie sie mit Vorliebe Sowjetrußland anwandte.

Eine Hauptorganisation dieser Insurgenten war die Tajna Bojowka. Sie war einquartiert in die staatlich polnischen Trauguttkaserne zu Sosnowice, welches hart an der Grenze auf polnischem Gebiete lag, kaum zwei Meilen von Kattowitz entfernt. Die Tajna Bojowka war das Sammelbecken zweifelhafter Elemente, denen sie eine Zuflucht vor dem Staatsanwalt gewährte. Auch Freiwillige strömten hier zusammen, und Offiziere der polnischen Armee gaben diesen zusammengewürfelten Haufen eine Art militärischen Schliff, unterwiesen sie im Gebrauch der Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten und Kanonen. Häufig traten diese Banden in einer Stärke bis zu vierzig Köpfen auf, begingen Raubüberfälle und Morde, wobei sie tatkräftig von den polnischen Grenzposten unterstützt wurden. Den Banditen wurde geradezu die Befestigung unbequemer deutscher Persönlichkeiten aufgetragen, und wenn diese gelungen, wurden ihnen hohe Prämien ausgezahlt. Außerdem erhielten sie einen feste Monatszulage von mehreren tausend Mark. In der Zeit vom 1. September 1920 bis zum 15. Januar 1921 wurden auf diese Weise fünfundfünfzig Morde an Deutschen im oberschlesischen Abstimmungsgebiet verübt, die Überfälle auf Güter und Dörfer nicht mitgerechnet.

115

Deutsche unter Fremdherrschaft 116

Seit Mitte Dezember 1920 trieben bewaffnete Trupps dieser Verbrecherbande fast in allen Städten des Abstimmungsgebietes ihr Unwesen. - Das Hirn dieses Verbrecherunwesens saß im Hotel Lomnitz zu Bentschen: Albert Korfanty. Starke polnische Truppenmassen wurden um die Jahreswende 1920 und 1921 an der polnischen Grenze zusammengezogen. Sie bestanden aus polnischer Volkswehr und regulärem Militär. Anfang 1921 waren an der oberschlesischen Grenze zehn bis elf polnische Divisionen versammelt, etwa einhundertvierzigtausend Mann, wozu aber noch etwa fünfzigtausend Mann „polnische Volkswehr“, d. h. Insurgentenbanden,

kamen. Ende Januar war die Ziffer von zweihunderttausend überschritten. Mit einer solchen Macht, zweihunderttausend Mann Soldaten und Volkswehr und noch dazu das Mörderpack der Tajna Bojowka, konnte man schon daran denken, Oberschlesien von Deutschland abzureißen, die Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Eisenbahnverbindungen zu zerstören und durch überwältigende Truppenmacht jede deutsche Regung zu ersticken. Zwischen Marschall Pilsudski, dem polnischen Diktator, und Korfanty, dem Tyrannen Oberschlesiens, hatte sich allmählich eine vorzügliche Zusammenarbeit herausgebildet.

Um die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, scheute Korfanty nicht davor zurück, Schriftstücke zu fälschen, die durch ihre unglaubliche Stilistik den Stempel der Lüge schon an der Stirn trugen und sich als stümperhafte deutsche Übersetzungen eines Stockpolen erwiesen. So hieß es in einem dieser Machwerke, das man Deutschland unterschob, Deutschland müsse Oberschlesien und seine Industrie zerstören und verwüsten, ehe es an Polen falle. Folgender entsetzlicher Satz stand in diesem Dokument: „Betreffend Vernichtung der Kohlengruben verbunden mit Menschenopfer, ist unbarmherzig, jedoch aber nicht zu vermeiden, denn in dem jetzigen gesundem Zustande darf Oberschlesien niemals an Polen fallen.“ Es war auch späterhin ein beliebtes Mittel Korfantys, den deutschen Kapitalisten in Oberschlesien Absichten einer Zerstörung der Maschinen und Industriewerke unterzustellen, um auf diese Weise die polnischen Arbeiter zu Generalstreik und Putsch aufzuhetzen.

116

4. Kapitel: Verfolgung der oberschlesischen Deutschen 117

Die Last dieser Zustände drückte immer heftiger auf die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens, und immer lauter und dringender verlangte sie nach der Abstimmung, damit endlich wieder geordnete Verhältnisse eintreten würden. Zögernd, gleichsam gegen seinen Willen, begann General Le Rond die Vorbereitungen zu treffen. Am 5. Januar 1921 gab die Kommission das Abstimmungsreglement heraus, worin vier Gruppen der Abstimmungsberechtigten unterschieden wurden: erstens die in Oberschlesien Geborenen und noch dort Wohnenden, zweitens die in Oberschlesien Geborenen, aber nicht dort Wohnenden, drittens die außerhalb Oberschlesiens Geborenen, aber seit spätestens 1904 dort Wohnenden und schließlich die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden, welche am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz in Oberschlesien hatten, diesen aber infolge Ausweisung durch die deutsche Behörde nicht beibehalten konnten. Diese letzte Gruppe war also ausschließlich für die Polen reserviert. Stimmberechtigt war jeder Mann und jede Frau, die am 1. Januar 1921 das zwanzigste Lebensjahr vollendet hatten. Auf Grund dieser Bestimmungen wurden eine Million zweihundertzwanzigtausend Namen in die Abstimmungslisten eingetragen. Seit Mitte Januar 1921 wartete Oberschlesien, Deutschland und Europa auf die Bekanntgabe des Abstimmungstermins. Die Mehrheit der Völker wünschte, daß nun endlich dem unglückseligen Zustande ein Ende bereitet würde. Nicht so Frankreich und Polen. Der Januar und der Februar verstrichen, ohne daß etwas geschah. Endlich wurde der 20. März festgesetzt. Lange, qualvolle Wochen standen den oberschlesischen Deutschen noch bevor. Üppiger denn je wucherte das Bandenunwesen, die Raubüberfälle auf deutsche Industriewerke mehrten sich, viele Hunderttausende von Mark fielen den Räubern in die Hände, die deutschen Beamten und Angestellten wurden durch blutrünstige Drohbriefe verängstigt und vertrieben. Deutsche Versammlungen wurden mit Handgranaten und Revolvern gesprengt. Deutsche Führer wurden in Gefängnisse abgeführt und gemartert. Kein Mensch war da, der die Deutschen schützte.

117

Die schlechtbewaffnete Abstimmungspolizei war machtlos gegen die vertierten Haufen, die „Grenzkontrolle“ versagte vollkommen. Ohne Scheu und Scham schlugen die Polen am helllichten Tage hölzerne Brücken über die Grenzflüsse, eigens zu dem Zwecke, ihre Banditen in Oberschlesien einfallen zu lassen. Niemand wehrte es ihnen.

Inzwischen strömten aus allen Teilen Deutschlands die abstimmungsberechtigten Oberschlesier in ihre Heimat. In der Zeit all dieses Niederganges, dieser Not und Entbehrungen und Demütigungen ging wieder ein Zug echten deutschen Heldentums durch das Volk. Das deutsche Volk ward sich plötzlich dessen bewußt, daß man ihm ein lebenswichtiges Glied abhacken wollte, und dagegen wehrte es sich. Greise, gebeugt von einem Leben voller Sorge, scheuten nicht die lange, beschwerliche Eisenbahnreise in ihre alte Heimat, junge Frauen, die ein Kind unter dem Herzen trugen, begaben sich freudig in das Gebiet gefürchteter Untaten und Verbrechen, um sich zu ihrem Deutschtum zu bekennen. Die Reise der Abstimmungsberechtigten glich einem Triumphzuge. Selbstlos und unermüdlich verpflegten die Frauen des deutschen Roten Kreuzes die Durchreisenden. Wieder einmal brachten alle Kreise des deutschen Volkes unter Qual und Tränen dem Geist des Vaterlandes und der Heimat Opfer aus aufrichtigen Herzen. Hier soll ein Bericht wiedergegeben werden, den anläßlich des zehnten Jahrestages der oberschlesischen Abstimmung der „Völkische Beobachter“ am 18. März 1931 brachte. Er lautet: „... Nun jährt sich zum zehnten Male am 20. März der Tag der Abstimmung in Oberschlesien. Nicht nur die in Deutschland lebenden Oberschlesier, sondern auch Landsleute vom Ausland und sogar von Übersee haben damals die beschwerliche und weite Reise angetreten, um ihrer geliebten deutschen Heimat Oberschlesien zum Siege zu verhelfen. Auch die in Württemberg und Hohenzollern lebenden Oberschlesier standen alle da wie ein Mann, als es galt, die Heimat zu retten.

Eine solche Volksbewegung, wie sie aus Anlaß der Abstimmung in Oberschlesien hervorgerufen wurde, war außer den militärischen Transporten während des Krieges und nach dem Waffenstillstand,

118

4. Kapitel: Vorbereitung der Abstimmung 119

wo die gewaltigen Heeresmassen zurückbefördert wurden, nicht zu verzeichnen. Die Organisation des deutschen Schutzbundes und der Vereinigten Verbände Heimattreuer Oberschlesier haben bei dieser Volksbewegung wirklich ganz Hervorragendes geleistet. Den Abstimmern wird diese Reise zeitlebens unvergeßlich sein. Von den Stationen Mannheim, dem Sammelpunkt der süddeutschen Abstimmern und zugleich dem Ausgang des Sonderzuges, Frankfurt am Main, Offenbach, Helmsheim, Bebra, Eisenach und Gotha stand Erfurt mit an der Spitze, um den Sonderzug mit spontanen Ovationen zu empfangen. Der Bahnhof und seine Umgebung war voll von Menschen. Eine Musikkapelle spielte vaterländische Weisen, Ansprachen wurden gehalten, und die Begeisterung war so groß, daß viele an die gebotene Verpflegung nicht dachten; ein Abstimmern bestieg das Dach eines Wagens und dankte der Stadt Erfurt im Namen seiner Landsleute für den so erhebenden Empfang und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Oberschlesien ungeteilt beim deutschen Vaterlande verbleiben muß.

Seine Ansprache klang aus in das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“, in das die Musik und die versammelte Menschenmenge begeistert einstimmten. Wieder verließ der Zug die festlich geschmückte Bahnhofshalle und in den Ohren der Abstimmern klang noch das Lied „O Deutschland hoch in Ehren“ nach. Mancher, der sich über den Zweck seiner Reise noch nicht recht bewußt war, erkannte, welche große Aufgabe er zu erfüllen hatte. Nicht nur Deutschland, sondern auch das Ausland wandte seine Augen auf das Ergebnis der Abstimmung in Oberschlesien. Nachdem wie die Stationen Weimar usw. passiert hatten, fuhren wir am 11. März kurz vor 1 Uhr nachts in Dresden ein, dennoch ließ es sich die Bürgerschaft nicht nehmen, mit musikalischen und gesanglichen Darbietungen sich auf dem Bahnhof einzufinden.

Über Görlitz, Hirschberg mit seinen malerischen, zum Teil noch winterlichen Bildern des Riesengebirges, Glatz, Camenz und Neiße näherten wir uns dem Abrüstungsgebiet, und man-
119

Deutsche unter Fremdherrschaft 120

chen beschlich das Gefühl und die bange Frage: wie werden wir dort aufgenommen werden ?

Doch allzubald ward uns darauf die Antwort, denn schon in Neustadt kam der Befehl zur Abgabe jeden Schmuckes, nationaler Abzeichen und Orden sowie aller für ein deutsches Oberschlesien eintretenden Zeitungen usw. Diese schmerzlichen Empfindungen vermochte selbst der uns von Neustadt gebotene Empfang nicht zu verwischen, obwohl er mit seinen Darbietungen als einer der schönsten zu bezeichnen ist. Es war wirklich ein rührendes und zugleich erhebendes Bild, als diese Kinder in den Pausen immer den bittenden, aus der Not geborenen Ruf an uns richteten: Wählt deutsch! Manch heimliche Träne ward Zeuge des stillen, gemeinsamen Gelöbnisse: ich will, was in meiner Kraft steht, dazu beitragen, die geliebte Heimaterde dem deutschen Vaterlande zu erhalten! Mit dem allgemeinen Gesang des Deutschlandliedes fuhren wir aus Neustadts urdeutschen Mauern der Station Neu-Rasselwitz entgegen, wo von Italienern die etwa eine Stunde währende Paß- und Gepäckkontrolle vorgenommen wurde. Mit den jetzt folgenden Stationen war für manche der Abstimmungsort schon erreicht, so daß sich die Zahl der Reiseteilnehmer mehr und mehr lichtete. Der plötzliche Umschlag, der sich uns beim Betreten der alten Heimat bot, war ein ganz gewaltiger. Vorher noch Enthusiasmus und plötzlich diese Verödung. Die Bahnhöfe, die vor kurzem noch festlichen Schmuck trugen, standen jetzt kahl und leer da. Auf den Bahnhöfen, wo die Bevölkerung überwiegend polnisch spricht, wurden uns Blicke zugeworfen, aus denen Haß und Verachtung sprachen. Hier hörten wir dann auch sehr häufig das Wort „Emigrant“ das bei der polnisch sprechenden Bevölkerung zum Lieblingswort wurde, sobald es sich um „Reichsoberschlesier“ handelte...“ Die durch Berlin fahrenden Züge der zur Abstimmung reisenden Oberschlesier wurden von den Mitgliedern der Reichsregierung selbst empfangen, und diese bemühte sich, die Hoffnung, die Zuversicht auf den Sieg zu heben und zu mehren. Hatte man ja doch schon im November 1920 den Oberschlesiern die Aussicht auf Autonomie eröffnet, um ähnliche polnische Versprechungen, die an die ober-schlesischen Separatisten gerichtet waren, zu entkräften.

120

4. Kapitel: Vorbereitung der Abstimmung 121

Am Nachmittag des 10. März erschien Reichspräsident Ebert persönlich auf dem Görlitzer Bahnhof, um Tausende von Oberschlesiern folgendermaßen zu begrüßen: „Ehe Sie nach Oberschlesien fahren, möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen zugleich namens der Reichsregierung einen herzlichen Abschiedsgruß zuzurufen. Sie reisen in Ihr Heimatland, um freudigen Herzens einer vaterländischen Pflicht zu genügen. Sie wollen durch die Abgabe Ihres Stimmzettels bekunden, daß Oberschlesien deutsch und mit dem größeren Vaterlande, dem es seine Kultur und seine blühende Entwicklung verdankt, auf immer verbunden bleiben soll. Sie legen darüber hinaus auch Zeugnis ab dafür, daß wir Deutschen zusammengehören, nicht allein in guten Tagen, sondern auch in Zeiten schwerster Not. Nichts soll uns in den großen Lebensfragen unseres Vaterlandes voneinander trennen. Einig und gemeinsam müssen wir sein, um uns aus den Nöten der Zeit herauszuarbeiten und eine bessere Zukunft zu erkämpfen. Und diese Zuversicht bitte ich Sie, auch denen zu bringen, die in Oberschlesien auf diesen Tag der Entscheidung gewartet haben. Setzen Sie auch dort Ihr Bestes ein. Es geht um die Heimat, es geht um

Deutschland. So danke ich Ihnen allen, daß Sie den Anstrengungen dieser Fahrt sich unterzogen haben für dieses Bekenntnis, das gerade in diesen schicksalsschweren Tagen uns besonders erhebt. Von Herzen wünsche ich Ihnen eine gute Reise und einen schönen Abstimmungssieg!“ Vier Tage vor der Abstimmung, als die „Reichsoberschlesier“ alle eingetroffen waren, ließ sich die Interalliierte Abstimmungskommission aus Oppeln vernehmen: „Einwohner Oberschlesiens! Sonntag, den 20. März 1921, werdet Ihr in Ausführung des Vertrages von Versailles berufen werden, Eure nationalen Bestrebungen zu bekennen. Ihr werdet in Ruhe und Ordnung zur Abstimmung schreiten. Eure Abstimmung ist eine vollkommen freie. Sie ist frei von jedem Zwang, jedem Druck, jeder Beeinflussung, jeder Verpflichtung. Sie hängt lediglich von Euch selbst ab. Als Menschen, die selbst frei sind, werdet Ihr auch die Freiheit der anderen unbedingt achten.

121

Deutsche unter Fremdherrschaft 122

Dadurch werdet Ihr beweisen, daß Ihr des Vertrauens würdig seid, das die alliierten Mächte in Euch gesetzt haben, als sie es Euch selbst überließen, über die politische Zugehörigkeit Oberschlesiens zu entscheiden. Die Welt richtet ihre Augen auf Euch; vergeßt es nicht, handelt als Menschen, die der Freiheit würdig sind!“

Unterzeichnet war dieser Aufruf von dem Vertreter Frankreichs, Le Rond, zugleich Präsident der Kommission, dem Vertreter Italiens, de Marini, und dem Vertreter Englands, H. F. P. Percival. Die Reichsregierung, der Reichspräsident Ebert und Reichskanzler Fehrenbach, erließ am Vortage der Abstimmung, am 19. März, noch einen Aufruf an die Bevölkerung Oberschlesiens. Die Regierung führte den Abstimmenden ihre Verantwortung vor Augen, wies auf die unlösliche Verbundenheit Oberschlesiens mit dem Reiche durch Bande des Blutes, der Kultur, der Wirtschaft hin und sprach von der deutschen Hoffnung auf den deutschen Sieg: „Oberschlesier, die Stunde der Entscheidung ist da! Das deutsche Volk und die deutsche Regierung hoffen und vertrauen auf Euch. Denkt an Eure Zukunft, denkt an Eure Kinder und stimmt für ein deutsches Oberschlesien!“

Trotz polnischer Schikanen, Drohungen und Belästigungen, trotz französischer Mißgunst wurde der 20. März 1921 ein deutscher Sieg. Achtundneunzig Prozent der in den Listen Verzeichneten gingen zur Abstimmurne, und einen halben Tag lang verharrte Europa in atemloser Spannung. Das Ergebnis war: 709 348 Stimmen für Deutschland, 479 747 für Polen. Die Stimmzahl der Deutschen verhielt sich zu jener der Polen wie 3:2. Im einzelnen war das Ergebnis folgendes:

Kreis	deutsch	polnisch	Kreis	deutsch	polnisch
Oppeln	76 986	25 833	Oberglogau	33 030	4 423
Kattowitz	75 666	70 019	Königshütte	31 864	10 764
Beuthen	74 565	73 122	Rybnik	27 919	52 376
Leobschütz	65 176	257	Rosenberg	23 857	11 150
Gleiwitz	52 353	36 196	Gr. Strehlitz	22 415	23 036

122

4. Kapitel: Oberschlesische Abstimmung 1921 123

Kreis	deutsch	polnisch	Kreis	deutsch	polnisch
Ratibor	49 343	20 755	Pleß	18 675	53 371
Hindenburg	45 192	43 261	Tarnowitz	17 076	27 513
Kreuzburg	43 484	1 783	Lublinitz	15 473	13 679
Kosel	36 274	12 218			

Es gab nur vier Kreise mit polnischer Mehrheit: Tarnowitz, Pleß, Groß-Strehlitz, Rybnik. 699 Gemeinden, das sind 45 %, hatten eine polnische Mehrheit, 845 dagegen eine deutsche. In den Kreisen Kreuzburg, Leobschütz und Oberglogau gab es überhaupt keine polnische Mehrheit, dagegen traf man in jedem andern Kreise Gemeinden mit deutscher Mehrheit an. Als einzige Stadt mit polnischer Mehrheit wurde Alt-Berun im Kreise Pleß befunden, wo 1172 polnischen Stimmen nur 255 deutsche gegenüberstanden, dagegen wurde in 89 Gemeinden nicht eine polnische Stimme abgegeben. Andererseits war keine Gemeinde festzustellen, wo nur polnische Stimmen abgegeben worden wären.

Um sich von der Abstimmung selbst eine Vorstellung zu machen, sei noch ein Stück aus dem oben wiedergegebenen Bericht des „Völkischen Beobachters“ angefügt. Da heißt es: „Wenn auch das Abstimmungsergebnis nicht so ausgefallen ist, wie wir es alle gern gesehen hätten, so dürfen wir nicht vergessen, daß der von den Polen ausgeübte Terror vielfach, besonders aber in den Kreisen Rybnik, Pleß, Myslowitz und Bogutschütz eine freie und unbeeinflusste Wahl verhinderte. In vielen Abstimmungslokalen der polnischen Gemeinden haben die Polen mit der Dummheit und Schüchternheit der Abstimmter gerechnet und haben nur polnische Stimmzettel ausgegeben, die ihnen hier und da ihre Stimmzahl erhöhten. Trotz des polnischen Terrors haben wir aber doch den deutschen Sieg davongetragen, und Oberschlesien hat den Nachweis erbracht, daß es deutsch ist und deutsch bleiben will. Tätliche Angriffe und Besitzzerstörungen seitens der Polen waren die unmittelbare Folge des deutschen Sieges. Aus diesem Grunde verließen dann auch die zur Abstimmung eingetroffenen Reichsoberschlesier panikartig die Heimat, da die Überfälle von seiten der Polen auf die Emigranten sich bedenklich steigerten.

123

Deutsche unter Fremdherrschaft

124

Die Sicherheitsbehörden jedoch waren machtlos, da sie unter dem Oberbefehl der Franzosen standen. Die Franzosen aber waren es, die alle Überfälle und Belästigungen der friedlichen Reichsoberschlesier stillschweigend duldeten.“ Ganz Deutschland war von begeisterter Freude über das Ergebnis erfüllt. Der deutsche Abstimmungskommissar in Oppeln, Fürst Hatzfeld, veröffentlichte am 22. März einen Aufruf, worin die Unteilbarkeit Oberschlesiens innerhalb der seit Jahrhunderten unveränderten Grenzen gefordert wurde. Ganz Oberschlesien müsse deutsch bleiben. So sei es durch den Versailler Vertrag garantiert. Zugleich wurde vollkommene Gleichberechtigung zwischen Deutschen und Polen proklamiert. Das Manifest schloß: „Gott schütze das einige, unteilbare Oberschlesien!“ Die Reichsregierung betonte in ihrer Note vom 6. April an die Regierungen in London, Paris und Rom, daß die Abstimmung trotz starkem polnischen Terror zu Deutschlands Gunsten ausgefallen sei. Die deutsche Regierung gestatte sich nun also „den Antrag zu stellen, das gesamte oberschlesische Abstimmungsgebiet ungeteilt dem Deutschen Reiche zuzusprechen.“ Man wies auf die untrennbare Verbindung der oberschlesischen Industrie mit dem deutschen Wirtschaftsleben hin, auf die kulturelle Zusammengehörigkeit und spielte schließlich den Trumpf aus: zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen sei Deutschland auf den ungeteilten Besitz Oberschlesiens angewiesen. Doch die Polen und ihre französischen Freunde, maßlos erbittert, waren keineswegs gesonnen, Oberschlesien Deutschland zu geben. Konnte das Land nicht mit dem Mittel des Rechtes polnisch werden, dann blieb eben nur noch das Mittel der Gewalt. Korfanty eröffnete ein neues Blutregiment. Bereits am Nachmittag des 22. März überschritten völlig ausgerüstete und bewaffnete militärische Abteilungen die Grenze östlich von Kattowitz und besetzten die Ortschaften. Überall erschienen plötzlich Hallersoldaten, auch mitten im Lande. Es war, als wären sie aus der Erde emporgestiegen oder vom Himmel gefallen. Niemand wußte, woher sie kamen. Aber sie waren schon seit Wochen auf deutschem Gebiet. Als abstimmungsberechtigte Zivilisten waren sie nach Deutschland

4. Kapitel: Korfanty-Aufstand 1921 125

hineingekommen, und hier wurden sie mit Uniformen und Waffen ausgerüstet. Jetzt erfüllten sie die ihnen zugeordnete Aufgabe, indem sie in zahlreichen Ortschaften die polnische Republik ausriefen und diese zu schützen sich anschickten. Korfanty forderte in einem Aufruf vom 23. März ein polnisches Oberschlesien und wandte sich an seine Polen, dies bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Das war nichts anderes als die Aufforderung zu neuen Gewalttaten, Mißhandlungen, Bedrohungen und Vertreibungen der Deutschen. Die deutschen Industriebeamten mußten fliehen wie Bettler, nichts durften sie mitnehmen, alles mußten sie im Stiche lassen. Mit Stöcken und Gummiknüppeln wurden sie halbtot geschlagen, und schon am 24. März lagen im Krankenhaus von Nikolai im Kreise Pleß zwanzig verwundete Deutsche. In Beuthen und Kattowitz herrschte der Terror.

Tag um Tag verging, der ganze April verstrich, ohne daß die Alliierten sich veranlaßt gesehen hätten, wirksam einzuschreiten. Das lag ja gar nicht im Interesse Le Ronds. Aber diese Plänkeleien waren sozusagen nur das Vorspiel, der Hauptakt folgte im Mai und Juni.

Ende April hatte schließlich die Interalliierte Abrüstungskommission ihren Bericht an den Obersten Rat in Paris fertiggestellt. Sie kam zu dem Ergebnis, daß Oberschlesien geteilt werden müsse, und schlug also den Alliierten vor, die Kreise Pleß und Rybnik und den östlich der Stadt Kattowitz liegenden Teil des Kreises Kattowitz den Polen zu geben. Dieser Vorschlag war nicht nach dem Sinne Le Ronds, aber die Engländer und Italiener hatten ihn überstimmt. Le Rond sorgte dafür, daß Korfanty durch seine Vertrauensleute von dem Plane unterrichtet wurde, und Korfanty wußte, daß jetzt keine Zeit mehr zu verlieren sei. Sofort ließ dieser, der noch immer polnischer Abstimmungskommissar war, die alte Lüge über die deutschen Kapitalisten, welche die Industrie zerstören wollten, wenn Oberschlesien an Polen fiel, durch Extrablatt verbreiten und forderte zum Generalstreik auf. Er selbst holte sich letzte Anweisungen aus Warschau und ließ sich zum Zwecke der Propaganda die Funkstation in Posen zur Verfügung stellen.

125

Deutsche unter Fremdherrschaft 126

Am 2. Mai streikten von den 240 000 Arbeitern Oberschlesiens 80 Prozent, 190 000. Sie strömten in die Quartiere, ließen sich Waffen und Munition geben und überschwebten bereits in der Nacht, verbrüdet mit Insurgenten und Hallersoldaten, die Grenzkreise Kattowitz, Groß-Strehlitz, Gleiwitz, Beuthen, Rybnik, Pleß. Man zerstörte Eisenbahnlinien und Brücken und ermordete gleich in dieser Nacht mehr als fünfzig Deutsche: Werkmeister, Grubenbeamte, Lehrer, Polizeibeamte. Allerorts krachten Schüsse, die dumpfen Detonationen der Brückensprengungen bei Oberglogau, Kreuzburg, Schusowitz und anderwärts hallten durch die aufgeregte Nacht. Eine Grenzsperrung gab es nicht mehr. Immer mehr Insurgenten und polnische Soldaten strömten ins Land.

Der nächste Tag, der 3. Mai, war der polnische Verfassungstag. Er sah ganz Oberschlesien in blutigem und flammendem Aufruhr. Die militärische Leitung des polnischen Aufstandes übernahm „Nowina Doliwa“, der niemand anders war, als der ehemalige deutsche Reichstagsabgeordnete Graf Matthias Mielczynski. Er dirigierte die Sache von Sosnowice aus, während Korfanty sein Hauptquartier in seine Nähe, nach Schoppinitz verlegte.

Bereits am 4. Mai war das ganze Oberschlesien östlich der Linie Landsberg - Rosenberg - Wossowows - Groß-Strehlitz - Kandrzin - Oder (Ratibor - Oderberg) in den Händen der Aufrührer. Diese Linie entsprach etwa der „Korfantylinie“, der von Korfanty geforderten Grenze für das polnische Oberschlesien. Das Land fand in

hellen Flammen. Schlimmster Terror quälte die unglückliche Bevölkerung. Die deutschen Männer wurden zu polnischem Waffendienst gezwungen, das Vieh wurde weggetrieben, Pferde, Gespanne, Futtermittel wurden „requiriert“. Vor Bluttaten schreckte das verwegene Verbrechergesindel schon längst nicht mehr zurück. Korfanty selbst rief sich zum Zivil- und Militärgouverneur aus, erklärte sich zum Führer der Aufstandsbewegung und setzte Feldstandgerichte ein, die rücksichtslos Todesurteile an unschuldigen Deutschen vollstreckten und entehrende Prügelstrafen verhängten. Nicht alle Mitglieder der Abstimmungskommission waren den Polen so freundlich gesonnen wie Le Rond und seine Franzosen, im Gegenteil, die Engländer und Italiener waren aufs tiefste empört.

126

4. Kapitel: Polnische Bluttaten 127

Schon am 4. Mai versuchten italische Truppen von Ratibor nach Rybnik vorzustoßen, aber sie kamen nicht weit. Bei Nikolai stießen sie mit zahlenmäßig weit überlegenen polnischen Trupps zusammen und nach erbittertem Gefechte, das den Italiern dreißig Tote und fünfzig Verwundete kostete, mußten sich diese zurückziehen. Drei Tage später, am 7. Mai, verloren die Italiener abermals in einem unglücklichen Gefecht bei Rybnik zwölf Tote und 71 Verwundete. Der italische Kommandeur hielt es jetzt für notwendig, die deutsche Bevölkerung um ihre Hilfe zu bitten.

In den oberschlesischen Städten Kattowitz, Beuthen, Hindenburg, Tarnowitz, Rybnik, Königshütte, ja sogar in Oppeln, wo Le Rond residierte, hatten sich sogleich in den ersten Maitagen kleine Selbstschutzformationen aus deutschen Bürgern gebildet. Die Polen, die das flache Land terrorisierten, konnten sich die Städte nicht gefügig machen. Ein erbitterter Krieg tobte zwischen den Polen und den ihnen weit unterlegenen deutschen Selbstschutzgruppen, der von deutscher Seite mit verzweifelter Tapferkeit, aber auch rücksichtslos geführt wurde. Häufig haben diese in einer Todgemeinschaft verbundenen Männer, Bürger und Arbeiter, nicht einmal die nötigen Schußwaffen, häufig werden sie von polnischen Spitzeln umlauert, ausgekundschaftet und verraten. Aber wo sie einen solchen Schweinehund fassen, da sprechen sie ohne Zaudern erbarmungslos über ihn das Todesurteil, damit er ein für allemal unschädlich gemacht ist. Mit grausamer Wut martern die Polen die gefangenen Deutschen zu Tode, sie verstümmeln die Unglücklichen, sie schlagen sie mit Knüppeln tot, stechen ihnen die Augen aus. In der Stadt Hindenburg allein werden im Monat Mai 22 Deutsche auf diese grausame Weise ermordet, über 600 werden von den Polen verschleppt.

Das war ein schreckliches Ringen, gewissermaßen Mann gegen Mann, und jeder wußte, daß für ihn das Unterliegen qualvollen Tod bedeutete. Wiederholt versuchten die Polen in Groß-Strehlitz einzudringen, aber stets schlug sie der deutsche Selbstschutz in blutigen Kämpfen zurück.

127

Deutsche unter Fremdherrschaft 128

Das blühende Land wurde zu einer Stätte des Schreckens. Herrliche Schlösser, alte Adelssitze, wurden bis in den Grund zerstört. Jahrhunderte alte Kultur begrub das Chaos der Flammen unter sich, Privathäuser wurden ausgeraubt und zertrümmert, Fabriken und Brücken wurden gesprengt, und die Leichen der erschlagenen Deutschen wurden noch im Tode verstümmelt und geschändet.

Am Vormittag des 10. Mai überfielen Insurgenten den Oderhafen Kosel, wo sie etwa vierzigtausend Zentner Lebensmittel erbeuteten. Am Nachmittag gelang es dem deutschen Selbstschutz, die Räuber aus der Stadt wieder hinauszuerwerfen. In der Nacht zum 14. Mai hielten die Insurgenten einen Rybniker Transportzug mit siebenhundert deutschen Flüchtlingen an. Trotzdem der polnische Befehlshaber

schriftlich freies Geleit zugesichert hatte und trotzdem eine Bedeckung von drei alliierten Offizieren und fünfzig französischen Soldaten sich dabei befand, wurden alle männlichen Flüchtlinge unter dem Jammergeschrei der Frauen verschleppt und vier von ihnen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach schweren, schändlichen Mißhandlungen ohne jeden Anlaß erschossen, unter ihnen ein vierzehnjähriger Gymnasiast aus Rybnik. In Kattowitz versuchten die Polen einen Handstreich. Am 19. Mai verlangte eine polnische Abordnung vom Magistrat die Übergabe der Stadt, doch wurde das Begehren abgelehnt.

Der Hilferuf der Deutschen Oberschlesiens ging in alle Welt hinaus. Sie seien unschuldig an dem Blutvergießen und könnten sich nicht retten vor der Barbarei der Polen. Korfanty allerdings funkte von Posen seine Unschuld unter die Völker. Briand höhnte noch die verzweifelten Deutschen, sie seien selbst schuld an diesen Zuständen, denn sie hätten ja nach der Abstimmung behauptet, das Industriegebiet verbleibe bei Deutschland! Nach Berlin aber teilte der Franzose mit, nur die Interalliierte Kommission in Oppeln sei berechtigt, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und jede deutsche Unterstützung für Oberschlesien müsse als ein schwerer Bruch des Versailler Vertrages betrachtet und verfolgt werden. Derart beruhigt durch die Haltung der amtlichen Regierungsstellen, schloß Le Rond mit Korfanty am 11. Mai einen Waffenstillstand, worin die Zugehörigkeit Oberschlesiens bis zur Korfanty-Linie zu Polen als „vollzogene Tatsache“ anerkannt wurde.

128

4. Kapitel: Frankreich, England und Italien 129

Inzwischen hat Oberst Percival, das englische Mitglied der Interalliierten Kommission in Oppeln, einen ausführlichen Bericht über die Lage in Oberschlesien nach London geschickt. Lloyd George war tief empört über die von den Polen hervorgerufenen Unruhen. In einer Rede, die er am 13. Mai im Unterhause hielt, sagte er, es wäre unfair, den Deutschen nicht zu erlauben, ihre eigenen Truppen zu gebrauchen, um die Ordnung in ihrer eigenen Provinz wiederherzustellen. Daß den Polen gestattet sein sollte, in Verachtung des Friedensvertrages Oberschlesien wegzunehmen, und daß es den Deutschen nicht gestattet sein sollte, sich in einer Provinz, die ihnen zweihundert Jahre lang gehört habe und die sechshundert Jahre lang gewiß nicht polnisch gewesen sei, wäre entehrend und unwert der Ehre jedes Landes.

Die nächste Folge dieser englischen Äußerung war, daß Le Rond seine Anerkennung der Korfanty-Linie als einer vollzogenen Tatsache dementierte, doch konnte er nicht verhindern, daß siebzehn hohe englische Beamte und Offiziere der Interalliierten Kommission in Zorn und Empörung ihre Ämter niederlegten und abreisten. Die zweite Folge war, daß nun aus dem Gebiete des Reiches Verstärkung und deutsche Freikorps in großer Anzahl nach Oberschlesien strömten. Schon bald nämlich hatten die deutschen Oberschlesier erkannt, daß der aus ihrer Mitte gebildete Selbstschutz nicht genügte zur Abwehr der polnischen Angriffe. Die Waffen, Ausrüstung und Ausbildung war mangelhaft. Die Leistungsfähigkeit der jungen, die kaum der Schule entwachsen waren, wie auch der Greise war sehr gering. Aus dem Reiche mußte Hilfe kommen, wenn nicht alles verloren sein sollte. So traten bereits in der ersten Maiwoche, aber noch getarnt, wieder die Freikorps auf den Plan, die schon in Baltland wie auch in den innerdeutschen bolschewistischen Unruhen die schwersten Gefahren von Deutschland abgewendet hatten. Der Oberleutnant Roßbach führte seine Organisation nach Schlesien, Schlageter, Oberleutnant Schulz, von Killinger, Heines zogen mit ihren Getreuen heran, auch das Freikorps Oberland fehlte nicht.

129

Beschämend und demütigend zugleich war es, daß die Demokraten und Marxisten in Deutschland, die doch immer von sich behaupteten, dem Volke Freiheit und Glück gebracht zu haben, diese deutschen Befreiungsscharen mit allen Mitteln zu unterdrücken suchten. Sie stellten sich den sich meldenden Freiwilligen entgegen und versuchten ihre Einreise nach Oberschlesien zu verhindern. Ja, das jüdisch-demokratische „Berliner Tageblatt“ empfahl sogar am 23. Mai 1921 dringend, diese „Banden“ aufzulösen! Unwürdig aber war das Verhalten des Reichskanzlers Wirth, der dem Zentrum angehörte. Vertrauend auf das Fairplay Lloyd Georges, als Pazifist jeder militärischen Aktion abgeneigt, beugte er sich unter die drohenden Pariser Forderungen und führte, ganz im Gegensatz zu Polen, eine strenge Sperrung der Grenzen zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Abstimmungsgebiete durch, um so ein Vordringen der Freikorps in das bedrohte deutsche Land zu verhindern. Die traurige Handlungsweise Wirths wurde nur noch durch den sächsischen Innenminister Lipinski, einen radikal angehauchten Marxisten, übertroffen. Er wies die Polizei an, alle Transporte von Freiwilligen und Waffen nach Oberschlesien anzuhalten und zu beschlagnahmen. Dabei kam es zu heftigen Zusammenstößen, so z. B. mit dem bayrischen Freikorps Oberland auf dem Dresdner Hauptbahnhofe, wobei die Bayern ihre Schußwaffen gebrauchten. –

Der oberschlesische Selbstschutz und die aus dem Reich eintreffenden Freikorps, die aus Studenten und Arbeitern und ehemaligen Offizieren bestanden, aber nur mangelhaft mit Waffen versehen waren, unterstellten sich dem Kommando des einarmigen Generals Höfer, dem Sohn eines oberschlesischen Apothekers, der für das deutsche Oberschlesien ein wahrer Vater des Vaterlandes wurde, ein Retter, wie Hindenburg dereinst für Ostpreußen und Graf Goltz für das Baltland. Die englischen Besatzungstruppen bereiteten dem deutschen General keine Schwierigkeiten als er den Kampf gegen die Korfanty-Banden aufnahm. Diese aber erhielten immer neue Verstärkungen durch polnische Freikorps, durch Insurgentenbanden, durch Waffennachschub über die offene deutsche Grenze. -

130

4. Kapitel: Deutscher Sieg am Annaberg 131

Die Lage der Deutschen war den Polen gegenüber recht ungünstig. In hitzigen Gefechten jedoch erwies sich die Überlegenheit deutschen Heldentums über polnisches Banditentum. Bei Kolinow, Olschowa, Slaventzitz, Cosel, Leschna leuchtete der Ruhm der deutschen Tapferkeit.

Die deutschen Freikorps waren in zwei Gruppen zusammengefaßt, die eine, von Generalleutnant von Hülsen befehligt, stand im Süden, bei Ratibor, und zählte etwa neun- bis zehntausend Mann, die andere stand in der Kreuzburger Gegend unter dem Befehl des Oberstleutnants Grütznier, einem geborenen Schlesier, etwa achttausend Mann stark. Kaum zwanzigtausend Deutsche standen einer fünffachen polnischen Übermacht gegenüber!

Von Tag zu Tag wurde der polnische Druck heftiger, unangenehmer. So entschloß sich denn General Höfer schweren Herzens, dem General Hülsen südlich von Ratibor den Angriffsbefehl zu geben. Am 21. Mai 1/2 3 Uhr, vor Tagesgrauen, wurde der Angriff auf den Annaberg eröffnet. Der Annaberg liegt vor dem Jablunkapaß halbwegs zwischen Ratibor und Teschen und ist ein langgestreckter, 400 Meter hoher von waldigen Schluchten zerklüfteter Höhenzug aus Muschelkalkstein, dessen gut befestigte Stellungen dicht mit Polen, Maschinengewehren und Geschützen besetzt waren. Es war kein leichtes Werk für die deutschen Freiwilligen im Freikorps „Oberland“, die, rein zahlenmäßig in der Minderheit, sehr mangelhaft bewaffnet waren. Kaum die Hälfte besaß Gewehre, die anderen verfügten nur über Messer oder Knüppel. Aber mit erbitterter Zähigkeit kämpften die deutschen Männer, die Kugeln der Feinde rissen schmerzliche Lücken in ihre Reihen; unter glühender Sonnenhitze gelang es aber den Deutschen, bis an den Fuß des Annaberges heranzukommen. Rücksichtslos stürmten sie gegen die feindlichen Stellungen an. Fuß um Fuß entrissen sie den Polen unter schweren Opfern ihre Stellungen. Sie sammelten die

Gewehre der Polen, die sie gut gebrauchen konnten, drehten Maschinengewehre und Geschütze um und feuerten von der Flanke in die polnischen Stellungen.

131

Deutsche unter Fremdherrschaft 132

Dreihundert tote Deutsche deckten das Schlachtfeld, aber die Polen waren aus der beherrschenden Stellung des Annaberges geworfen. Noch am 22. und 23. Mai tobten heftige Kämpfe um den Berg, da die Polen immer wieder verzweifelte Gegenangriffe unternahmen. Erst am 23. Mai war der Annaberg endgültig in deutscher Hand. Die Polen waren moralisch vernichtet.

Zu gleicher Zeit waren heftige Kämpfe bei der nördlichen Gruppe des Oberstleutnants Grützner entbrannt. Erbittert wurde in dem Abschnitt Rosenberg-Landsberg, östlich von Kreuzburg, gerungen. Am 24. Mai gelang es den Deutschen, die Stadt Landsberg im Kreise Rosenberg zu besetzen, und weiter südlich wurden mehrfache polnische Angriffe auf Groß-Stein und Schedlitz im Kreise Groß-Strehlitz abgewiesen. Es war ein regelrechter Krieg, der auf deutschem Boden um deutsches Land geführt wurde. Die besiegten Polen plünderten, brandschatzten, vergewaltigten, mißhandelten, verurteilten und verschleppten deutsche Zivilbevölkerung und drückten die Einwohner mit Steuern und Kontributionen. Am 27. Mai drangen fünfzig Insurgenten in Hindenburg, das drei Meilen hinter der polnischen Front lag, ein, wo im Lyzeum zweihundert deutsche Flüchtlinge untergebracht waren. Einhundertvierunddreißig dieser Unglücklichen holten sie heraus, mißhandelten sie fürchterlich und verschleppten sie ins polnische Hauptquartier nach Bielschowitz.

Die Franzosen aber ließen alles ruhig geschehen und rührten sich nicht. Wie in den Kämpfen um Kurland und Riga die Engländer nicht allein tatenlos zusahen, sondern die lettischen Gegner der Deutschen begünstigten, so erwiesen sich in den Kämpfen um Oberschlesien die Franzosen als die mächtigen Beschützer der polnischen Feinde Deutschlands. Wie England aufs strengste bemüht war, zu verhindern, daß die Küstenländer der Ostsee unter deutschen Einfluß gerieten, so waren die Franzosen aufs eifrigste bestrebt, das deutsche Oberschlesien den Polen auszuliefern. Das ist die ungeheure Tragik des deutschen Schicksalskampfes im Osten Europas nach dem deutschen Zusammenbruch nach 1918! Die Nackenschläge der Polen lösten in Warschau eine starke Verstimmung aus.

132

4. Kapitel: Neue Polenangriffe 133

Die polnische Regierung verstand es ebensogut wie die russische, mit verteilten Rollen zu spielen. Sie begünstigte und unterstützte die Insurgenten, so lange die Sache gut ging, im Falle des Mißlingens zog sie sich zurück, ohne irgendwie belastet zu sein. Sie konnte nicht verantwortlich gemacht werden und hatte vor den Völkern den Schein des Rechtes bewahrt; jetzt war der Augenblick zum Rückzug gekommen, als Pilsudski sah, wie im Verhältnis zu den polnischen Niederlagen der Unmut gegen Polen in London und Rom wuchs. Korfanty, dem nun weitere Unterstützung aus Warschau versagt wurde, mußte am 28. Mai zur Einstellung des Kampfes aufrufen, da ein großer Teil seiner Insurgentenhorden zügellos im Lande herumtobte und keinem Führer mehr gehorchte.

Doch jetzt war es zu spät. Korfanty war nicht mehr Herr über die Geister, die er gerufen hatte. Die Insurgenten hörten nicht mehr auf ihn. Sie verstärkten sich jetzt, als die Warschauer Unterstützungen ausblieben, durch Aushebungen in den Kreisen Cosel, Groß-Strehlitz und Lublinitz ganz erheblich und versuchten in der Nacht zum 30. Mai, bei Cosel den Übergang über die Oder zu erzwingen. Doch wurden sie mehrmals von den Deutschen unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Auf der ganzen Front von Norden bis Süden setzten nun starke polnische Angriffe ein, wobei

von den Polen sogar schwere Artillerie verwandt wurde. Als ein besonders blutiger Angriff bei Groß-Strehlitz von den Deutschen abgewiesen worden war, begannen die Insurgenten, sich hier zurückzuziehen und das geräumte Gebiet planmäßig zu zerstören. Die Auflösung der Insurgenten wurde eine völlige, als General von Hülsen am 4. Juni von Cosel aus einen Angriff gegen die Hauptmasse der Polen unternahm und sie in blutigem Kampfe bis nach Slawentzitz zurückwarf. Das Schicksal der Korfanty-Banden war besiegelt.

Das siegreiche Vordringen und die günstige Lage der Deutschen standen außer jedem Zweifel.

133

Deutsche unter Fremdherrschaft 134

Im Hauptquartier des Generals Höfer in Oberglogau hatte sich ein Zwölferausschuß gebildet, eine Regierungskörperschaft, bestehend aus je zwei Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie, je einem Vertreter der Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei, drei Gewerkschaftlern, einem Beauftragten des deutschen Abstimmungskommissariates, dem General Höfer und dem Prälaten Ulitzka, dem oberschlesischen Zentrumsführer, der den Vorsitz des Zwölferausschusses innehatte. Le Rond verfolgte mit Mißbehagen diese Entwicklung, und als nun gar am 4. Juni die Katastrophe über die Insurgentenarmee hereinbrach, da schien es ihm an der Zeit, dem deutschen General in den Arm zu fallen.

Le Rond schickte also folgendes Ultimatum nach Oberglogau: „Die Interalliierte Regierungskommission von Oberschlesien hat Kenntnis erhalten von dem deutschen Vormarsch in der Gegend von Ujest. Sie befiehlt dem General Höfer, seine Truppen in die Linie Station Leschnitz - Dollen zurückzuziehen. Letztere Orte bleiben zur Verfügung des Generals Höfer. Falls die ersten Bewegungen zur Ausführung dieser Bestimmungen nicht innerhalb zwölf Stunden nach Überreichung dieser Note begonnen haben, wird die Kommission die Zurückziehung der alliierten Truppen aus den Städten des Industriegebietes vorsehen.“

In den zwölf Stunden, die ihm gesetzt waren, mußte Höfer einen Entschluß fassen. Er wußte, daß 15 000 Franzosen ihm im Rücken standen, daß sie über die modernsten Waffen, Panzerwagen, schwere Artillerie verfügten. Dies war eine Bedrohung für die Deutschen, wenn sie ihren Sieg vervollständigen wollten. Höfer wußte weiter, daß, wenn die französischen Truppen aus Kattowitz, Gleiwitz, Hindenburg, Beuthen usw. zurückgezogen würden, die Deutschen viel zu spät dort ankommen würden, um ein Blutbad der Polen unter den Einwohnern zu verhindern. Das konnte Höfer nicht verantworten. Er schrieb daher an Le Rond:

134

4. Kapitel: Le Rond gegen Höfer 135

„Ich habe nicht die Macht und vermag es auch nicht im Hinblick auf die deutschgesinnte Bevölkerung, die Selbstschutzverbände aus den Ortschaften, deren Schutz sie übernahmen, zurückzurufen. Die Drohung mit der Zurückziehung der französischen Truppen aus den Städten des Industriegebietes bindet mir vollends die Hände. Ihre Durchführung würde die Preisgabe auch dieser besonders wichtigen Teile von Oberschlesien an die Insurgenten und damit eine direkte Förderung des Aufstandes bedeuten. Die Verwirklichung dieser gegen Recht und Vertrag verstoßenden Drohung würde eine ungeheuerere Empörung in allen deutschgesinnten Teilen der Bevölkerung, insbesondere auch in den Reihen des Selbstschutzes, auslösen und vor aller Welt völlige Schutzlosigkeit unserer Landsleute dartun. Mich aber würde sie außerstande setzen, dann noch auf den Selbstschutz einen Einfluß zur Selbstbeherrschung und Ordnung auszuüben, der ich bisher Geltung verschafft habe.“

Diese ernsten Worte des deutschen Generals bewogen Le Rond, sich mit der Erhaltung

des status quo zu begnügen. Damit war aber auch dem deutschen Vormarsch ein Ziel gesetzt, und die polnische Pest konnte unter der Oberfläche weiterwüten.

Inzwischen waren die englischen Besatzungstruppen erheblich verstärkt worden. Ohne Widerstand zu finden, rückte ein englisches Bataillon bereits am 1. Juni in Groß-Strehlitz ein. Die Polen rächten sich, indem sie am folgenden Tage sechzig Mann deutsche Abstimmungspolizei aus Pleß verschleppten, ohne daß sich die Franzosen weiter darum gekümmert hätten. Schließlich zwang der italische Oberst Caricati am 3. Juni die Polen, die Stadt zu verlassen (etwa fünfzehn Italiener wurden hierbei getötet), worauf sich die Polen schadlos hielten durch die tags darauf ausgeführte Besetzung des Bahnhofs Kattowitz.

Den ganzen Juni hindurch lastete ein unerträglicher Druck auf der Bevölkerung Oberschlesiens. Die Regierungen in London und Paris konnten sich nicht einigen darüber, was nun aus dem Lande werden sollte. Die Interalliierte Kommission und die alliierten Regierungen hatten einen lebhaften Notenwechsel mit General Höfer und der deutschen Regierung. Unter Führung der Franzosen schikanierten die Alliierten die Deutschen aufs ärgste, aus jedem Worte, jeder Handlung wurde eine Verletzung des Versailler Vertrages konstruiert.

135

Deutsche unter Fremdherrschaft 136

Das Ende war, daß dem General Höfer kurz und bündig der Rückzug befohlen wurde - wie einst dem Grafen Goltz in Baltland.

Am 27. Juni ordnete die Interalliierte Kommission den Vormarsch der alliierten Truppen und die etappenweise Räumung der Stellungen durch die polnischen Insurgenten wie auch durch die deutschen Freikorps und den deutschen Selbstschutz an. Nach diesem „Vertrage“ zwischen Le Rond, General Höfer und Korfanty, durfte ein Teil des deutschen Selbstschutzes östlich von Kreuzberg und östlich von Oberglogau bleiben. Die Polen sollten sofort die Kreise Gleiwitz und Hindenburg räumen, aber sie blieben in den Bezirken von Tarnowitz, Pleß, Kattowitz und Rybnik. Vier Tage später erließ die Interalliierte Kommission von Oppeln aus einen Aufruf, worin vollständige Auflösung der Insurgentenverbände und der Selbstschutzformationen bis zum 5. Juli gefordert wurde. Eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen wurde in Aussicht gestellt. Was die Deutschen Baltlands im Herbst 1919 erlebt hatten, wiederholte sich jetzt für die Deutschen Oberschlesiens. Mit schweren Herzen mußten sie zusehen, wie der größte Teil der deutschen Freikorps zähneknirschend das Land verließ auf Geheiß schadenfroher Feinde.

Es trat zwar jetzt, wenn auch nur nach außen hin, eine scheinbare Beruhigung ein, doch unter der Oberfläche blieb die Spannung unvermindert weiter bestehen. Daß es nicht mehr zu größeren Tumulten kam, war lediglich dem Umstande zu verdanken, daß einige tausend entschlossener deutscher Männer entgegen den Anordnungen der Interalliierten Kommission noch im Lande blieben. Als am 4. Juli die Engländer in Beuthen einrückten, wurden sie von den Deutschen aufs herzlichste begrüßt. Man sah in ihnen die Retter, die Befreier. Dies war aber den Franzosen ein Dorn im Auge, und mit Reitpeitsche und Gewehrkolben gingen die französischen Soldaten den Einwohnern zu Leibe, die sich beim Einzug der Engländer in den Straßen versammelt hatten. Ja, die Franzosen hatten keine Bedenken, auf die wehrlosen Deutschen scharf zu schießen, und als nun gar eine verirrte französische Kugel den französischen Major Montalegre getötet hatte, hielten die Franzosen die Zeit für neue, unerhörte Grausamkeiten gegen die deutsche Bevölkerung für gekommen.

136

4. Kapitel: Französisch-polnische Zusammenarbeit 137

Jedoch gelang es den Engländern, in kürzester Zeit musterhafte Ruhe im Kreise

Beuthen herzustellen, wodurch sie sich die Sympathien der Deutschen verdienten. Interessant war ein Schriftstück, das man in diesen Julitagen im Lomnitz-Hotel zu Beuthen vorfand - ein polnisches Rundschreiben an alle Kommandostellen mit folgendem Wortlaut:

„Streng geheimzuhalten! Rundschreiben an alle Kommandostellen.

Wenn es bisher den militärischen Abteilungen nicht gelungen ist, zu erreichen, was sie sich vorgenommen haben, vor allen Dingen, wenn sie durch die Franzosen an manchen Orten daran gehindert wurden, sollen sie sich deshalb nicht verleiten lassen, deshalb etwa gegen die Franzosen feindlich vorzugehen. Diese sind und bleiben unsere Freunde und Verbündeten, die ihre eigene Taktik und ihre eigenen Ziele verfolgen. Wenn es auch manchmal so aussieht, als ob deren Handlungen gegen uns gerichtet wären, so ist dies nicht der Fall, denn die Franzosen müssen auf die Verbündeten Rücksicht nehmen und vorsichtig arbeiten.

Wenn Sie die Taktik der Franzosen genau verfolgen, werden Sie wahrnehmen, daß es ihnen nur darauf ankommt, das Deutschtum zu unterdrücken und auszurotten. Auf dem Lande geben sie uns Polen selbst die Deutschen in die Hand, damit die Absicht schneller ausgeführt wird. Es wäre ihnen sehr leicht gewesen, unsere Handlungen zu unterbinden. Sie werden auch dafür sorgen, daß wir durch eine andere Macht [gemeint sind England und Italien] in unserem Vorhaben nicht gestört werden. In den Städten bemerken wir freudigst, daß die Unterdrückung der Deutschen durch sie selbst besorgt wird. Andernfalls werden sie es dazu bringen, daß auch die Städte in unsere Hand kommen. Vor allen Dingen ist es erforderlich, daß sie durch die Polentruppen nicht gestört werden, damit andere Mächte von diesem Vorhaben nichts erfahren.

137

Deutsche unter Fremdherrschaft 138

Das Rundschreiben darf nicht in andere Hände kommen. Große Vorsicht ist geboten.“ Die alliierten Truppen vermochten nicht zu verhindern, daß gegen Ende des Juli der Aufbruch stellenweise wieder kurz aufflackerte. Den Bahnhof Kattowitz hatten die Engländer am 6. Juli den Polen wieder abgenommen und den Deutschen zurückgegeben; doch zwei Wochen später, in der Nacht zum 22. Juli, trieben sich wieder polnische Banden, die über die Grenze gekommen waren, in der Kattowitzer Gegend umher, überfielen Dörfer und Gutshöfe, und heftige Schießerei ließ sich Tag und Nacht an vielen Stellen vernehmen. Nach zwei Tagen machten reguläre polnische Truppen und irreguläre Banden gar einen heftigen Angriff auf Kostellitz bei Oppeln, der aber von englischen und italischen Truppen zurückgeschlagen wurde.

Die Interalliierte Kommission hatte am 19. Juli einen Bericht über die Lage in Oberschlesien verfaßt. Er gipfelte in folgenden Sätzen: 1. Die Lage in Oberschlesien ist ernst. Die alliierten Regierungen müssen ihr unverzüglich ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden. 2. Eine Lösung scheint solange unmöglich zu sein, als nicht eine Entscheidung erfolgt, die von beiden Parteien verlangt wird. 3. Die der Kommission zur Verfügung stehenden Streitkräfte sind ungenügend, nicht nur zur Verhinderung eines neuen Aufstandes, sondern auch selbst für eine wirksame Aufrechterhaltung der Ordnung im ganzen Gebiete. Truppenverstärkungen sind um so notwendiger und dringender, je länger die Entscheidung hinausgeschoben wird.

Auch Deutschland und das deutsche Volk hatten schwer unter dem polnischen Aufstande zu leiden. Die Eisenbahnverbindungen mit dem Kohlenrevier waren vollkommen unterbrochen, und dadurch war die Zufuhr oberschlesischer Steinkohle unterbunden. Dieser Zustand lähmte den deutschen Eisenbahnverkehr und drohte für die deutsche Industrie zur Katastrophe zu werden. Viele Werke mußten aus Kohlenmangel ihren Betrieb teilweise oder ganz einstellen, Gaswerke konnten nicht mehr die nötigen Mengen Gas liefern. Arbeitslosigkeit und anderes Ungemach wurden so die Folge der oberschlesischen Wirren.

138

4. Kapitel: Bericht der Interalliierten Kommission 139

Deutschland mußte auf die Verkündung des lange hinausgezögerten Urteils über das fernere Schicksal Oberschlesiens warten, und doch hatte Deutschland nach Recht und Gesetz und Volkswillen den alleinigen Anspruch auf dieses Gebiet! - -

[Eine packende und anschauliche Schilderung des Ringens um Oberschlesien gibt F. W. von Oertzen im 4. Kapitel seines Buches „Das ist Polen“. Die Darstellung Oertzens, für die es kein Fehler ist, daß sie geschichtlich nicht absolut vollständig ist, gibt ein großartig geschlossenes Charakterbild über die Zustände in Oberschlesien und muß wohl als der Höhepunkt des ganzen Buches bezeichnet werden.]

139

FÜNFTES KAPITEL

Der Raub Oberschlesiens 140

Die Franzosen und Polen hatten mit unsicheren Gefühlen der Abstimmung am 20. März entgegengesehen. Die Zone im Nordwesten hatte eine deutsche Mehrheit von vier zu eins erhalten, die im Süden eine polnische von zwei zu eins, das dichtbevölkerte Herz des Industriebezirks wies eine deutsche Mehrheit von fünf zu vier auf, das kleine Gebiet in der Mitte eine polnische im gleichen Verhältnis. Dies Ergebnis bekräftigte die Alliierten in ihrem Entschlusse, das Land zu teilen. Dabei machten ihnen die beiden erstgenannten Zonen keine Sorgen. Um so größer waren die Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der beiden letzten Bezirke erhoben. Frankreich wollte beide Teile ganz an Polen ausliefern. England, welches wirtschaftliche Faktoren in den Vordergrund stellte, und vor allem um seine in der oberschlesischen Industrie investierten Kapitalien bangte, wollte zum mindesten das Industriegebiet bei Deutschland lassen. Italien suchte den goldenen Mittelweg und hielt eine Grenzlinie in Bereitschaft, welche zwischen der französischen und englischen mitten durch das Industriegebiet verlief, im großen Ganzen aber den Franzosen stark entgegenkam. Diese franzosenfreundliche Haltung des italischen Außenministers Grafen Sforza führte Lord d'Abernon, der englische Botschafter in Berlin, auf starken finanziellen Druck Frankreichs auf Italien zurück. F. W. von Oertzen jedoch berichtet in seinem Buche: „Das ist Polen“, daß der wahre Grund für die Polenfreundlichkeit des Grafen Sforza zu suchen sei in einem sehr engen Verhältnis des Italiens zur Gattin eines jüngeren Warschauer Diplomaten! Der Streit um die Grenze, über die sich die Alliierten nicht einigen konnten, füllte sechs Monate aus und nahm zeitweise sehr scharfe Formen an. Die Polen allerdings bemühten sich, ihre Korfanty-Linie zu behaupten, welche der französischen Grenzziehung am nächsten kam.

140

5. Kapitel: Alliierte über Oberschlesien 141

Die Deutschen dagegen erklärten, eine Teilung komme gar nicht in Frage; die Abstimmung habe insgesamt eine deutsche Mehrheit ergeben, und infolgedessen müsse ganz Oberschlesien beim Reiche bleiben. - Aber die Deutschen hatten ja kein Recht, etwas zu sagen oder zu fordern! -

Mit großer Gehässigkeit verkleinerten die Franzosen den deutschen Sieg in Oberschlesien: er wäre nicht ehrlich zustande gekommen, er wäre erkaufte worden, und ganz abgesehen davon - die allgemeine wirtschaftliche Lage Europas verlange eine Aufteilung Oberschlesiens zwischen Polen und Deutschland. Ziemlich unbekümmert entwickelte Briand am 15. April 1921 dem Ausschuß der Deputiertenkammer seine Gedanken über die Teilung des strittigen Gebietes: man

werde Polen die Gruben- und Industriegebiete zuteilen, Deutschland werde die landwirtschaftliche Zone erhalten. Etwas zurückhaltender war Lloyd George. Er schlug am 12. Mai dem Unterhause vor, daß die überwiegend polnischen Gebiete den Polen, der Rest den Deutschen zugewiesen werde. Die Alliierten seien auch verpflichtet, den Versailler Vertrag zu respektieren.

„Das oberschlesische Problem sei das Friedensproblem, sagte der englische Minister. Die Volksabstimmung, die gemäß dem Versailler Vertrag stattgefunden habe, hätte gezeigt, daß sich eine Mehrheit von sechs zu vier zu Deutschlands Gunsten erklärt hätte. Die Lage sei einigermaßen kompliziert worden durch die Tatsache, daß in einigen Bezirken die Städte deutsch, das Land aber polnisch gestimmt hätte. Die Interalliierte Kommission sei zu dem Entschluß gekommen, daß die Gebiete mit überwiegend polnischer Bevölkerung den Polen zugewiesen werden sollten. Jetzt hätten nun die Polen einen Aufruhr eingeleitet, um die Alliierten vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Aber so etwas bedeute eine Herausforderung gegenüber dem Versailler Vertrag. Wenn die Angelegenheit nicht streng unparteiisch behandelt werde, würden die Folgen für den Frieden Europas verhängnisvoll sein. Polen sei das letzte Land, das den Versailler Vertrag zerreißen dürfe, denn Polen habe nicht durch eigene Kraft seine Freiheit gewonnen, sondern diese sei durch England, Frankreich und Italien errungen worden. Die polnische Regierung habe zwar die Verantwortung für den Aufstand abgeleugnet, aber derartige Beteuerungen seine schon öfter gegeben worden, und es sei schwer, zu glauben, daß die Beteuerungen etwas mehr als Redensarten seien.

141

Deutsche unter Fremdherrschaft 142

Für die Alliierten aber sei es sehr wichtig, daß der Vertrag von Versailles eingehalten würde. Wenn Polen gestattet werde, in die deutschen Provinzen einzufallen, so könne das sehr üble Folgen haben. Deutschland könnte unter diesen Umständen mit Recht zu den Alliierten sagen: Sie haben mich gezwungen, meine Verpflichtungen einzuhalten; was aber haben Sie hinsichtlich ihrer Verpflichtungen getan?“

„Ich erkläre feierlich,“ fuhr Lloyd George fort, „daß es nicht allein eine Ehrensache, sondern auch eine Sache der Sicherheit ist, daß wir uns zu dem Versailler Vertrag bekennen, gleichgültig, ob der Vertrag für oder gegen uns ist. Sie können sagen, es handle sich nur um Deutsche; aber ich sage, die Deutschen haben das Recht auf jeden Punkt, den ihnen der Versailler Vertrag gibt. Es gibt nur zwei Arten, diese Angelegenheit zu behandeln: erstens, können die alliierten Truppen die Ordnung wiederherstellen? Zweitens, würde Deutschland von seinen Streitkräften Gebrauch machen können, um die Ordnung in seinem eigenen Gebiete wiederherzustellen? Ich sehe nicht ein, was die Alliierten dagegen einzuwenden haben werden. Das ist ehrliches Spiel - fair play - und Großbritannien hat immer für ein ehrliches Spiel plädiert. Das einzige, was wir nicht gestatten können, ist, daß der Vertrag gebrochen wird. Das würde die schlimmsten Folgen haben!“ Das sah ja die Welt ganz deutlich, daß Lloyd George in der oberschlesischen Frage unter dem Eindruck des brutalen Überfalles polnischer Banditen eine für Deutschland freundliche Gesinnung bewies. Und aus diesem Grunde geriet er nun in einen doch sehr ernsten Gegensatz zu Frankreich. Wie ein aufgerührter Wespenschwarm fiel die französische Presse über Lloyd George her. Seine ketzerischen, deutschfreundlichen Ausführungen wurden geradezu als ein Verrat an der Sache der Alliierten gebrandmarkt. Briand selbst nahm in aller Öffentlichkeit scharf gegen Lloyd George Stellung und erging sich in schweren Ausfällen gegen die Deutschen.

Bei diesen gegensätzlichen Erörterungen zwischen England und Frankreich gesellte sich Polen auf die französische Seite.

142

Es sprach von seinem guten Recht auf Oberschlesien und erklärte, daß eine Zuteilung des umstrittenen Gebiets an Polen geradezu im Interesse des europäischen Friedens liege. Ja, die Regierung kablete sogar nach Washington, die amerikanische Regierung möge sich der oberschlesischen Angelegenheit bemächtigen, denn Frankreich und England seien infolge ihrer Gegensätze keiner Entscheidung fähig: Amerika aber lehnte jede Einmischung ab, und den betrübten Polen brachte es etwas Trost, daß die französische Regierung in Warschau erklären ließ, sie werde unter allen Umständen eine Entscheidung nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages herbeiführen! Gemeint war hier die ursprüngliche Fassung des Versailler Diktates, wonach ganz Oberschlesien ohne Abstimmung den Polen zugesprochen werden sollte. Darauf nahm der Sejm eine EntschlieÙung an, in der man die Korfantylinie als Grenze forderte.

Die Italier waren mit Ausnahme des Grafen Sforza, der seine persönliche Politik machte, den Polen nicht sehr gewogen, war doch mancher italische Soldat im Kampfe gegen die Aufständischen getötet worden. Italien hatte überhaupt wenig Sympathien für den neuen Staat. Man fürchtete in Rom, es könne sich an der Weichsel eine neue Großmacht entwickeln, deren Einfluß bis an die Adria reichen und somit Italien gefährlich werden könnte.

Eine neue Verschärfung der ganzen Sache brachte die Pariser Konferenz am 18. und 19. Juni 1921. Hier war der Franzose Briand mit dem englischen Lord Curzon und dem Italier Bonin Longare zusammengekommen, um noch einmal eine ernsthafte Lösung des oberschlesischen Problems zu versuchen. Kurz und bündig, mit einer gewissen Trockenheit, die jeder blumenreichen Phrase entbehrte, erklärte der Engländer, daß nach Ansicht der englischen Regierung, d. h. also Lloyd Georges, das oberschlesische Industriegebiet unteilbar sei und daß angesichts der deutschen Mehrheit im Industriegebiet, dessen Zuteilung an Deutschland nicht vermieden werden könne. Mit einiger Schärfe kritisierte Lloyd George das Verhalten Le Ronds und erwartete, daß er durch eine hohe, nichtmilitärische Persönlichkeit ersetzt werde.

143

Mit erregter Beredsamkeit verfocht demgegenüber Briand seinen Standpunkt, und als man auseinanderging, war man ebensoweit wie vorher; nichts war erreicht worden. Immerhin dämpften die Pariser Besprechungen etwas die überschwängliche Warschauer Hoffnung, der hartnäckige englische Widerstand durfte nicht unterschätzt werden. Der polnische Außenminister Skirmunt erklärte Ende Juni etwas resigniert, man werde aller Wahrscheinlichkeit nach nicht das volle Programm verwirklichen können. „Wir wissen, welche Differenzen zwischen den hierfür entscheidenden Faktoren entstanden sind, und wünschen unsererseits eine Entscheidung, die dem Versailler Vertrag und dem Abstimmungsergebnis entspricht. Der Vorschlag des Grafen Sforza befriedigt uns zwar nicht, bietet aber eine Brücke zur Verständigung. Unser Bestreben wird sein, die von italischer Seite vorgeschlagene Linie möglichst der von Frankreich vertretenen anzunähern.“

Mitte Juli forderte die Interalliierte Kommission in Opoln Truppenverstärkungen an, um die Ordnung aufrecht erhalten zu können. Paris unterstützte eifrigst diese Forderung, aber die Engländer lehnten ab. Man sehe ja keine Notwendigkeit für diese Maßnahme. Wieder liefen wenig freundliche Worte zwischen London und Paris durch den Draht, und die Freundschaft zwischen Lloyd George und Briand näherte sich ihrem Tiefpunkte.

Lloyd George wurde in Warschau mit Schmähungen und Vorwürfen überschüttet. Am 27. Juli druckten die Warschauer Zeitungen einen Aufruf ab, den die „Aufständischen“ eine Woche vorher herausgegeben hatten: „Lloyd George sei allein schuld an den

unhaltbaren Zuständen in Oberschlesien, auf ihn komme das polnische Blut, das dort vergossen worden sei und noch vergossen werde. Man fordere die polnische Regierung auf, nicht zuzulassen, daß dies weiterhin geschehe, sonst würden die oberschlesischen Aufständischen gewaltsam die trennenden Schranken zwischen Polen und Oberschlesien niederreißen.“ Zwei Tage später meinte der polnische Ministerpräsident Witos im Sejm, „der Stand der oberschlesischen Angelegenheit sei nicht befriedigend.

144

5. Kapitel: Pariser Konferenz 145

Sollte der Oberste Rat in seiner Sitzung am 4. August eine Entscheidung treffen, die den Bestimmungen des Versailler Vertrages zuwiderlaufe und Polens Interesse gefährde, dann sehe sich die polnische Regierung gezwungen, sich hinsichtlich der Erfüllung der Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien freie Hand vorzubehalten.“ Das war offene Gewaltdrohung, und das ganze polnische Volk lechzte danach, sich Oberschlesien auf dem Wege des Raubes anzueignen.

Am 8. August wurde in Paris die Ententekonferenz eröffnet, die das Schicksal Oberschlesiens entscheiden sollte. Fromageot, der Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Verhandlungen, indem er etwa folgendes sagte: „Völlige Einmütigkeit herrsche über die fast vollständige Unteilbarkeit des Industriegebietes, aber der französische Vorschlag wolle dies Gebiet Polen zuteilen, während England es zum größten Teile Deutschland zuteilen wolle.“ Sir Cecil Hurst, der juristische Beirat des Londoner Auswärtigen Amtes, entgegnete folgendermaßen: „678 Gemeinden hätten für Polen, 844 dagegen für Deutschland gestimmt. Es seien 479 000 polnische, dagegen 707 000 deutsche Stimmen abgegeben worden. Dies seien die tatsächlichen Grundlagen, auf die sich Englands Meinung stütze: erstens, da Frankreich die gemeindeweite Abstimmung als Basis für die Regelung annehme, und da jede Gemeinde dem Lande zugeteilt werde, für das sie gestimmt habe, solle nur der Ausnahmefall unter zwingenden Gründen zugelassen werden; zweitens, Enklaven müsse man als unpraktisch und ungerecht für beide Teile vermeiden, die wirtschaftlich untrennbaren Gemeinden könnten nicht auseinandergerissen werden; drittens, das Zentrum des Industriegebietes müsse Deutschland zuerkannt werden; über den Rest der zu ziehenden Grenze bestünden ja wenig Differenzen zwischen dem englischen und französischen Vorschlag. Übrigens müsse der französische Vorschlag allein deswegen zurückgewiesen werden, weil er sieben Elftel der für Deutschland abgegebenen Stimmen an Polen, dagegen die vier Elftel der Stimmen, die für Polen abgegeben seien, an Deutschland zuteilen wolle.“ Der Italiener stimmte im wesentlichen dem Engländer zu, und so waren die verschiedenen Ansichten genugsam bekannt.

145

Deutsche unter Fremdherrschaft 146

Man war gespannt auf Lloyd Georges Rede, der am nächsten Tage folgendes ausführte: Die Entscheidung über Oberschlesien sei so ungeheuer wichtig, weil der Weltfrieden von ihr abhängen. Man dürfe die Frage nicht auf Kosten der Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung regeln und aus Oberschlesien kein neues Elsaß-Lothringen machen. Die gesamte Bevölkerung von etwa 5,2 Millionen enthalte nur 1,2 Millionen Polen. Das britische Reich werde keine Lösung annehmen, die dies nicht berücksichtige. Er verstehe vollkommen Frankreichs Wunsch nach Garantien seiner Sicherheit, und der Oberste Rat werde sicher hierauf Rücksicht nehmen. Frankreich dürfe aber ganz sicher sein, wenn es aufs neue ungerecht angegriffen werde, so werde wie bisher das gesamte britische Reich an seiner Seite stehen. Aber Frankreich sei augenblicklich wirklich nicht in Gefahr. Es müsse seinen Sieg mäßig und billig gebrauchen. Er schlage vor, die Frage nochmals durch Sachverständige prüfen zu lassen auf folgender Grundlage: erstens, alle Stimmen müßten für die

Zusprechung des Gebietes an die eine oder die andere Macht gezählt werden, die Zusprechung könne nicht gemeindeweise erfolgen, sondern entsprechend der Mehrheit, die sich herausgebildet habe; zweitens, einzig und allein das Industriegebiet, das Herz Oberschlesiens, müsse als unteilbar betrachtet werden; die Industriezone, die viel ausgedehnter sein sollte als der französische Vorschlag enthalte, sei keine künstliche Schöpfung; das Industriegebiet müsse Deutschland bekommen, weil es dort die Mehrheit habe; drittens, die Industriegemeinden seien nicht voneinander zu trennen, denn sie bildeten eine enge wirtschaftliche Einheit. Briand aber ließ sich nicht überzeugen; hartnäckig hielt er an seinem Vorschlag fest. Während der Friedensverhandlungen habe man einstimmig Oberschlesien den Polen zugesprochen, stände doch im „Brockhaus“, daß die oberschlesische Bevölkerung polnisch sei. Außerdem hätten die Alliierten beschlossen, dem polnischen Volke zu helfen bei seinem Wiederaufbau, deshalb müsse man auch dessen wirtschaftliche Lebensmöglichkeiten sicherstellen. Der Industriebezirk müsse also Polen zugesprochen werden.

Im August kam man also ebensowenig zu einem Ergebnis wie im Juni.

146

5. Kapitel: Völkerbundsentscheidung 147

Die englisch-französischen Gegensätze waren zu tief und drohten zu einem Bruch zwischen beiden Staaten zu führen. Um dies zu vermeiden, beschloß man am 12. August, den Völkerbund um seine Meinung über die Grenzziehung zu befragen. Und nun kam die Tragödie Oberschlesiens vor den Völkerbund.

Das letzte Stadium des Streites, welches einem tragischen Possenspiel glich, hatte begonnen. Der Japaner Graf Ishiu übernahm den Vorsitz des Ausschusses, dem durch Beschluß des Völkerbundes noch ein Belgier, Spanier, Brasilier und Chinese angehörten! Acht Wochen brüteten die fünf hinter verschlossenen Türen über dem Problem. - In Deutschland wuchs die Erregung. Der Reichskanzler Wirth reiste durchs Reich und hielt Reden: Oberschlesien sei unser, aber uns fehle die Macht, wir dürften nur auf die Gerechtigkeit hoffen. „Löst die oberschlesische Frage, nachdem das Volk gesprochen hat, gerecht, löst sie so, daß nicht im Osten ein neuer Brandherd entsteht, der Deutschland und die ganze Welt aufs neue dem Ruin entgegenführen kann.“ Der Bayrische Landtag forderte im Namen von Recht und Freiheit von denen, in deren Macht die Entscheidung liege, ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien.

In der ersten Oktoberhälfte übermittelte der Völkerbundsrat den Alliierten die von der Kommission gefundene Grenzlinie, welche dem italischen Vorschlag des Grafen Sforza genau entsprach und das Industriegebiet mittendurchschnitt! Mit zwei Stimmen Mehrheit war dieser Vorschlag im Völkerbundsrat angenommen worden. Um die Einheit und Einheitlichkeit des Wirtschaftslebens sicherzustellen, wurde die Einsetzung einer „Gemischten Kommission“ vorgeschlagen.

Die vorgeschlagene Grenzlinie war völlig sinnlos. Nicht nur, daß sie deutsche Mehrheiten den Polen unterordnete, nein, sie schnitt einheitliche, lebenswichtige Gemeinden und Betriebe auseinander. So kam es, daß die Gemeinde, in der sich der Industriebetrieb befand, polnisch wurde, aber die Gemeinde, in der die Arbeiter wohnten, deutsch blieb. Die Arbeiter mußten also täglich zweimal die Grenze passieren und alle damit verknüpften Unannehmlichkeiten dulden.

147

Deutsche unter Fremdherrschaft 148

Straßenbahnlinien wurden zerrissen, Wasserleitungen wurden auseinandergeschnitten: auf polnischem Boden war das Wasserwerk, von dem die deutsche Gemeinde ihr Wasser beziehen mußte! Die Bergwerksstollen unter der Erde wurden in ihrem vorderen Teil deutsch, im hinteren polnisch!

Eine ungeheure Empörung durchbrauste das deutsche Volk. Die Parteien faßten Entschließungen, worin die Zerreißung Oberschlesiens als ein rechtloser und ungültiger Gewaltakt erklärt wurde. Wo bleibe da Lloyd Georges feierliches Versprechen des Fairplay? Der Preußische Landtag forderte am 13. Oktober 1921 mit Ausnahme der Unabhängigen und Kornunisten, Oberschlesien solle „nicht nur deutsch, sondern ungeteilt deutsch“ bleiben. Eine Teilung werde als „brutale Vergewaltigung des Volkswillens empfunden. „Wir müssen uns auf das entschiedenste wehren, einen solchen Gewaltakt als Recht anzuerkennen.“ Der Hessische Landtag bezeichnete die Zerreißung als „blutigen Hohn auf das vom Völkerbund selbst laut betonte Recht der Selbstbestimmung der Völker“. Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Sachsen, Buck, erklärte in einer Rede am 14. Oktober in Dresden, durch die Teilung Oberschlesiens werde eine Erfüllung der Reparationsverpflichtungen unmöglich gemacht, und der Braunschweiger Landtag sah in der Teilung eine Vergewaltigung des deutschen Volkes.

Die deutsche Reichsregierung erhob am 25. September in einer Note an die Verbandsmächte Anspruch auf ganz Oberschlesien; sie stützte sich auf die Eingaben von fünf großen Organisationen, welche fast die gesamte oberschlesische Bevölkerung umfassten und einstimmig ein ungeteiltes Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland forderten. –

Inzwischen waren auch in Oberschlesien merkwürdige Dinge vorgefallen. Die Polen waren äußerst unzufrieden über den Misserfolg und die Niederlage der Insurgenten, und die amtlichen Stellen begannen, die Aufständischen abzuschütteln. Es ward keine Löhnung mehr gezahlt, Lebensmittel wurden nicht mehr geliefert, und die Aufständischen, denen die Geduld ausging, wanderten auf die Zitadelle von Posen.

148

5. Kapitel: Spannung bei den Insurgenten 149

Ende Juli schlossen sich die empörten Aufständischen zu einem „Verbande ehemaliger oberschlesisch-polnischer Insurgenten“ zusammen, dessen Vorsitzender Franz Merik wurde, einst Insurgentenoffizier und Abschnittskommandeur im Hauptquartier Hotel „Schlesischer Hof“ zu Beuthen. Der Verband umfaßte etwa 8000 Mitglieder und sandte am 1. Oktober 1921 ein Telegramm an die Interalliierte Abstimmungskommission in Oppeln: Darin wurde die Kommission ersucht, „gegen die Angehörigen der kongreßpolnischen Mordkommission und alle noch auf oberschlesischem Boden, besonders in Kattowitz, Myslowitz und Beuthen befindlichen kongreßpolnischen Offiziere und Mannschaften einzuschreiten, die einen neuen Aufstand organisieren.“ Gleichzeitig wurden die Namen und Wohnungen von Angehörigen der „kongreßpolnischen Mordkommission“ mitgeteilt. So bedachte Polen, unzufrieden über die Pariser Verhandlungen und die Genfer Verzögerung, das unglückliche Land mit neuer Gewalttat. Der Insurgentenverband aber entwickelte sich zu einer ausgesprochen separatistisch-polnischen Bewegung, welche die Autonomie Oberschlesiens anstrebte. Der Insurgentenverband fühlte sich in Beuthen nicht mehr sicher und siedelte nach Oppeln über in den unmittelbaren Schutz Le Ronds, der den Aufständischen ja zu Danke verpflichtet sein sollte. Von hier aus ließ der Verband in den oberschlesischen Zeitungen am 6. Oktober einen Aufruf veröffentlichen, worin die enttäuschten Aufrührer ihren gequälten Herzen Luft machten. „Wir oberschlesischen Insurgenten haben für unser Land gekämpft und geblutet. Wir sind in den Kampf gezogen, um die Freiheit für unsere oberschlesische Heimat zu erringen. Polen wollte uns dabei helfen. Wir haben unser Ziel nicht erreicht, unsere Hoffnungen sind getäuscht worden. Der Warschauer und galizische Pole hat sich nicht als unser Freund und Bundesgenosse gezeigt, sondern als herrschsüchtiger und habgieriger Eindringling. Wir sind die Betrogenen.“ Nach dem Aufstand sei man nach Polen gekommen, und da habe man von Tag zu Tag klarer erkannt, daß Oberschlesiens Glück nur mit diesem Lande verknüpft sein könne. „Wir mußten zu der niederschlagenden Überzeugung kommen: eine Vereinigung unseres oberschlesischen Landes mit Warschau bedeutet den Ruin unserer geliebten Heimat.“ Der Kongreßpole sei nicht der Bruder

des Oberschlesiers, er stehe ihm wie ein Fremder gegenüber.

149

Deutsche unter Fremdherrschaft 150

Die Mitkämpfer des letzten Aufstandes hätten dies am eigenen Leibe erfahren müssen. Keine Löhnung, schlechte Verpflegung, gemeine Behandlung, Fußtritte statt Lohn - das sei der Dank der Warschauer gewesen. Als man darauf, bis aufs Blut gepeinigt, zur Selbsthilfe gegriffen habe, sei Maschinengewehr und blankes Bajonett die Antwort gewesen. Kaltblütig hätten die Polen viele Insurgenten hingemordet, noch jetzt schmachteten viele Oberschlesier in der Zitadelle von Posen. Aber immer noch dulde Oberschlesien Kongreßpolen in seinem Lande. „Noch ist Warschau nicht der Herr Oberschlesiens, aber in unseren besten Stellen sitzen Leute aus Warschau, Krakau und Posen, die durch ihr freches, unverschämtes Benehmen, besonders unsern ober-schlesischen Schwestern gegenüber, uns zum Ekel geworden sind. Wir wollen los von Warschau! Hinaus mit den Kongreßpolen aus Oberschlesien! Das ist die Forderung von über achttausend ober-schlesisch-polnischen Insurgenten.“

Soweit war es also gekommen, daß jetzt in Oberschlesien ein polnischer Bürgerkrieg auszubrechen drohte zwischen den ober-schlesischen Autonomisten und den Kongreßpolen. Die Interalliierte Kommission forderte ruhiges und besonnenes Verhalten, rücksichtslos werde sie jede Unruhe unterdrücken, von welcher Seite sie auch kommen möge. Auch Zeitungen würden verboten, wenn sie beunruhigende Nachrichten verbreiteten. Alle öffentlichen Kundgebungen wurden untersagt. - Die deutschen Oberschlesier erlebten aufreibende Wochen in Hangen und Bangen.

Am 20. Oktober 1921 verkündete der Oberste Rat in Paris die Völkerbundsentscheidung. Die Würfel waren gefallen. An Polen fielen Stadt- und Landkreis Kattowitz, Stadtkreis Königshütte, Kreis Pleß, sowie große Teile der Kreise Rybnik, Ratibor, Gleiwitz, Hindenburg, Tarnowitz, Lublinitz und des Landkreises Beuthen: 3467 Quadratkilometer mit 992 000 Einwohnern, darunter 400 000 Deutschen. Bei Preußen verblieben 9737 Quadratkilometer mit 1 300 000 Einwohnern. Aber Deutschland verlor unersetzliche Werte. Der Industriebezirk wurde mittendurch geschnitten.

150

5. Kapitel: Unsinnige Grenzziehung 151

Überwiegend deutsche Städte wie Kattowitz und Königshütte und der wertvollste Teil der Bodenschätze kam in polnische Hand. Deutschland verlor 91 Prozent des Gesamtvorrates der im ober-schlesischen Steinkohlenbecken anstehenden Kohlenmengen einschließlich der noch nicht in Angriff genommenen Kohlenflöze in den Kreisen Rybnik und Pleß, von insgesamt 61 Steinkohlengruben mußten 49 1/2 abgegeben werden. Die Eisenerzgruben mit einer jährlichen Förderung von 61 000 Tonnen gingen zu 97 Prozent verloren. Von 16 Zink- und Bleierzgruben bleiben vier zurück, von 37 Hochöfen nur 15, von 25 Eisen- und Stahlgießereien 10, von 18 Walzwerken 9. Schließlich gingen sämtliche Zink- und Bleihütten sowie die beiden Blei- und Silberhütten in polnischen Besitz über - die Verluste Deutschlands an Forsten, Domänen und anderen öffentlichen Besitz sollen nicht mitgerechnet werden: Der kleinere aber industriell und wirtschaftlich wertvollste Teil Oberschlesiens gehörte fortan zu Polen.

Wilhelm Schaer bereiste 1931 im Auftrage der „Magdeburgischen Zeitung“ diese Grenze und schildert in dieser Zeitung Nr. 31 vom 17. Januar 1932 folgendes: „Auch dem eiligen und oberflächlichen Besucher wird auf der kilometerlangen, von polnischen und deutschen Gruben und Hütten, Stahl- und Walzwerken in ununterbrochener Reihenfolge flankierten Straße Gleiwitz-Hindenburg-Beuthen der Wahnwitz einer Grenzziehung vor Augen geführt, die, durch einen wenige Zentimeter

breiten Wassergraben, durch Drahtseile und Schlagbäume gebildet, und Straßen, Wege und Eisenbahnlinien, Hütten über und unter Tage, Werke und ihre Verwaltungsgebäude durchschneidend in dauerndem Zickzack verläuft. Diese Grenze wirkt, wie man es genannt hat, als zöge man quer durch einen Maschensaal, in dem eine Maschine auf die andere eingestellt ist, eine trennende Wand. Dieser Wahnwitz offenbart sich auch darin, daß auf polnischer Seite, wo die Grenzkontrolle besonders stark ausgeübt wird, in kürzesten Abständen die primitiven Bretterbuden der polnischen Zoll- und Grenzbeamten aufeinanderfolgen. Wird doch z. B. die Stadt Beuthen, in wenigen hundert Metern von drei Seiten grenzumschlossen, allein durch 23 Zollstellen eingeeengt.

151

Deutsche unter Fremdherrschaft 152

Was dies bei 18 000 Straßenbahnzügen, 14 000 Kraftfahrzeugen, 10 000 Fuhrwerken, 4000 Eisenbahnzügen und über 1 600 000 Menschen, die monatlich über die Grenze hin- und herfluten, an Schikanen und Hemmungen bedeutet, braucht nicht näher erläutert zu werden. Beuthen, mit seinen 87 000 Einwohnern hat nur einen Bahnstrang, der sich nach Gleiwitz und Oppeln teilt; fünf andere wurden durch die Grenzziehung glatt abgeschnitten. Gleiwitz mit 104 000 Einwohnern hat mit Rybnik und Pleß den ganzen Süden verloren. Hindenburgs, der mit 120 000 Einwohnern größten Stadt, Stadtgrenze ist auf 16 Kilometer gleichzeitig Reichsgrenze. Die nur 16 Kilometer voneinander liegenden Nachbarstädte Hindenburg und Beuthen haben noch keine direkte Eisenbahnverbindung. Auf einem Umweg über Gleiwitz müssen 27 Kilometer auf der Eisenbahn zurückgelegt werden. Ferner fehlt eine direkte, auch aus wirtschaftlichen Gründen sehr wichtige Bahnverbindung von Gleiwitz nach Ratibor, um nicht von den fehlenden Verbindungen der Städte mit den Landorten und dieser unter sich zu sprechen.“ Oertzen führt folgende Großunternehmungen auf, die durch die neue Grenze zerrissen wurden: die Unternehmungen der Grafen Henckel von Donnersmarck, Gräflich von Schafgottsche Verwaltung, Hohenlohe-Werke, Gräflich von Ballestremsche Verwaltung, das älteste deutsche Bergbauunternehmen Giesches Erben, Oberschlesische Stahlwerksgesellschaft, Oberschlesische Eisenbahnbedarfsaktiengesellschaft, Kattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Interessengemeinschaft Bismarckhütte-Huldschinsky-Werke u. v. a. Um das ganz modern eingerichtete Knappschafts-Lazarett Rudahammer den Polen zuzusprechen, wurde ein ganz spitzer Keil in deutsches Gebiet vorgetrieben, wodurch die direkte Verbindungsstraße zwischen Hindenburg und Beuthen unterbrochen wird. Die Straßenbahnwagen auf dieser Strecke werden kurz vor Rudahammer von polnischen Beamten plombiert, zehn Minuten jenseits des Ortes werden die Plomben wieder entfernt! Die 900 Verkehrswege, darunter 68 Bahnen und 144 Chausseen, wurden auf diese Weise durch die neue Grenze zerschnitten! – Der Eindruck in Deutschland war vernichtend. „Niemals hat ein so hartes Geschick unser Land befallen, nicht im Frieden und nicht im Kriege.

152

5. Kapitel: Allgemeine Erbitterung 153

Es macht uns wieder einmal furchtbar klar, was es heißt, den Krieg verloren zu haben,“ erklärt der Demokrat Rathenau. „Die Entscheidung über Oberschlesien ist und bleibt juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Torheit, wirtschaftlich ein Verbrechen,“ sagte der oberschlesische Prälat Ullitzka, ein Zentrumsabgeordneter im Reichstag. Die Regierung Wirth trat am 22. Oktober zurück. Fünf Monate lang habe das Kabinett eine Politik geführt, welche getragen gewesen sei von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ernstesten Willen zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiedererstarkung Europas beizutragen. Niemals werde das

deutsche Volk den Verlust Oberschlesiens, den es wehrlos hinnehmen müsse, verschmerzen. - Fünf Tage später sandte die Reichsregierung eine Note an die Pariser Botschafterkonferenz, daß die Teilung Oberschlesiens nicht nur eine Ungerechtigkeit, sondern eine Verletzung des Versailler Vertrages darstelle. Aus Paris wurde lediglich kühl geantwortet, man halte den deutschen Protest für unbegründet, null und nichtig. Die deutsche Regierung wurde höchstens aufgefordert, dafür zu sorgen, daß keine unruhigen Elemente in Oberschlesien eindringen, denn für alle dort entstehenden Unruhen müsse man Deutschland verantwortlich machen.

Der polnische Sejm war natürlich unzufrieden, da nicht alle Wünsche Polens erfüllt seien. Ministerpräsident Ponikowski erklärte im Namen der Regierung am 27. Oktober, der Entscheidungstag sei leider nicht, wie erwartet, ein Tag der Freude, da viele tausend Polen jenseits der Grenze blieben. Die polnische Regierung werde dafür sorgen, daß für die in Gleiwitz und Beuthen Verbliebenen alle Garantien und Rechte eingehalten würden, wie sie selbst auch die Rechte der zu Polen gekommenen Minderheit vertragsmäßig schützen werde. Polen sei ja nun gezwungen, die Entscheidung des Botschafterrates anzunehmen, und wolle nun nach der Grenzbestimmung den Weg friedlicher Arbeit betreten. Nicht nur in Deutschland herrschte große Erbitterung gegen die Völkerbundsentscheidung.

153

Deutsche unter Fremdherrschaft 154

Der spanische Abgeordnete Olascoaga nannte in der Deputiertenkammer die Entscheidung einen Hohn auf die Gerechtigkeit. In der Welt gelte nur noch die brutale Gewalt. Macdonald sprach von einem „Irrtum“, Lloyd George sogar von einem „zum Himmel stinkenden Vorfall“. Am schlimmsten aber äußerte sich Francesco Nitti, der von 1919 bis 1920 italienischer Ministerpräsident gewesen war. In seinem Buche „Das friedlose Europa“ finden sich folgende interessanten Ausführungen: „Alle Gewalttaten in Oberschlesien, die verhindern sollten, daß die Volksabstimmung günstig für Deutschland ausfiele, sind nicht nur geduldet, sondern von langer Hand vorbereitet worden. Als ich Chef der italienischen Regierung war, gab mir der Vertreter der deutschen Regierung in Rom, von Herf, beglaubigte Nachrichten über das, was im Werke war, und am 30. April 1920 lieferte er mir in einer Audienz, die ich ihm als Ministerpräsident gewährte, die Beweise, was eigentlich die polnische Organisation war, wohin sich ihre Ziele richteten, worin ihre Einnahmequellen bestanden. Wie alle Welt weiß, ist die Volksabstimmung vom 20. März 1921, ungeachtet der Gewalttaten und ungeachtet des offiziell beschützten Räuberunwesens, günstig für Deutschland ausgefallen. Von 1 200 636 Stimmen gehören 717 222 den Deutschen und 483 514 den Polen. Die 664 reichsten, blühendsten und bevölkertsten Gemeinden ergaben eine Mehrheit für die Deutschen, 597 Gemeinden ergaben eine Mehrheit für die Polen. Das Gebiet von Oberschlesien mußte nach dem Vertrage, nach der Volksabstimmung, nach der elementarsten internationalen Ehrenhaftigkeit sofort Deutschland zugesprochen werden. Aber da man ja die oberschlesische Kohle Deutschland nicht überlassen wollte, und da eine neue Konzentration von Eiseninteressen vorlag, welche drängte und schob, wurde auch der Vertrag von Versailles zum chiffon de papier. Anstatt das Ergebnis der Volksabstimmung anzuerkennen, wie es erste Pflicht gewesen wäre, hat man zu Sophismen gegriffen, die auf ungemein schwachen Füßen standen. Artikel 88 des Versailler Vertrages besagt nur, daß die Einwohner Oberschlesiens aufgefordert werden sollen, mit Hilfe der Volksabstimmung kundzutun, ob sie mit Deutschland oder mit Polen vereinigt zu werden wünschten.

154

5. Kapitel: Nitti über Oberschlesien 155

Jetzt galt es, eine Spitzfindigkeit auszuklügeln! Der Annex des Teiles VIII setzt die Art und Weise fest, wie man bei der geheimen Abstimmung zu Werke gehen soll, und erklärt das ganze Verfahren. Sechs Artikel wurden darüber verfaßt. Nummer 4 besagt, daß ein jeder in der Gemeinde, in der er wohnhaft ist, abstimmen soll oder in der, wo er geboren ist, wenn er keinen Wohnsitz in dem Gebiete hat. Das Ergebnis der Abstimmung soll gemeindeweise, entsprechend der Stimmenmehrheit in jeder Gemeinde, festgesetzt werden.

Das bedeutet also, daß die Ergebnisse der Abstimmung, wie es bei den politischen Wahlen fast in allen Ländern üblich ist, Gemeinde für Gemeinde kontrolliert werden sollten: dies sind die Modalitäten der Abstimmung, wie die Anlage sie vorschreibt. Statt dessen hat man versucht, um Deutschland seiner Kohlen zu berauben, und versucht immer noch, den Vertrag nicht in Anwendung zu bringen, das Prinzip der Unteilbarkeit des Landes zu verletzen und die erzhaltigen Bezirke Polen zuzuschreiben. Die Volksabstimmung ist nicht als ausschlaggebend anerkannt worden, und da sich Frankreich und Großbritannien nicht einigen konnten und Italien in seiner Politik schwankte, hat man den Völkerbundsrat befragen wollen (worüber denn, nachdem die Volksabstimmung gesprochen hatte?). Und der Völkerbund hat eine Entscheidung getroffen, die ebenso sehr dem Rufe seiner Lauterkeit wie dem seines sittlichen Verantwortlichkeitsgefühl schadet, was ja genau so schlimm ist... Es ist nicht das edle, das demokratische Frankreich, das die Fäden bei diesem Spiele in der Hand hat. Es ist vielmehr die gesamte neu entstandene plutokratische Struktur, die nun die gleichen schlimmen Allüren zur Folge hatte wie sie vor dem Krieg die deutsche Eisenindustrie annahm. Es ist das nämliche Vorgehen, gegen das Lloyd George bei mehr als einer Gelegenheit auf das entschiedenste Einspruch erhoben hat und für das er so manches scharfe Wort gefunden hat, an das man nicht zu erinnern braucht.

155

Deutsche unter Fremdherrschaft 156

Es ist dieselbe Bewegung, die in Italien mit Hilfe ihrer Organe Unruhe hervorgerufen hat und die nur einem Ziele zustrebt, die deutsche Industrie zu vernichten und dann im Besitze der Kohle die Eisenindustrie und die von ihr abhängigen Industrien in Europa zu monopolisieren ...

Man braucht nicht seine Zeit damit zu verschwenden, um nachzuweisen, aus welchen geographischen, ethischen und wirtschaftlichen Gründen Oberschlesien mit Deutschland vereint bleiben müßte. Es ist eine nutzlose und nach dem Ergebnis der Volksabstimmung für die Logik sogar beleidigende Beweisführung! Wenn nicht etwa Vertragsverletzung als Recht des Siegers angesehen wird, so kann wahrlich nach der Abstimmung, bei der ungeachtet der Gewalttätigkeiten drei Viertel der Bevölkerung für Deutschland stimmten, für eine Diskussion kein Stoff mehr vorhanden sein ... Polen ist das letzte Land in Europa, das sich das Recht anmaßen darf, über den Vertrag zu klagen, weil Polen sich nicht den Versailler Vertrag erobert hat. Polen hat sich seine Freiheit nicht selbst verdient und müßte mehr als jedes andere Land das kleinste Komma des Vertrages respektieren. Es verdankt seine Freiheit Italien, Frankreich und Großbritannien.“

So ging das östliche Oberschlesien von Deutschland. Ein Spruch des Unrechts riß das Glied vom Rumpfe des deutschen Volkes. - Sieben Monate dauerte es, bis schließlich in Genf das deutsch-polnische Abkommen freigestellt war. Am 15. Mai 1922 wurde es unterzeichnet. In 606 Artikeln regelte es auf fünfzehn Jahre die Internationalisierung der auf so wahnsinnige Weise zerrissenen ober-schlesischen Wirtschaft und das Recht und den Schutz der Minderheiten. Durch die Internationalisierung der Industrie auf fünfzehn Jahre sollte vorerst die mörderische Wirkung der Zerreißung behoben und die Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes gewahrt werden. Ein Fünfmännerkollegium, bestehend aus zwei Deutschen, zwei Polen und dem früheren Präsidenten der Schweiz Calonder als Vorsitzenden, wurde eingesetzt, damit es über der Ausführung des Genfer Abkommens

wachen sollte.

156

5. Kapitel: Genfer Abkommen 157

In dem „deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien“ von Genf ist eigentlich zum erstenmal (nach dem nicht so umfassenden lettländischen Minderheitengesetz von 1919) in umfassender Weise das europäische nationale Minderheitenrecht geformt worden, und zwar in einer loyalen Weise, die kaum noch überboten werden konnte. So wurde darin bestimmt, daß von den Behörden die Zugehörigkeit zu einer völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit weder nachgeprüft noch bestritten werden dürfe; daß zwischen Mehrheits- und Minderheitsbürgern keinerlei Unterscheidung zu machen sei, insonderheit, daß Behörden und Beamte Minderheitsbürger nicht verächtlich machen dürfen und zu ihrem Schutze einzuschreiten hätten. Besonders das Schulwesen wurde genau geregelt. Minderheitsschulen mußten errichtet werden, wenn wenigstens vierzig Erziehungsberechtigte dies verlangten. Die Minderheitsschule dürfe dann wieder geschlossen werden, nach einem Jahre, wenn weniger als zwanzig, nach drei Jahren, wenn in der ganzen Zeit weniger als vierzig Kinder sie besuchten. Die Minderheitssprache wurde für Kreistage, Gemeindevertretungen, Gemeindeversammlungen, zum Teil auch vor Gericht anerkannt. Im deutschen wie im polnischen Oberschlesien sollte je ein Minderheitsamt als Beschwerdestelle errichtet werden. Die beiden Minderheitenämter unterstanden dem Präsidenten der Gemischten Kommission, Calonder.

Am 15. Juni 1922 wurde Ostoberschlesien in aller Form den Polen übergeben. Fünf Tage später wurde Kattowitz eine polnische Stadt. Innerhalb dreier Wochen mußten die deutschen Behörden das deutsche Reichs- und Staatseigentum an Polen ausliefern und dann das abgetretene Gebiet verlassen. Anfang Juli 1922 verließen die alliierten Besatzungstruppen das Land. Am 9. Juli übergab die Interalliierte Abstimmungskommission in Oppeln die Regierungsgewalt dem Oberpräsidenten der jungen preußischen Provinz Oberschlesien, die jetzt erst richtig zu bestehen anfang. In Ostoberschlesien richteten sich die Polen ein und begannen ein Regiment grausamer Deutschenverfolgungen aufzurichten, das sich um das Minderheitenabkommen nicht im geringsten kümmerte.

157

SECHSTES KAPITEL

Polens Vernichtungskampf gegen deutsches Volkstum und deutsche Kultur 158

Mitte 1922 galt der polnische Staat gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages als konsolidiert. Er befand sich, wenn auch nach viel Blutvergießen, im Besitze derjenigen Teile deutschen Landes, die ihm von den Alliierten zugesprochen waren: Westpreußen, Posen und Oberschlesien, 46 385 Quadratkilometer mit 3 954 000 Einwohnern, wovon 1 550 000 Deutsche waren. Das war in bezug auf den Landumfang 13 Prozent des gesamten polnischen Staates, in bezug auf die Gesamtbevölkerung 14 2/3 Prozent.

Die Polen fühlten sich unsicher im Besitze des einst deutschen Landes. Sie hatten es zwar, aber wer wußte, ob man es ihnen nicht wieder entreißen würde! Fast die Hälfte der Bewohner waren Deutsche, und die Deutschen aller Richtungen wurden nicht müde, feierliche Proteste gegen die Abtrennung der östlichen Gebiete zu erheben und stets ihren Anspruch auf die vom Mutterlande gewaltsam abgerissenen Landesteile zu betonen. Die Deutschen hatten ja überhaupt nicht freiwillig die neuen Ostgrenzen anerkannt, sie waren bereit, darüber herrschte in Polen kein Zweifel, diese Grenzen bei der ersten besten Gelegenheit wieder zu beseitigen. Hiergegen mußten sich die Polen beizeiten schützen. Das sicherste Recht Polens auf den Besitz der Weichsel- und Oderprovinzen beruhte ohne Zweifel in dem Nachweis,

daß die umstrittenen Landesteile nicht eine deutsche, sondern eine polnische Mehrheit, ja, überhaupt nur eine polnische Bevölkerung hatten!
Nicolo Machiavelli hatte 1532 ein Buch veröffentlicht, das den Titel „Der Fürst“ trug. Es war dies eine Anleitung für einen Herrscher, wie er ein einiges, freies, nationales Italien schaffen müsse. Hierin befand sich der Rat, daß der Herrscher am ehesten über neueroberte Länder herrschen würde, wenn er die Städte, die er dort antreffe, zerstören werde. So, wie die Römer es mit Karthago gemacht hatten.
158

6. Kapitel: Vertreibung der Deutschen 159

Zerstörung der Städte - Ausrottung der Bevölkerung, das waren die seit Jahrtausenden in solchen Fällen bewährten Mittel, und sie schienen auch, vierhundert Jahre nach Machiavelli, den Polen geeignet, um deutsches Land polnisch zu machen.

Stanislaus Grabski tat im Oktober 1920 diesen Ausspruch: „Wir wollen unsere Beziehungen auf die Liebe stützen. Aber es gibt eine andere Liebe für die Landsleute und eine andere für die Fremden. Ihr Prozentsatz bei uns ist entschieden zu groß. Posen kann uns den Weg weisen, in welcher Weise der Prozentsatz von Fremden von vierzehn oder sogar zwanzig Prozent auf anderthalb Prozent gebracht werden kann. Das fremde Element wird sich umsehen mühen, ob es sich nicht anderswo besser befindet. Das polnische Land ist ausschließlich für die Polen da.“

Dann kamen die schweren Monate nach der Friedensratifikation. Entgegen allen internationalen Abmachungen wurde den Deutschen in den polnischen Gebieten aufs schwerste zugesetzt. Unruhen unter der polnischen Bevölkerung vertrieben die Deutschen aus den Städten, und Posen, Bromberg, Thorn, Dirschau waren alsbald polnische Städte, ihr deutscher Charakter verschwand. Fester saßen die deutschen Bauern. Auch ihnen ging man mit Schikanen und Gewaltmaßregeln zu Leibe. Einer Deputation von deutschen Domänenpächtern entgegnete Witos, der polnische Ministerpräsident, daß dies der erste Stoß gegen die deutsche Intelligenz sei, es sei höchste Zeit, daß die sogenannten deutschen Kulturträger verschwinden. Bereits im September 1921 war die Zahl der in Westpreußen und Posen ansässigen Deutschen von 1 112 000 (1910) auf 547 000 zurückgegangen. Die Mehrzahl der Deutschen war gewaltsam aus ihrer Heimat verdrängt worden. –

Nach Artikel 90 des Versailler Vertrages wurde die polnische Staatsangehörigkeit ipso facto und unter Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit von denjenigen bisher deutschen Staatsangehörigen erworben, die in den von Deutschland abgetretenen Gebieten Westpreußen und Posen ihren Wohnsitz hatten. Ausgenommen hiervon waren aber diejenigen Deutschen und ihre Nachkommen, welche nach dem 1. Januar 1908 in diesen Gebieten ansässig geworden waren.

159

Deutsche unter Fremdherrschaft 160

Sie konnten die polnische Staatsangehörigkeit nur durch besondere Genehmigung des polnischen Staates erwerben. Diejenigen Deutschen aber, die zu der ersten Gruppe gehörten, durften, sofern sie älter als achtzehn Jahre waren, bis zum 10. Januar 1922 für die deutsche Staatsangehörigkeit optieren, so daß sie, wenn sie es wünschten, als in Polen lebende deutsche Ausländer galten. Dasselbe Recht wurde den in Deutschland lebenden Polen zugestanden. Die Polen kehrten sich nicht an die zweijährige Optionsfrist. Als der russische Krieg das Land bedrohte, 1920, hielten sie Massenmusterungen unter den Deutschen ab und zwangen sie, entweder in das polnische Heer einzutreten oder, wenn sie das nicht wollten, sofort für Deutschland zu optieren. Etwa 27 000 bis 30 000 in Westpreußen-Posen lebende Deutsche, also kaum drei Prozent, hatten im Laufe der Zeit für Deutschland

optiert, während die polnischen Optanten in Deutschland kaum die Hälfte dieser Zahl erreichten.

Die Vertreibung der Deutschen war das Hauptziel der polnischen Politik seit 1920. Denjenigen Deutschen, die nach dem 1. Januar 1908 nach Westpreußen und Posen gekommen waren, wurde von vornherein das polnische Staatsbürgerrecht verweigert, ja, sofern sie nicht schon freiwillig das Land verlassen hatten, wurden sie drakonisch gequält und in Massen ausgewiesen. Im Herbst 1920 wendete die polnische Regierung eine Verordnung an, die während des Bolschewistenkrieges entstanden war und bestimmte, daß staatsgefährliche Persönlichkeiten drei Monate in Haft genommen werden dürfen. Die polnischen Häscher fielen jetzt über die Wohnungen der Deutschen her, veranstalteten Haussuchungen, Beschlagnahmen, Verhöre, verhafteten und wiesen aus. Das waren die üblichen Gewaltmethoden, die von nun an jahrelang angewandt wurden.

Dann wurden Gesetze geschaffen, welche die Ausrottung der Deutschen zum Ziele hatten. Der polnische Staat sicherte sich bei Land- und Hausverkäufen das Vorkaufsrecht, machte den Besitzwechsel von der Genehmigung der polnischen Ansiedlungskommission abhängig, welche stets die Anträge ablehnte, weil sie den Grundsätzen der inneren Kolonisation widersprächen. Das Erbrecht der Siedler wurde aufgehoben.

160

6. Kapitel: Gesetze gegen die Deutschen 161

Starb ein Siedler, so machte der polnische Staat von dem noch aus preußischer Zeit stammenden Wiederkaufsrecht Gebrauch und enteignete gegen geringe Entschädigung die Erben. Eine tiefe Mutlosigkeit ergriff die deutschen Siedelbauern, und viele von ihnen verkauften Hals über Kopf ihr kleines Anwesen und wanderten nach Deutschland.

Ein brutales Gesetz wurde am 14. Juli 1920 in Kraft gesetzt. Danach mußten zweihundert Domänenpächter ohne jede Entschädigung die Domänen räumen und ebenso mußten alle deutschen Ansiedler, die bei Kriegsende zwar ihr Landgrundstück gegen Bezahlung und dauernde Rente als Eigenrum erworben, aber noch nicht die gerichtliche Auflassung erhalten hatten, ebenfalls ohne jede Entschädigung ihren Grund und Boden räumen. Wenn sie sich weigerten, wurden sie nach vorangegangem Gerichtsurteil exmittiert. Die Verfahren wurden im Riesenausmaß durchgeführt. So teilte z. B. das polnische Ansiedlungsamt in Posen am 19. Oktober 1921 tausend deutschen Ansiedlerfamilien mit, daß ihr Besitz Eigentum des polnischen Staates sei, und daß sie bis zum 1. Dezember, also innerhalb sechs Wochen, ihr Anwesen zu räumen hätten! Insgesamt sind auf diese Weise binnen zweier Jahre viertausend deutsche Ansiedlerfamilien, die auf Grund des preußischen Ansiedlungsgesetzes von 1886 in den Jahren vor 1919 in die Weichselprovinzen gekommen waren, als Geächtete, als Bettler von ihrer Scholle vertrieben worden. Etwa 60 000 Hektar Ackerland fielen so den Polen in die Hände.

Der „Deutschtumsverband zur Wahrung der Minderheitenrechte“, der sich im Mai 1921 durch den Zusammenschluß der „Deutschen Vereinigung“ und der bürgerlichen Elemente der „Deutschen Zentralgemeinschaft der politischen Parteien“ gebildet hatte, beschwerte sich zwar 1922 beim Völkerbund über dies Verfahren, und der Völkerbund entschied im September 1923 auch zugunsten der Siedler, aber es war bereits zu spät. Die Deutschen hatten Haus und Hof verloren und hatten bereits Polen verlassen.

Die Polen, gereizt durch den Widerstand der Deutschen, holten jetzt zu einem schweren Schläge gegen die deutsche Volkstumsorganisation aus. Der im Februar 1922 von den Polen gegründete Verein zum Schutze der Westmarken wurde die treibende Kraft der gegen die deutschen gerichteten Verdrängungspolitik.

161

Den Auftakt bildete der Konitzer Spionageprozeß, der im Herbst 1922 gegen den jugendlichen Scherff begonnen wurde. Zweiundzwanzig Monate mußte Scherff mit seinen Leidensgefährten in Untersuchungshaft verbringen, bis das Oberste Gericht das Urteil des Konitzer Bezirksgerichtes, das auf vier Jahre sieben Monate Zuchthaus lautete, aufhob. Aber dies war nur das Vorspiel. Im Mai 1923 verfügte der pommerellische Woiwode Brejski, ein wütender Deutschenhasser, die Auflösung des Deutschtumsbundes wegen Geheimbündelei, Sabotage von Verwaltungsmaßnahmen, Anmaßung von Amtsbefugnissen usw. Tagelang durchsuchte im Mai und Juni die Polizei die Geschäftsstellen des Deutschtumsbundes in allen Städten, beschlagnahmte die Akten, und versiegelte die Büroräume. Sogar in die Wohnung des durch die Immunität geschützten Senators Hasbach drangen die Häscher ein. Dann erstreckte man diese Maßnahmen auf den deutschen Wohlfahrtsbund und den deutschen Schulverein in Bromberg. Im August ging man ebenso in Posen vor. Der Hauptverein deutscher Bauernvereine wurde nicht verschont, da man ihn mit dem Deutschtumsbunde gleichsetzte.

In allen polnischen Zeitungen konnte man es lesen, welch riesenhafter und „staatsfeindlicher“ Organisation man auf die Spur gekommen sei. Als aber das Gerichtsverfahren gegen die Führer eröffnet wurde, blieb es mangels belastender Beweise in der Voruntersuchung stecken. Doch man mußte die Deutschen unter Druck halten. So zog man das Verfahren gegen die deutschen Führer Heideck, Gräbe und neun andere bis Anfang 1930 hin, lediglich, um das Wiederaufleben des Deutschtumsbundes zu verhindern und den Deutschen ihre Stütze zu nehmen. Nachdem sich endlich in den Kellergewölben des Thorner Bezirksgericht 120 Zentner Akten angesammelt hatten, erhob der Staatsanwalt Anklage gegen vierzig Personen wegen „Verhinderung von behördlichen Maßnahmen durch ungesetzliche Mittel“, „Vergehen gegen das Spionagegesetz“, „Vorbereitung zum Hochverrat“ und „diplomatischen Verrat“. Beweise gab es nicht unter den albernsten Dingen, die der polnische Staatsanwalt anführte.

162

6. Kapitel: „Spionage“ 163

Er mußte selbst sagen: „Wieweit diese Spiongearbeit von den Mitgliedern des Deutschtumsbundes geleistet wurde, ist aus dem beschlagnahmten Aktenmaterial dokumentarisch nicht zu belegen.“ Dennoch war die „Zusammenarbeit“ der Angeklagten mit dem deutschen „Kyffhäuserbund“ Beweis genug, um wegen „Hochverrates“ monatelange Gefängnisstrafen zu verhängen, die das Posener Appellationsgericht am 30. Juni 1931 bestätigte. - Die Polen aber hatten erreicht, was sie wollten: die Deutschen waren schutzlos ihrer Willkür preisgegeben. Nur eine kleine und beschränkte Organisation konnten sie wieder aufbauen, die lediglich im Schutze der Immunität der deutschen Sejm- und Senatsabgeordneten bestehen konnte. Das Deutschtum war seiner Stütze beraubt und in seiner Sicherheit schwer erschüttert. Während so der Deutschtumsbund geknebelt worden war, machte die Verdrängung der Deutschen weitere rasende Fortschritte. Ein beliebtes Mittel des polnischen Staates war die Liquidation deutschen Grundbesitzes, für welche häufig recht zweifelhafte Rechtsgründe angeführt wurden. Da es den Deutschen durch allzu kurze Fristsetzung sehr oft unmöglich gemacht wurde, ihre Besitzungen freihändig zu verkaufen, kamen die Polen billig zu deutschen Gütern. Der Freiherr von Fircks erhielt für sein Gut im Kreise Radolin eine Viertelmillion Goldzloty, während es einen Wert von dem achtfachen Betrage hatte. Die großen Besitzungen der Frau von Hindersin im Kreise Lissa wurden von der Liquidierungskommission auf vierzigtausend Dollar geschätzt, während die gerichtliche Taxe mehr als das Elffache betrug! Am 27. Mai 1927 hielt die Liquidationskommission ihre 250. Sitzung ab und stellte fest, daß sie innerhalb dreier Jahre 4000 ländliche Besitzungen und 2000 städtische und gewerbliche Grundstücke mit insgesamt 200 000

Hektar Grundfläche „liquidiert“, d. h. der deutschen Minderheit geraubt hatte. Von diesen 4000 ländlichen Besitzungen gehörten drei Viertel abermals Ansiedlern und Kleinbesitzern!

Um die dauernde Angst vor den polnischen Liquidationen von den Deutschen zu nehmen, schloß die deutsche Regierung mit der polnischen im Herbst 1929 ein Liquidationsabkommen, durch welches der Rest der deutschen Siedler, 9000 Familien mit etwa 60 000 Köpfen und etwa 60 000 Hektar Grundbesitz vor der Verdrängung zu schützen.

163

Deutsche unter Fremdherrschaft 164

Das hinderte die Polen aber nicht, während der Verhandlungen mit Berlin weiter zu liquidieren. Trotzdem die Besitzer bereits vor dem 10. Januar 1920 die polnische Staatsangehörigkeit erworben hatten, wurden z. B. vom 29. April bis 11. Mai 1929 die Besitztümer von 43 deutschen Familien, am 1. Oktober zehn deutsche Güter, am 4. Oktober in den Kreisen Berent, Thorn und Posen drei weitere deutsche Güter liquidiert. –

Und dann kam das Zwischenspiel der barbarischen Optantenausweisungen. Ein großer Teil der Optanten war bereits in den ersten Jahren nach dem Kriege ausgewandert, aber es war noch ein erheblicher Teil im Lande, zum großen Teil junge Leute ohne Grundbesitz.

Die polnische Regierung nahm für sich das Recht in Anspruch, die in ihren Gebieten wohnenden Optanten in erster Linie als Ausländer ausweisen zu dürfen. Die Warschauer Regierung hatte hiervon bereits ausgiebig Gebrauch gemacht, soweit nicht Tausende von Optanten bereits freiwillig das Land verlassen hatten. Auf deutsches Drängen erhob der Völkerbund Einspruch gegen diese rigorose Handlungsweise der Polen, und eine Völkerbundskommission unter Vorsitz von Kaekkenbeek beschäftigte sich mit dem Streitfall. Diese Kommission fällte am 30. August 1924 in Wien einen Schiedsspruch, der dahin lautete, daß Polen innerhalb bestimmter Fristen die deutschen Optanten ausweisen dürfe; dasselbe Recht wurde auch dem Deutschen Reiche als Vergeltungsmaßnahme gegenüber den polnischen Optanten zugestanden.

Die deutsche Delegation in Wien ersuchte jetzt durch unmittelbare Verhandlungen mit den Polen die Härte des Schiedsspruches zu mildern, allein umsonst. Alle Bemühungen scheiterten am polnischen Widerstande, nur geringfügige Erleichterungen wurden erreicht. Die polnische Regierung bestimmte, daß bis zum 1. August 1925 zehntausend deutsche Optanten das Land zu verlassen hätten, der Rest, es waren vielleicht noch sieben- bis zehntausend, bis zum 1. November 1925, bzw. bis zum 1. Juli 1926.

164

6. Kapitel: Optantenausweisung 165

Im Dezember 1924 wurde das Wiener Abkommen unterzeichnet. Noch einmal versuchte Deutschland, das den Optanten drohende Verhängnis abzuwenden. Das Auswärtige Amt in Berlin beauftragte die deutsche Gesandtschaft in Warschau, in dringlicher Form bei der polnischen Regierung auf einen Verzicht der Ausweisungsbefugnis, bzw. auf eine Einschränkung des Kreises der Abwanderungspflichtigen hinzuwirken. Bis zum Juli 1925 zogen sich die Verhandlungen hin, hatten aber keinen Erfolg. Nicht einmal der Wunsch wurde berücksichtigt, Greise, Schwerkriegsbeschädigte, Witwen und Waisen von der Auswanderungspflicht auszunehmen.

Die deutschen Konsulate in Posen und Thorn hatten bereits im Februar 1925 mit organisatorischen Maßnahmen begonnen und den Auswanderern gedruckte Verhaltensmaßregeln, Abwanderungspapiere und, wo es nottat, Geldbeihilfen ausgehändigt. Die Optanten konnten, wenn alles mit der nötigen Ruhe und Ordnung

durchgeführt wurde, die Rückwanderung antreten, ohne das deutsche Durchgangslager von Schneidemühl zu berühren, und es war den deutschen Behörden gelungen, bereits 5700 Vertriebene in deutschen Arbeitsstellen unterzubringen. Von den 15 000 polnischen Optanten hatten aber bis zum 1. August 1925 nur etwa 3500 das Reichsgebiet verlassen.

Am 5. August 1925 forderten plötzlich die polnischen Behörden die restlichen 9000 deutschen Optanten, die bis zum 1. August das Land verlassen sollten, auf, binnen 48 Stunden Polen zu verlassen. Wenn auch Deutschland dieses Vorgehen mit der gleichen Maßnahme gegen die polnischen Optanten beantwortete, so gab es doch unter den Unglücklichen, die in Polen gewaltsam von Haus und Hof vertrieben wurden und wie die Bettler flüchten mußten, große Verwirrung und Bestürzung. Ein Strom von jammernden Menschen, die nichts als ein paar kümmerliche Habseligkeiten bei sich führten, ergoß sich an die polnische Westgrenze, um Deutschland zu erreichen. Ratlose Greise, verzweifelnde Frauen, jammernde und schreiende Kinder zeichneten die Spur der Grausamkeit und des Elends, das eine kulturlose Regierung über deutsches Blut gebracht hatte.

165

Deutsche unter Fremdherrschaft 166

Die Not der Flüchtlinge wurde noch dadurch vermehrt, daß das Durchgangslager von Schneidemühl nur fünfhundert Personen faßte und die Reichsregierung auf eine derart große Menge von Einwanderern nicht vorbereitet war. –

Bis Ende 1926 waren fast alle deutschen Optanten aus den Weichselprovinzen ausgewiesen. –

Diese Grausamkeit gegen die deutschen Optanten suchte Polen vor sich selbst damit zu begründen, daß es „sein“ Land entdeutschen und zu einem rein polnischen machen wollte, da sich die deutsche Regierung beharrlich weigerte, die Ostgrenze Deutschlands anzuerkennen, und infolgedessen auch die Einbeziehung der Ostgrenze in den Locarno-Pakt, wie Frankreich das vorschlug, ablehnte.

In seinem Agrarreformgesetz vom August 1923 schuf sich Polen ein neues und weiteres Kampfmittel gegen die deutschen Grundbesitzer. Es wurde bestimmt, daß von 1926 an zehn Jahre lang jährlich 220 000 Hektar zu Siedlungszwecken parzelliert werden sollten, mit der selbstverständlichen Ergänzung, daß der Löwenanteil auf den deutschen Grundbesitz zu entfallen habe. Dies Gesetz wurde am 20. Juli 1925 deshalb mit 200 Stimmen gegen 90 der Großgrundbesitzer, Deutschen, Ukrainer, Weißrussen dahin erweitert, daß in erster Linie alle Güter deutscher Ansiedler zu enteignen seien, deren Vorbesitzer das Gut von den Vorfahren unter der Bedingung übernommen, es nicht an polnische Käufer weiterzugeben, was bei neun Zehnteln aller deutschen Ländereien der Weichselprovinzen der Fall war. Es war ein altes Lied in neuer Melodie. In den ersten Jahren, 1926, 1927, 1928, gaben die deutschen Grundbesitzer das Land, das der polnische Staat forderte, freiwillig her. 1929 mußten bereits 2600 Hektar zwangsweise enteignet werden. Innerhalb dieser vier Jahre wurden für Siedlungszwecke in Pommerellen insgesamt 20 500, in Posen 10 500 deutsche Hektar vom polnischen Staat übernommen. Ende 1929 standen die Dinge so, daß die deutschen Grundbesitzer durch die mannigfaltigen Schikanen der Polen von den fünf Viertel Millionen Hektar deutschen Besitzes in den beiden Weichselprovinzen ein volles Fünftel bereits verloren hatten. In Pommerellen betrug die deutsche Grundfläche 58 Prozent, die polnische 42 Prozent; aber durch das Agrarreformgesetz wurden 81 Prozent der deutschen und nur 10 Prozent der polnischen Fläche angegriffen.

166

6. Kapitel: „Agrarreform“ 167

In Posen machte die deutsche Fläche 33, die polnische 67 Prozent aus. Aber von der

deutschen Fläche wurden 69 Prozent, von der polnischen nur 31 Prozent für Siedlungszwecke herangezogen. Deutschstämmige Landwirtssöhne waren natürlich von der Siedlung ausgeschlossen. Am schwersten hatte Pommerellen zu leiden. In der Gegend von Dirschau, Pr.-Stargard, Karthaus, Putzig, Konitz, im Ostteil des pommerischen Kreises Lauenburg waren bis Ende 1929 ein bis zwei Drittel, vereinzelt sogar vier Fünftel des deutschen Grundbesitzes weggenommen. In den Gebieten von Graudenz, Thorn, Kulm hatten die Deutschen durchschnittlich drei Viertel ihres Besitzes verloren! In Posen wurden besonders die Grenzgebiete bei Birnbaum, Bentschen, Lissa von dieser polnischen Enteignungspolitik betroffen. Jahr für Jahr ging das so weiter. 1930 wurden in den Weichselprovinzen 10 000 Hektar deutscher und 3820 Hektar polnischer Besitzer parzelliert. 1932 war das Verhältnis dieses: in Posen 3048 Hektar deutschen und 3889 polnischen Besitzes, in Pommerellen aber 5744 deutschen und 1952 Hektar polnischen Besitzes. Eigentlich hätten ja nach dem Gesetz in den Weichselprovinzen jährlich 12 500 Hektar deutschen Besitzes enteignet werden müssen, aber die Finanzlage des polnischen Staates ließ die Erreichung dieser hohen Quote nicht zu. Immerhin war der Erfolg der polnischen Siedlungspolitik der, daß ein großes deutsches Kulturwerk, das in mühevoller Arbeit der Jahrhunderte aufgebaut worden war, rücksichtslos zertrümmert wurde. Die Ausrottung des deutschen Bauern- und Grundbesitzstandes zog den Ruin des deutschen Handwerker- und Gewerbestandes nach sich, der von der polnischen Bevölkerung boykottiert war, und der allgemeine Rückgang der deutschen Bevölkerung hatte den Rückgang der deutschen Kultur und der deutschen Schulen zur Folge. So kam es denn auch, daß in wenigen Jahren die Zahl der Deutschen in den Weichselprovinzen von 1 107 384 (1919) auf 341 505 (1926) sank, innerhalb sieben Jahren ein Verlust von rund 70 Prozent, in Pommerellen sogar ein solcher von 74 Prozent. Schwer gelitten hatten vor allem die Städte Dirschau, Graudenz, Neustadt, Stargard, Thorn, Bromberg.

167

Deutsche unter Fremdherrschaft 168

Die Polen hatten eine Völkerwanderung hervorgerufen, wie sie die europäische Geschichte in solchen Ausmaßen seit den Tagen der Westgoten und Burgunder nicht wieder erlebt hatte. Bis zum Jahre 1932 wurde die Zahl der Deutschen in den Weichselprovinzen noch um 100 000 verringert, und vielleicht ebensoviel Hektar deutschen Besitzes ging in polnische Hände über. Der deutsche Anteil am ländlichen Grundbesitz ging von 67 Prozent (1910) auf 30 Prozent, in den Städten von 60 Prozent auf 7 Prozent zurück.

Am schwersten war die Stadt Posen heimgesucht worden. Unter ihren 236 000 Einwohnern wurden im Herbst 1926 kaum noch 6000 Deutsche gezählt. Wie in den Winkel gedrückt fristeten sie hier ein stets beunruhigtes Leben. Nach der Eröffnung der Großen Polnischen Landesausstellung in Posen Sommer 1929 setzte ein großer Sturm auf die deutschen Zeitungen ein, die noch in Posen verkauft wurden. Die polnische Presse hatte gefordert, daß mit Rücksicht auf die ausländischen Besuche diese „Verfälschung des wahren Charakters der Stadt Poznan“ nicht länger geduldet werden könne. Seitdem existierte als kümmerlicher Überrest der deutschen Presse nur noch das „Posener Tageblatt“. –

War in Posen die Zahl der Deutschen auf neun Prozent ihrer ursprünglichen Zahl herabgedrückt worden, so war sie in Bromberg auf fünfzehn Prozent vermindert worden. Hier in Bromberg war noch die einzige Gemeinde deutscher Katholiken in Polen, die eine Kirche - die Jesuitenkirche - für ausschließlich deutschen Gottesdienst zur Verfügung hatte. Gelegentlich eines Besuches von Monsignore Lauri, dem päpstlichen Legaten, war den besorgten Deutschen versichert worden, daß in ihrer Kirche auch in Zukunft nur deutscher Gottesdienst gehalten werden sollte. Aber der polnische Erzbischof setzte sich über diese Zusicherung souverän hinweg. Anfang März 1930 bestimmte er, daß von nun an auch in der deutschen Kirche

polnischer Gottesdienst für die polnische Gemeinde stattzufinden habe, obwohl in Bromberg außer der Jesuitenkirche noch vier katholische Kirchen waren, in denen nur polnischer Gottesdienst gehalten wurde.

168

6. Kapitel: Zahlen über die Entdeutschung 169

Auf diese Weise wurde den katholischen Deutschen Brombergs ihre letzte Zuflucht, das Gotteshaus, genommen. So wurden auch sie, der letzte Rest eines einst starken deutschen Volkstums, entwurzelt, damit man sie um so leichter vertreiben oder entdeutschen konnte!

Die Zahl der Deutschen betrug in:

Reg.-Bezirk	1919	1926		1919	1926
Pommerellen					
Berent	20 804	6 884	Czarnikau	17 273	5 511
Briesen	24 007	7 615	Gnesen	21 461	6 222
Dirschau	22 553	4 639	Hohensalza	28 394	8 455
Graudenz-			Kolmar	34 004	14 246
Stadt	34 194	3 542	Mogilno	14 274	6 658
Graudenz-			Schubin	21 035	10 193
Land	28 698	9 317	Strelno	7 437	2 069
Karthaus	14 170	4 800	Wirwitz	34 235	13 495
Konitz	30 326	9 022	Witkowo	4 814	2 394
Kulm	23 345	7 905	Wongrowitz	16 309	8 401
Löbau	12 122	2 078	Znin	10 906	5 404
Mewe	5 493	1 269	gesamt:	315 646	107 345
Neustadt	16 557	3 436			
Putzig	7 971	3 120	Reg.-Bezirk Posen	1919	1926
Pr.-Stargard	17 165	2 909	Adelnau	7 435	9 221
Schwetz	42 233	14 538	Birnbaum	16 012	4 655
Soldau	9 232	7 312	Gostyn	6 528	2 395
Strasburg	21 097	5 467	Grätz	5 997	1 775
Thorn Stadt	30 509	2 255	Jarotschin	9 236	2 242
Thorn Land	27 757	7 107	Kempen	10 462	4 280
Tuchel	11 268	3 170	Koschmin	5 720	2 168
Zempelburg	21 554	10 866	Kosten	5 149	1 074
gesamt:	421 055	117 251	Krotoschin	18 822	4 374
Reg.-Bezirk					
Bromberg	1919	1926	Lissa	31 033	9 917
Bromberg			Neutomischel	27 247	14 801
Stadt	74 292	11 016	Obornik	22 450	9 417
Bromberg			Ostrowo	9 713	817
Land	31 212	13 281	Pleschen	6 200	2 425
			Posen Stadt	65 321	5 980

169

Deutsche unter Fremdherrschaft 170

Posen Land			Schildberg	6 169	5 030
Ost	14 102	3 050	Schmiegel	6 626	2 562
Posen Land			Schrimm	10 017	2 802
West	7 374	1 637	Schroda	6 201	2 269

Rawitsch	28 842	6 184	Wollstein	22 236	10 369
Samter	17 071	5 029	Wreschen	7 720	2 436
			gesamt:	370 683	116 909

Die Polen liebten es, ganz überraschend ihre Schläge gegen die Deutschen zu führen, um diese dauernd zu beunruhigen und zu lähmen. Im Sommer 1929 fanden plötzlich umfangreiche Deutschenverhaftungen in Pommerellen statt. Ein Studienrat, Dr. Burchardt, Führer der deutschen Wandervögel in Polen, wurde eingekerkert, weil er die deutsche Jugend militärisch ausbildete! Andere Deutsche wurden festgesetzt, weil sie polnischen Militärpflichtigen deutscher Nationalität zur Flucht über die Grenze verholfen hätten! Stundenlange Haussuchungen wurden in den Bureaus der deutschen Sejmabgeordneten in Bromberg abgehalten. Der Geschäftsführer der deutschen Vereinigung für Sejm und Senat, ein Studiendirektor, und ein Angestellter des Bureaus sowie noch fünf andere Deutsche saßen wochenlang in Untersuchungshaft. Zwei Jahre zog sich der aussichtslose Prozeß des Studienrats Dr. Dr. Burchardt vor den beiden Instanzen hin, und das Ende war, daß auch das Oberste Gericht in Warschau Anfang Juli 1931 wie die Vorinstanzen den Studienrat zu einem Jahr Gefängnis verurteilte, weil er in geheimen Beziehungen zu den deutschen Pfadfindern gestanden und insgeheim die Organisierung der deutschen Jugend in Polen vorbereitet habe!

Der Wahlkampf im Herbst 1930 ward wieder eine Schreckenszeit für die Deutschen. Pilsudski entfesselte einen Terror gegen die Deutschen, wie er in den Jahren 1920 und 1921 an der Ordnung war. Mit dem Hinweis auf die „deutsche Gefahr“ peitschte er die nationalpolnischen Haßstimmungen auf. Die polnische Westgrenze war in Gefahr! Deutschland weigerte sich, seine neuen Ostgrenzen anzuerkennen, ja, der deutsche Minister Treviranus forderte sogar Revision dieser Ostgrenzen! Deutschland war der Todfeind der Polen! Und alle Deutschen auf polnischem Boden waren Landesverräter!

170

6. Kapitel: Wahlterror 171

Sie mußten aus dem Sejm verschwinden.

So unterband man die Wahlpropaganda der Deutschen. Das „Posener Tageblatt“ wurde am Erscheinen gehindert, weil man plötzlich technische Mängel und Bauschäden entdeckte! Im Graudenzer Wahlkreise wurde die deutsche Liste kurzerhand für ungültig erklärt, und in Nordpommerellen wurden die Deutschen dörferweise wegen „fehlender polnischer Staatszugehörigkeit“ aus den Wählerlisten gestrichen! Die unbequemen deutschen Wahlredner wurden zum Heeresdienste eingezogen, die oppositionellen Abgeordneten, mehr als 40, darunter auch die Deutschen, wurden verhaftet und in der Festung Brest-Litowsk mit mittelalterlichen Torturen gequält. So wurde der Führer der Sozialisten, Dr. Liebermann, auf dem Wege nach Brest von Polizisten und Gendarmen solange geschlagen, bis er das Bewusstsein verlor! Von den furchtbaren Mißhandlungen trug er zwanzig blutende Wunden davon. Im Gefängnis mußten die Verhafteten widerwärtige Arbeiten verrichten. Sie konnten nur verunreinigtes Wasser trinken und nagten vor Hunger am Stroh ihrer Strohsäcke. Mit Stöcken und Peitschen wurden sie geschlagen. Eines Nachts zog man sie nackt aus, stellte sie mit dem Gesicht an die Wand und kündigte ihnen die Hinrichtung an. Tatsächlich schlugen Revolverkugeln neben ihren Köpfen in die Mauer!

Bis zur Sinnlosigkeit wurde die Wut der Polen gegen die Deutschen aufgepeitscht. Als die Wahlen näherrückten, im Oktober 1930, rottete sich das polnische Volk in den Straßen der Stadt Posen zusammen, zog grölend unter Führung der Studenten durch die Stadt, mißhandelte die Deutschen, plünderte und zerstörte die beiden deutschen Buchhandlungen, zertrümmerte zahlreiche deutsche Firmenschilder und schlug sämtliche Fensterscheiben im deutschen Lyzeum ein. Die Polizeibeamten standen mit verschränkten Armen dabei und wehrten nicht den Gewalttaten, die tagelang andauerten. Im Gegenteil, der Posener Polizeipräsident Dr. Drost meinte

noch: „Das ist den Deutschen recht!“.

171

Deutsche unter Fremdherrschaft 172

Ende April 1932 sollten 19 polnische Studenten wegen dieser Ausschreitungen vom Posener Amtsgericht abgeurteilt werden - sie wurden ausnahmslos freigesprochen mit der Begründung, daß die begangenen Überfälle nur eine berechnete Antwort der Posener akademischen Jugend auf die Gewalttaten gegen Polen in Deutschland seien! - Einen neuen Anlaß zur Verfolgung der Deutschen bildete die Enthüllung des Denkmals für Präsident Wilson in Posen, im Juli 1931. Die wenigen Geschäftsinhaber in Posen, die noch deutsche Firmenschilder hatten, wurden deutlich aufgefordert, die deutschen Inschriften bis zum 1. August zu entfernen. Für den Fall der Weigerung wurden „Volksmaßnahmen“ angekündigt!

Keinen Augenblick waren die Deutschen vor Haussuchungen sicher. Daß in den Bureaus des Deutschen Wohlfahrtsbundes zu Bromberg herumgestöbert wurde (so im Februar 1930), gehörte zu den regelrechten Erscheinungen. Aber auch Privatleute waren vor Nachforschungen der Obrigkeit nicht sicher. So wurden in Strasburg bei Bromberg Ende November 1931 bei sechs deutschen Reichsangehörigen Haussuchungen abgehalten, wo man „zahlreiches belastendes Material“, Druckschriften, Abzeichen, Uniformknöpfe fand. Man behauptete, diese Deutschen gehörten der Nationalsozialistischen Partei an und bereiteten die Besetzung Pommerellens durch die SA. vor. Zwei von ihnen wurden verhaftet.

Alle Mittel waren den Polen recht, um die Deutschen zu vertreiben. Im Jahre 1931 bis zum Januar 1932 wurden abermals 800 deutsche Familien ausgewiesen. Allein im Januar 1932 wurden 70 deutsche Familien mit 187 erwachsenen Angehörigen von Haus und Hof vertrieben, wurden 21 deutsche Schulen geschlossen. Die deutschen Eisenbahner wurden aus den Weichselprovinzen in Massen in das Innere Polens versetzt. Anfang April 1932 bekamen die letzten 150 Eisenbahner im Korridorgebiet den Befehl, sich in die Woiwodschaften Polesien, Wolhynien, Ostgalizien, Kielce, Demblin zu begeben. Vielen wurde kurz befohlen, sich mit Koffern auf dem Bahnhof Bromberg einzufinden, und dann wurden sie mit unbekanntem Ziel nach Kongreßpolen geschickt. Es waren meist kinderreiche Familien, die in Gegenden versetzt wurden, wo die Kinder keine deutsche Schule besuchen konnten.

172

6. Kapitel: Haussuchungen. Schulterror 173

Mehrere Beamte in Konitz, Graudenz und Stargard, die sich weigerten mit Rücksicht auf ihre Kinder und ihren Landbesitz, der Versetzung Folge zu leisten, wurden fristlos entlassen unter gleichzeitiger Aberkennung sämtlicher Pensionsansprüche! Mit besonderem Eifer betrieben die Polen den Schulterror. Die deutsche Schule ist das Fundament der deutschen Kultur, und dieses Fundament mußte zerstört werden! Trotzdem es der deutschen Minderheit völkerrechtlich zugesichert war, daß sie ihre Kinder in deutschen Schulen erziehen lassen konnten, setzten sich die Polen über diese Bestimmungen hinweg und verhinderten die deutsche Erziehung der Kinder. 1924-1925 besuchten noch 70 Prozent der deutschen Volksschüler die deutschen Minderheitenschulen, 1926--1927 nur noch 60 Prozent, 1928-1929 aber nur noch 59 Prozent! 20 000 Schulkinder der deutschen Minderheitenschulen standen 14 000 deutsche Volksschüler gegenüber, welche in polnischen Schulen Unterricht erhielten. Im Jahre 1930 mußten sogar 15 000 deutsche Kinder in den Weichselprovinzen polnische Schulen besuchen, davon erhielten 11 800 überhaupt keinen deutschen Unterricht mehr, während 2390 wöchentlich 1-2, 1075 wöchentlich 3-4 Stunden Deutschunterricht hatten. Die Zahl der öffentlichen deutschen Schulen betrug am 1. Dezember 1925 in den Weichselprovinzen 507, vier Jahre später nur noch 300. Am schlimmsten lagen die Dinge in Pommerellen, der Brücke zwischen

Pommern und Ostpreußen. Hier gab es 1929 nur noch 75 deutsche Minderheitenvolksschulen mit 4114 deutschen Kindern, während 6912 Kinder deutscher Eltern, 62 Prozent, polnische Schulen besuchen mußten. Das hatte natürlich seinen guten Zweck, denn Pommerellen war in den Augen der Polen das am meisten gefährdete Land, es mußte am drakonischsten entdeutscht werden! Außerdem wurde der Bildungsstand der deutschen Jugend herabgedrückt. Viele Eltern konnten ihre Kinder wegen der Unkosten nicht auf die höheren Schulen schicken, und den Schulbetrieb selbst erschütterten die Polen durch immer neue Forderungen an Lehrer und Schulen. Die Unterrichtserlaubnis wurde den Lehrkräften nur für ein Jahr gegeben und dann nicht wieder erneuert. Im September 1925 wurden elf Lehrer 14 Tage nach Beginn des neuen Schuljahres in Bromberg von diesem Schicksal betroffen.

173

Deutsche unter Fremdherrschaft 174

In Kongreßpolen wurden bis 1929 über 400 deutsche Volksschulen geschlossen. In Dirschau wo im Frühjahr 1931 das deutsche Gymnasium geschlossen wurde, um die polnische Handelsschule in den Räumen unterzubringen, wurde im Herbst 1931 auch die deutsche Volksschule geschlossen. Die fünfzig deutschen Kinder wurden der polnischen Schule zwangsweise überwiesen. Darauf traten die Eltern dieser Kinder im September 1931 in den Schulstreik, sofort aber erschienen polnische Kriminalbeamte und drohten mit Gefängnis und Ausweisung! Im Kreise Schwetz hatte der Kreisschulinspektor Frühjahr 1931 verfügt, daß den deutschen Kindern der evangelische Religionsunterricht in polnischer Sprache zu erteilen sei! Noch viel weiter aber gingen die Forderungen der Regierung. Auf Verfügung von Warschau hin wurden die Stadtgemeinden beauftragt, bei den für die deutschen Privatschulen vorliegenden Neuanmeldungen die sprachliche Zugehörigkeit der Eltern zu überprüfen. Zu dieser Maßnahme hatte die polnische Regierung nicht das geringste Recht. Aber sie schuf sich eine neue Handhabe zur Erdrosselung des deutschen Schulwesens. Auch die Amtsenthebung deutscher Lehrer durch die polnischen Behörden diente diesem Zwecke. Überall in den ehemals deutschen Landen richteten polnische Beamte, Lehrer und Geistliche eine kulturelle Diktatur auf, deren Zweck es war, das deutsche Volkstum zu vernichten. Sogar die 100 000 Kaschuben wurden dieser Verpolung unterworfen, widersetzten sich ihr aber zum Teil handgreiflich, so daß man in Warschau mit Betrübnis feststellte, „die kaschubischen Dummköpfe sehnten sich nach der deutschen Herrschaft zurück“!

(Daß auch in anderen Teilen Polens die Verfolgung der Deutschen rücksichtslos betrieben wurde, bewies das Beispiel der Stadt Lodz. Sie hatte 40 000 deutsche Einwohner, aber am 1. Dezember 1931 wurden die dreizehn deutschen Volksschulen geschlossen, so daß in ganz Lodz keine einzige deutsche Schule mehr bestand!) Ein Zustand hoffnungsloser Verzweiflung hatte sich in den Weichselprovinzen ausgebreitet. Thorn hatte 1910: 45 000 Einwohner, von denen 25 000 Deutsche waren.

174

6. Kapitel: Zustand in den Weichselprovinzen 175

Bis 1921 hatten bereits 20 000 Deutsche die Stadt verlassen! Die Weichsel, einst unter deutscher Herrschaft eine Lebensader der Wirtschaft, ist versandet, ihr Schiffsverkehr ist tot. Einen Grenzverkehr mit den deutschen Gebieten gibt es nicht, die Städte Graudenz, Thorn, Bromberg, Dirschau sind für die Deutschen unzugänglich. Die gewaltige Weichselbrücke bei Marienwerder-Münsterwalde, die 1909 der preußische Staat für elf Millionen Mark erbaut hatte und die den bedeutendsten Eisenbahn- und Straßenverkehr über die untere Weichsel leitete, ist im Herbst 1929 abgebrochen worden. Die Landstraßen, auf deutschem Gebiet saubere, von Wagen und Menschen belebte Verkehrsadern, sind auf polnischem Gebiet verwahrlost, von Unkraut überwuchert, von zahllosen Schlaglöchern übersät, ohne alles Leben, tot.

Hier und da erhebt sich ein Haufen schiefer Erdhütten, die dem Einsturz nahe sind: neue polnische Ansiedlungen.

Der Kampf, den die zurückgebliebenen Deutschen in den Weichselprovinzen um ihr Volkstum führten, war tragisch und heroisch zugleich. Sie erlebten, wie ihre Heimat von Deutschen verödete; sie wurden, wie die Bäume, mit den Wurzeln aus der Scholle gerissen und vom Sturm des Schicksals hinweggefegt. Ein fremd plapperndes, widerliches Volk folgte den Vertriebenen und machte sich breit in Herrenhäusern und Bauernhütten. Es war genau so, wie im 7. und 8. Jahrhundert, als die Slawen in die deutschen Gebiete an der Elbe und an der Saale eindringen und die wenigen zurückgebliebenen Germanen unter ihre Herrschaft zwingen. Deutsche Zucht und deutsche Sprache verschwanden aus den Amtsstuben, aus den Kaufläden, aus den Straßen, den Verkehrslokalen, den Zeitungen, den Eisenbahnen. Überall brandete die polnische Sprache an das Ohr der Deutschen. Es lebten ja nur noch sechs Deutsche auf dem Quadratkilometer Landes. Aber um so zäher bewahrten sie trotz der Zertrümmerung des Deutschtumsbundes unter dem feindseligen Volke ihre Eigenart, in ihren Vereinen, dem Schulverein in Bromberg, dem Landbund in Posen und Pommerellen mit ihren fünfzehntausend Mitgliedern, in ihren Gewerbe-, Lehrer- und Pfarrerverbänden pflegten sie deutsche Tradition und deutsche Sitte.

175

Deutsche unter Fremdherrschaft 176

Deutsche Büchereien in Posen, Bromberg, Graudenz und Thorn vermittelten den Geist der deutschen Wissenschaft, dem auch wissenschaftliche und gelehrte Vereine, Gesellschaften und Zeitschriften dienten. Deutsche Theaterkunst wurde geschützt, etwa dreihundert deutsche Studenten schlossen sich in dem Verein Deutscher Hochschüler zusammen. Die evangelische Jugendbewegung mit ihren viertausend Mitgliedern, der Wandervogel, Turn-, Sport- und Gesangsvereine, der Verband Deutscher Katholiken mit sechstausend Angehörigen dienten vor allem dem Zusammenschluss der Jugend. Das geistige Band zwischen den einzelnen Verbänden war die deutsche Presse, die 1928 noch zwei Dutzend Tageszeitungen umfaßte, einige Jahre später aber schon erheblich zusammengeschmolzen war. Dazu kamen noch etwa fünfzehn Verbands-, Schul- und Kirchenzeitschriften.

Und doch stand über dem ernsten, zähen Lebenswillen, dem das Sein nichts anderes mehr war als Pflicht gegen das Volk, tiefe Trauer. Der Gram der Unfreiheit unter einer barbarischen Regierung drückte die Seelen, und im Hintergrunde stand stets die bange Frage: wann werden auch diese letzten Reste deutschen Volkstums erdrosselt sein, wann wird der letzte deutsche Laut vom Schweigen des Todes verschlungen werden, wann wird der letzte schwache Schimmer vom Glanze einer großen Vergangenheit verblaßt sein?

Noch viel grausamer und blutiger als in den Weichselprovinzen führten die Polen in Oberschlesien den Vernichtungskampf gegen die Deutschen. Der Erwerb dieses Landes war ja den Polen am schwersten geworden und der Besitz dieser Provinz wurde ihnen am meisten bestritten. Und dazu kam noch, daß die Deutschen in Oberschlesien trotz der Schrecken von 1919 bis 1921 und trotz der nachfolgenden Bedrückungen und Ausweitungen 1924 und 1925 wieder erstarkten, ein Vorgang, der sich in der Zunahme der Kinder in den deutschen Minderheitenschulen ausdrückte. Bereits 1923 hatte die Woiwodschaft auf Grund von 43 500 Anträgen die Errichtung von 102 Minderheitenschulen anerkannt, gründete aber im folgenden Jahre doch nur 74 öffentliche Minderheitenvolksschulen mit etwa 18 000 Kindern. -

176

Auf alle möglichen Mittel sann die Polen, um die Deutschen durch Terror zu vertreiben. Gleichsam den Auftakt zu jahrelangen, wilden Gewalttaten bildete der Sprenganschlag auf die deutsche „Kattowitzer Zeitung“. Keine Polizei forschte nach den Tätern, die das Zeitungsgebäude Ende Dezember 1925 in die Luft zu sprengen versuchten, denn dies geschah ja der deutschen Zeitung ganz recht, wenn sie die Angehörigen der deutschen Minderheit aufforderte, sich bei der Volkszählung am 31. Dezember 1925 als Deutsche, ihrer Muttersprache nach, in die Listen einzutragen! Inzwischen rückten die Polen auch der deutschen Minderheitenorganisation, dem „Deutschen Volksbund“ in Kattowitz, zu Leibe. Was 1923 bei dem Deutschturnbund in Posen geglückt war, konnte man ja auch einmal beim Deutschen Volksbund in Kattowitz versuchen! Der Deutsche Volksbund stand unter der Leitung des deutschen Sejmabgeordneten Otto Ulitz und suchte die schwere Aufgabe zu erfüllen, in jedem seiner Angehörigen deutsches Kulturbewußtsein mit polnischer Staatsbürgerloyalität zu vereinigen. Polnische Spione aber waren eifrig am Werke, Dokumente zu fälschen, aus denen die polnischen Behörden Hoch- und Landesverratsabsichten des Deutschen Volksbundes konstruieren konnten.

Am 12. Februar 1926 wurden plötzlich in Kattowitz und anderen oberschlesischen Städten achtundzwanzig Führer der deutschen Minderheit, meist Geschäftsführer der Provinzstellen des Deutschen Volksbundes, darunter der Schulrat Dudek, verhaftet. Das deutsche Generalkonsulat in Kattowitz wurde in der Presse ohne jede Scheu als eine Zentrale der deutschen Spionage bezeichnet. Otto Ulitz selbst war vor der Verhaftung geschützt durch Immunität, die er als Abgeordneter des Sejm genoß. Im Juli aber wurde Dudek wegen „Verrates militärischer Geheimnisse“ zu anderthalb Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrenrechtsverlust verurteilt, obwohl die ihm zur Last gelegte Anklage völlig unbegründet und nicht zu beweisen war. Im Oktober 1926 wurden von elf anderen angeklagten führenden Mitgliedern des Deutschen Volksbundes neun auf Festung geschickt, zwei freigesprochen.

177

Trotz der verzweifelten Anstrengungen der polnischen Behörden und Staatsanwälte war es nicht gelungen, den Deutschen Volksbund als eine Zentrale des Hoch- und Landesverrats zu brandmarken, und auf diese Weise seine Auflösung herbeizuführen, wie man das 1921 in Posen getan hatte. Aber die Polen suchten nun sich der lästigen Deutschen durch Massenausweisungen zu entledigen. Der Polnische Westmarkenverein begann seit Anfang 1926 eine rührige und gewissenlose Pressehetze gegen die Deutschen. Die deutschen Betriebsleiter mußten bei Nacht und Nebel fliehen, wenn sie nicht riskieren wollten, von den polnischen Arbeitern totgeschlagen zu werden. Westmarkenverein und Aufständischenverband fanden sich zu nachdrücklicher Zusammenarbeit, um die Deutschen zu quälen und auszurotten. Eine deutschsprachige Zeitung nach der anderen wurde unterdrückt. Zwar wurde am 30. Juni 1926 zwischen der deutschen und polnischen Regierung ein Ausweisungsvertrag betreffend Oberschlesien geschlossen, wonach die Ausweisung Angehöriger des anderen Staates aus Oberschlesien nur erfolgen sollte auf Grund gerichtlicher Bestrafungen schwerwiegender Art, bei Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege oder bei staatsfeindlicher Betätigung. Dennoch entfernten die Polen massenhaft und systematisch alle Deutschen aus den leitenden Stellen der oberschlesischen Industrie und wiesen sie wegen staatsgefährlicher Umtriebe aus! Das war ein wohlfeiles Verfahren, denn die Polen waren nie verlegen um Anschuldigungen wegen staatsgefährlicher Umtriebe.

Die Verfolgungen der Deutschen wurden planmäßig organisiert, als nach dem Staatsstreich Pilsudskis im Mai 1926 der Freund des Marschalls, Dr. Graszynski, Woiwode von Oberschlesien wurde. Graszynski war der Todfeind Korfantys. Dieser

Volkstribun war der entschiedene Vertreter der oberschlesischen Autonomie gegenüber Warschauer Zentralisierungsbestrebungen, während der neue Woiwode ein Anhänger Pilsudskis und der Warschauer Tendenzen war. Hatte sich Korfanty aber den Deutschen als Dschingis-Chan gezeigt, so erwies sich Graszynski als ein Teufel in Menschengestalt. Ohne Scheu tat er (1928) den Ausspruch: „Jawohl, wir polonisieren, und je rücksichtsloser wir es tun, desto schneller wird die Sache ausgestanden sein, die übrigens eine ausschließlich polnische innere Angelegenheit ist, in die uns niemand hineinzureden hat.“

178

6. Kapitel: Woiwode Graszynski 179

Er richtete sein Augenmerk sofort auf die deutschen Minderheitenschulen und schob mit kühner Handbewegung alle völkerrechtlichen Bestimmungen des Genfer Abkommens von 1922 hierüber beiseite. Vom 22.-31. Mai fanden in ganz Oberschlesien die Anmeldungen für die deutschen Minderheitenschulen statt. Der Woiwode versuchte, entgegen den Genfer Abmachungen, auf die Deutschen insofern einen Druck auszuüben, indem er bestimmte, den Anmeldungen müsse eine schriftliche Erklärung der Erziehungsberechtigten beigelegt werden: „Ich erkläre, daß das oben angeführte Kind zur deutschen Sprachminderheit gehört.“ Trotz dieser widerrechtlichen Erschwerung wurden doch 8560 deutsche Kinder angemeldet.

Der Woiwode sann auf neue Schikanen: es wurde angeordnet, daß die Erziehungsberechtigten persönlich zur Vernehmung vor den polnischen Behörden zu erscheinen hätten! Wochenlang wurden 5784 Personen vernommen, die 6592 Kinder zur deutschen Schule angemeldet hatten. Durch inquisitorische Verhöre und peinliche Prüfungen der Unterschriften wurden die Eltern unter Druck gesetzt. Das Ergebnis war mager für die Polen, sie konnten nur 211 Kinder aus irgendwelchen vorgeschobenen Gründen zurückweisen. Man verschärfte also die Inquisitionsmethode und wies alsbald weitere 391 Kinder zurück, weil bei diesen nur die Mütter und nicht auch die Väter unterschrieben hätten! Auch das war noch zu wenig. Und da fanden die Polen einen neuen Grund: 1307 Schüler wurden zurückgewiesen, weil die Eltern nicht zu den völkerrechtswidrigen persönlichen Vernehmungen erschienen waren. Man hätte also nicht die Richtigkeit der Unterschriften und der gemachten Angaben nachprüfen können. Und schließlich, weil die Polen gar nichts mehr wußten, strichen sie 5205 Anmeldungen mit der Begründung, daß diese Kinder nicht der deutschen Minderheit angehörten. So wurden von den 8560 angemeldeten deutschen Kindern 7114 von der deutschen Schule ausgeschlossen!

Der Deutsche Volksbund brachte bei der Gemischten Kommission hierüber eine große Beschwerde ein. Präsident Calonder stellte am 26. Dezember 1926 fest, daß das Vorgehen der Polen unvereinbar sei mit dem Prinzip der freien Selbstbestimmung, welches die Genfer Konvention als Grundlage des Minderheitenrechtes aufstelle.

179

Deutsche unter Fremdherrschaft 180

Ausschließlich die subjektive Entschliebung des Erziehungsberechtigten sei dafür maßgebend, ob das Kind die Minderheitenschule besuchen solle. Calonder verlangte, daß 6512 der zurückgewiesenen deutschen Kinder in die Minderheitenschulen aufzunehmen seien.

Der Woiwode von Kattowitz, Graszynski, dachte nicht daran, sich zu fügen. Im Gegenteil! Er ließ die Eltern, die ihre Kinder nicht in die polnischen Schulen schickten, in hohe Polizeistrafe nehmen.

So wandte sich der Deutsche Volksbund an den Völkerbundsrat mit der Bitte um Schutz. Im März 1927 kam in Genf ein Kompromiss zustande, der insofern eine Verletzung des Genfer Abkommens von 1922 bedeutete, als darin eine Sprachkontrolle errichtet wurde, die der Präsident Calonder unter Mithilfe eines von der

polnischen Regierung zu bezahlenden Schweizer Schulsachverständigen ausüben sollte. Der verzweifelte Widerstand des deutschen Außenministers Stresemann in Genf vermochte nicht, diesen Präzedenzfall zu verhindern. Im Mai 1927 begannen diese Prüfungen durch den Schulinspektor des Schweizer Kantons Luzern, Maurer, und der Erfolg war, daß von 659 geprüften Kindern des Jahrganges 1926 nur 263 für die deutsche Schule freigegeben wurden! Die Zahl der deutschen Schulkinder, die 1920 etwa 30 000 in den deutschen Schulen betrug, 1925 aber nur 18 000, im nächsten Jahre auf 20 000 stieg, sank so im Jahre 1927 auf 17 519.

Die Polen wollten das System der Sprachprüfungen nun gern verewigen, aber hiergegen protestierte Stresemann sehr energisch in der Ratstagung des Völkerbundes vom Dezember 1927. Er verlangte eine Entscheidung des Haager Gerichtshofes über die weitere Zulässigkeit von Sprachprüfungen. Im August 1928 entschied der Haag: weder Erklärungen über die Zugehörigkeit zur Minderheit dürfen nachgeprüft werden, noch sollen die zur deutschen Schule angemeldeten Kinder von irgendwelchen Behörden Sprachprüfungen unterzogen werden.

Mit dieser Entscheidung hatten die Polen zwar eine Schlappe erlitten, aber wenn das Recht versagte, war ja immer noch der Terror da.

180

6. Kapitel: Terror in Ostoberschlesien 181

Der Verband der polnischen Aufständischen, dessen Ehrenvorsitzender Graszynski war, und der Polnische Westmarkenverein verfügten ja über Mittel und Wege, um die Deutschen zu knebeln. So wurden öffentlich die Namen derjenigen bekanntgegeben, die ihre Kinder für die deutsche Minderheitenschule anmeldeten. Eine wüste Hetze in der Presse wurde entfaltet. Den Deutschen wurde angedroht, daß sie ihre Stellungen in dem Augenblick verlieren, wenn sie ihre Kinder in deutsche Schulen schickten. Und im September 1928 schloß der Woiwode Graszynski sechzehn deutsche Schulen, „wegen mangelnder Beteiligung“!

Der Erfolg dieses ungeheuren Druckes auf die Deutschen war denn auch, daß die Anmeldungen zu den deutschen Schulen erheblich sanken. 1928 wurden nur noch 2500 Kinder für die deutschen Schulen angemeldet, sechstausend weniger als im Jahre vorher! –

Die Ereignisse des Jahres 1926, der Schulterror und der Justizterror gegen den Deutschen Volksbund, legten keine Bresche in das Deutschtum Oberschlesiens. Bei den oberschlesischen Gemeindewahlen am 14. November 1926 errangen die Deutschen einen sehr beachtlichen Sieg. Die Deutschen errangen insgesamt 335 Mandate, während die Polen nur 265 erhielten. Dies Ergebnis kam geradezu einer zweiten Volksabstimmung gleich. In Deutschland war man darüber sehr erfreut. Am 23. November 1926 sagte Dr. Emminger von der Bayrischen Volkspartei folgendes: „Mit Genugtuung haben wir von dem Ergebnis der Gemeindewahlen in Ostoberschlesien Kenntnis genommen. Mit größter materieller und seelischer Bedrängnis ist eine unbestrittene deutsche Mehrheit gewählt. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß die polnische Regierung aus dieser klaren Willensäußerung der ostoberschlesischen Deutschen die entsprechenden Folgerungen ziehen und ihnen dieselbe vertragsmäßige Behandlung zuteil werden lassen wird, die Deutschland seinen polnischen Minderheiten trotz ihrer unvergleichlichen geringeren Anzahl angedeihen läßt. Unsern Volksgenossen aber danken wir für ihr Bekenntnis zum Deutschtum, das auch der Fehlspruch von 1921 nicht hat erschüttern können.“

181

Deutsche unter Fremdherrschaft 182

Das konnte der Woiwode Graszynski nicht ertragen. Am 28. November ließ er den Aufständischenverband große deutschfeindliche Kundgebungen in Kattowitz abhalten, die, wie immer, in Tätlichkeiten ausarteten und durch die passive Polizei nicht

gestört wurden. Die Warschauer Regierung, der Außenminister Zaleski, sandte am 30. November eine Note nach Berlin, worin er gegen Emmingers Ausführungen protestierte. Diese seien eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates, was den internationalen Gepflogenheiten zuwiderlaufe und geeignet sei, den gegenseitigen Beziehungen Abbruch zu tun. Stresemann jedoch klärte drei Tage später die polnische Regierung auf, daß Deutschland infolge des Genfer Abkommens vom 15. Mai 1922 sehr wohl ein berechtigtes Interesse an der Entwicklung der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien habe.

Immerhin wußte Graszynski jetzt, daß er sein besonderes Augenmerk auch den widerspenstigen Gemeindevertretungen mit deutscher Mehrheit zuzuwenden hatte. Instruktionen aus Warschau wiesen ihn noch besonders auf diesen Punkt hin. Mit mehr oder weniger energischen Nachdruck setzte es der Woiwode durch, daß Anfang 1927 der schlesische Sejm ein Gesetz annahm, wonach der Woiwode berechtigt war, kommunale Körperschaften aufzulösen, wenn er es im Interesse des Staates für nötig halte. Dies war sozusagen eine diktatorische Vollmacht gegen jede unbequeme deutsche Gemeindevertretung. Graszynski machte die Probe aufs Exempel, indem er sogleich in Rybnik mit der neuen Taktik begann. Im Mai 1927 fanden hier nach der Auflösung der alten Gemeindevertretung die neuen Wahlen statt. Sie waren vorbereitet worden mit einer Flut von Drohungen und von kleineren und größeren Gewalttaten gegen die Deutschen. Versammlungen und Zusammenkünfte wurden gesprengt, man sparte nicht mit Handgranaten und Pistolenschüssen. Aber der Hauptschlag erfolgte am Wahltage. In großer Überzahl stürmten die Aufständischen die Wahllokale und besetzten sie, fielen mit Gummiknüppeln, Ochsenziemern, Messern über die Deutschen her, und schon nach kurzer Zeit wurden mehr als dreißig schwerverletzte Deutsche mit Schußwunden, Knochenbrüchen, inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

182

6. Kapitel: Polnische Angriffe auf der ganzen Linie 183

Mehr als hundert Deutsche hatten leichte Verletzungen. Polizei war nicht zu sehen. Natürlich gingen die Polen als Sieger aus den Wahlen hervor.

Die Taktik hatte sich bewährt, und Graszynski übte sie in der Folgezeit mit bewunderungswürdiger Konsequenz. In Warschau erkannte man das auch an. Am 10. Januar 1928 wurde dem Woiwoden wegen seiner Verdienste um die Verpolung Oberschlesiens der höchste polnische Orden, die Polonia Restituta, vom Staatspräsidenten verliehen. Das war ein neuer Ansporn für Graszynski, die deutschen Versammlungen durch seine Aufständischen planmäßig überfallen und stören zu lassen. Es rissen derart ungeheuerliche Zustände ein, daß der Völkerbundsrat am 8. September 1928 der polnischen Regierung vertrauensvoll nahelegte, ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten und etwaige neue Ausschreitungen angemessen zu bestrafen. Doch es war umsonst.

Aber alles dies blieb wirkungslos, wenn man nicht das Rückgrat des deutschen Volkstums brach. Graszynski wußte, daß man den Deutschen am besten dadurch beikommen konnte, indem man die Axt an ihre Wurzel legte. Der Angriff auf den Deutschen Volksbund mit seinen 30 000 organisierten Mitgliedern, der im Jahre 1926 mißglückt war, mußte jetzt wiederholt werden und zur endgültigen Vernichtung der verhaßten Deutschen führen. Das war aber nicht so einfach. Zweimal schon hatte der oberschlesische Sejm fast einstimmig die Aufhebung der Immunität des deutschen Abgeordneten Otto Ullitz, des Führers der Deutschen, abgelehnt.

Doch Graszynski wußte sich zu helfen. Seine dauernden Klagen in Warschau über den widerspenstigen schlesischen Sejm führten zur Auflösung des Parlamentes am 13. Februar 1929. Am gleichen Tage wurde Ullitz verhaftet. Ende Juli fand gegen ihn, der gegen Stellung einer Kautions von 70 000 Zloty am 30. März aus der Haft entlassen war, der Prozeß wegen Landesverrates statt, der sich lediglich auf ein gefälschtes Dokument stützte. Die Gerichtsverhandlung erwies die volle Unschuld des Angeklagten. Dennoch wurde Ullitz zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt!

Die Enthüllungen über den „staatsgefährlichen“ Deutschen Volksbund aber waren zusammengebrochen, und so blieb denn nichts anderes übrig, als daß Ulitz von der Revisionsinstanz am 12. April 1930 endlich freigesprochen werden mußte. Die Völker Europas brausten auf in Unmut über diesen polnischen Skandal. Aber alle Vorwürfe prallten von Polen ab. Mitte Dezember 1929 kam es im Völkerbund zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen Stresemann und Zaleski wegen dieser Sache. Mit höhnischem Lächeln bezeichnete der Pole den „Deutschen Volksbund“ als eine Gefahr für Polen, ja, geradezu als Hochverräterorganisation. Was war dagegen zu machen? Kein Mensch stand den Deutschen in ihrem Ringen um ihre Existenz bei, die oberschlesischen Deutschen waren geächtet, und das Deutsche Reich war außerstande, ihnen zu helfen. –

Auch der zermürbende Schulkampf wurde mit unverminderter Heftigkeit weitergeführt. Graszynski hatte im Mai 1928 die Errichtung von deutschen Minderheitenschulen in Biertultau, Gieraltowitz und Stora Wies abgelehnt, er war taub gegen alle Ermahnungen des Völkerbundes. Ja, im September 1928 schloß der Woiwode sogar sechzehn deutsche Schulen, wie wir oben sahen. Zu Beginn des Jahres 1929 gab es noch fünfundsiebzig deutsche Schulen, um die mit der gleichen Erbitterung wie bisher gekämpft wurde. Zweiundfünfzig dieser deutschen Schulen standen, ganz im Gegensatz zur Genfer Konvention, unter polnischer Verwaltung und Leitung, und nur achtzehn hatten deutsche Schulleiter! Und von den 310 Lehrern dieser Schulen waren sechzig Polen, während vier Jahre vorher von den 358 Lehrern der deutschen Minderheitenschulen nur 49 Polen waren. In fünfzehn Schulen wurden im August 1929 nur 618 Kinder neu angemeldet, und von diesen wurden noch 242 zurückgewiesen. In Kattowitz und Königshütte sank die Zahl der deutschen Schüler von 593 (1926/27) auf 412 (1929/30). In manchen Orten betrug die Zahl der Zurückgewiesenen bis zu 90 Prozent. In der Gemeinde Radzionkau, Kreis Tarnowitz, wurden von 72 Kindern nur 15 aufgenommen. In Königshütte, Bismarckhütte, Schwientochlowitz, Hohenlinde, Friedenshütte, Morgenroth, Schlesiengrube, Goddulahütte und Orzegow lagen die Dinge ähnlich. In Lipine wurden mehr als 30 Kinder von der deutschen Minderheitenschule ausgeschlossen.

In vielen Fällen handelte es sich um Kinder, welche die Sprachprüfung des Schweizers Maurer nicht bestanden hatten. Doch hatten die Eltern nach einer Entscheidung Calonders vom Februar 1929 das Recht, für das neue Schuljahr ihre Kinder von den polnischen Schulen in deutsche umzumelden. Dem setzten die Polen Widerstand entgegen mit denselben fadenscheinigen Begründungen, wie in den Vorjahren. Alle Vorstellungen des deutschen Senators Dr. Pant aus Königshütte bei der Woiwodenschaft fruchteten nichts, so daß sich Pant über den Deutschen Volksbund beschwerdeführend an den Völkerbund wenden mußte, im September 1929. Aber es zeigte sich einmal wieder, wie rechtlos die Deutschen waren: von den seit 1. April 1929 bis 31. März 1930 erhobenen 571 Beschwerden des Deutschen Volksbundes in Kattowitz wurden nur 20 erledigt, während 264 unerledigt blieben und der Rest zurückgezogen wurde! Und so kam es, daß die Zahl der deutschen Volksschulkinder 1930 nur noch 15 472 in Ostoberschlesien betrug, die Hälfte der Zahl von 1920! Bei diesem Schulkampf kamen den Polen die „Wasserpöcker“ sehr zustatten, jene unglücklichen Deutschen, die durch die Schuld der früheren preußischen Regierung kulturell verpöckelt waren. Denn viele von ihnen konnten kaum noch deutsch sprechen. Noch viel katastrophaler entwickelten sich die Dinge an den staatlichen und städtischen höheren und mittleren Schulen. In der Zeit von 1925 bis 1929 sank die

Zahl der Schulkinder in den städtischen höheren Schulen von 1033 auf 595, in den Mittelschulen von 2405 auf 1570. Die sechs staatlichen und städtischen höheren Schulen Ostoberschlesiens hatten samt und sonders polnische Schulleiter, und von den 101 Lehrern waren 78 polnischer Nationalität! Dies war gleichbedeutend mit dem Untergange deutscher Kultur im östlichen Oberschlesien. –

Wie die Seelen der deutschen Kinder, die zwangsweise in die polnischen Schulen geschickt wurden, gequält wurden, war unglaublich. Die Kinder der polnischen Klasse in Lipine mußten einen Aufsatz schreiben über das Thema: „Was für Nachbarn sind die Deutschen?“ Da wurden die deutschen Kinder gezwungen, niederzuschreiben, daß die Deutschen die Feinde Polens seien und immer ihre große räuberische Pfote nach Polen ausgestreckt hätten.

185

Deutsche unter Fremdherrschaft 186

Die Deutschen seien Diebe, Lügner, Hunde, Geschwüre und Schlangen! - – Bei all seiner tatarischen Gewaltpolitik glaubte Graszynski auch, die Methode des friedlichen Seelenfanges nicht vernachlässigen zu dürfen. Die oberschlesischen Deutschen erlebten es also im Frühjahr 1929, daß ein „Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund“ auftauchte, der, so paradox es klang, den Deutschen helfen wollte und zugleich das besondere Wohlwollen des Woiwoden Graszynski genoß. Der Bund, dessen scheinbare Führung in die Hände abtrünniger und verräterischer Deutscher gelegt wurde, erklärte in seinen ersten Aufrufen, er wolle der deutsch-polnischen Verständigung dienen, in Wahrheit aber wollte er die deutsche Einheitsfront zertrümmern, den Deutschen Volksbund, der sich allen polnischen Schikanen zum Trotz behauptet hatte, zerstören. Denn gegen dieses Rückgrat des oberschlesischen Deutschtums richtete sich alle polnische Politik, mochte sie nun mit Gewalt oder mit heuchlerischem Seelenfang betrieben werden.

Polnische Behörden stellten diesen „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbund“ reiche Geldmittel zur Verfügung, so daß er mit Flugblättern Ostoberschlesien geradezu überschwemmen konnte. Doch die Erfolge blieben aus. Nur ganz wenige Deutsche ließen sich von den polnischen Agenten einfangen, aber diese Leute waren bereits vorher für das Deutschtum verloren, sie stellten sich für einen Judaslohn der polnischen Propaganda gegen Deutschland zur Verfügung. Die ihrem Vaterlande treugebliebenen Deutschen erkannten aber bald das wahre Wesen des Bundes und schlossen sich noch fester zur Abwehr zusammen. Nichtsdestoweniger gingen die Polen mit Lockungen und Versprechungen auf Seelenfang aus. In Königshütte versprachen sie z. B. einer armen deutschen Kriegerwitwe eine höhere Rente in hochwertigem deutschen Gelde, wenn sie dem Bunde beitrete! Die Not der Armen diente als Spekulationsmittel, die Deutschen ihrem Vaterlande zu entfremden. Ende August 1929 verkündete dieser Bund in seinem Programm folgende Forderungen: 1. Förderung und Erhaltung der deutschen Kultur und Wirtschaft, insbesondere Wahrung der Rechte für das deutsche Volkstum aus der polnischen Verfassung, aus dem Minderheitenschutzverträge und aus der polnischen Gesetzgebung;

186

6. Kapitel: „Deutscher Kultur- und Wirtschaftsbund“ 187

2. Erreichung dieser Ziele durch gegenseitige verständnisvolle Mitarbeit zum Wohle Polens und seiner Angehörigen; 3. Wahrung des Ansehens Polens in jeder Hinsicht, auch im Auslande, und öffentliche Stellungnahme gegen alle, die den polnischen Staat zu untergraben beabsichtigen. Mit diesen plumpen Täuschungsmitteln glaubten die Polen die oberschlesischen Deutschen auf ihre Seite ziehen zu können, aber die Deutschen hatten zehn Jahre Zeit gehabt, die Polen kennenzulernen.

Der Woiwode Graszynski erkannte denn auch sehr bald, daß Gewalt doch wirksamer war denn List. Trotz der unerquicklichen Erörterungen, welche den Vorgängen von Rybnik

folgten, versprach sich Graszynski doch glänzende Erfolge, wenn er die Methode von Rybnik einmal ins Große übersetzte. Monate vergingen, in denen die Deutschen verfolgt, gequält, aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Das gehörte schon zu den Alltäglichkeiten, ohne die sich die Deutschen ihr Leben in Ostoberschlesien kaum mehr denken konnten. Mitte Juni 1930 wurde im Schlesischen Sejm durch Mehrheitsbeschluß die deutsche Sprache abgeschafft, Ende August löste der polnische Staatspräsident Moscicki den Warschauer Sejm und Senat auf, und einen Monat später schickte Graszynski den oberschlesischen Sejm nach Hause. Und nun nahten die neuen Wahlen im November 1930. Welche Umstände diese Wahlen in den Weichselprovinzen begleiteten, ist oben geschildert worden, aber viel grausamer und blutiger gingen diese Wahlen in Ostoberschlesien von statten: Sie wurden eine Wiederholung der Rybniker Vorgänge in großem Stile. Graszynski erhielt, wie alle anderen Woiwoden und Starosten auch, von Warschau aus Richtlinien: es sei unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Regierungspartei des Marschalls Pilsudski überall die absolute Mehrheit, besser noch die Zweidrittelmehrheit erreiche. Das war natürlich in Oberschlesien nicht so einfach, denn bei den Wahlen von 1928 zeigte sich, daß die Deutschen die stärkste Partei waren, ihnen folgte die Partei Korfantys, des polnischen Autonomisten, der vorsorglicherweise unschädlich gemacht wurde, indem man ihn vom 26. September bis zum 20. Dezember einkerkerte, und die schwächste war diejenige des Marschalls Pilsudski.

187

Deutsche unter Fremdherrschaft 188

Da hatte denn Graszynski schon verschiedene Möglichkeiten, um den Deutschen ihre Wahlrechte zu verkürzen. Zunächst einmal ließ er eine Reihe von Wahllisten, so in Samter, Bielitz, Rybnik, Teschen, Czarnikau, für ungültig erklären mit der Begründung, diese Deutschen hätten noch nicht ihre polnische Staatsangehörigkeit nachgewiesen. Damit sie dies nicht nachholen konnten auf den Polizeiamttern, wurde die Frist des Nachweises auf drei Tage verkürzt. So wurden systematisch die Kandidaten und die Unterschriften der deutschen Listen angefochten, und der Verband der Aufständischen, der jetzt etwa 40 000 Mitglieder zählte, führte mit fieberhaftem Eifer bis in die kleinsten Orte die Wahlentrichtung der Deutschen durch.

Durch dieses summarische Verfahren wurden etwa 30 000 Deutsche aus den Wählerlisten gestrichen. Man hatte keine Bedenken, auch solche Deutschen zu streichen, deren polnische Staatsangehörigkeit zweifelsfrei erwiesen war, da sie entweder im polnischen Heere gedient hatten, oder Schöffen in polnischen Gerichten waren, oder Berufe, die nur polnischen Staatsangehörigen offenstanden, wie Ärzte oder Rechtsanwälte, ausübten, oder gar selbst Abgeordnete waren. Trotzdem die Deutschen nicht kampflös das Feld räumten, sich zu den Polizeiamttern drängten und alle Schikanen der Beamten über sich ergehen ließen, um die geforderten Nachweise des polnischen Staatsbürgerrechtes zu erlangen, mußten doch bei der Kürze der Zeit etwa 20 000 auf die Anerkennung ihres Wahlrechtes verzichten. Auch die polnischen Verfolgungen nahmen wieder einmal einen großen Umfang an. In den Büros, in den Hütten, Werkstätten und Gruben wurden die deutschen Angestellten und Arbeiter und solche, die ihre Kinder in die deutsche Schule schickten, abgebaut und der Not preisgegeben. Mit ihren Familien flohen diese Unglücklichen über die deutsche Grenze und hofften vergeblich Arbeitsmöglichkeiten zu finden, während das deutsche Volk aufs schwerste unter der Arbeitslosigkeit litt. Natürlich versäumte man nicht, auch in der Öffentlichkeit wirksam gegen die Deutschen aufzutreten.

188

6. Kapitel: Wahlterror 1930 189

In der Woche vom 19. bis 26. Oktober wurde in ganz Oberschlesien eine antideutsche

Woche durchgeführt, während welcher der Aufständischenverband und der Westmarkenverein aufreizende Flugblätter gegen den Deutschen Volksbund herausgaben und ihrem Haß gegen die Deutschen keinen Zwang antaten. Dieser Haß war noch gesteigert worden durch eine Rede des Ministers Treviranus vor den deutschen Septemberwahlen, worin dieser die Revision der deutschen Ostgrenze forderte. Unter der Losung „Unsere Antwort an Treviranus!“ durchzogen Tag und Nacht Tausende von Aufständischen in Uniform die Straßen, „um ihre Macht zu zeigen und den Feinden zu imponieren“! Die antideutsche Woche zeigte dem Woiwoden, daß die „Mobilisierung und Offensive der Aufständischen“ vorzüglich klappte.

Am 26. Oktober gab Graszynski einen Erlaß des Warschauer Innenministers, General Skladkowski, bekannt; jeder, der sich zur Regierungspartei bekennt, müsse den Stimmzettel offen abgeben, wer also nicht offen wähle, müsse als Staatsfeind betrachtet werden! Die Kontrolle der Wähler wurde von dem Wahlvorsitzenden in folgender Weise vorgeschrieben: „Die Wahlkommissionsvorsitzenden sowie die Beisitzer haben am Tage der Wahl in der Uniform der Aufständischen zu erscheinen. In jedem Wahllokal haben am Tage der Wahl acht bis zehn Aufständische anwesend zu sein und die Wähler dauernd zu beobachten, welche Zettel sie in Händen haben und welche Zettel sie in das Kuvert hineinstecken. Im Wahllokal selbst darf kein Wähler behelligt werden. Für das jedoch, was vor dem Wahllokal geschieht, ist der Wahlkommissar nicht verantwortlich. Jeder Wähler, dessen Stimmzettel von den Aufständischen nicht kontrolliert werden kann, wird als Gegner der Regierungspartei angesehen und dann außerhalb des Wahllokals entsprechend behandelt.“

Das war ja nun deutlich und klar: die bevorstehenden Wahlen sollten eine schwere Prüfung für die Deutschen werden, denn sie wurden amtlich unter den Terror der Aufständischen gestellt! Was nutzten die Proteste der oberschlesischen Deutschen in Warschau. Gar nichts! Sie wurden noch nicht einmal beantwortet! Aber um so zügelloser ergoß sich der entfesselte Terror der Aufständischen über die unglücklichen Deutschen.

189

Deutsche unter Fremdherrschaft 190

Dutzende von Wohnungen friedliebender Bürger wurden überfallen, die Einrichtungen zerstört, hunderte von Deutschen wurden in ihren eigenen Wohnungen oder auf der Straße oder in öffentlichen Lokalen halb tot geschlagen. Scharen verstörter Flüchtlinge strömten über die deutsche Grenze. Die rigorose Zensur über die deutsche Presse wurde nicht nur von den polnischen Staatsanwälten und Polizeikommissaren, sondern auch von den Aufständischen ausgeübt. Zeitungsträgerinnen wurden überfallen, alle deutschen Zeitungen wurden ihnen geraubt und auf offener Straße an Ort und Stelle verbrannt. Die aus Deutschland eintreffenden Zeitungen wurden sogleich auf den Bahnhöfen beschlagnahmt. Tage wie im Frühjahr 1921 kehrten wieder. In Oberwiloza wurde ein deutscher Bauer, Vertrauensmann der Deutschen, in der Nacht zum 16. November 1930 von einem Dutzend Aufständischen überfallen. Die tierischen Gesellen verschleppten den sechzigjährigen Mann in den Wald, quälten ihn aufs grausamste, bedrohten ihn mit dem Tode und weideten sich an seinen Qualen, fesselten den Ohnmächtigen und überließen ihn seinem Schicksal. In Hohenbirken, nahe der deutschen Grenze, unweit von Ratibor, fiel in der Nacht zum 20. November eine wüste Rotte Aufständischer auf Lastautos ein, sprengten die Türen, demolierten die Wohnungen, rissen die schlafenden Menschen aus den Betten und mißhandelten Männer, Frauen und Kinder aufs blutigste. Einigen der entsetzten Einwohner gelang es, fast nackt zu entfliehen. Ein achtundfünfzigjähriger Mann wurde vor den Augen seiner fünfzehnjährigen Tochter mit Knüppeln halb tot geschlagen, daß er mit gebrochenen Gliedern und gequetschten Rippen besinnungslos liegen blieb. Am 21. November überfielen die Lastwagen der Aufständischen am hellen Tage das Dorf Golassowitz, verprügelten den Küster, warfen die Scheiben im Gemeindehaus ein, zogen sich aber

zurück, da sie am hellen Tage nicht den Mut zu ihren Schandtaten hatten. Sie drohten aber, am Abend wiederzukommen. Und sie kamen! Doch die wütenden Bauern setzten ihnen mit Dreschflegeln und Mistgabeln einen verzweifelten Widerstand entgegen. Ein polnischer Polizeibeamter wurde dabei von den Bauern getötet. Und nun wurden diese verhaftet und mit Gummiknüppeln und Karabinerkolben unmenschlich behandelt.

190

6. Kapitel: Verluste der Deutschen 191

Stundenlang mußten sie im Keller des Gemeindevorstehers auf kleingehackten Steinkohlen knien. - Dies sind nur ein paar Beispiele für die ungezählten polnischen Schandtaten.

In den Wahlkommissionen befanden sich keine Deutschen. Die Vertrauensmänner der Deutschen wurden nach Wahlschluß aus den Lokalen getrieben, so daß die Polen unter sich waren und Muße hatten, das Ergebnis zu korrigieren. In vielen Orten nahmen sie die deutschen Wahlzettel aus den Umschlägen und warfen sie unter den Tisch, während sie dann Wahlzettel der Regierungspartei in die Umschläge praktizierten, „um diese tatsächlich ungültigen Stimmen nicht verlorengehen zu lassen“! Der Erfolg dieses Terrors war ja denn auch, daß bei den Sejmwahlen am 16. November 1930 die Deutschen rund hunderttausend Stimmen von ihren 165 000 Stimmen des Jahres 1928, verloren. Sie erhielten nur noch fünf Mandate von 444, während sie vorher 19 Sitze von 414 innehatten. Bei den Senatswahlen am 23. November bekamen die Deutschen von den 111 Sitzen nur 3, während sie vorher über 5 verfügten. Die deutsche Wahlgemeinschaft in allen drei schlesischen Wahlkreisen erhob beim Völkerbund Einspruch gegen diese Terrorwahlen. 255 Fälle von Gewalttaten und Grausamkeiten wurden aufgeführt und geschildert. Zum ersten Male wendete sich auch die deutsche Reichsregierung selbständig mit zwei Beschwerdennoten vom 27. November und 9. Dezember 1930, worin die grauenhaften Qualen der Deutschen an 22 besonders schrecklichen Einzelfällen geschildert wurden, an den Völkerbund in Genf. Bisher war es immer so gewesen, daß die deutsche Regierung lediglich die Beschwerdennoten der oberschlesischen Deutschen unterstützt hatte, diesmal aber machte sie das Schicksal der Deutschen in Ost-Oberschlesien zu ihrer eigenen Angelegenheit, indem sie sich auf ihr Recht als Mitglied des Völkerbundsrates bezog. Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius, der seit dem Herbst 1929 der Nachfolger Stresemanns war, bat den Völkerbund, er möge alle diejenigen Maßnahmen ergreifen, die notwendig seien, um dem Zustand der Rechtslosigkeit und Bedrückung abzuhelpfen, unter dem die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu leiden habe.

191

Deutsche unter Fremdherrschaft 192

Vom 19. bis 24. Januar 1931 fand in Genf eine sehr erregte Ratssitzung statt. Am 21. Januar referierte der japanische Ratsdelegierte Yoshisawa dreiviertel Stunde lang über die erschütternden Ereignisse in Oberschlesien. Dann erhob sich Curtius und machte Polen die bittersten Vorwürfe, weil es ein planmäßiges Vorgehen, ein regelrechtes System der Unterdrückung und Einschüchterung gegen die Deutschen befolge. Der polnische Außenminister Zaleski führte die Ausschreitungen auf die verschärfte Lage in den Grenzgebieten hin, die dadurch hervorgerufen sei, daß der deutsche Minister Treviranus des öfteren Revision der deutschen Ostgrenze gefordert habe. Im übrigen sei der Verband der Aufständischen eine rein private Vereinigung polnischer Bürger, auf welche die Regierung nicht den geringsten Einfluß habe. In Deutschland gebe es doch ähnliche Verbände, er meinte den Stahlhelm. Und wenn der Woiwode Graszynski Ehrenvorsitzender des Verbandes der Aufständischen sei, so müsse man dem entgegenhalten, daß der Reichspräsident von Hindenburg Ehrenvorsitzender des deutschen Stahlhelm sei.

In leidenschaftlicher Erregung entgegnete Curtius. Jawohl, Deutschland wolle eine Revision seiner Ostgrenze, aber nur mit friedlichen Mitteln wolle es dies Ziel erreichen. Der Vergleich zwischen dem polnischen Aufständischenverbande und dem deutschen Stahlhelm müsse zurückgewiesen werden. Der Stahlhelm sei kein Aufständischenverband und habe auch keine Gewalttätigkeiten gegen Minderheiten begangen. Der Aufständischenverband werde von der polnischen Regierung gestützt, militärisch eingegliedert, Waffen würden ihm zur Verfügung gestellt, Manöver würden abgehalten. Der Ehrenvorsitz Graszynskis in diesem Verbands lasse sich nicht vergleichen mit dem Ehrenvorsitz Hindenburgs im Stahlhelm. Der Woiwode Graszynski sei der böse Geist des Deutschtums in Oberschlesien. Den Franzosen und Engländern waren derartige Erörterungen unangenehm. Sie versenkten daher die Angelegenheit in den Schoß eines Ausschusses, der drei Tage lang über einem Kompromiß brütete. Am 24. Januar legte der Japaner Yoshisawa einen fünf Folioseiten langen Bericht vor, der die Verletzung der Genfer Konvention von 1922 als gegeben ansah und eine Lösung der Beziehungen zwischen polnischen Behörden und Aufständischenverband verlangte.

192

6. Kapitel: Polen vor dem Völkerbund 193

Der deutschen Minderheit müsse ihr Recht und ihre Sicherheit wiedergegeben werden. Curtius verlangte ausdrücklich noch, daß der Völkerbundsrat die Sühnemaßnahmen überwache und Sicherheiten schaffe, daß ähnliche Dinge in Zukunft nicht wieder vorkommen.

Unter dem Vorsitz Hendersons nahm der Rat die vom Ausschuß formulierte EntschlieÙung an, die in folgenden Sätzen gipfelte: „Der Völkerbund hat aus den vorgelegten Urkunden den Eindruck gewonnen, daß der Verband der Aufständischen von einem Geist beseelt war, der sicher nicht geeignet war, die Annäherung zwischen beiden Elementen der Bevölkerung zu erleichtern. In jedem Falle ist es unerläÙlich, daß der deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Schlesien das Gefühl des Vertrauens wiedergegeben wird, das leider aufs tiefste erschüttert zu sein scheint und ohne das eine Zusammenarbeit zwischen dem Staat und der Minderheit nicht hergestellt werden kann. Die internationalen Verträge und die Beschlüsse der Vollversammlung legen diese Zusammenarbeit dem Staat und den interessierten Minderheiten als eine unabweisbare Pflicht auf. Der Völkerbundsrat wird daher zu gegebener Zeit, noch vor der nächsten Tagung des Völkerbundsrates, von den Beschlüssen Kenntnis zu nehmen haben, die die polnische Regierung in dieser Frage ergreift.“

Polen ließ sich durch diese Worte nicht im geringsten rühren. Schon wenige Tage später lehnte die Warschauer Regierung die Einsprüche der deutschen Wahlgemeinschaft Oberschlesiens gegen die Terrorwahlen in den Kreisen Kattowitz und Königshütte ab, weil sie zu spät eingereicht worden seien. Zaleski selbst betonte in seinem Bericht, vor dem Auswärtigen Ausschuß des polnischen Senats, der Schlußbericht des Rates enthalte keine Erwähnung einer internationalen Untersuchungskommission über die Ausschreitungen und auch kein Wort über einen personalpolitischen Wechsel, d. h. Abberufung des Woiwoden Grafzynski. Auch seien keinerlei Spezialgarantien für die Zukunft verlangt worden. Nur ein paar Empfehlungen seien vom Rat in Genf beschlossen worden.

193

Deutsche unter Fremdherrschaft 194

Zu einer Narrenkomödie wurden die Gerichtsverhandlungen über den Wahlterror, den der Deutsche Volksbund an 255 Einzelfällen in seiner Beschwerde schriftlich dargelegt hatte. Es kamen überhaupt nur etwa 60 Fälle zur Verhandlung, und die Aufständischen erhielten, so weit sie nicht freigesprochen wurden, ganz niedrige

Freiheitsstrafen oder lächerlich geringe Geldstrafen. Im Falle Hohenbirken wußte man noch nicht einmal die Namen der gewalttätigen Aufständischen, weil das Rybniker Gericht davon abgesehen hatte, diese festzustellen! Man hatte „nur“ die geistigen Urheber auf die Anklagebank gebracht, den Schulleiter und den Ortspolizisten, die in aller Form freigesprochen und rehabilitiert wurden. Man fragte die beiden Leute auch nicht nach den Namen der eigentlichen Täter, die ihnen nicht unbekannt gewesen sein können. - So verhöhnte man den Völkerbund und seine Mahnungen, die Sühne für die Untaten verlangten.

Die Deutschen in Ostoberschlesien waren in die Hand Polens gegeben.

Als sich zum zehnten Male der Jahrestag des dritten polnischen Aufstandes Anfang Mai 1931 wiederholte, begab sich der Staatspräsident Moscicki nach Kattowitz und begrüßte den Woiwoden Graszynski, Vorsitzenden des Aufständischenverbandes. Und Moscicki hielt eine Rede, worin er die nationalen Verdienste des Aufständischenverbandes rühmte.

Eine neue Welle der Gewalttaten erhob sich zur Zehnjahresfeier des Aufstandes. Die Mitglieder des polnischen Aufständischenverbandes fielen die Deutschen auf der Straße an, drangen in die Wohnungen ein und mißhandelten die Wehrlosen. Deutsche Redakteure wurden in die Gefängnisse geworfen, ohne jeden Grund wurden peinliche Gerichtsverfahren gegen Deutsche eröffnet, so gegen einen deutschen Amtmann in Pleß ein Standgerichtsverfahren, weil er seinen Gutsverwalter wegen Gehorsamsverweigerung entlassen hatte! Ja, die Regierungspartei forderte sogar vom Woiwoden im Widerspruch zur Verfassung die sofortige Entlassung aller in Oberschlesien noch beschäftigten „Ausländer“, d. h. der Deutschen.

194

6. Kapitel: Fortgang der Deutschennot 195

Im Mai 1932 erreichte die Regierungspartei, daß der Staatspräsident den Schlesischen Sejm auf unbestimmte Zeit schloß. Der Vorwand für diese Maßnahme war, daß der Sejmarschall als Vertreter während seines Urlaubs nicht einen Abgeordneten der Regierungspartei, sondern der oppositionellen Korfanty-Partei berief. Von Warschau aus wurde gleichzeitig die grundsätzliche Reorganisation des Sejms im Geiste und im Interesse der Westmarkenpolitik angekündigt. Das war zugleich die Ankündigung eines letzten, radikalen Kampfes gegen die Überreste der deutschen Minderheit, der dann auch sogleich einsetzte. Deutsche Arbeiter und Angestellte wurden in Massen aus ihren Arbeitsstellen geworfen, sie bekamen als Familienväter ganz unzureichende und, soweit sie für Deutschland optiert hatten, gar keine Unterstützungen. Not und Krankheit befiel die Unglücklichen und sie sahen in ihrer Verzweiflung keinen anderen Ausweg, als nach Deutschland auszuwandern. Anfang September 1932 kamen die ersten Flüchtlinge in einem erbarmungswürdigen Zustande in Beuthen an: 48 Erwachsene, 52 Kinder. in Lumpen gehüllt, von Angst und Hunger und Krankheit zerrüttet. Noch weitere Hundert derart unglücklicher Familien folgten im Herbst 1932. - Als Adolf Hitler die deutsche Reichsregierung übernommen hatte, 30. Januar 1933, nahmen die Deutschenverfolgungen in Polen an Zahl und Stärke wieder zu. Wo Deutsche in Pommerellen, Posen und Ostoberschlesien sich versammelten, wurden sie von polnischen Horden angegriffen, mit Totschlägern und Knüppeln niedergeschlagen. Wo deutsche Kinder zu Kindergottesdiensten und Gesang zusammenkamen, erschien der Gendarm und führte die Leiter, meist Diakone, in den Kerker - denn evangelischer Kindergottesdienst war den Deutschen verboten! Insbesondere machte die polnische Polizei auf deutsche Nationalsozialisten Jagd. Am 6. März, einen Tag nach der Wahl, wurden auf Bahnhof Dirschau sogar zwei reichsdeutsche Studenten verhaftet, weil sie in Marienburg gewählt hatten! Mitte März wurden im „Seeküstenkreis“ (Nordpommerellen) Plakate angeheftet mit folgender polnischer Inschrift: „Laßt euch von Polen nichts vormachen, jetzt kommt bald Hitler.“ Sofort wurden in allen Teilen des Landes zahlreiche Deutsche ohne jeden Grund verhaftet, einer von diesen Unglücklichen wurde im Gefängnis zu Putzig von einem Polizisten mit Gummiknüppel

und Karabinerkolben totgeschlagen.

195

Deutsche unter Fremdherrschaft 196

Den Judenboykott am 2. April beantworteten die Polen mit antideutschen Kundgebungen. In Kattowitz wurden deutsche Zeitungen verbrannt, eine Puppe mit Hakenkreuz wurde an einen Laternenpfahl gehängt. Tagelang wurden die Gewalttaten fortgesetzt, die Zeitungsstände nach deutschen Zeitungen durchsucht, die nicht mehr öffentlich ausgelegt werden durften. Gegen die deutschen Zeitungen und die deutsche Sprache richtete sich vor allem der polnische Kampf. Die „Polska Zachodnia“, das Blatt des oberschlesischen Woiwoden, kündigte an, daß deutsche Zeitungen in öffentlichen Lokalen nicht mehr geduldet werden sollten. In Königshütte wurde ein mit Totenköpfen verzierter Aufruf an deutschen Gebäuden, Geschäften und am deutschen Privatgymnasium angeklebt, worin gegen den Gebrauch der deutschen Sprache protestiert wurde. In Teschen veranstalteten die Studenten der landwirtschaftlichen Hochschule deutschenfeindliche Kundgebungen. Aus den Kaffeehäusern und Gastwirtschaften holten sie alle deutschen Zeitungen heraus und verbrannten sie öffentlich auf dem Ring unter dem Gesang des „Rota“-Liedes. In allen Städten Ostoberschlesiens setzten die jungen Burschen die Überfälle auf Zeitungshändler und Zeitungsboten fort und nahmen ihnen die deutschen Zeitungen ab.

Eine gefährliche Hetze gegen die Deutschen wurde getrieben. Die gefürchteten Insurgenten, diese hemmungslosen Banditen und Verbrecher, zeigten sich wieder. In großen Haufen, mit Gewehren und Karabinern bewaffnet, hielten sie in den Grenzdörfern des Kreises Rybnik Felddienstübungen ab, veranstalteten lebhaftes Schießereien, ohne daß ihnen die Behörden Einhalt geboten. Daß diese Banditen auch auf deutsche Vereine Angriffe unternahmen, war selbstverständlich. So überfielen fünfzig Insurgenten mit Revolvern, Gummiknüppeln, Schlagringen, Rasiermessern das Passions- und Osterspiel am 4. April 1933 des Verbandes der deutschen katholischen Jungmänner- und Jugendvereine in Orzegow, Kreis Schwientochlowitz (Oberschlesien). Nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen und Kinder wurden niedergeschlagen und verwundet.

196

6. Kapitel: Nach Hitlers Regierungsübernahme 197

Mitte Mai wiederholte sich ein ähnlicher Vorfall in Tarnowitz, Ende Juni in Kattowitz. Die polnischen Gewerkschaften der Regierungsrichtung riefen Mitte April zur Bildung einer „Einheitsfront zum Kampfe gegen alles Deutsche“ auf. Sie verlangten, daß im Sejm, in den Gemeinde- und Stadtvertretungen die polnischen Parteien sich gegen die Deutschen zusammenschließen sollten. Die Deutschenhetze und Deutschenverfolgungen nahmen, ohne daß der Woiwode Graszynski das hinderte, seit Anfang Mai immer schlimmere Formen an. Es blieb nicht nur dabei, daß in Plakaten die polnische Bevölkerung aufgefordert wurde, den Gebrauch der deutschen Sprache selbst innerhalb der Familie zu verbieten, sondern allenthalben häuften sich die Angriffe auf Gut und Leben der Deutschen. Der Insurgentenverband forderte von der polnischen Regierung, daß sie sämtliche deutschen Reichsangehörigen aus Polen ausweise und sämtliche deutschen Minderheitschulen schließen sollte. In ihrer Not wandten sich die Deutschen hilfeschend an Calonder, den Präsidenten der Gemischten Kommission, fanden aber nicht die erwartete Unterstützung, da Calonder nicht von sich aus drohende Zwischenfälle verhindern, sondern vor seinem Einschreiten erst Unterlagen von Beschwerden in Händen haben wollte. - So setzten die Insurgenten ohne alle Bedenken ihre grausamen Deutschenverfolgungen fort, die zu besonderer Stärke Anfang Oktober 1933 ansteigen. Adolf Hitler hatte durch seinen Vertreter, Professor Bruns, beim Internationalen

Gerichtshof im Haag im Frühjahr 1933 eine einstweilige Verfügung beantragt, die eine weitere Verfolgung der Deutschen in Polen mit Hilfe des Agrargesetzes bis zur Entscheidung über die eingereichte Hauptklage unterbinden sollte. Die deutsche Regierung wies in ihrer Eingabe nach, wie das Gesetz zur Agrarreform vom Dezember 1925, das die Enteignung des Besitzes von mehr als 180 Hektar Ackerland bestimmte, ausdrücklich nur gegen die Deutschen angewandt wird. Den Deutschen werde jedes Verfügungsrecht, Landverkäufe und Kreditaufnahme, verweigert, wodurch sie in Vermögensverfall geraten und ihren Besitz billig dem Staate überlassen müssen, der 50-20 Prozent bar, den Rest in wertlosen Obligationen bezahlt.
197

Deutsche unter Fremdherrschaft 198

Die bereits stark erschütterte deutsche Minderheit in Polen zu schützen war der Zweck des deutschen Schrittes, doch der Internationale Gerichtshof verschleppte die Angelegenheit bis Ende Juli 1933, um dann mit acht gegen vier Stimmen den deutschen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung abzulehnen! – So ging der Aderlaß am deutschen Blute weiter. Der Strom jener Deutschen riß nicht ab, die aus ihrer Heimat vertrieben als Flüchtlinge und Bettler sich nach Deutschland wandten. Oft brachten die Eisenbahnzüge von Ratibor und Oppeln Trupps von Hunderten solcher Unglücklichen nach Breslau, die Haus und Hof im Stiche lassen mußten, weil polnische Büttel mit Ochsenziemer und Gummiknüppel sie hinausgejagt hatten, polnische Behörden und Arbeitgeber ihnen die Arbeit genommen und hin auf die Straße, in die Not des Elends getrieben hatten.
198

SIEBENTES KAPITEL

Polens Streben nach deutschem Lande 199

Durch die tiefeinschneidenden Bedingungen des Versailler Vertrages erhielt die deutsche Ostgrenze vom Hultschiner Ländchen bis an die Ostsee und von der Ostsee um Ostpreußen herum bis zur Memel eine Länge von 2100 Kilometern. Sie war somit 550 Kilometer länger als die deutsche Ostgrenze von 1914, und 1673 Kilometer sind neu gezogen worden, um die Weichselprovinzen, Teile Niederschlesiens, Oberschlesien, Hultschiner Ländchen, Teile Ostpreußens und Memelland vom Deutschen Reiche loszureißen. Für die deutschen Ostmarken wirkte der in das deutsche Volkstum und Wirtschaftsleben getriebene Weichselkeil geradezu tödlich. Grausam zerschnitt er die wirtschaftliche Harmonie, die einst von Hinterpommern, Brandenburg und Schlesien nach den bequem liegenden Ostprovinzen West- und Ostpreußen sowie Posen hinüberleitete. Die Landwirtschaft der neuen Grenzmarken hatte ihre sehr günstig liegenden Absatzgebiete Danzig, Posen, Thorn, Bromberg verloren, sie mußte sich neue Absatzgebiete, die weiter entfernt lagen und mehr Fracht kosteten, erschließen. Ebenso erging es der städtischen Industrie in Breslau, Frankfurt an der Oder und den zahlreichen kleinen Kreisstädten. Durch die neue Grenzziehung von 1920 wurden die Verbindungen mit den abgetrennten Gebieten bis in den Grund gestört. An die 900 Verkehrswege wurden unterbrochen, darunter 144 Chausseen und 68 Reichs- und Privatbahnstrecken. 61 Reichsbahnstrecken wurden durchschnitten, davon 27 in Oberschlesien; von den übrigbleibenden 34 konnte nur noch auf 15 ein Verkehr, und zwar ein sehr beschränkter, stattfinden und auf diesen 15 wurde der Verkehr durch Polens Willen nur mehr erschwert und verringert. Der Rückgang des Personenzugverkehrs betrug gegen 1913: 45 Prozent, im Güterzugverkehr 84 Prozent!
199

In Schlesien verkehrten auf der Strecke Kreuzburg-Lublinitz der rechten Oderufer-Bahn 1913 74 Züge mit 7034 Achsen, 1928 nur noch 14 Züge mit 440 Achsen! Die 1000 Kilometer neue Grenze von Niederschlesien über Ostbrandenburg, Grenzmark, Hinterpommern zur Ostsee hat das ehemals einheitliche und wirtschaftlich geschlossene deutsche Ostgebiet gänzlich zerschnitten und verstümmelt. Der westöstliche Wirtschaftsform, die Lebensader der Ostmarken, ist durch die Sperrung der polnischen Grenzen unterbunden. Die hingebende und aufopfernde Arbeit der deutschen Menschen, der Hilfswille der preußischen und deutschen Regierungen vermochten nicht das Hinsiechen und Sterben der deutschen Ostmarken aufzuhalten. In Niederschlesien wurden die Kreise Ramslau, Groß-Wartenberg, Militsch und Guhrau durch die neue Grenze zerrissen. Sie verloren einen wesentlichen Teil ihrer Absatzgebiete. Im Kreise Ramslau wurden vier Kunststraßen und die einzige Eisenbahnlinie zerschnitten. Der rege Verkehr von einst hat aufgehört, auf den Straßen jenseits der Grenze wuchert Gras und Unkraut, die Schienen sind aufgerissen. Die 24 Kilometer lange Grenze hat nur einen einzigen Übergang! Von den 120 Besitzungen des Dorfes Glauche sind 46 auseinandergespalten. Die Bauern wohnen in Deutschland, ihre Äcker und Wiesen liegen in Polen. Sie dürfen diese nicht nach Sonnenuntergang betreten, und dann brauchen sie dazu auch noch Wirtschaftsausweise! Sie sind machtlos gegen die nächtlichen Felddiebstähle und müssen mit stummer Verbitterung zusehen, wie die Polen ihre mühselige Ernte plündern.

Der Nachbarkreis Groß-Wartenberg hat die Hälfte seines früheren Gebietes, 384 qkm mit mehr als 20 000 Einwohnern, an Polen verloren. Die Gewerbetreibenden der Kreisstadt Groß-Wartenberg haben die Hälfte ihrer Abnehmer verloren. Hier kamen vor dem Kriege auf einen Gewerbetreibenden 172 Einwohner, nach 1920 nur noch 92! Einzelhandel und Handwerk waren zum Absterben verurteilt. Ihre Umsätze gingen auf ein Viertel bis ein Fünftel zurück. Die Baugeschäfte, die 1914 mehr als 350 Mann beschäftigten, hatten 1930 kaum noch 70 Mann! In der Stadt Neu-Mittelwalde ist der durchschnittliche Monatsumsatz von 450 000 - 600 000 RM vor dem Kriege auf 150 000- 170 000 RM zusammengeschrumpft.

200

7. Kapitel: Not im deutschen Schlesien 201

Neu-Mittelwalde ist von der polnischen Grenze wie in einem Sack eingeschnürt, das östliche und nördliche Hinterland ist abgeschnitten, und das deutsche Hinterland besteht aus riesigen Wäldern.

Elend, Not, Armut und Arbeitslosigkeit sind in den deutschen Grenzlanden eingezogen, und die Gemeinden seufzen unter der Last der stetig wachsenden Zahl derjenigen, die sie erhalten und versorgen müssen. Die Steuern wachsen ins Unerträgliche, während der Kreis derjenigen, die sie bezahlen können und müssen, immer kleiner wird. In Schwiebus, Züllichau, Zielenzig mußten mehr als dreißig Betriebe, darunter ein Werk mit achthundert Mann Belegschaft, stillgelegt werden. Ein Maßstab für die zunehmende Verelendung des deutschen Ostens ist der Rückgang des Güterverkehrs auf der Oder. Nicht nur der Verlust des West-Ostverkehrs auf Netze und Warthe hatte diesen bewirkt, sondern vor allem auch das wirtschaftliche Sterben der deutschen Ostprovinzen. Zwei Fünftel ihres Vorkriegsverkehrs hat die Oder nach 1920 eingebüßt. Noch schlimmer ist es in Breslau. Der Vorkriegsgüterverkehr von 1,6 Millionen Tonnen war 1928 auf 0,8 Millionen zurückgegangen.

Das Los Breslaus war erbarmungswürdig. Rings war Breslau von feindlichen Gebieten der Tschechoslowakei und Polens umgeben, die früher teils zum Deutschen Reiche selbst, teils zum befreundeten Deutsch-Österreich gehörten. Der wirtschaftliche Strahlungsradius der Großstadt, die 1930 über 600 000 Einwohner zählte, war auf einen winzigen Bruchteil gekürzt. Das Wirtschaftsleben begann zu sterben,

Zusammenbrüche und Konkurse mehrten sich. Alteingesessene Handels- und Industrieunternehmen wanderten nach Mitteldeutschland ab, so z. B. 1929 die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben und Lokomotivenfabrik Lincke-Hoffmann. Die Not der Arbeitslosigkeit wuchs ins Ungeheure. Am 30. September 1929 waren in den deutschen Städten über 100 000 Einwohnern von je 1000 Einwohnern 23 Empfänger von Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung, in Breslau 38! (Stettin 37,7).

201

Deutsche unter Fremdherrschaft 202

Am 31. Dezember 1929 wurden in Breslau 143 215 Personen, der vierte Teil der ganzen Einwohnerschaft, aus öffentlichen Mitteln unterstützt! Die Stadt hatte 35 Millionen RM Wohlfahrtsausgaben im Jahre 1929! Und dazu die große Wohnungsnot! In Breslau gibt es ungesunde, muffige Mietskasernen, von denen einige Dutzend 200, 300, ja 600 Einwohner haben! 371 Menschen wohnen auf einem Hektar bebauter Fläche, in den andern deutschen Großstädten durchschnittlich 219.

Die ungeheure soziale Not zwingt die Stadt zu einer drakonischen Steuerpolitik. Es ist ein verzweifelter Irrkreis, in dem die schlesische Großstadt um ihr Dasein ringt: sterbende Wirtschaft, wachsende Not, steigende Steuern! So ist Breslau ein Anklagemal für das Sterben der deutschen, schlesischen Grenzmark, das durch die Grenze von 1920 herbeigeführt worden ist. –

Wenden wir uns nun nördlicher, in die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. Diese Provinz war Anfang August 1922 gegründet worden als zwölfte der preußischen Provinzen mit der Bestimmung, die Tradition der abgetretenen Gebiete fortzuführen. In der Form eines Schlauches, etwa 4 Meilen breit, erstreckt sie sich längs der polnischen Grenze, die in 430 Kilometer Länge zugleich Grenze der Provinz ist. Ihr Flächeninhalt beträgt 7695 qkm und ihre Einwohner zählen 332 500 Köpfe. Ihre Hauptstadt ist Schneidemühl. Der Teil nördlich der Netze umfaßt die Trümmer der einst westpreußischen Kreise Schlochau, Flatow, Deutsch-Krone, Netzekreis und der ehemals posenschen Kreise Kolmar, Czarnikau und Filehne. Der mittlere Teil wird gebildet aus dem früheren Posener Kreis Schwerin an der Warthe und den Resten der Kreise Meseritz und Bomst, der südliche Teil wird von dem Rest des posenschen Kreises Fraustadt ausgefüllt.

In dieser Provinz gibt es 14 Eisenbahnlinien, 29 Chausseen, 13 Landstraßen und 201 Landwege, die durch die neue Grenze zerschnitten und zum größten Teile totgelegt sind. Nur fünf Eisenbahnen führen nach Polen hinüber.

202

7. Kapitel: Not in der deutschen Grenzmark 203

Eine Reise von Schlochau nach Fraustadt, vom Norden in den Süden der Provinz, etwa 350 Kilometer, dauert ebenso lange wie eine Reise von Frankfurt an der Oder nach Aachen. Der deutschen Landwirtschaft sind die Märkte in Danzig, Bromberg, Konitz verschlossen, und die Eröffnung neuer Absatzgebiete ist, wegen der verteuerten Fracht, nur unter großen Einbußen möglich. Die bäuerlichen Betriebe nehmen etwa 65 Prozent der 400 000 Hektar genutzten landwirtschaftlichen Fläche ein, auf etwa 60 000 Hektar Umfang dehnen sich 200 Großbetriebe mit mehr als 250 Hektar. Aber die Landwirtschaft geriet in Schulden und versank immer tiefer darin: Anfang 1930 war der Hektar mit 350 Mark Schulden belastet. Die Verschuldung betrug 140 Millionen bei einem berechtigten Wehrbeitragswert von 500 Millionen.

Diese bodenlose Not der Landwirtschaft wirkte auch auf die Städte zurück. Das städtische Gewerbe, Handel und Industrie wurden aufs tiefste berührt von der mit Verzweiflung um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft. So beschäftigten in der Stadt Landsberg vor 1914 15 Unternehmungen 3000 Arbeiter, 1930 nur noch 750. In Friedeberg sank die Ziffer der Industriearbeiterschaft von 1000 auf 200. Hier in

der Grenzmark wurde ein ganz verzweifelter Kampf gerungen. Gar mancher Bauer und Siedler, der keinen Ausweg mehr wußte, verließ bei Nacht und Nebel Haus und Hof und flüchtete in die Großstadt, wo er in der allgemeinen Arbeitslosigkeit unterging, als Proletarier herumvegetierte und Unterstützungen und Almosen empfing, statt im Schweiß seines Angesichts die Scholle seiner Väter zu bearbeiten. Die verlassenen und zerfallenden Häuser und Städte, die verwahrlosten Äcker standen als traurige Zeugen im Lande und versanken in einen Dornröschenschlaf. Es war, als seien die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges wiedergekehrt, als der Bauer von seiner Scholle flüchtete und nur selten zurückkehrte.

Über die in der Grenzmark herrschenden Schulverhältnisse sagte ein Augenzeuge folgendes: „Die Schulverhältnisse im Kreise Flatow ... sind eine bittere Anklage. Etliche Schulgebäude mußten von der Baupolizei wegen Gefährdung von Kindern und Lehrern geschlossen werden. Der Unterricht wurde vorübergehend im Freien fortgesetzt. In verschiedenen Fällen mußten Ställe als Notschulen herhalten.

203

Deutsche unter Fremdherrschaft 204

Trostlose Zustände herrschten auch in den Wohnungen der Lehrerfamilien. Muffige Bodenkammern als Schlafräume für mehrere Kinder, Schlafzimmer und Küchen ohne Fenster, zerfallende Wirtschaftsgebäude wirkten in dieser östlichen Kulturstation des Deutschtums um so niederschmetternder, als die vielen vom polnischen Staat unterstützten Minderheitenschulen mit ihrem schmucken Aussehen sich aufreizend und anziehend von den deutschen Schulen abheben.“ (Heimatsdienst 1930, Seite 5). Die preußische Regierung war bemüht, der Landflucht, die durch die miserablen Lohn- und Wohnverhältnisse sich immer weiter fortsetzte, durch Siedlungspolitik Einhalt zu tun. Aber sie blieb in den bescheidensten Anfängen stecken. In der Zeit von 1922 bis 1929 wurden zwar fast 1300 Werkswohnungen und Eigenheime für Landarbeiter geschaffen, aber kaum 400 Siedlerstellen errichtet, weil kaum ein Siedler die nötigen 10 000 bis 13 000 Mark für das Siedelgut aufbringen konnte. Die ungeheure Finanznot des Staates und der öffentlichen Körperschaften verurteilte die Behörden, zuzusehen, wie das deutsche Volkstum mehr und mehr verfiel.

Wie Breslau von der deutschen Not Schlesiens aufs tiefste berührt wurde, so stand das nur 84 Kilometer von der neuen Grenze entfernt liegende Frankfurt ganz im Banne des Grenzmarkelendes. Die Stadt war der Sammelpunkt des Grenzlandsdeutschtums, aber auch hier litt man unter Arbeitslosigkeit und Absatzstockung. Der direkte Absatz der Stadt in die abgetretenen Gebiete betrug 1913 an die 13 Prozent, 1927 kaum noch ein Viertel Prozent.

Auch in Pommern litt man unter der Grenzzerrißung. Die Stadt Lauenburg erlag fast unter der Last der Wohlfahrtsfürsorge. Flachsfabrik und Zündholzfabrik und mehrere kleinere Werke waren stillgelegt worden, und die Arbeiter mußten von den Gemeinden unterhalten werden. Eine Folge dieser deutschen Ostnot war die zunehmende Entvölkerung der Gebiete. Die Bevölkerungsdichte in Schlesien und der Grenzmark zeigte eine fallende Tendenz. Sie betrug in folgenden schlesischen Kreisen:

204

7. Kapitel: Entvölkerung des deutschen Ostens 205

Gr. Wartenberg	1871: 138,	1929: 108
Namslau	1871: 108,	1929: 660
Guhrau	1871: 86,	1929: 81
Militsch	1871: 125,	1929: 97
Öls	1871: 118,	1929: 101
Trebnitz	1871: 104,	1929: 93

Wohrlau	1871: 102,	1929: 81
Deutsches Reich	1871: 76,	1929: 133

Die Grenzmark Posen-Westpreußen hatte gar nur 43 Einwohner auf dem Quadratkilometer. Sie stellte mit 107 Auswanderern auf 100 000 Einwohner das höchste Kontingent, doppelt soviel als die Provinz Brandenburg! Die Bauernsöhne, die in der Heimat keine Hoffnung und Zukunft mehr sahen, lösten sich von der Scholle der Väter und ließen sich, wie Treibsand des Volkes, in alle Welt zerstreuen.

In den fünfzehn Jahren von 1910 bis 1925 wanderten ab aus den Provinzen Pommern 31 800, Grenzmark Posen-Westpreußen 41 700, Niederschlesien 87400 und Oberschlesien 105 000 Menschen, das war ein Verlust von 265 900 Menschen allein durch Abwanderung!

Noch viel schlimmer stand es um Ostpreußen. Diese Provinz litt nicht nur unter den Grenzerreißungsschäden wie die übrigen Ostmarken, sondern vor allem auch darunter, daß sie vollkommen vom Mutterlande abgetrennt war und so gleichsam den Polen auf Gnade und Ungnade wirtschaftlich und politisch ausgeliefert war. Die 854 Kilometer lange Grenzlinie zerschneidet 12 Eisenbahnen, 32 Kunststraßen und 122 Landstraßen. Der Absatz der landwirtschaftlichen Provinz in die Nachbargebiete ist durch die Isolierung auf ein Zehntel der Vorkriegszeit gesunken. In welcher schwerer Weise auch die kleinen Grenzstädte wirtschaftlich heimgesucht worden sind, zeigt das Beispiel von Bischofswerder. Die Zahl der Einwohner sank in dem Jahrzehnt nach 1920 von 2314 auf 2007. Von 24 Kolonial- und Manufakturwarengeschäften waren nur noch 15 übrig, von 44 Handwerksbetrieben nur noch 17. Das gesamte Gewerbesteuersoll betrug 1928 ganze 359 Reichsmark!

205

Deutsche unter Fremdherrschaft 206

36 Steuerpflichtige zahlten weniger als 5 Reichsmark, der höchste Betrag war 90 Reichsmark. Aber die Wohlfahrtslasten waren auf das 13 1/2 fache von 1913 gestiegen. Im Oktober 1927 empfingen 28 Prozent der ganzen Bevölkerung öffentliche Unterstützung, im Januar bereits 47 Prozent!

Die Landwirtschaft war in einem verzweiferten Zustande. Die landwirtschaftliche Verschuldung betrug am 1. Januar 1925: 226 Millionen, vier Jahre später eine Milliarde. Am 1. Januar 1928 war der Hektar mit 675 Reichsmark belastet.

Zusammenbrüche folgten in schneller Folge. 1928 wurden 14 000 Hektar zwangsversteigert, im Januar 1930 waren 140 000 Hektar konkursreif. Bereits 1929 wurden von je 1000 ostdeutschen Landwirtschaftsbetrieben 18 zwangsversteigert, einer unter 20 Hektar, vier von 20 bis 100 Hektar Größe und 13 über 100 Hektar Größe. Den Löwenanteil an diesen Katastrophen hatte Ostpreußen.

Auch in Ostpreußen machte sich, wie in den anderen Grenzgebieten, eine starke Abwanderung der Bevölkerung bemerkbar. Von 1840 bis 1910 verließen 730 000 Menschen Ostpreußen, das war die Hälfte des Geburtenüberschusses der Provinz in jenen 70 Jahren.

Von 1910 bis 1930 wanderten wiederum etwa 225 000 Menschen aus Ostpreußen ab, ebenfalls die Hälfte des Geburtenüberschusses ausmachend. Allein für das erste halbe Jahr 1924 betrug die Summe der Abgewanderten 12 000 Menschen. Zwar suchten die Regierungsstellen sich mit allen Kräften gegen diese schicksalshafte Entwicklung zur Katastrophe zu wehren und betrieben gerade in Ostpreußen eine intensive Siedlungspolitik. Von 1919-1931 wurden 10 205 Neusiedlerstellen errichtet, allein im Jahre 1930 wurden 12 713 Hektar unter 1111 Siedlerstellen verteilt und 44 Dörfer neu angelegt, 1931 konnten nur 636 neue Siedelgüter errichtet werden. Auch verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Siedler in diesem Jahre so rapide, daß die Regierungen im Frühjahr 1932 eine halbjährige Rentenstundung gewähren mußten. Als im Frühjahr 1932 der Reichskanzler Brüning und der Ostkommissar Schlange-Schöningen noch etwa eine halbe Million

Hektar Hark verschuldete Großbesitze zur Schaffung von 30 000 Bauernstellen erwerben wollten, erhob der ostpreußische Grundbesitz und die durch den Freiherrn von Gayl vertretene Siedelungsgemeinschaft Einspruch, so daß dieser Plan nicht verwirklicht wurde.
206

7. Kapitel: Tatenlosigkeit der demokratischen Regierungen 207

Die Reichsregierung sah mit zunehmender Sorge den wirtschaftlichen Verfall Ostpreußens. Um ihn aufzuhalten, wurde am 18. Mai 1929 das „Gesetz über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen“ geschaffen. Aber es zeitigte keine Erfolge. Dem wirtschaftlichen Verfall folgte die kulturelle, seelische und soziale Not des Volkes. Ein grenzenloses Gefühl der Verlassenheit, an Selbstaufgabe grenzend, verbreitete sich unter den östlichen Deutschen. Aus dieser Verzweiflungsstimmung heraus wendeten sich im Januar 1930 die Landeshauptleute der sechs östlichen Provinzen, Ostpreußen, Pommern, Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien und Brandenburg, mit einem Hilferuf an Hindenburg und an die Regierungen, und Hindenburg beauftragte am 18. März den Reichskanzler Müller, die Hilfe für den deutschen Osten in Gang zu setzen. So wurde denn nach mancherlei parlamentarischen Schwierigkeiten durch Brüning 1930-1932 das Ostpreußengesetz zur allgemeinen Osthilfe erweitert, die zwar die Entschuldung der ostdeutschen Landwirtschaft zum Ziele hatte, aber auch zu keinem nennenswerten Ergebnis führte. Alle derartigen Mittel erwiesen sich als unzulänglich: Umschuldung, Zinslenkung, Betriebssicherung, Ladenlenkung, Vollstreckungsschutz und Frachterleichterung vermochten nicht das wieder gutzumachen, was Versailles zerstört hatte. Das Übel mußte an der Wurzel angepackt werden: Der polnische Weichselkorridor hatte sich als ein Irrsinn erwiesen, er mußte beseitigt werden. Diese Überzeugung hatten die deutschen Staatsmänner seit 1919 sowieso, und Stresemann legte sich in Locarno nicht auf die deutsche Ostgrenze fest, wie Polen und Franzosen dies heftig wünschten. Der Minister Treviranus forderte sogar fünf Jahre später, im September 1930, ohne Umschweife Revision der deutschen Ostgrenze, da der in Ostdeutschland herrschende Zustand auf die Dauer unhaltbar sei. Die Debatte über das Korridorproblem kam jetzt auch in England und Amerika immer mehr ins Rollen.
207

Deutsche unter Fremdherrschaft 208

Nun muß allerdings gesagt werden, daß auch schon 1919 keine absolute Einmütigkeit unter den Siegern bestand über die Zuteilung des Korridorgebietes an Polen. Nitti war der Ansicht, daß zumindest die Bevölkerung um ihre Meinung befragt und der Abtrennung eine Volksabstimmung vorangehen müsse. In England veröffentlichte 1929 der frühere Chefredakteur der „Daily Chronicle“, Sir Robert Donald, ein Buch „Der polnische Korridor und seine Folgen“, worin er entschied, Danzig und der Korridor müsse an Deutschland zurückgegeben werden, den Polen könne man helfen, indem man ihnen Freihäfen in Königsberg, Elbing, Stettin, Hamburg und Memel einräume und die Weichselmündung internationalisiere. Man könnte den Polen auch Transportfreiheiten auf deutschen Eisenbahnen und Flüssen, sowie Korridorzüge nach Danzig einräumen. Ein ungenannter englischer Journalist veröffentlichte im gleichen Jahre ein Buch: „Die Früchte der Narrheit“, worin er zu dem Schlusse kommt, daß die Deutschen bis zum letzten Atemzuge um die Revision kämpfen werden, „nicht auf Antrieb einer Militärpartei, noch aus Eroberungslust, sondern einfach und allein, weil das ganze Volk aufrichtigen Glaubens ist, daß die Zerschneidung Deutschlands ein unerträgliches Unrecht darstellt“. In Italien hatte bereits 1925 Tommassini ein Buch über die „Wiederherstellung Polens“ veröffentlicht, worin er behauptete, Danzig und Westpreußen hätten bei Deutschland verbleiben müssen. Fünf Jahre später bezeichnete Attilio Cabrati in Genua den Korridor als ein Musterbeispiel für den

wirtschaftlichen und geographischen Unsinn, der in Versailles angerichtet worden sei. Sogar in Frankreich, dem Bundesgenossen Polens, wurden Stimmen für die Rückgabe des Korridor laut. Marschall Foch bezeichnete kurz vor seinem Tode den Korridor als die Stelle, wo der nächste Weltkrieg ausbrechen werde. Der Major Olivier Comte d'Etchegoyen sprach sich scharf gegen den polnischen Korridor aus. Graf d'Ormesson, der Leisetreter, meinte, man solle Deutschland für den Korridor durch Rückgabe einiger Kolonien entschädigen.

208

7. Kapitel: Weichselkorridor und Weltöffentlichkeit 209

Robert Tourly, der Mitarbeiter des „Soir“ schrieb in seinem Buche: „Der Konflikt von morgen: Berlin, Warschau, Danzig“: „Die deutsch-polnische Grenze ist ein Unsinn, der Danziger Korridor eine empfindliche Zerstückelung, unter der ein ganzes Land zu leiden hat, die Verknüpfung Danzigs mit Polen eine unbegreifliche Zwangseinrichtung, welche alle Gegensätze des Rechts und der Redlichkeit mit Füßen tritt.“

Pierre Valmigere, Südfranzose, fand es wie Nitti fehlerhaft, daß die Bevölkerung des Korridorgebietes nicht einmal befragt worden sei, und verlangte, Polen solle gezwungen werden zur Grenzberichtigung und Rückgabe des Korridors, der eine der größten Ungerechtigkeiten von Versailles sei. Der Pariser Universitätsprofessor Rene Martel setzte sich für eine vernünftige Wiedergutmachung des wirtschaftlichen Unsinn im Korridorgebiet ein.

Nachdem diese Gedanken in der Publizistik genügend erörtert worden waren und man in England und Frankreich und Italien eine für Deutschland günstige Wendung befürwortete, begannen auch die Politiker sich theoretisch mit der Frage zu beschäftigen. Die französischen Regierungskreise allerdings verhielten sich ablehnend. In den staatsmännischen Gesprächen des kritischen Herbstes 1931 zu Rom, London und Washington spielte die Korridorfrage eine nicht unerhebliche Rolle. Mussolini sann auf einen Vorschlag, den Korridor zu befestigen, der italische Außenminister Grandi erklärte, eine Revision der deutschen Grenzen in Oberschlesien und im Korridor müsse stattfinden, denn die Grenzziehung bedrohe den Frieden Europas. In London schlug Lloyd George vor, im Nordzipfel des Korridors und in Danzig eine Volksabstimmung durchzuführen und nach einem Siege der Deutschen das Land an das Reich zurückzugeben. Der Liberale Simons war der Ansicht, die deutsch-polnische Grenze könne nicht länger bestehen bleiben, Deutschland werde dadurch von schweren wirtschaftlichen Schäden betroffen. Am energischsten war der Vorstoß in Amerika. Als Laval Ende Oktober 1931 in Washington weilte, erklärte Senator Borah, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Senat, die Grenzen im Polnischen Korridor und in Oberschlesien seien der Grund zu dauernden Zwistigkeiten, wenn die Verhältnisse dort so blieben, könne in Europa keine Abrüstung zustande kommen.

209

Deutsche unter Fremdherrschaft 210

Das war Laval höchst unangenehm, um so mehr, als auch der Präsident Hoover sich Borahs Ansicht anschloß und für ein Verschwinden des Korridors eintrat. Borah agitierte unter den Senatoren sehr eifrig für seine Idee, und auch der Führer der Demokraten, Senator Johnson, einst Mitarbeiter Wilsons, äußerte, Wilson sei über die deutsch-polnischen Grenzen getäuscht worden, er würde jetzt für Beseitigung des Korridors und für ein ungeteiltes Oberschlesien sein. Borah und Johnson veröffentlichten Ende November 1931 gleichlautende Erklärungen, worin sie die Änderung der deutsch-polnischen Grenze binnen Jahresfrist forderten, wenn nicht Amerika in einen neuen Krieg verwickelt werden wolle. Etwa ein Drittel der Senatoren standen auf der Seite Borahs, doch das Staatsdepartement widersetzte

sich dem Vorgehen Borahs, die Korridorfrage im Senat ins Rollen zu bringen. Vor allem die französische und polnische Gesandtschaft in Washington arbeiteten fieberhaft, um die Besprechung des Antrages von Borah auf Rückgabe des Korridors im Senat zu verhindern.

Der polnische Botschafter Filipowicz in Washington suchte höchst persönlich den Senator Borah auf und bemühte sich in sehr bewegten Worten, den Amerikaner anderen Sinnes zu machen. Alle möglichen Argumente führte er an zum Beweise, daß der Korridor polnisch bleiben müsse, so behauptete er auch, die Bevölkerung des Korridors betrage zu 80 Prozent Polen. Darauf erwiderte Borah lakonisch: „Ich zweifle nicht daran, daß der Korridor in absehbarer Zeit 100 Prozent Polen als Bevölkerung zählen wird, wenn die polnische Regierung ihre Entdeutschungspolitik wie bisher fortführt!“

In Warschau gingen die Wogen der Erregung hoch. Volk, Presse, Regierung gerieten in einen Zustand der Raserei über die Absichten Borahs. Die Zeitungen schrieben und Pilsudski erklärte es im Ministerrat, man müsse es den Amerikanern sagen, daß die polnische Westgrenze für alle Zeiten unverletzlich sei. In Warschau und den anderen Städten Polens fanden Anfang November täglich Demonstrationen gegen Borahs Erklärung über den Korridor statt, und in ihrer Not trösteten sich die erregten Polen mit den beruhigenden Erklärungen der Pariser Regierungsmänner, die da sagten, die polnische Westgrenze sei unabänderlich. -

210

7. Kapitel: Weichselkorridor und Weltöffentlichkeit 211

Aber die Korridorfrage war nun einmal in die diplomatische Atmosphäre eingedrungen, und das böse Gewissen ließ den Polen keine Ruhe, sie mußten, besonders in Amerika, immer wieder betonen, daß der Weichselkorridor gut polnisches Land sei. Der bekannte Musiker und ehemalige polnische Staatspräsident, Paderewski, war am 18. Mai 1932 Ehrengast der polnisch-amerikanischen Handelskammer in New York. Auf einem Bankett im Hotel Astor, an dem auch Owen Young, Parker Gilbert und General Pershing teilnahmen, hielt Paderewski eine Rede, worin er folgendes sagte: Die in Deutschland verfolgten Pläne auf Beseitigung des Weichselkorridors seien das Werk preußischer Militaristen, die keine wahren Deutschen seien, sondern einen Kolonistentyp darstellten und sich von einem historischen Haß gegen Polen leiten ließen. Eine Neuaufteilung Polens würde einen internationalen Verstoß mit katastrophalen Folgen gegen die Zivilisation bedeuten. Die 32 Millionen Polen hätten Unendliches zu dulden wegen einer Provinz mit zwei Millionen Einwohnern, durch deren Wiedereingliederung in das Deutsche Reich die militärischen Kreise in Deutschland den Staat Friedrichs des Großen im Osten wiederherstellen wollten. Polen, dessen Geschichte die Friedensliebe des polnischen Volkes beweise, wünsche nicht, erneut verkrüppelt zu werden. Das sagte Paderewski zur gleichen Stunde in New York, da Pilsudski in Warschau den Angriff auf das deutsche Ostpreußen vorbereitete. Aber gerade die Vorgänge in Polen bestärkten die öffentliche Meinung in Amerika, England und Italien in dem Plane, die Korridorfrage neu zu regeln. Anfang Juni 1932 schrieb die englische Zeitung „Daily News“, der Korridor sei nach der Meinung auch des letzten Engländers unhaltbar. Wenn auch das amtliche Polen erkläre, eine Revision der deutsch-polnischen Grenze dürfe niemals kommen, dann heiße das nur, daß der Krieg später einmal das erreichen werde, was gegenwärtig noch durch Verständigung erzielt werden könne.

211

Deutsche unter Fremdherrschaft 212

Der Korridor in Gefahr! Das war die polnische Sorge seit je, und die polnischen Staatsmänner hatten längst den Augenblick vorausgesehen, da die Korridorfrage

erörtert werden sollte. Sie hatten kein ruhiges Gewissen, weil ihnen die Weichselprovinz allzuleicht in den Schoß gefallen war. Aber den Völkern geht es wie den Menschen: Besitz will errungen sein, eines Raubes kann man sich nicht lange freuen. Die Polen glaubten am besten allen feindlichen Bestrebungen dadurch zu begegnen, daß sie den Angriff als die beste Abwehr betrachteten. Sie erklärten nicht nur, eine Korridorfrage gäbe es für sie überhaupt nicht, sondern sie erhoben sogar ganz öffentlich und unbekümmert Anspruch auf alles Gebiet östlich der Oder, auf die „polnische Kronprovinz“ Ostpreußen und auf Danzig. –

„Die Oder von Ratibor bis Stettin muß die Westgrenze des großpolnischen Reiches sein!“ Das war die Losung in Warschau. Und schon früh begannen die Polen den Angriff auf die deutschen Grenzgebiete östlich der Oder, nicht mit Gewalt, aber mit einer heimlichen Polonisierungspolitik.

Die Aufgabe der Polonisierung fiel dem am 27. August 1922 gegründeten Polenbunde in Deutschland zu, der in engem Zusammenhange mit dem Polnischen Westmarkenverein und über diesen mit der polnischen Regierung stand.

Er hatte einen Vollzugausschuß in Berlin und gliederte sich in Landesverbände und Ortsgruppen. Sein Ziel ist: Stärkung oder Wiedererweckung des polnischen Nationalbewußtseins und Abwendung der „Entnationalisierungsgefahr“, die den in Deutschland lebenden 950 000 Polen angeblich von seiten der deutschen Kirche drohen sollte! Zugleich machte sich der Bund auch zum „Beschützer“ der übrigen nationalen Minderheiten in Deutschland, der Litauer, Wenden, Dänen und Friesen, in deren Reihen er aktivistisch wirken wollte, um das Reich zu zersetzen! Die innerdeutsche polnische Presse brachte er unter seinen Einfluß. Seit März 1927 hatte der Bund einen Arbeitskalender entworfen, der den einzelnen Monaten bestimmte Aufgaben zuwies, etwa Pflege von Sprache und Glauben der Väter, Pflege der polnischen Jugendvereine, des polnischen Turn- und Sportvereinswesens, Wirtschaftsfragen, Verbreitung des polnischen Liedes, politische Erziehung, Errichtung polnischer Kleinschulen, Wohlfahrt, Berufsfragen usw.

212

7. Kapitel: Polenbund und Westoberschlesien 213

Er wies die deutschen Polen an, ihre verdienten Spargelder nur in polnische Volksbanken einzuzahlen, die das Geld nach Polen weitergaben, auch sollte nur in polnischen Geschäften gekauft werden. Polnische Einkaufsvereine und Zeitungsverlage wurden zu einem großen Genossenschaftsverbände zusammengeschlossen. Schon 1922 war vom Polenbunde ein „Verband der polnischen Schulvereine“ gegründet worden, Ende 1927 folgte die Gründung eines „Verbandes der polnischen Berg- und Metallarbeiter“ und eines „Vereines der polnischen Landarbeiter“.

Besonderen Eifer entfaltete der Polenbund in Westoberschlesien. Hier war in Beuthen unter der Ägide des polnischen Generalkonsuls am 18. Februar 1923 der Teilverband 1 des Polenbundes gegründet worden. Seine Führer waren keine Oberschlesier, sondern aus Westfalen und Polen zugewanderte Polen! Der Bund verlegte seine Zentrale später mit dem polnischen Generalkonsulat nach Oppeln, gründete Kreisgeschäftsstellen in Groß-Strehlitz, Beuthen, Gleiwitz, Cosel, Ratibor. Seine Haupttätigkeit bestand darin, private polnische Minderheitenschulen und wirtschaftliche und kulturelle Vereine zu gründen. Er betrieb Kinderfeste, Bescherungen, polnische Lieder- und Tanzstunden, Schreib- und Lesekurse, ja sogar Massenausflüge nach Warschau und Krakau (1924/25). Schon am 19. Oktober 1923 entstand in Beuthen der „Polnisch-katholische Schulverein für das Oppelner Schlesien“, der über umfangreiche Propagandamittel verfügte. Eine polnische Akademikervereinigung „Silesia Superior“ folgte im August 1924 in Oppeln, doch brachte sie es im ersten Jahre ihres Bestehens nicht über 20 Mitglieder. Auch Jugendvereine entstanden: Verein der oberschlesischen Jugend, Polnisch-katholischer Jünglingsverein in Oppeln, Polnische Pfadfinderorganisation, die 1924 zehn Ortsgruppen umfaßte und sich 1925 der in Berlin bestehenden polnischen

Pfadfinderorganisation anschloß, so daß die Vereinigung von nun an „Polnischer Pfadfinderverband in Deutschland“ hieß. Auch die Bauern und Arbeiter vergaß man nicht. Ein- und Verkaufsgenossenschaften wurden gegründet, Ende 1924 entstand ein polnischer Bauernbund.

213

Deutsche unter Fremdherrschaft 214

Arbeiter wurden in polnischen Gewerkschaften zusammengefaßt. Der Polenbund betrachtete es als seine Aufgabe, unter der tatkräftigen Leitung des polnischen Generalkonsuls die „unterdrückten Polen“ vom „deutschen Joche zu befreien“. Hierzu lag nun allerdings gar keine Veranlassung vor, denn die Deutschen behandelten die in Deutschland wohnenden Polen im Gegensatz zu den Verhältnissen jenseits der Grenze mit einer weitherzigen Loyalität. Mit großer Gewissenhaftigkeit sorgte die deutsche Regierung für die Befolgung der Genfer Konvention. Sie erhielt die polnischen Minderheitenschulen, auch wenn die Zahl der polnischen Schulkinder längst unter die gesetzlich festgesetzte Zahl gesunken war. Sie schützte die polnischen Vereine und Organisationen, verkürzte nicht die Freiheit der hetzerischen polnischen Presse. Im Wahlkampf blieben die Polen ungestört. Im Sommer 1930 konnte der Polnische Bund in Oberschlesien achtundachtzig Versammlungen abhalten, unbehelligt durften Flugblätter, Werbeschriften, Plakate vertrieben werden. Verbote oder Beschlagnahmen polnischer Zeitungen durch deutsche Behörden kamen nicht vor.

Die Polen wurden zu Ämtern und Ehrenstellen zugelassen, besaßen die volle Freiheit wirtschaftlicher und kultureller Betätigung. Es blieb den Religionsgesellschaften überlassen, welche Sprache sie in Gottesdienst und Predigt wählen wollten. Niemand fand etwas dabei, daß in 211 von insgesamt 245 katholischen Kirchen des ehemaligen Abstimmungsgebietes in Oberschlesien polnischer Gottesdienst neben dem deutschen abgehalten wurde. Ja, in 18 Pfarrkirchen wurde nur die polnische Sprache benutzt, während es bloß 16 Kirchen gab, wo nur deutsch gesprochen wurde! Auch die deutsche Bevölkerung war maßvoll und beherrscht, die maßlosen polnischen Gewalttaten in Ostoberschlesien gegen die deutsche Minderheit löste nur geringfügige Reaktionen aus.

Die deutsche Loyalität machte auf den Polenbund nicht den geringsten Eindruck. Er wiegelte seine Mitglieder auf, die staatlichen Minderheitenschulen zu meiden, weil dort wohl polnisch unterrichtet werde, aber nicht der „richtige Geist“ herrsche. Es waren 1922 in Westoberschlesien 51 polnische Minderheitenschulen von Staats wegen eingerichtet worden.

214

7. Kapitel: Polnische Schulen, Banken und Vereine 215

Im Jahre 1923 gingen 1438 Kinder in diese Schulen, 1925 nur noch 1268, 1931 hatten 24 Schulen keinen einzigen Schüler (sie wurden aber trotzdem offengehalten), während die anderen 27 von insgesamt 425 polnischen Schülern besucht wurden. Die Schulen blieben also leer, und polnische Privatschulen wurden errichtet, in denen von Polen eingeführte Lehrer häufig kaum mehr als ein Dutzend Kinder unterrichteten und ihnen den „richtigen polnischen Geist“ einimpften. Die hier vorbereiteten Schüler wurden dann nach Polen auf die höheren Schulen geschickt, wo sie als Führer der „bedrückten Brüder“ herangebildet wurden, um später einmal die Eroberung des deutschen Landes durchzuführen.

Überhaupt legte der Polenbund großen Wert auf die zielbewußte Ausbildung von Agitatoren. Er suchte geeignete Persönlichkeiten aus, die natürlich deutsche Staatsbürger waren, und sandte sie in Ausbildungskurse, die von führenden polnischen Männern abgehalten wurden. Zwei Dutzend solcher Polen, die in der Hauptsache aus Westoberschlesien, dann auch aus der Grenzmark und aus Ostpreußen

stammten, wurden z. B. November und Dezember 1931 in Rabka instruiert, wie man die deutsche Bevölkerung in den deutschen Grenzgebieten bearbeiten und zersetzen müsse.

Dann richtete der Polenbund Banken und Genossenschaften ein, die über reichliches polnisches Geld verfügten. Etwa zehn solcher Kreditanstalten entstanden, welche ihre Zweigstellen im Lande verbreiteten. Bereitwillig kamen diese Institute den notleidenden Bauern zu Hilfe, spielten sich als Wohltäter auf und priesen die polnische Menschenfreundlichkeit. Es gelang diesen Banken auch, ihren Besitzstand an oberschlesischem Grund und Boden von Jahr zu Jahr zu vermehren, und auch in den Städten konnten sie stetig an Boden gewinnen. Die polnische Konsule und der Generalkonsul, der seinen Sitz erst in Beuthen hatte, dann aber weiter nach Deutschland hinein, nach Oppeln, verlegte, gebärdeten sich als milde, leutselige Herren. Mit prächtigem Gefolge ließen sie sich hoch zu Roß im Lande sehen, hielten gnädige Zwiesprache mit den einfachen Leuten, machten große Zechen und spendeten fürstliche Trinkgelder.

215

Deutsche unter Fremdherrschaft 216

Sie fühlten sich bereits als Woiwoden und Starosten in deutschem Lande. Die gütigen, vornehmen Polen wollten dem kleinen, einfältigen, deutschen Bauern imponieren, sein Herz gewinnen.

Natürlich konnten die Polen auch anders, das bewies ihre Presse, die in ihren Beschimpfungen gegen die Deutschen kein Blatt vor den Mund nahm, ohne daß eine deutsche Behörde dagegen eingeschritten wäre. In Oppeln erschien die „Nowiny Codzienne“ (Auflage etwa 2000), in Beuthen die „Katolik Codzienny“ (Auflage etwa 3000). Der „Katolik“-Verlag in Beuthen gab ein polnisches Volksliederbuch heraus, in dem Schlesien als polnisches Land besungen und gegen die Deutschen gehetzt wurde. Einige Proben dieser Kultur sollen hier wiedergegeben werden. Die polnische Schriftstellerin Maria Konopnicka ruft dem Schlesier zu:

„Nicht wird uns der Deutsche ins Gesicht speien,
Nicht die Kinder uns germanisieren.
In Warschau steht unter Fähnlein da,
Der Geist wird uns führen.“

Die „Schlesische Hymne“, Lied Nr. 34, bietet folgendes:

„Hei, Schlesier! Brüder! An die Arbeit!
Die Morgenröte der Freiheit begrüßt uns.
Die Hüttenleute verlassen ihre Hütten.
Zur Tat! Für Polen ist die Zeit da!“

Das alles aber ist noch zahm gegen das Gedicht, das die „Katolik Codzienny“ in Beuthen in Nr. 194 vom 22. August 1929 ungestraft wiedergeben durfte:

„Wohin der Deutsche seinen Fuß stellt,
Dort blutet die Erde hundert Jahre.
Wo der Deutsche Wasser schöpft und trinkt,
Dort fault die Quelle hundert Jahre.
Dort, wo der Deutsche Atem holt,
Dort wütet hundert Jahre die Pest.
Wenn der Deutsche die Hand reicht,
Dann geht der Friede in Trümmer.
Die Frösche quaken im Reiche,

Aber deutsch quaken wollen sie nicht.

216

7. Kapitel: Polnische Kulturhetze 217

Selbst der Vogel im Walde ärgert den Deutschen,
Da er deutsch nicht singen und zwitschern will.
Die Starken betrübt der Deutsche,
Die Schwachen beraubt und erstickt er.
Und führte ein direkter Weg zum Himmel,
Er würde sich nicht scheuen, Gott zu entthronen.
Und wir werden noch erleben,
Daß der Deutsche die Sonne vom Himmel stiehlt!"

Die zehnjährige Wiederkehr des polnischen Nationalfeiertages, des 3. Mai 1919, wurde 1929 in Oberschlesien in breitester Öffentlichkeit und in herausfordernder Weise vom Polenbund begangen. Der Schriftleiter der „Nowiny Codzienne“, Sczepanniak, der Führer des oberschlesischen Polenbundes, ein aus dem Mansfelder Kreise in der Provinz Sachsen gebürtiger Pole, gedachte der oberschlesischen Kämpfe und sprach über die polnische Verfassung vom 3. Mai 1919. Er trug ein eigenes Gedicht vor, das in der „Nowiny Codzienne“ abgedruckt wurde und folgendermaßen lautete:

„Uns vermag nichts zu germanisieren. Wir sind ein polnisches Volk.
Uns ist die Frucht, die heimatliche Musik und der heimatliche Gesang
verboten.
Und der Feind läßt uns seinen Zorn in unerhörter Weise spüren.
Doch das entmutigt uns nicht.
Wir werden, um uns aufzumuntern, wieder hingehen
Und den heimischen Worten lauschen.
Unsere Hütten werden mit feindlichen Zeitungen bestürmt,
Um die Herzen mit Lügen zu vergiften
Und uns zum gemeinen Verrat zu zwingen.
Doch der Verrat wird uns nicht schänden,
Und in der dunkelsten Nacht
Werden unsere Leiden uns die nötige Kraft erlehen.“

Am 19. Juli, versammelte der Polenbund seine Scharen zu einer großen Wallfahrt nach Czenstochau, um dort offiziell zu erklären, daß man mit Sehnsucht den Tag „der Befreiung und der Wiedervereinigung mit Polen“ erwarte und nach Czenstochau gekommen sei, um die Mutter Gottes darum zu bitten.

217

Deutsche unter Fremdherrschaft 218

Wenn es sein müsse, wolle man die Freiheit mit dem Leben erkämpfen. Und aus Lublinitz kam das Echo: Die Befreiung von der Knechtschaft werde bald kommen. Die Aktivität des Polenbundes brachte es sogar zuwege, daß Anfang 1932 der Betrag von 240 000 Zloty von Warschau aus zur Verfügung gestellt wurde, damit in Beuthen das edle polnische Gymnasium auf deutschem Boden erbaut werden könnte. Der Plan des polnischen Gymnasiums in Beuthen gab den Polen im Sommer 1932 Gelegenheit, ihre alte Hetze gegen Deutschland neu aufflammen zu lassen. Die deutsche Reichsregierung hatte nicht die Absicht, diese Schule zu genehmigen, da wirklich

nur zwanzig Schüler diese Schule besuchen würden. Aber da entlud sich der polnische Haß in ungeschwächter Vehemenz. Die polnische Presse Oberschlesiens entfesselte eine maßlose Hetze gegen die deutsche Minderheit und verlangte schärfste Maßnahmen gegen diese. Der Weltmarkenverein trommelte in Kattowitz Massenkundgebungen zusammen und verfaßte Entschlieûungen an die Regierung in Warschau, worin die sofortige Schlieûung aller höheren Schulen mit deutscher Unterrichtssprache gefordert wurde! Neue brutale Vergeltungsmaûregeln gegen die Deutschen Oberschlesiens wurden angedroht. Das Kattowitzer Regierungsorgan „Polska Zachodnia“, das dem Woiwoden Graszinsky nahestand, brachte im Oktober 1932 ein neues Entdeutschungsprogramm, worin weitgehende Anstrengungen angekündigt wurden, um „in systematischer und stiller Arbeit die Wiedergewinnung Oberschlesiens zu festigen.“

Es zeigte sich wieder einmal, daû ein halbes Menschenalter nach Versailles und nach der Abstimmung die Polen ihre Absichten auf das gesamte Oberschlesien nicht aufgegeben hatten, sondern nach wie vor mit alter Zähigkeit verfolgten. Zielbewußt rotteten sie nicht nur im östlichen Oberschlesien die Deutschen aus, sondern versuchten auch im westlichen Oberschlesien den polnischen Charakter der Bevölkerung zu konstruieren. Diesem Zwecke sollte ja auch die Errichtung des polnischen Gymnasiums in Beuthen dienen, welche die deutsche Regierung unter dem Drucke der maßlosen polnischen Drohungen gegen die deutsche Minderheit im Herbst 1932 endlich doch genehmigte, diesem Zwecke der Täuschung sollte auch die neue polnische Zeitung „Glos Pogranjoza i Kaszub“ dienen, die bisher als Beilage der „Gazeta Olstynzka“ erschien und nun (als „Stimme der Grenzmark und Kaschubei“) vom 1. Januar 1933 in Oppeln als selbständige polnische Tageszeitung herausgegeben wurde. -

218

7. Kapitel: Abwehr der Deutschen 219

Ja sogar für den Fall einer kriegerischen Eroberung Westoberschlesiens durch Polen wurde Vorsorge getroffen! Polnische Grundbesitzer legten in der Gegend von Gleiwitz einen „Karpfenteich“ und eine merkwürdige „Hühnerfarm“ mit Erdwällen und Schulterwehren an, die von vorrückenden polnischen Truppen sofort als Kampfstellungen gegen die deutschen Soldaten verwendet werden konnten. Im August 1932 wurden diese sonderbaren Anlagen auf Anordnung der deutschen Behörden beseitigt. Die polnischen Bemühungen trafen allerdings in der deutschen Bevölkerung auf konsequente Ablehnung. Darüber waren die Polen sehr verstimmt, sie sprachen, absolut grundlos, vom Terror der deutschen Behörden und Lehrer. Am 3. Mai 1929 kam es sogar zu einer spontanen Entladung der deutschen Volkswut gegen die Polen in Oppeln. Eine polnische Schauspielgesellschaft wollte zur Feier des zehnjährigen polnischen Verfassungstages ein polnisches Theaterstück aufführen, was an sich nach der bisherigen Übung wohl zulässig war. Aber es lag eine Herausforderung darin, daû gerade an diesem Tage ein Stück zur Verherrlichung Polens und zur Demütigung Deutschlands in der deutschen Stadt Oppeln gegeben werden sollte. Viele Hundert empörte deutsche Männer und Frauen hatten sich vor dem Theater angesammelt und protestierten laut dagegen, daû in der deutschen Stadt Oppeln polnische Schauspiele aufgeführt würden. Als die Schauspieler das Gebäude verließen, entspann sich ein Handgemenge, wobei einige Polen leicht verletzt wurden. „Die Deutschen sind in Oppeln so zahlreich, wie das Unkraut im Korn,“ schrieb darauf die Nowiny Codzienne.

Der deutsche Protest gegen polnische Theateraufführungen in Oppeln hatte zur Folge, daû auch die Polen der deutschen Theatergemeinde in Kattowitz verboten, ihre neun deutschen Vorstellungen im Monat abzuhalten.

219

Sowohl die Deutschen Kattowitz wie die Polen in Oppeln reichten darauf bei Calonder eine Klage ein, der im Frühjahr 1930 entschied, daß sowohl, in Kattowitz wie in Oppeln für die nationale Minderheit der bisherige status quo beizubehalten sei.

Auch im Rückgang der polnischen Stimmen bei den Wahl zeigte sich die Abneigung der deutschen Bevölkerung gegen die polnischen Umtriebe. Bei der Abstimmung 1921 wurden Westoberschlesien 194 000 polnische Stimmen gezählt. Bei den Landtagswahlen 1924 waren es nur noch 41 253, 1928 gar 34 207 (Reichstag 30 209), bei den Reichstagswahlen 1930 stieg die Zahl wieder auf 37 000, sank aber zu den Landtagswahlen am 24. April 1932 auf 27 558, bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 sogar auf 16400! Die verhältnismäßig meisten polnischen Stimmen, 23 Prozent aller polnischen Stimmen in Oberschlesien, wies der Kreis Oppeln, der Sitz des Generalkonsulats und Polenbundes, auf. Dann kamen Groß-Strehlitz und Gleiwitz. Über die Abnahme der polnischen Stimmen war man in Warschau sehr betrübt. Das Regierungsblatt „Expreß Korany“ meinte, für eine ganze Generation sei die Aussicht erledigt, noch einen polnischen Vertreter in eines der Berliner Parlamente zu bringen. –

Viel bedenklicher als in Oberschlesien war die Entfaltung polnischer Machtgelüste in der Grenzmark Posen-Westpreußen. In diesem armen, ungeschützten Lande mit seiner spärlichen Bevölkerung konnte das polnische Element wirkliche Fortschritte machen, gestützt auf die tatkräftige Mitwirkung polnischer Pfarrer und Lehrer. Sie schwangen im wahrsten Sinne des Wortes die Knute über das Volk und fühlten sich ihres Erfolges ganz sicher. „Wir Polen auf deutschem Gebiete fürchten uns nicht vor der deutschen Regierung, denn in unserem geliebten Polenland sind ja auch die Deutschen. Wenn uns hier etwas passiert, können wir damit rechnen, daß wir es ihnen auch vergelten lassen.“ So sprach der Pfarrer Domanski in einer Versammlung am 13. November 1929. Der Pfarrer Domanski aus Zakrzewo im Kreise Flatow stand auf dem Standpunkt: „Wer ein wahrer Katholik werden soll, dem gibt der liebe Gott schon die polnische Zunge mit auf die Welt.“

220

7. Kapitel: Polen in der Grenzmark 221

Ein Katholik, der nur deutsch spricht, ist beinahe einem Protestanten gleichzuachten!“ Besonders verzweifelt war die Lage der Deutschen in den Kreisen Bomst und Flatow. Diese beiden Kreise galten als die gefährdetsten Kreise der Grenzmark. Der Kreis Flatow hatte bei einer Bevölkerung von 41 200 Köpfen eine polnische Minderheit von 16 Prozent. 18 polnische Minderheitenschulen zählt dieser kleine Kreis, und es sind lauter schmucke Häuschen, die in schroffem Gegensatz zu den strohgedeckten deutschen Schulhütten und den ganz menschenunwürdigen Landarbeiterwohnungen stehen. Der polnische Pfarrer Domanski beherrschte den Kreis mit geistlichem Terror, übte durch die Beichte und durch die Lehrer und seine Freunde vom Polenbund einen Gesinnungsterror über die Einwohner aus oder versuchte durch Mittelsleute sie mit Geld zu fangen.

In diesen beiden Kreisen haben sich geschlossene polnische Minderheiten festsetzen können. Der stärkste Stamm im Kreise Bomst sitzt in den vier Orten Neu- und Alt-Kramzig, Groß- und Klein-Posemuckel. Die polnische Bank Ludowy (Volksbank) unterstützt die Polen reichlich mit Geld, daß sie Siedlungshäuser bauen können, ohne deutsche finanzielle Hilfe in Anspruch zu nehmen. Reihenweise entstehen die sauberen, ansehnlichen Polenhäuser, in Neu-Kramzig an die hundert, während die Deutschen in schmierigen Ställen hausen. Wenn sich ein verzagter Bauer zu dem schweren Entschluß durchgerungen hat, seinen Acker und seinen Hof zu verkaufen, dann ist sofort ein Pole da und zahlt einen märchenhaften Preis.

In der unglücklichen deutschen Grenzmark herrschen umgekehrte Verhältnisse. Hier ist der Pole der Krösus, der Wohlhabende, der Herr, und der Deutsche ist das Arbeitstier, das aus seiner Armut und aus seinen Sorgen nicht herauskommt. Und das

auf deutscher Erde! Wenn der deutsche Bauer sich auf seinem Acker schindet und vor wirtschaftlichen Sorgen nicht aus noch ein weiß, dann geht der polnische Besitzer mit seiner Familie im Sommer auf Saisonarbeit in mittel- und westdeutschen Zuckerfabriken und Ziegeleien, kehrt im Winter mit schönen Ersparnissen auf feinen Hof zurück und nutzte dann, bis 1931, noch die Arbeitslosenunterstützung aus, die bei manchen zahlreichen Familien bis zu 300 Reichsmark im Monat betrug.
221

Deutsche unter Fremdherrschaft 222

Da war es kein Wunder, daß die Deutschen ihr Bündel schnürten und, von der Not und dem Fanatismus polnischer Pfarrer und Lehrer gehetzt, ihre Heimat verließen. In den Grenzkreisen sank die Einwohnerzahl bis auf 33 Köpfe je Quadratkilometer. Im Kreise Bomst ging durch die Abwanderung der Deutschen die Einwohnerzahl im Jahrzehnt 1919 bis 1929 von 15 338 auf 13 179 zurück. Eine tieftraurige Verlassenheit bedrückte die zurückbleibenden Deutschen. Sie baten, bettelten und flehten in Berlin, man möge sie stärken, man möge neue Deutsche im Lande ansiedeln. Sie wirkten darauf hin, daß die großen Domänen unter Siedler aufgeteilt werden könnten. Ein solch ungeheurer Besitz im gefährdeten Grenzland gehöre nicht in staatliche Hand. Man habe das Gefühl, daß man von der Regierung vernachlässigt werde. Allerdings machte die Regierung, wie wir oben sahen, schwache Versuche, im Grenzland Siedlungspolitik zu treiben; aber die ungerheure Finanznot drosselte diese Versuche bereits im Keime ab.

Allerdings zeigte sich auch in der Grenzmark wie in Oberschlesien ein Absinken der polnischen Stimmen bei den Wahlen. 1921 wurden zu den Provinziallandtagswahlen 9150 polnische Stimmen abgegeben. Vier Jahre später gaben 8722 Personen polnisch als ihre Muttersprache an, 5320 bezeichneten sich als gemischtsprachig. Trotzdem wurden zur Reichstagswahl 1928 nur 4453 polnische Stimmen abgegeben, die zur Reichstagswahl 1930 auf 5000 anwuchsen. Doch diese Tatsachen verschleierten das wahre Bild. Tatsächlich war die Grenzmark die offene Wunde Deutschlands, hier gelang es den Polen durch die dünne Besiedlung des Gebietes am leichtesten, zum Vorstoß gegen die Oder anzusetzen. Ende 1931 fühlten sich die Polen in der Grenzmark so stark, daß sie vom 5. bis 13. Dezember in Flatow eine große kulturelle Ausstellung veranstalteten. Sie wurde von der polnischen Industrie in Gang gesetzt, und der polnische Staat bewilligte eine Viertel Million Zloty dazu. Mit wachsamen Augen verfolgten die Polen das Hinsiechen des Deutschtums in den Oderprovinzen.

222

7. Kapitel: Polens Absichten auf deutsche Oderprovinzen 223

Hier war eine Entwicklung im Gange, die den Polen große friedliche Erfolge bringen konnte, man mußte sie nur rechtzeitig ausnutzen! Während der Sachverständigen-Konferenz in Paris, Frühjahr 1929, wurde französischen Regierungsstellen von polnischen Politikern eine geheime Denkschrift vorgelegt, die sich mit dem Problem der Deutschen Ostmark und mit deren friedlicher Eroberung beschäftigte. Die polnischen Erwägungen gingen davon aus, daß die eigentliche Bevölkerungs- und Wirtschaftskrise in Deutschland erst 1936, 21 Jahre nach dem Kriege zu erwarten sei, wenn die Hunderttausende der in den Kriegsjahren Ungeborenen fehlen würden. Dann würde ein Abströmen der Bevölkerung aus den deutschen Ostgebieten mit den schlechten Wirtschafts- und Bodenverhältnissen in die Industriegebiete erfolgen. Dann werde die zeitweilige Hilfe Polens für Deutschland in Gehalt der polnischen Saisonarbeiter wie auch Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse das einzige Rettungsfall in dem allgemeinen Zusammenbruche bilden. Man müsse sich in Polen beizeiten darauf vorbereiten, die nötigen Menschenmassen für die entvölkerten deutschen Ostprovinzen bereitzustellen, ihre wirtschaftliche Eroberung

durchzuführen. Wozu militärische Vorbereitungen? Wer wäre in Polen so ungeduldig, um der Zeit vorzugreifen?

Eine neue slawische Völkerwanderung an die Oder war der Plan Polens. Der landwirtschaftliche Arbeiter war zum Pionier des polnischen Volkes gegen Deutschland ausersehen. Ihm, dem Träger der neuen Völkerwanderung, bahnte man den Weg. Das bekamen die schlesischen Provinzen, die Grenzmark, vor allem auch Pommern, dann auch Brandenburg zu spüren. In den pommerschen Kreisen Rummelsburg, Bütow und Lauenburg, denen es wirtschaftlich recht schlecht ging, schlugen die Polen Wurzel. 1929 wurden im Kreise Bütow drei polnische Schulen errichtet, im Frühjahr 1930 kam eine vierte, nur von zwölf Schülern besuchte Schule in Gröbentin dazu, und schon bald folgte eine fünfte im Dorfe Pschywors. So kamen polnische Lehrer als polnische Agitatoren ins deutsche Pommern! Der Geschäftsführer Bauer vom polnischen Schulverein gründete im deutschen Dorfe Bernsdorf eine polnische Bank, die den mit der Katastrophe ringenden Bauern Hypotheken gab und bankrotte Wirtschaften aufkaufte.

223

Deutsche unter Fremdherrschaft 224

In dem bis dahin polenfreien pommerschen Grenzkreise Lauenburg wurden dann auch 1930 zum ersten Male 136 polnische Stimmen abgegeben. Die Agitation in Pommern wurde vom Polenbunde derart forciert, daß Anfang 1932 der Vorstand der Ortsgruppe in Stettin durch mehrere Beamte des polnischen Konsulates ergänzt wurde und die Geschäftsführung des Polenbundes der Geschäftsführung des Konsulates angegliedert wurde. Wie sehr die polnischen Lehrer ihre Aufgabe als Agitatoren erfüllten, wurde im Frühjahr 1932 offenbar, als der preußische Regierungspräsident in Köslin sich gezwungen sah, drei polnischen Lehrern im Kreise Bütow die Unterrichtserlaubnis zu entziehen und sie des Landes zu verweisen, weil sie ihr Gastrecht in Deutschland mißbraucht hätten!

Im Frühjahr 1931 griffen die Polen auch schon auf das Gebiet westlich der Oder über. In Seelow, Fürstenwalde, Beesow, 15 bis 30 Kilometer westlich der Oder im Brandenburgischen gelegen, erschienen Polen, um verkäufliche deutsche Güter im Auftrage einer polnischen Siedlerbank in Danzig zu erwerben.

Vor allem aber hatten es die Polen auf Ostpreußen und Danzig abgesehen. Es war zwar ihren eifrigen Bemühungen bei Wilson und in Versailles nicht gelungen, die Zuteilung der beiden Gebiete an das neue Polen zu erreichen. Nur ein kümmerliches Zugeständnis wurde gemacht, eine Volksabstimmung in den südwestlichen Gebieten Ostpreußens wurde angeordnet. Aber auch diese endeten im Sommer 1920 mit einem katastrophalen Mißerfolge für die Polen.

Trotzdem war es ein feststehender Grundlatz des gesamten polnischen Volkes, daß Ostpreußen, die „polnische Kronprovinz“, polnisch werden mußte. Es waren also nicht nur die chauvinistischen Kreise, die nach Ostpreußen verlangten; die Regierung von Warschau bediente sich wie immer gern nichtamtlicher Personen, um in der Öffentlichkeit ihre Wünsche zu behandeln und klarzulegen. So hatte auch Dr. Slawski auf höheren Befehl gehandelt, als er nach seinem Rücktritt vom Posten eines polnischen Generalkonsuls in Königsberg 1925 in Paris ein Buch herausgab: „Der Zugang zum polnischen Meere und die Interessen Ostpreußens“.

224

7. Kapitel: Polnische Arbeit in Ostpreußen 225

Slawski versuchte zu beweisen, daß Ostpreußen eine polnische Provinz werden müsse, da es von einem sehr großen Teile polnischer Bevölkerung bewohnt werde. Auch für Ostpreußens wirtschaftliche Interessen sei es nötig, daß es in das polnische Land eingegliedert werde, da dann die Absatzmöglichkeiten viel besser seien. Der im November 1920 mit dem Sitz in Allenstein gegründete Polenbund betrieb in

den südlichen Gebieten Ostpreußens eine eifrige Werbetätigkeit. Der Polenbund handelte wie überall so auch hier nach den Anweisungen des polnischen Generalkonsulats und stand mit dem vom Polnischen Außenministerium organisatorisch und finanziell abhängigen Polnischen Westmarkenverein in Verbindung. Auch das „Großpolnische Lager“ Roman Dmowskis und der „Verband zur Errettung Masurens“, der von dem marxistischen Senator Limanowski und dem Prälaten des polnisch-evangelischen Konsistoriums, Glaß, begründet worden war, nahmen sich Ostpreußens mit Nachdruck an. Die Methoden waren dieselben wie in Oberschlesien und in der Grenzmark, wie überhaupt in den „unerlösten polnischen Gebieten“.

Der Polenbund, der selbst nur einige Hundert Mitglieder zählte, trieb eine eifrige Propaganda. Er gründete zwei Zeitungen, die „Gazeta Olsztynska“ für Ermland und Westpreußen und den „Mazur“ für Masuren, die beide zusammen nur einige hundert Bezieher hatten. Katholisch-polnische und evangelisch-polnische Volkskalender wurden herausgegeben, polnische Volksbüchereien, die aus Polen beliefert wurden, entstanden. Mehrere landwirtschaftliche Genossenschaften „Roleik“ und zwei Volksbanken sorgten für das wirtschaftliche Wohl, die Treuhandbank „Bank Mazurski“ verwaltete die polnischen Gebäude und Grundstücke und die aus Polen einlaufenden Propagandagelder. Die polnische Bank für Masuren, „Mazurski Bank Ludowy“ in Ortelsburg, ging 1928 in deutsche Hände über, und die Staatsgelder der Bank Polaki, die in dieser Bank steckten, dienten nun den deutschen Landwirten, da sie 30 Jahre lang unkündbar waren!

Nun entstanden auch zahlreiche Volksvereine, Berufs- und Wohlfahrtsvereine, Gesangvereine, Liebhaberbühnen, Jugendvereine usw., die stets die gleichen Mitglieder umfaßten, den Polen aber kam es darauf an, zahlenmäßig festzustellen, daß in Ostpreußen 300 000-400 000 Polen wohnten.

225

Deutsche unter Fremdherrschaft 226

Deshalb wurden die Mitglieder, die in fünf, sechs oder einem Dutzend von Vereinen stets dieselben waren, immer wieder als neue gezählt. In Masuren hing sich der Polenbund ein deutsches Mäntelchen um, gründete die „masurische Selbsthilfe“, die „masurische Vereinigung“, die „masurische Volkspartei“ und zahlreiche andere Verbände. Allerdings zerfielen alle diese Gründungen wieder sehr rasch, sobald die Masuren erkannten, daß es sich um polnische Umtriebe handelte.

Besondere Sorgfalt widmete man der Schulpolitik, welche der „Polnisch-katholische Schulverein“ durchzuführen hatte. Zunächst bemühte er sich, den Eltern den polnischen Schreib- und Leseunterricht der Kinder schmackhaft zu machen. Aber die Jahre vergingen ohne jeden Erfolg: sogar die polnisch sprechenden Ermländer und Westpreußen zogen den deutschen Unterricht vor. Dann wurden Kleinkindergärten gegründet, und hier war das Ergebnis besser, da es an deutschen Kleinkindergärten fehlte, und manche deutsche Familie schickte zu ihrer eigenen Entlastung ihre kleinen Kinder zu den Polen.

Am 1. Januar 1929 trat die „Preußische Verordnung zur Regelung des polnischen Minderheitenschulwesens“ in Kraft, welche den Polen in großzügiger Weise den Aufbau ihres Schulwesens erleichterte. Jetzt konnte der Schulverein seine ganze Kraft entfalten, brachte aber nur 13 Schulen zustande in anderthalb Jahren, sieben im Ermland, sechs im Kreise Stuhm. Die meisten dieser Schulen erreichten nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von 40 Schülern, sondern zählten 16, oder 12 oder gar nur 8 Kinder. Am 1. Januar 1932 besuchte ein einziges Kind die polnische Privatschule in Piasutten (Kreis Ortelsburg), und die Gesamtschulkinderzahl betrug 154! In Skaibotten, Kreis Allenstein, gingen von 109 schulpflichtigen Kindern sechs in die polnische Schule. - Insgesamt gab es am 1. Juli 1931 in den drei Regierungsbezirken Allenstein, Marienwerder und Schneidemühl 58 private polnische Volksschulen. Also auf den Besuch der Schulen kam es den Polen gar nicht an, sondern vor allem darauf, nationalpolnische Lehrer als geübte und erfolgreiche Propagandisten Großpolens ins Land zu ziehen und unter die

Bevölkerung zu bringen.

226

7. Kapitel: Polnische Arbeit in Ostpreußen 227

Das hatte denn auch zur Folge, daß, zur gleichen Zeit wie drei polnische Lehrer im Kreise Bütow, im Frühjahr 1932 der polnische Lehrer Manizynski in Groß - Waplitz (Kreis Stuhm) das Land verlassen mußte, weil er die Gastrechte mißbrauchte und die notwendige „taktvolle Zurückhaltung“ vermissen ließ. Auch das war eine propagandistische Maßnahme, die verlockend auf die deutschen Eltern wirken sollte, daß man Kinder polnischer Eltern unentgeltlich auf höhere polnische Schulen überführte.

Wie man durch Kredite die deutschen Bauern zu fangen suchte, so unternahm man es auch in der Grenzmark, zusammengebrochene deutsche Güter aufzukaufen und sie an Polen zu geben. Dieses Ansiedeln polnischer Bauern in den dünn besiedelten Gebieten hätte zu einer Gefahr werden können, doch die deutschen Regierungen waren wachsam und begegneten den polnischen Versuchen mit einer großzügigen Siedlungspolitik. So war es dem polnischen Bauerntum verwehrt, in das deutsche Land einzudringen. Dennoch war es den Polen klar, daß die Eroberung Ostpreußens letzten Endes vom Erfolg der polnischen Völkerwanderung abhängt: Der ostpreußische Acker könne entweder nur von deutschen Bauern oder von polnischen Wanderarbeitern bebaut werden, und es sei ratsam, die Auswanderung polnischer Saisonarbeiter nach Ostpreußen zu unterstützen, da jeder polnische Landarbeiter einen deutschen überflüssig mache und das polnische Volkstum im deutschen Osten befestige. Mit einer bewunderungswürdigen kulturpolitischen Aktivität begegneten die Ostpreußen den polnischen Umtrieben. Die beiden großen Organisationen der Heimatdienste mit ihren Heimatvereinen organisierten in den Dörfern Vortragsabende, Gesang- und Sport- und Theatervereine und richteten Wanderkinos ein. Der Kulturverein Masuren-Ermland richtete ein Landestheater und ein Volkshochschulheim ein, organisierte für alle Städte Vorträge und musikalische Veranstaltungen, pflegte Heimatkunde und Heimatforschung. Der Kulturausschuß in Westpreußen führte die gleichen Aufgaben für die einst westpreußischen Kreise durch.

227

Deutsche unter Fremdherrschaft 228

Auch gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Polen und den deutschen Bauern blieben nicht aus. In Nikolaiken schlugen die deutschen Bauern die Einrichtung der polnischen Schule kurz und klein, und in Jedwabno rotteten sie sich zusammen und verprügelten ohne Gnade die Polen, die ins Dorf kamen, um eine Schule zu errichten.

Der sinkende Einfluß der Polen zeigte sich an den Wahlergebnissen. Bei der Abstimmung im Jahre 1920 waren in den Kreisen Allenstein und Marienwerder 15 900 polnische Stimmen abgegeben worden. Bei den Reichstagswahlen 1928 sank die Zahl auf 4500, wovon zwei Drittel nach Allenstein entfielen. Bei der Reichstagswahl 1930 wurden 3900 polnische Stimmen gezählt, wobei die Ziffer von Marienwerder um 200 gestiegen war gegen 1928. Bei der Reichstagswahl von 1932 wurden gar nur noch 3000 polnische Stimmen abgegeben. -

228

ACHTES KAPITEL

Das Schicksal Danzigs 229

Danzig, das alte Gedanum oder Gyddanize, war ursprünglich ein kleines kaschubisches Fischerdorf an der Weichselmündung. Der Ort wird schon zur Zeit des Bischofs Adalbert von Prag, um 1000, dann wieder 1148 erwähnt. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts, sicher 1227, bestand bereits die deutsche Siedlung an der Burg der Herzöge von Pommerellen, denen Danzig gehörte und die seine Entwicklung und Förderung durch deutsche Kaufleute kräftig unterstützten. Sie gaben Danzig Freiheiten und städtische Verwaltung zu deutschem Rechte. Als 1294 die pommerellischen Herzöge ausgestorben waren, kam Danzig 1308 unter die Herrschaft des Deutschen Ordens, der auf jede nur irgend mögliche Weise sich um das Gedeihen der deutschen Kaufleute und Handwerker in Danzig bemühte und deren immer mehr in die Stadt zog. Zu dieser Zeit auch wurde Danzig Mitglied der Hanse. So sehr der Orden für die Stadt sorgte, so unbequem und verhaßt war dieser aber die Herrschaft der Ritter. Als daher die Macht des Ordens zu sinken begann, stellte sich Danzig unter den Schutz des Königs von Polen 1454 und unterstützte in dem mit polnischer Hilfe geführten Kriege die preußischen Stände gegen den Deutschritterorden 1454-1466.

Nach dem Sturz des Ordens behielt Danzig seine volle politische und wirtschaftliche Freiheit, die ihm Polens König 1454 verbürgt hatte. Danzig war eine vollkommen souveräne „Freie Stadt“, der Danziger Rat übte Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, er hatte freie Hand, Kriege zu führen und Frieden zu schließen. Danzig hatte eine eigene Flagge, ein eigenes Münzwesen und kannte nur die deutsche Amtssprache. Die Schützherrnrolle des Königs von Polen war sehr inhaltsleer und bedeutungslos. Als der polnische Reichstag von Lublin 1569 die Autonomie Pommerellens durch Staatsstreich beseitigt hatte, gelüstete es den polnischen König, auch Danzig in seine Gewalt zu bringen.

229

Deutsche unter Fremdherrschaft 230

Dem aber setzten die Danziger ihren eisernen Widerstand entgegen, und es gelang dem polnischen König Stefan Bathori nicht, die Stadt zu unterwerfen, trotzdem er sie 1576 und 1577 sehr schwer belagerte. Danzig behauptete sich als „Freie Stadt“. Die Blüte seines Handels erreichte es um 1600, und Danzig, das mit seinem Handel ganz Europa umspannte, war neben Lübeck und Riga ein Zentrum des deutschen Handels an der baltischen Küste.

1793 kam die Freie Stadt an Preußen, wurde aber 1807, als Marschall Kalkreuth nach verzweifelterm Kampfe vor den französischen General Lefevre die Waffen gestreckt hatte, wieder zur „Freien Stadt“ erklärt. Eine französische Besatzung und eine Schuldsomme von mehr als 14 Millionen Talern lastete auf der noch nicht 50 000 Einwohner zählenden Bevölkerung. Am 3. Februar 1814 kam Danzig nach abermaliger Belagerung an Preußen zurück und blieb nun beim preußischen Staate. 1880 trat es in die Reihe der deutschen Großstädte ein, der Zeit und der Einwohnerzahl nach als die zehnte deutsche Großstadt.

Nach dem deutschen Zusammenbruche im November 1918 hatte Danzigs Schicksalsstunde abermals geschlagen. In Versailles wurde heftig gestritten um die Zukunft der alten Handelsstadt. Für Clemenceau und Foch stand es fest, daß Danzig vom Deutschen Reiche getrennt werden müsse, damit es den Franzosen jederzeit als Einfallstor für eine Umklammerung Deutschlands von Osten her offen stand. Roman Dmowsky machte die größten Anstrengungen, daß Danzig der neuen Republik Polen zugesprochen werde, denn seit je hatten die Polen ein Auge auf Danzig gehabt. Die Franzosen waren auch durchaus geneigt, den Wunsch ihrer polnischen Freunde zu erfüllen. Aber dem setzte Lloyd George, bestärkt durch die ablehnende Haltung der Danziger, entschlossenen Widerstand entgegen, sein Standpunkt siegte, weil Wilson ihm beitrug. Dieser Standpunkt wurde in der Mantelnote vom 16. Juni 1919 mit folgenden Worten festgelegt: „Die Stadt Danzig soll die Verfassung einer Freien Stadt erhalten; ihre Einwohner sollen autonom sein; sie sollen nicht unter die Herrschaft Polens kommen und sollen keinen Teil des polnischen Staates bilden.“

So wurde in Versailles der Freistaat Danzig geschaffen, ein Zwerggebilde ohne staatliche Macht, 1920 Quadratkilometer groß und 330 600 Einwohner, darunter 318 300 Deutsche, umfassend.

230

8. Kapitel: Versailler Vertrag über Danzig 231

Der Versailler Vertrag legte die Stellung Danzigs als Freistaat fest, besonders in seinen Artikeln 102-104. Danzig wurde dem Schutz und der Bürgschaft des Völkerbunds unterstellt. Ein Völkerbundskommissar, der in Danzig wohnen sollte, hatte die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Rechte der Freien Stadt nicht verkürzt wurden. Dieser Hohe Kommissar hatte keinerlei Verwaltungsbefugnisse, sondern sollte lediglich eine schiedsrichterliche Tätigkeit in Streitfragen zwischen Danzig und Polen ausüben. Die Unterhaltungskosten dieses Kommissars mußten zu gleichen Teilen Danzig und Polen tragen. Die Beziehungen Danzigs zu Polen wurden in folgender Weise geregelt: Die Freie Stadt wurde den Zollgrenzen Polens eingefügt; im Hafen wurde eine Freigrenze geschaffen; ohne jede Einschränkung standen Polen die Anlagen Danzigs zur Benutzung seiner Ein- und Ausfuhr zur Verfügung; den Polen wurde ferner die Kontrolle und Verwaltung der Weichsel sowie des gesamten Eisenbahnnetzes zugesprochen, ebenso die Kontrolle und Verwaltung des Post-, Telegraf- und Telefonverkehrs zwischen Polen und dem Danziger Hafen. Um ihre Rechte wahrzunehmen, dürfen die Polen in Danzig Grundstücke mieten oder kaufen. Die Führung der auswärtigen Geschäfte der Stadt wurde der polnischen Regierung übertragen, ebenso der Schutz der Staatsangehörigen Danzigs im Auslande. - Der Freien Stadt verblieb also nur eine Scheinsouveränität, und um diese auch noch zu vernichten, versuchte Polen in jahrelangen, aufreibenden Konflikten den Widerstand der Danziger Regierung zu zermürben.

Nachdem am 10. Januar 1920 das Versailler Diktat ratifiziert worden war, mußten wenige Wochen später die deutschen Truppen, die in ihre Garnison aus dem Weltkrieg zurückgekehrt waren, die Stadt verlassen. In gewaltigen Massen nahmen die Danziger Einwohner, überwältigt von Trauer, an der ersten Feier der Abschiedsstunde teil: zum letzten Male sahen sie in dröhnendem Gleichschritt die unter der preußischen Disziplin gebundenen feldgrauen Regimenter im Stahlhelm durch die Straßen ihrer Stadt marschieren.

231

Deutsche unter Fremdherrschaft 232

Und als der letzte Stahlhelm den Blicken entschwunden, der letzte Tritt verhallt war, da zogen vom Hafen her die französischen und englischen Besatzungstruppen unter den Generälen Dupont und Heyking in die Stadt ein.

Bis zur Konstituierung der Freien Stadt übernahm der Völkerbund das Regiment, und als seinen Statthalter und Hohen Kommissar entsandte er Sir Reginald Tower, der am 11. Februar 1920 die Regierung Danzigs übernahm. Einen Monat später bildete er einen Staatsrat, dessen Vorsitzender der Oberbürgermeister Sahn war. Die Wahlen zur Verfassung gebenden Versammlung fanden am 16. Mai statt, und die Versammlung, die Mitte Juni zusammentrat, bestand aus 34 Deutschnationalen, 17

Zentrumsabgeordneten, 12 der Freien wirtschaftlichen Vereinigung, 10 Demokraten, 19 Mehrheitssozialdemokraten, 21 Unabhängigen Sozialdemokraten und 7 Polen. Diese Versammlung schuf die neue Verfassung des Freistaates Danzig, die am 11. August 1920 mit 68 Stimmen gegen 44 der beiden marxistischen Parteien und Polen angenommen wurde. Jetzt betrachtete Tower seine Aufgabe als gelöst, und am 7. September verließ er die Stadt.

Am 15. November konnte die Freie Stadt feierlich proklamiert werden. Am Ende dieses Monats verließen die alliierten Truppen das Gebiet des neuen Freistaates. Die neunmonatige Besatzung brachte der unglücklichen Stadt eine große

Besatzungsschuld ein: sie mußte später vom 1. September 1926 ab in vier Jahresraten insgesamt 227 755 Pfund Sterling an die Engländer und 1 167 813 Goldmark an die Franzosen an Besatzungskosten entrichten.

Nachdem nun der neue Freistaat gebildet war, war auch die Aufgabe der Verfassung gebenden Versammlung erfüllt. Mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien erklärte sich diese am 6. Dezember 1920 zum „Volkstag“, d. h. zum ordnungsmäßigen Parlament, dessen Wahlperiode bis zum 31. Dezember 1921 lief. Der vorläufige Völkerbundskommissar Attolico, der am 10. Dezember 1920 vom Völkerbundsrat ernannt worden war, wurde schon bald von dem endgültig ernannten ersten Hohen Kommissar des Völkerbundes für Danzig, dem englischen General Haking, abgelöst.

232

8. Kapitel: Danziger Verfassung 233

Ende Januar 1921 traf dieser in Danzig ein, und im Volkstag kam es zu schweren und bedenklichen Tumulten der Linken, weil das Gebäude des Generalkommandos, in dem der Volkstag seine Sitzungen abhielt, dem Hohen Kommissar als Wohnung und Residenz zur Verfügung gestellt werden mußte. Zunächst kam es zwischen Danzig und dem Völkerbund zu einer kleinen Reibung, welche die Verfassung betraf. Die Danziger Verfassung enthält zwei Punkte, welche nicht ganz den internationalen demokratischen Grundgesetzen entsprechen. Da war zunächst einmal die Regierungsdauer der sieben hauptamtlichen Senatoren auf zwölf Jahre festgesetzt. Dies ergab sich aus dem städtischen Charakter der Verfassung, denn in den deutschen Städten war es üblich, die Amtszeit der Bürgermeister und Magistratsbeamten auf wenigstens zwölf Jahre festzulegen. Sodann aber hatte das Parlament, der Volkstag, nicht das Recht durch ein Mißtrauensvotum die Stadtverwaltung zu stürzen. Auch dies entsprach durchaus den deutschen Stadtverfassungen, in denen es nicht üblich war, daß eine Stadtverwaltung zurücktrat, wenn sie im Gemeindeparlament eine Mehrheit gegen sich hatte. Der Danziger Senat hatte also als Regierung in der Verfassung seine ursprüngliche Beamteneigenschaft beibehalten.

Der Völkerbundsrat hatte die Danziger Verfassung in dieser Form auch bereits am 17. November 1920 genehmigt. Es war also alles in schönster Ordnung. Da aber empfand General Haking demokratische Gewissensbisse, und Ende März 1921 verlangte er über den Völkerbund Herabsetzung der zwölfjährigen Regierungszeit der sieben hauptamtlichen Senatoren auf vier Jahre und die Bewilligung des Abberufungsrechtes für das Parlament. Der Volkstag sollte also das Recht haben, den Senat, die Stadtverwaltung zu stürzen, wie dies in allen parlamentarischen Staaten üblich war. Natürlich lehnte der Senat das Ansinnen ab, und Sahn erklärte im Volkstag, der Völkerbund habe selbst ausdrücklich die Verfassung anerkannt. Der Streit zog sich ein ganzes Jahr hin, und am 4. April 1922 schließlich sollte der Volkstag die Verfassungsänderung genehmigen. Der Senat hatte beantragt, über die in folgender Weise veränderte Verfassung abzustimmen: Der Senat sollte aus acht hauptamtlichen und zwölf nebenamtlichen, parlamentarischen Senatoren bestehen.

233

Deutsche unter Fremdherrschaft 234

Die hauptamtlichen Senatoren, darunter der Präsident des Senats, sollen vom Volkstag auf vier Jahre gewählt werden und dem Parlament nicht verantwortlich sein. Dagegen sollen die nebenamtlichen Senatoren, unter ihnen der stellvertretende Präsident des Senats auf unbestimmte Zeit gewählt werden und verpflichtet sein, nach einem Mißtrauensvotum des Volkstages ihre Ämter niederzulegen. Um diese Verfassungsänderung wirksam werden zu lassen, war eine Zweidrittelmehrheit nötig; es wurde aber nur eine einfache Mehrheit erreicht, da sich die Linksparteien der Stimme enthielten. Es mußte also alles beim Alten

bleiben. Jetzt griff Haking wieder ein und schrieb am 28. April 1922 dem Senate, die Danziger Verfassung sei noch nicht in Kraft getreten, und er verlange, daß baldigst mit einfacher Mehrheit über die Verfassungsänderung beschlossen werde. Am 12. Mai schließlich erklärte Haking die Danziger Verfassung als in Kraft getreten gemäß den Beschlüssen des Danziger Volkstages vom 4. April 1922 und Artikel 103 des Versailler Vertrages, der die Mitwirkung des Kommissars bei der Verfassunggebung vorsieht. So hatte Danzig durch den Völkerbund eine rein demokratische parlamentarische Verfassung aufoktroiyert bekommen. – Für Danzig aber war es vor allem nötig, seine Beziehungen zu Polen in ein festes erträgliches Verhältnis zu bringen. Diese konzentrierten sich vor allem auf das Recht Polens aus dem Versailler Vertrage, Danzig als freien Zugang zum Meere ohne Einschränkung zu benutzen. Am 25. Juni 1920 wurde dem Auswärtigen Ausschuss der Verfassung gebenden Versammlung Danzigs von Polen der Entwurf eines Staatsvertrages überreicht. Darin forderten die Polen das alleinige Recht der auswärtigen Vertretung Danzigs, ferner die Unterordnung des Gerichts- und Schulwesens unter die polnischen Behörden, ferner das Recht der militärischen Besetzung der Stadt und des Hafens und schließlich das alleinige Recht zum Bau von Handels- und Kriegsschiffen. Polen suchte den Verlust von Versailles - noch nicht einmal den Hafen hatte es als Eigentum erhalten - auf diese Weise für sich einigermaßen wieder wettzumachen. Die Danziger waren entrüstet über diese polnischen Forderungen, denn sie gingen bei weitem über das hinaus, was der Versailler Vertrag den Polen einräumte.

234

8. Kapitel: Verträge von Polen 235

Inzwischen hatten im Auftrage der Botschafterkonferenz der Franzose Massigny und der englische Botschaftssekretär Carr in Paris einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der am 15. Oktober 1920 von der Botschafterkonferenz genehmigt und am 9. November 1920 von Danzig unterzeichnet wurde.

Die Pariser Konvention bestimmte im wesentlichen folgendes: die auswärtigen Angelegenheiten Danzigs werden durch Polen vertreten. Polen aber darf keinen internationalen Vertrag über Danzig abschließen, ohne vorher mit der Regierung Danzigs diesen beraten zu haben. Auch hat der Völkerbundskommissar jederzeit das Recht, Einspruch zu erheben, wenn er glaubt, daß ein solcher Vertrag gegen die Verfassung Danzigs verstoße; Danzig darf ausländische Anleihen nur nach vorheriger Beratung mit der polnischen Regierung aufnehmen. Danzig bildet, durch Einschluß in die polnische Zollgrenze, ein einheitliches Zollgebiet mit Polen. Der Freihafen wird aufrechterhalten. Der Hafen wird unter die Kontrolle eines besonderen Rates gestellt, der gleichmäßig aus fünf Danziger und fünf polnischen Kommissaren gebildet wird und einen Schweizer zum Präsidenten hat. Diesem Hafenausschuß wird die Verwaltung des Hafens sowie aller Wasserwege im Freistaat Danzig übergeben. Die Eisenbahnen im Freistaat, mit Ausnahme der Straßen- und Lokalbahnen, werden von Polen verwaltet. Desgleichen erhält Polen freien Gebrauch des Hafens, sowie im Hafengebiet eigenen Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr mit Polen. Die übrigen postalischen Einrichtungen fallen der Stadt Danzig zu. Danzig schützt in der gleichen Weise wie Polen Sprache und Religion der Minderheiten. Danzig behält seine deutsche Währung. Polen versorgt Danzig mit Lebensmitteln und Brennmaterial. Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen und die Beziehungen beider zueinander unterliegen der Entscheidung des Völkerbundskommissars, der die Angelegenheit an den Völkerbundsrat verweisen kann, wenn er dies für nötig hält.

Nach langem Zögern unterzeichnete endlich auch Polen diese Pariser Konvention. Mitte Februar 1921 begannen der Oberbürgermeister Sahm und die polnische Regierung mit den Verhandlungen über die Ausführung der Pariser Konvention.

235

Es waren schwierige Verhandlungen, doch endlich konnten die Beteiligten am 25. Oktober in Warschau ihre Unterschrift unter den Danzig-polnischen Vertrag setzen, ein Riesenwerk von 244 Artikeln. In diesem Warschauer Abkommen wurden nach Artikel 212 der Freien Stadt im Rahmen des polnischen Zollwesens besondere Einfuhrkontingente zugebilligt, welche die Danziger Bevölkerung infolge ihres höheren Kulturturniveaus sowie infolge ihrer Erwerbstätigkeit, d. h. also zur Erhaltung ihrer eigenen Industrie, ihrer eigenen Landwirtschaft und ihres eigenen Handwerks, brauchte, die aber den Menschen in Kongreßpolen und Galizien entbehrlich waren. Außerdem wurde dem Freistaat die Organisation des Zolldienstes und die Einstellung sämtlicher Zollbeamten auf seinem Gebiete vorbehalten. Am 28. Dezember 1921 nahm der Volkstag mit 62 Stimmen gegen 22 der Linken den Vertrag an, und seit dem 1. Januar 1922 gehörte Danzig zum polnischen Zollgebiete, ein Vierteljahr später bildete Danzig mit Polen auch ein einheitliches Wirtschaftsgebiet.

Schon sehr bald hatte sich gezeigt, daß Polen mit dem nicht zufrieden war, was ihm der Versailler Vertrag und die Pariser Konvention boten. Das Recht der militärischen Besetzung von Stadt und Hafen schien der Warschauer Regierung besonders nötig zu sein. Polen störte sich nicht im entferntesten daran, daß Artikel 5 der vom Völkerbund garantierten Danziger Verfassung es absolut ausschloß, daß das Gebiet der Freien Stadt Danzig als Militär- und Marinebasis dienen dürfe, noch in ihr Festungswerke errichtet, noch Munition und Waffen hergestellt werden dürften. Die polnischen Staatsmänner lagen dem Völkerbund in den Ohren, Polen brauche einen Munitionslagerplatz im Danziger Gebiet, und für einen solchen seien auch uniformierte und bewaffnete Bewachungsmannschaften nötig. Die Danziger wehrten sich mit aller Macht gegen dieses Verlangen. Es sei dafür kein zwingender Grund vorhanden, außerdem werde nur die Bevölkerung gefährdet. Dennoch entschied der Völkerbundsrat am 22. Juni 1921, daß Polen auf Danziger Gebiet einen Munitionslagerplatz beanspruchen dürfe und zu seiner Bewachung bewaffnete Mannschaften in Uniform heranziehen dürfe, also polnisches Militär.

236

8. Kapitel: Polnisches Militär und Eisenbahnen 237

Allerdings wurde den Polen das ersehnte Recht ständiger militärischer Besetzung Danzigs, wozu das Munitionslager den Anlaß geben sollte, nicht gewährt. Die polnischen Truppen durften nach dieser Entschließung erst dann in die Freie Stadt einmarschieren, wenn dies zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe nötig sei, also im Falle etwaiger Aufstände. Dieser Munitionslagerstreit zog sich in der Folge jahrelang hin, 1923 wurde in der Tat ein polnisches Munitionslager im Hafen von Danzig errichtet.

Ein zweiter Streitfall betraf eine Hoheitsfrage. Polen nahm für sich das Recht in Anspruch, ausländische Kriegsflotten im Danziger Hafen begrüßen zu dürfen. Darüber beschwerte sich Sahn im Namen des Senates beim Völkerbundskommissar, und Haking entschied am 24. August 1922, daß der diplomatische Vertreter Polens in Danzig nach Artikel 1 der Pariser Konvention nur die Vermittlung zwischen polnischer Regierung und Freier Stadt zu besorgen habe. Kein anderer Artikel gebe ihm weitere Rechte, so habe die polnische Regierung auch nicht das Recht, durch ihren diplomatischen Vertreter in Danzig oder in sonst irgendeiner Form eine fremde Flotte in Danziger Gewässern zu begrüßen. Wenn Polen einen solchen Wunsch verspüre, dann solle es sich an die Danziger Regierung wenden, nicht auf Grund eines polnischen Rechtes, sondern auf Grund eines polnischen Wunsches.

Sein Recht auf die Eisenbahnen im Freistaat Danzig glaubte Polen dahin deuten zu dürfen, daß es die Verwaltung sämtlicher Eisenbahnen des Korridorgebietes in Danzig zentralisierte. Doch die Danziger hatten keine Lust, ein Heer polnischer Beamter in ihrer Stadt sich festsetzen zu lassen, und beschwerten sich bei Haking.

Sie verlangten, daß die polnische Eisenbahndirektion in Danzig nur für die Danziger Eisenbahnen da sein sollte, wie das dem Sinn des Versailler Vertrages und der Pariser Konvention entspreche. Haking entschied zugunsten Danzigs, aber das kümmerte die Herren in Warschau wenig. Man ging über den Beschluß des Völkerbundskommissars vom 12. Dezember 1922 zur Tagesordnung über, man kümmerte sich auch wenig darum, daß der Völkerbundsrat am 13. Mai 1925 im gleichen Sinne für Danzig entschied.

237

Deutsche unter Fremdherrschaft 238

Warschau war gänzlich ungerührt und behielt nach wie vor die Verwaltung der pommerellischen Eisenbahnen in Danzig, denn diese Eisenbahndirektion sollte zu einem Stützpunkt der Polonisierungspolitik ausgebaut werden!

All diese Meinungsverschiedenheiten der Jahre 1921 und 1922 waren gewissermaßen doch nur Vorfeldgefechte. Die eigentlichen Feindseligkeiten begannen zu Anfang des Jahres 1923, als die Litauer den Handstreich auf das Memelland durchführten und die Franzosen in das Ruhrgebiet einfielen. Zwar fanden die Polen nicht den Mut, der französischen Aufforderung nachzukommen und in das deutsche Oberschlesien einzufallen, aber sie fanden, daß man Danzig die Rolle Memels zudenken könne. Zudem fand in diesen kritischen Tagen des Februar 1923 ein Wechsel des Kommissars statt, an die Stelle des Generals Haking trat General Mac Donell, der bis Anfang November 1925 das Schicksal der Stadt in Händen hielt.

Der geschmeidige und aalglatte diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Straßburger, gab dem Danziger Senat gegenüber loyale und beruhigende Zusicherungen ab. Zwar seien die Beziehungen Danzigs zu Polen in letzter Zeit etwas getrübt, aber feindliche Absichten lägen der polnischen Regierung durchaus fern. Anders jedoch klang eine Rede, die der polnische Staatspräsident Ende April 1923 in Dirschau hielt: er forderte zum Wirtschaftskampfe auf, denn Danzig lebe von Polen und den polnischen Arbeitern und habe seine Politik der polnischen unterzuordnen. Die Danziger waren empört, Sahn protestierte laut, aber das half alles nicht: der neue Kurs des Wirtschaftskampfes war proklamiert, und durch ihn hofften die Warschauer die Hansestadt schließlich mürbe zu machen. Zunächst war es wieder einmal eine Bagatelle, um derentwillen Polen die Freie Stadt schikanierte. Die Danziger Regierung hatte sechzehn in Danzig beschäftigte Arbeiter polnischer Nationalität wegen Gesetzesverletzung ausgewiesen, worauf die polnische Regierung umgehend sechzehn Danziger Staatsbürger aus Polen auswies. Danzig verlangte Aufhebung dieser unbegründeten Ausweisungsbefehle, bei Meinungsverschiedenheiten müsse Polen den Kommissar anrufen, dürfe aber nicht selbständig vorgehen, aber Polen benutzte diesen Fall, um von Danzig

238

8. Kapitel: Munitionstreit 239

zu erpressen, daß den polnischen Staatsbürgern in Danzig mit Ausnahme der politischen Rechte dieselben Rechte eingeräumt würden wie den Danziger Staatsbürgern. Danzig wehrte sich gegen diese Erpressung, und Polen beharrte auf den Ausweisungsbefehlen.

Der Munitionstreit trat jetzt in eine schroffe und zugleich entscheidende Phase. Im Jahre 1923 hatten die Polen in der Tat im Hafen von Danzig einen Munitionslagerplatz errichtet. Dagegen protestierte Sahn wie schon seit Jahren und wies darauf hin, daß die betreffenden Stadtteile durch das explosive polnische Material stark gefährdet würden. Aber das waren nebensächliche Sorgen in Genf. Am 14. März 1924 nahm der Völkerbundsrat einstimmig einen Antrag des Berichterstatters Quinones de Leon an, der entgegen den Wünschen der Danziger Bevölkerung für Polen den Munitionsplatz nach wie vor billigte und den Vorschlag

des Berichterstatters genehmigte, welcher der über den ursprünglichen Antrag hinausgehenden polnischen Forderung entgegenkam und den Polen gestattete, sechs Monate der Übergangszeit auf der Halbinsel Holm nicht explosives Kriegsmaterial zu landen.

Nun hatte ja Polen erreicht, was es wollte: der Danziger Hafen war seinen Kriegszwecken dienstbar gemacht. Am 19. September 1925 entschied der Rat in Genf endgültig, daß die Westerplatte vom 1. November 1925 den Polen für ihre Munition übergeben werden sollte. Mit der Abgrenzung gegen das übrige Hafengebiet wurde der zur Hälfte polnische Hafenausschuß betraut, und Danzig wurde dazu verurteilt, auf seine Kosten eine massive Backsteinmauer als Grenze zu errichten.

Was aber nützt ein Munitionslager, wenn es nicht bewacht werden kann? Daher erhob die polnische Regierung die Forderung, auf der Westerplatte eine militärische Wache einrichten zu dürfen. In der polnischen Denkschrift hierüber war die Rede davon, daß diese Wache aus zwei Offizieren, zwanzig Unteroffizieren und sechshundsechzig Mann bestehen sollte. Der Kommissar Mac Donell wagte diesen Fall nicht zu entscheiden, da der Danziger Senat erklärte, er werde auf keinen Fall dulden, daß Polen sich in Danzig eine militärische Basis schaffe. So kam die Sache vor den Völkerbund, und gegen die Vorstellun-

239

Deutsche unter Fremdherrschaft 240

gen Danzigs wurde hier beschlossen, daß Polen eine militärische Wache auf der Westerplatte einrichten dürfe, dadurch werde noch keine militärische Basis in Danzig geschaffen. Der schwedische Außenminister machte einen Vermittlungsvorschlag: man möge das Militär durch Polizei ersetzen. Sahm bat, diesen Ausweg dem Kommissar vorzuschlagen, damit er ihn der polnischen Regierung unterbreite. Doch der englische Außenminister Chamberlain lehnte diese Empfehlung ab, da sie nicht zu den Kompetenzen des Völkerbundsrats gehöre! So blieb es bei dem erwähnten Beschluß, der am 9. Dezember 1925 gefaßt wurde. Am 18. Januar 1926 zog das polnische Militär auf der Westerplatte ein, ein Offizier und 22 Mann. Endlich, Anfang August 1928, wurde das endgültige Abkommen über die Westerplatte von Danzig und Polen unterzeichnet. Die Hälfte der Kosten für das polnische Munitionslager mußte Danzig übernehmen. Auf den Freistaat entfiel also die stattliche Summe von drei Millionen Gulden oder zwei und einer halben Million Reichsmark. So hatte die Danziger Bevölkerung ihren schönen Badestrand aus glücklichen Zeiten eingebüßt. Die Westerplatte liegt an der Danziger Hafeneinfahrt unmittelbar neben der Mole von Neufahrwasser. –

Einen Gipfel polnischer Unverfrorenheit stellte der Briefkastenüberfall im Jahre 1925 dar. Zwischen Danzig und Polen war ein Streit über die polnischen Postrechte in Danzig entstanden. Danzig erklärte, daß nach den Verträgen die polnische Post nur für Übersee-Transitpost und für den direkten Postdienst einiger polnischer Ämter in Danzig (Hafen, Eisenbahndirektion) zugelassen sei, daß aber ein regulärer Postdienst nicht in Frage komme. Die Polen waren anderer Ansicht. Sie beanspruchten die Ausübung eines regulären Postdienstes in einem Bezirk, der den Hafen und den größten Teil der Stadt umfaßte. Eine friedliche Einigung kam nicht zustande, und Polen griff zur Gewalt. In einer stillen Nacht Anfang Januar ließ die polnische Postbehörde, die nach den Verträgen im Hafen ihren Sitz hatte, plötzlich 23 polnische Briefkästen im Danziger Stadtgebiet anbringen. Am nächsten Morgen gingen polnische Briefträger von Haus zu Haus und verteilten die Post. Eine große Erregung ging durch die Danziger Bevölkerung, und in

240

8. Kapitel: Polnischer Wirtschaftskampf 241

der nächsten Nacht wurden die polnischen Briefkästen schwarzweißrot übermalt. Der

Senat beschwerte sich beim Kommissar Mac Donell, und dieser entschied gegen Polen. Die Warschauer Regierung beruhigte sich keineswegs mit diesem Spruche und wandte sich an den Völkerbundsrat. Dieser entschied zwar, daß zwischen Polen und Danzig jede „Action directe“ zu unterbleiben habe, und daß bei Meinungsverschiedenheiten der Völkerbundskommissar als übergeordnete neutrale Person anzurufen sei. In der Sache selbst wagte der Rat keine Entscheidung zu treffen und verwies sie an den Internationalen Gerichtshof im Haag. Dieser fällte Mitte Mai einen sehr salomonischen Spruch: Polen dürfe nach den Verträgen nur im Hafengebiet einen eigenen Postdienst einrichten, aber die Abgrenzung des Hafengebietes müßte vom Völkerbundsrat vorgenommen werden!

Damit war die Angelegenheit an den Völkerbund zurückgegeben worden, und dieser setzte eine Kommission von vier Sachverständigen ein, welche das Hafengebiet abgrenzen sollten. Am 19. September 1925 verkündete der Rat das Ergebnis: Man hatte das polnische Postgebiet in Danzig durch eine durch die ganze Stadt führende Zickzacklinie begrenzt, so daß die Polen zwanzig Briefkästen behalten durften und nur drei beseitigen mußten! In Danzig schäumte man vor Wut. Diese Entscheidung stehe nach Überzeugung der Danziger im offenen Widerspruch zu den geltenden Verträgen, und der Volkstag erhob, mit Ausnahme der fünf Polen, einstimmigen Protest dagegen. Der Kommissar Mac Donell selbst war durch die offensichtlichen Rechtsbeugungen zu Ungunsten Danzigs so verstimmt, daß er Anfang November 1925 von seinem Amte zurücktrat. Sein Nachfolger wurde der Holländer Dr. van Hamel, der am 3. März 1926 in Danzig zu regieren begann.

Polens folgenschwerster Angriff gegen Danzig aber lag seit 1923 auf wirtschaftlichem Gebiete. Man mußte den Hafen Danzigs angreifen, dann traf man die Lebensader der Stadt. Nun war zwar Polen nach den Verträgen verpflichtet, seinen gesamten Außenhandel über den Hafen von Danzig gehen zu lassen. Da man sich aber im Jahre 1923 zum Wirtschaftskampf gegen Danzig entschlossen hatte, wußte man sich in Warschau über die den Danziger Hafen betreffenden Vertragsbestimmun-

241

Deutsche unter Fremdherrschaft 242

gen hinwegzusetzen. Das war für die polnischen Staatsmänner nicht allzuschwer, denn das pflegten sie ja sowieso zu tun.

Der Kampf gegen den Danziger Hafen konnte am besten dadurch geführt werden, daß man einen Konkurrenzhafen schuf. Im Jahre 1924 schloß die polnische Regierung mit einem polnisch-französischen Konsortium einen Vertrag, der den Bau eines polnischen „Kriegshafens“ in Gdingen betraf. Bis 1929 sollte er fertig sein. Dann aber sollte auch eine Bahn von Oberschlesien nach Gdingen gebaut werden, damit die Kohle und die Erze Oberschlesiens künftig in Gdingen verfrachtet werden konnten. Gleichzeitig sollte diese Bahn auch die Produkte des deutschen Oberschlesien aufnehmen und nach Gdingen führen. Polen schickte sich also an, auch die Verbindung zwischen dem deutschen Oberschlesien und Danzig abzuschneiden. Hierüber beschwerte sich der Danziger Senat beim Völkerbundskommissar, und dieser entschied am 6. November 1924, daß Polen verpflichtet sei, den Durchfuhrverkehr zwischen Danzig und Deutsch-Oberschlesien gemäß dem Breslauer deutsch-polnischen Abkommen vom 24. Juni 1922 zuzulassen.

Der geplante Hafen von Gdingen bereitete den Danzigern schwerste Sorge und Unruhe. Zwar war es mit der Blütezeit der Hauptstadt sowieso vorüber, denn aus dem reichen Handels- und Stapelplatz wurde immer mehr ein reiner Transitplatz, der einen selbständigen Kaufmannsstand nicht mehr ernähren konnte. Ein Schweizer Journalist konnte mit Recht sagen, daß von dem ober-schlesischen Kohlenexport Danzig weiter nichts habe als eine Handvoll Staub. Aber auch dies wenige fürchteten die Danziger durch Gdingen zu verlieren. Bereits 1921 hatte der Kommissar entschieden, daß die polnische Regierung verpflichtet sei, „den Hafen von Danzig voll auszunutzen, welche andere Häfen sie in Zukunft auch an der Ostseeküste errichten mag“. Und nun, da das drohende Gespenst von Gdingen sich erhob, setzte der Senat dem

Völkerbundskommissar van Hamel immer aufs neue zu, er möge Polen an seine Verpflichtungen erinnern. Van Hamel aber kam diesem Drängen nicht mit dem nötigen Eifer nach, und die Danziger waren bitter enttäuscht.

242

8. Kapitel: Hafen von Gdingen 243

Mit Nachdruck förderte Polen unterdessen den Bau des Hafens von Gdingen. In wenigen Jahren wuchs das unscheinbare Fischerdorf zur 50 000-Einwohnerstadt. Industrierwerke und Warenlager entstanden, allen Firmen, die sich in dem Hafen ansiedelten, gewährte die polnische Regierung Steuererleichterungen, verbilligte Pachten und Mieten, Frachtvorteile usw. Die Warschauer Regierung tat alles, Vorteile zu bieten, mit denen die Freie Stadt Danzig nicht konkurrieren konnte. Danzig spürte denn auch den Schaden sehr empfindlich. Die Stadt war gezwungen, sich wirtschaftlich vollkommen umzustellen. Sie war nicht in der Lage, ihre Reparationskosten in Höhe von etwa 161 Millionen Mark zu bezahlen, so daß diese auf der zweiten Haager Konferenz vom Januar 1930 gestrichen wurden. Immer neue Sorgen drückten die Bevölkerung. Schon im Mai 1930 verspürte sie eine sehr ernste Wirtschaftskrise, so daß sich der Senat wie schon so oft hilfesuchend an den Oberkommissar wandte. Vor allem wurde Danzig immer mehr von der Verbindung mit Oberschlesien abgeschnitten. Unter bedeutenden Frachtverbilligungen wurden die oberschlesischen Kohlenzüge auf Nebenbahnen im Zickzack durch Posen und Pommerellen nach Gdingen geleitet. Der Bau einer eigenen Eisenbahn von Gdingen nach Bromberg, von hier mit einer Abzweigung nach Warschau und Oberschlesien wurde begonnen. Die geplante Strecke von Bromberg nach Oberschlesien, die sogenannte Kohlenmagistrale, stellte eine fast geradlinige Verbindung zwischen Oberschlesien und Gdingen dar und kürzte die bestehenden Verbindungen um ein Fünftel, 130 Kilometer, ab. Im Jahre 1932 sollen täglich allein 20 Kohlenzüge aus Oberschlesien, also fast jede Stunde einer, an die Ostseeküste gebracht worden sein, wovon der größere Teil nach Gdingen ging. Um nur zwei Beispiele zu nennen: im August 1932 wurden in Gdingen 389 000 Tonnen, in Danzig 317 000 Tonnen, im September 1932 in Gdingen 386 000 Tonnen, in Danzig 365 000 Tonnen Kohle aus Oberschlesien verfrachtet. Im Januar und Februar 1932 war der Gesamtgüterumschlag im Danziger Hafen 191 174 Tonnen geringer, als in den beiden gleichen Monaten des Vorjahres, während er in Gdingen um 66 713 Tonnen höher war. Und dennoch war auch hier dafür

243

Deutsche unter Fremdherrschaft 244

gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Den Ausbau Gdingens konnte Polen nur mit französischem Gelde durchführen, und das war eine gewisse Schwäche. Da sich Polens Wirtschaftslage immer mehr verschlechterte, sperrte Frankreich 1932 seine Kredite, wodurch auch der Bahnbau von Oberschlesien nach Gdingen ins Stocken kam. –

Wenn nun die Danziger dachten, daß die Polen jetzt, da sie ihren eigenen Seehafen Gdingen besaßen, wenigstens sich aus Danzig zurückziehen würden, dann hatten sie sich allerdings gründlich verrechnet. Schon im Oktober 1925 hatte der Danziger Senat einen Vorschlag des „Danziger Heimatdienstes“ an den Völkerbund weitergegeben, worin empfohlen wurde, das polnische Munitionslager aus dem Danziger Hafen nach dem nun hinreichend fertiggestellten polnischen Hafen Gdingen zu verlegen. Aber Polen dachte nicht daran, aus Danzig herauszugehen! Es betrachtete Danzig als einen Teil seines Staates und gab keines von den Rechten preis, die es sich im Laufe der Jahre angeeignet hatte. Noch einmal unternahm der Danziger Senat einen Versuch und kündigte zum 1. Juli 1927 das vorläufige Abkommen vom 8. Oktober 1921, welches der polnischen Regierung das Recht gab, unter

bestimmten Bedingungen den Danziger Hafen für ihre Kriegsschiffe zu benutzen. Aber Polen kehrte sich nicht daran, und im August 1928 erklärte sich die neue Danziger Koalitionsregierung bereit, das Abkommen weiter bestehen zu lassen, eine Kündigung mit dreimonatiger Frist konnte frühestens zum 1. Juli 1931 erfolgen.

Es war ein Mißgeschick für Danzig, daß es an dem Völkerbundskommissar van Hamel keinen Rückhalt fand. Hamel faßte seine Stellung mehr repräsentativ auf und vermied jedes Ärgernis mit Polen. Er suchte gesellschaftlich zu glänzen und erregte durch gewisse Beziehungen zu einer Dame der Gesellschaft unliebsames Aufsehen. Bereits im September 1928 wählte der Völkerbundsrat den italischen Grafen Manfred Gravina zum Nachfolger van Hamels. Am 22. Juni trat Gravina sein Amt an, das er bis zum Juli 1933 ausfüllen sollte.

Die polnischen Staatsmänner in Warschau kamen allmählich zu der Überzeugung, daß sie mit ihrer bisherigen Methode, sich Vorteile und Rechte in Danzig zu erzwingen, nicht vorwärts-

244

8. Kapitel: Neue polnische Pläne 245

kamen. Es war wohl hier und da ein Erfolg zu verzeichnen, aber was wollten diese Teilerfolge bedeuten!

Wenn dies so weiter ging, war Danzig noch in hundert Jahren nicht polnisch! Der Völkerbund, die Deutschen, die Engländer wachten eifersüchtig darüber, daß Polen nicht mit brutaler Gewalt über Danzig herfiel. Die Danziger andererseits wurden allmählich müde, sie suchten nach einer Verständigung mit Polen, denn eine solche war ihren Lebensnotwendigkeiten erforderlich, um so mehr, da der Kommissar van Hamel im Gegensatz zu seinen Vorgängern ihnen große Enttäuschungen bereitete. Dieser Verständigungswille der Danziger äußerte sich in einer Erstarkung der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Liberalen. Zum ersten Male konnte die Koalition wohl 1925 eine Regierung bilden, die allerdings schon im nächsten Jahre wieder gestürzt wurde. Aber aus den Wahlen vom 13. November 1927 gingen die Koalitionsparteien als Sieger hervor: Die Sozialdemokraten erhielten 42 (vorher 30), das Zentrum 18 (15), die Deutschliberalen 4 (0) und die Nationalliberalen 5 (8) Sitze von 120, während die Deutschnationalen 26 (33), die Kommunisten 8 (11), die Nationalsozialisten 1 (7) und die Polen 3 (5) Sitze bekamen. Jetzt gelangte eine Regierung der Koalition der Mittelparteien ans Ruder, es wurden 8 sozialdemokratische, 2 liberale und 4 zentrümliche parlamentarische Senatoren gewählt, die mit Nachdruck eine Verständigung und Versöhnung mit Polen anstrebten. Diesen Verständigungswillen hat die Regierung gleich zu Anfang betont und ihn innen- und außenpolitisch zum Ausdruck gebracht, durch die Auflösung der im April 1919 errichteten Danziger Einwohnerwehr am 2. Februar 1928, die seit je den Polen ein Stein des Anstoßes war, und durch die drei Abkommen mit Polen vom 4. August 1928, von denen die Danziger Regierung eine wesentliche Erleichterung der Danziger Wirtschaft erhofften. Die starke Annäherung der Interessen Polens und Danzigs war unverkennbar.

Die Polen waren sofort auf ihren Vorteil aus diesem Kurswechsel bedacht. Jetzt galt es den Danzigern zu zeigen, daß sie mit einer demokratischen Verständigungsregierung weiterkommen würden als mit einer nationalen Oppositionsregierung!

245

Deutsche unter Fremdherrschaft 246

Polen änderte daher seit Mitte 1928 seine Taktik. Es zeigte sich zuvorkommend, lebenswürdig. Es skandalisierte nicht mehr beim Völkerbund. Sahn rühmte, daß vom 1. Juli 1928 bis zum 1. Juli 1929 keinerlei Danzig-polnische Streitfrage den Völkerbund beschäftigt habe. Um so mehr wühlten die Polen jetzt im geheimen. Sie

setzten nicht nur alles daran, daß Gdingen bald Danzig überflügeln solle, vor allem innerhalb Danzigs selbst versuchten sie, wirtschaftlich und politisch die Selbständigkeit der Freien Stadt zu untergraben. Das war natürlich nicht so einfach wie in den Weichselprovinzen und in Oberschlesien, wo man mit einem Federstrich Tausende von Deutschen ausweisen konnte. Hier in Danzig mußte man andere Mittel anwenden, man mußte z. B. versuchen, durch Untervölkerung mit polnischen Arbeitern die deutschen Arbeitslosen aus der Stadt zu drängen, überhaupt mußte das Ziel sein, in der Freien Stadt durch wirtschaftliche und kulturelle Verpolung immer mehr Raum zu gewinnen.

In den Büros Strasburgers, des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig, entstand Anfang 1929 eine Denkschrift, welche die Leitsätze zur Umgarnung Danzigs entwickelte. Die zwölf Sätze enthielten folgendes:

1. Mit der wachsenden Macht Deutschlands wird der Druck der deutschen Politik auf Polen zwecks Wiedergewinnung des Korridors und der Freien Stadt Danzig wachsen. Diesen Druck muß Polen zu parieren suchen durch eine psychologisch fundierte, in wirtschaftliches Gewand gehüllte Politik, durch welche die Bevölkerung des Korridors und der Freien Stadt Danzig dazu gebracht wird, die deutschen Absichten auf Revision der in Frage kommenden Bestimmungen des Versailler Vertrages als für sich selbst unvorteilhaft abzulehnen.

2. Während im Korridor das deutsche Element zurückzudrängen ist, muß in der Freien Stadt Danzig aus taktischen Gründen jeder Angriff gegen die deutsche Kultur unterbleiben.

3. Ebenso muß jeder Versuch unterbleiben, in politischer Hinsicht die Selbständigkeit der Freien Stadt anzutasten und Danzig Polen einzuverleiben. Im Gegenteil, die im Versailler Vertrag festgelegte scheinbare Unabhängigkeit und Selbständig-

246

8. Kapitel: Neue polnische Pläne 247

keit der Freien Stadt ... muß auf das nachdrücklichste von Polen unterstrichen und geschützt werden.

4. Unter ausdrücklicher Leugnung aller politischen Nebenabsichten muß Polen immer wieder die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen zwischen Danzig und Polen hervorheben. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Danziger Wirtschaft, wenn sie sich entschließt, ehrlich mit Polen zusammenzuarbeiten, sich selbst den besten Dienst leistet und große Verdienstmöglichkeiten hat.

5. Die Danziger Wirtschaft muß an der Verbindung Danzigs mit Polen materiell dadurch interessiert werden, daß möglichst viele Firmen nach dem Muster der Danziger Werft in direkte oder indirekte Abhängigkeit von Polen gebracht werden. Die Danziger Firmen müssen zum Anschluß an polnische Fachorganisationen veranlaßt werden, was vielfach von selbst die Lösung der Beziehungen zu den deutschen Fachorganisationen zur Folge haben wird ... Kurz, jeder Weg soll recht sein, der die Danziger in eine Situation bringt, die ihnen weitere Zusammenarbeit mit Polen als vorteilhafter erscheinen lassen muß als eine Losreißung Danzigs von den polnischen Verdienstquellen durch Wiedervereinigung mit Deutschland.

6. Auch auf dem Wege polnischer Kredite muß der Versuch gemacht werden, die Danziger Wirtschaft in Abhängigkeit von Polen zu bringen. Besonders wünschenswert wäre es, wenn der polnische Außenhandel dazu gebracht werden könnte, sich nicht der großen deutschen Banken in Danzig, sondern polnischer Banken zu bedienen.

7. Eine außerordentliche Unterstützung würden die polnischen Pläne erfahren durch eine Angleichung der beiden Währungen. Wenn dazu geschritten wird, dann müßte der diesbezügliche Antrag aber von Danziger Wirtschaftsseite entsprechend vorbereitet werden.

8. Die Danziger Presse muß so in Schach gehalten werden, daß sie nicht offen der polnischen Politik Widerstand zu leisten wagt.

9. Aus innerpolitischen Meinungsverschiedenheiten erwachsende Angriffe polnischer

Blätter gegen die amtlich mit der Führung der polnischen Politik gegen Danzig betrauten Stellen
247

Deutsche unter Fremdherrschaft 248

müssen unbedingt unterbunden werden. Die Parole „Mehr Wirtschaft, weniger Politik!“ ist sehr glücklich gewählt, weil sie sich deckt mit den Wünschen der Danziger Wirtschaft. Es wäre daher sehr verhängnisvoll, wenn diese Parole dadurch wirkungslos würde, daß die leitenden Männer durch polnische Angriffe genötigt werden könnten, ihre Karten den Danzigern aufzudecken.

10. Jede Danziger Rechtsregierung ist scharf zu bekämpfen. Jede Danziger Linksregierung ist unmittelbar, nachdem sie die Geschäfte übernommen hat, sehr wohlwollend zu behandeln, damit sie greifbare Beweise für die Richtigkeit des Verständigungskurses und für die Unrichtigkeit des nationalistischen Kurses der Danziger Bevölkerung aufzeigen kann.

11. Die innerpolitischen Kämpfe der Danziger sind geschickt zu benutzen, um ihre Aufmerksamkeit von Polen abzulenken und auf innere Danziger Streitfragen hinzulenken. Vor allem der Verwaltungsrat und die Finanzwirtschaft der Freien Stadt geben dazu reichen Anlaß.

12. Auf diese Weise wird jedes Jahr Danzig mit seinen Wirtschaftsinteressen fester an Polen gekettet und die Danziger weniger geneigt machen, zu Deutschland zurückzukehren. Ein Danzig, dem es durch die Verbindung mit Polen gut geht, wird nicht zu Deutschland zurückkehren wollen ... Wirtschaftliches Wohlergehen der Freien Stadt Danzig liegt also in der Richtung der polnischen Interessen. – Die in deutscher Sprache herausgegebene polnische Propagandatageszeitung „Baltische Presse“, das von der polnischen Regierung unterstützte Organ und Sprachrohr Strasburgers, warb in dieser Zeit heftig um die Gunst der Danziger Koalitionsregierung.

Die Polen glaubten, ernten zu können, was ihnen viele Jahre hindurch unerreichbar war. So richtete denn der diplomatische Vertreter Strasburger am 30. September 1930 eine Note an Gravinga, die gleichsam einen Großangriff der polnischen Forderungen gegen Danzig darstellte. Es wurde verlangt, daß die Polen in Danzig dieselben wirtschaftlichen und kulturellen Rechte haben sollten wie die Danziger. Es sollten polnische Schulen eingerichtet werden. Die polnischen Schulzeugnisse soll-

248

8. Kapitel: Polnische Ränke 249

ten anerkannt werden. In und außer der Schule sollte die polnische Sprache benutzt werden. Man verlangte von Danzig ferner eine Loyalitätserklärung, daß kein Danziger Staatsangehöriger polnischer Nationalität schlechter behandelt werde, weil er sein Kind zur polnischen Schule schickte. Auch im Verkehr mit den Behörden sollte die polnische Sprache anerkannt werden, und die Behörden sollten verpflichtet sein, auf polnische Eingaben in polnischer Sprache zu antworten. Auf dem Arbeitsmarkte sollte es für polnische Arbeiter keinerlei Beschränkungen geben. Polnische Erwerbsgesellschaften sollten das Recht haben, sich in Danzig niederzulassen. Jedem Polen sollte es freistehen, ohne besondere Genehmigung der Behörden Grundstücke erwerben zu dürfen. - Da aber geschah das Unerwartete: Das nicht geahnte Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung, das sich 1929 und 1930 im gleichen Maße wie in Deutschland vollzogen hatte, brachte eine neue Verschärfung der Beziehungen Polens zu Danzig. Bei den Wahlen zum Volkstag am 16. November 1930 waren von 72 Abgeordneten diesmal 12 Nationalsozialisten, während 1927 diese von 120 Sitzen nur einen bekamen. Im übrigen war das Verhältnis der Parteien dies: Sozialdemokraten 19 (vorher 42), Deutschnationale 10 (25), Zentrum

11 (18), Kommunisten 7(7), bürgerliche Mittelparteien 7 (20), Polen 2(3). Diese Verschiebung wirkte auch auf den Senat zurück. Der neue, durch das Ausscheiden der sozialdemokratischen Senatoren am 4. Dezember und der beiden der Beamtenpartei angehörigen Senatoren 14 Tage später, rechtsgerichtete Senat lehnte vor Weihnachten die polnischen Forderungen vom 30. September kategorisch ab und zeigte auch sonst nicht den Willen, den Polen entgegenzukommen. Für Strasburger, der plötzlich mit der Koalitionsregierung seine ganze Politik zusammenbrechen sah, wurde die Lage in Danzig immer unerträglicher, so daß er am 15. April 1931 bei der Warschauer Regierung sein Rücktrittsgesuch einreichte, weil die Sicherheit der polnischen Bevölkerung in Danzig nicht mehr gewährleistet sei! Die Polen litten unter der Vorstellung, daß die Polizei in Danzig ganz im nationalsozialistischen polenfeindlichen Fahrwasser sich befinde. Aber Zaleski lehnte den Rücktritt ab, Strasburger mußte bleiben.

249

Deutsche unter Fremdherrschaft 250

Für die polnischen Staatsmänner und Generale aber lag in dieser ganzen Entwicklung etwas sehr Verlockendes. An Marschall Pilsudski trat die starke Versuchung heran, das Husarenstückchen, das er einst gegen Wilna angewandt, nun auch bei Danzig zu erproben und die Freie Stadt einfach militärisch zu besetzen und zu okkupieren, da die polnischen Interessen dies verlangten. Ein Schein des Rechtes ließ sich immer finden. Die Gefahr, daß in Danzig Unruhen ausbrechen konnten gegen die dort weilenden Polen, lag für Polen klar zutage, und für diesen Fall war ja auf Grund einer Ratsentscheidung von 1921 die militärische Besetzung für das Gebiet des Freistaates zulässig. Derartigen Absichten aber setzte Gravina entschlossenen Widerstand entgegen. Er legte außerdem in Genf dem Völkerbundsrate einen Bericht vor, den dieser auch annahm. Darin hieß es, daß die gegenwärtige Krise eine Danzig-polnische Krise, nicht aber eine Krise in den Beziehungen Danzigs zum Völkerbund sei; die Affäre Strasburger und sein beabsichtigter Rücktritt sei lediglich eine innenpolitische Angelegenheit, nach Auffassung des Völkerbunds-kommissars in Danzig liege für Polen keinerlei Veranlassung vor, einen militärischen Schutz für polnische Interessen in Danzig auf Grund der Ratsentscheidung von 1921 zu verlangen.

Henderson aber, der Ratspräsident, aufgescheucht durch das Anwachsen der Nationalsozialisten in Danzig, konnte sich nicht enthalten, Danzig für die gespannten Beziehungen zu Polen verantwortlich zu machen. Er appellierte dringend an den Senat, im eigensten Interesse alle Möglichkeiten zu vermeiden, aus denen sich Unruhen ergeben könnten. Insbesondere liege in den Demonstrationen nationalsozialistischer Organisationen auf Danziger Gebiet eine große Gefahr, sie könnten zu ernstesten Zwischenfällen zwischen Danzig und Polen führen. Und gerade dies war der Punkt, wo Zaleski immer wieder einsetzte und Erfolge zu erzielen dachte. In vertraulichen Verhandlungen verlangte er, die Staatshoheit Danzigs einzuschränken. Er verlangte die Einsetzung eines interalliierten Polizeikommissars in Danzig, der an allen polnischen Unterausschüssen der Danziger Behörden teilnehmen und hierüber dem Völkerbundsrat Bericht erstatten sollte. Der deutsche Reichsaußen-

250

8. Kapitel: Kampf um den Danziger Hafen 251

minister Curtius lehnte alle derartigen Forderungen mit großer Entschiedenheit ab, und auch in diesem Punkte kam Polen nicht zu seinem Ziele. Die verstärkte nationale Tendenz, die seit 1931 in Danzig zum Ausdruck kam, führte dazu, daß Polen wieder offen zu Feindseligkeiten schritt. In Warschau wurde eben jede Regung deutschen Selbstbewußtseins der Danziger als offene Rebellion

betrachtet, und wenn einmal die bis aufs Blut gereizte Bevölkerung ihrem Unmut Luft machte, dann war es für die polnischen Staatsmänner klar erwiesen, daß dieser Zustand nicht länger anhalten dürfe und daß Danzig einmal unbarmherzig unter die polnische Fuchtel genommen werden müsse. Mitte Dezember 1931 machte Minister Zaleski im Auswärtigen Ausschuß des polnischen Senates folgende Ausführungen: Das Verhältnis Polens zu Danzig gestalte sich nicht so, wie man in Polen wünsche. Polen bilde doch für Danzig die natürliche Grundlage seines Wohlergehens und seiner wirtschaftlichen Existenz. Als Gegenleistung fordere Polen unerhört wenig: Loyalität und guten Willen. Indessen unterliege Danzig immer mehr dem Einfluß rechtsgerichteter umstürzlerischer Elemente, deren Vorgehen gegen Polen, Juden und den liberal gesinnten Teil der deutschen Bevölkerung Danzigs Organe des Völkerbundes veranlaßt habe, sich für die Frage der inneren Sicherheit in Danzig zu interessieren. Auch „die Subordinationsverletzungen der Danziger Zollämter“, durch die Polen schweren Schaden erleide“, bildeten für Zaleski einen Grund zu gereizter Anklage. Mit verbissener Wut hatte der Kampf um den Danziger Hafen im Sommer 1931 wieder eingesetzt. Der neue Danziger Senat hatte von dem im Abkommen vom August 1928 festgelegten Rechte Gebrauch gemacht, der polnischen Regierung die Benutzung des Danziger Hafens für polnische Kriegsschiffe zum 1. Juli 1932 zu kündigen. Wie nun in derartigen Fällen, kehrte sich Polen auch diesmal nicht an die Kündigung von seiten des Danziger Senats, und Gravina war gezwungen, die Sache zur Entscheidung vor den Völkerbund zu bringen. Dieser verwies den Streitfall zunächst einmal an den Haag und hier wurde am 11. Dezember folgendes entschieden: Weder der Versailler Vertrag, Teil III Abschnitt 9, noch die Pariser Kon-

251

Deutsche unter Fremdherrschaft 252

vention, noch sonst eine Entscheidung des Völkerbundes oder des Kommissars habe der polnischen Regierung irgendwelche Rechte oder Befugnisse hinsichtlich der Zulassung polnischer Kriegsschiffe zum Danziger Hafen oder in Danziger Gewässer zugebilligt, Danzig sei kein Flottenstützpunkt für Polen und der Hafen von Danzig sei nicht polnisches Gebiet. Deshalb habe der Senat ein Recht zur Kündigung. Drei Richter, der - kolumbische, der Franzose Fromageot und der Pole Graf Rostworowiki, standen allerdings auf polnischer Seite. Der Pole insbesondere berief sich auf Artikel 104, Absatz 2, des Versailler Vertrages, wo den Polen „ohne jede Einschränkung“ der freie Gebrauch und die Benutzung der Wasserstraßen, Docks, Bassins, Kais und anderer Anlagen auf dem Gebiete der Freien Stadt gesichert worden sei. Allerdings die Einschränkung „welche für die Einfuhr und Ausfuhr aus Polen notwendig sind“ existierte nicht für den Polen; dennoch entschieden die elf anderen Richter gegen Polen, und der Haager Spruch fiel daher zugunsten Danzigs aus. So mußte sich Polen fügen und die Kündigung zum 1. Mai 1931 annehmen. Auch noch ein anderer Streitfall wurde einige Wochen später im Haag entschieden. Am 4. Februar wies der Ständige Internationale Gerichtshof die polnischen Ansprüche auf gleiche Behandlung polnischer Staatsangehöriger mit Staatsangehörigen Danzigs mit elf gegen vier Stimmen zurück. Die Polen waren und blieben in Danzig Ausländer, all ihre gewaltsamen und friedlichen Bemühungen um die Gleichberechtigung waren mit dem Haager Spruch rechtlich ein für allemal undurchführbar. Da der vertragliche Weg ebenfalls aussichtslos war, konnte nur noch der Weg der entschlossenen Gewalt beschritten werden. Polen hatte keine Bedenken, der Welt nicht zu verheimlichen, daß es sich anschicke, den Weg der Gewalt zu benutzen. Denn die Haager Entscheidungen riefen natürlich in Warschau tiefe Erbitterung hervor. Für Polen wurde außerdem noch die Gefahr akut, daß es seine Rechte, die es sich für Danzig als Hilfskriegshafen angeeignet hatte und die es ausgiebig zu erweitern dachte, nun verlieren würde. Besonders erbittert waren die polnischen Staatsmänner, weil sie hier wieder den Widerstand der verhaßten nationalen Kreise Danzigs fühlten, die sie am meisten

252

fürchteten. Daher gewann in Warschau der Plan Gestalt, mit kriegerischer Gewalt über die Freie Stadt herzufallen und sie einfach zu verschlingen, um so mehr, da der Kommissar Graf Gravina mit großem Nachdruck die Rechte Danzigs verfocht, so daß man ihn in Polen arg beschimpfte und danach trachtete, ihn durch eine kriegerische Aktion loszuwerden. Es war das letzte Mittel, der letzte Ausweg aus der Sackgasse der polnischen Politik gegen Danzig.

Mit großem Eifer und ganz unverhohlen traf die polnische Regierung denn auch die Vorbereitungen für diesen militärischen Handstreich. Sie scheute sich keineswegs, ihren Plan ganz öffentlich, gewissermaßen unter den Augen der Danziger Bevölkerung, mit Wort und Tat vorzubereiten. Anfang Februar 1932 feierte die polnische Studentenschaft „Bratnia Panor“ (Bruderhilfe) in Danzig ihr zehnjähriges Bestehen. Der Erzbischof von Warschau, ein Vertreter des Warschauer Kultusministeriums, der polnische diplomatische Vertreter in Danzig und die Abordnungen der Studentenschaft Polens nahmen an der Feier teil. Es wurden Reden gehalten, in denen die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen wurde, daß Danzig in nicht zu ferner Zeit polnisch sein würde. Bereits in der Messe führte der Prediger aus, daß auf dieser „polnischen Erde“ bald polnisches Militär sein werde. Man werde nicht eher ruhen, als bis der letzte Deutsche aus Danzig verschwunden sei. Der Abgesandte Legationsrat Lalicki des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig, Strasburgers, erklärte, gerade die akademische Jugend sei ein wirksames Mittel zur Polonisierung Danzigs. Als gediente Soldaten seien die Studenten imstande, gegebenenfalls auch mit der Waffe zu kämpfen. Nicht nur die Polen aus Danzig, sondern auch die vom germanischen Haß geknechteten Brüder Ostpreußens würden wieder in den Schoß des polnischen Vaterlandes zurückkehren. Der Tag sei schon angebrochen, da die unter dem Germanismus leidenden polnischen Teile Ostpreußens ihrem Vaterlande zurückgegeben würden. Oberst Landau, der Vertreter des Militäroberkommandos in Thorn, hob das enge Zusammenarbeiten des aktiven Militärs mit den polnischen militärischen Verbänden in Danzig hervor.

253

Er werde vielleicht eher nach Königsberg in Uniform kommen als zum zweitenmal nach Danzig in Zivil. Habe man erst Ostpreußen in Besitz genommen, dann würde keine Macht der Welt die polnischen Soldaten dort hinausbringen.

Seidlitz, der Vertreter des pommerellischen Woiwoden, erklärte, bei dem geringsten Versuch Deutschlands, Polen vom Meere abzudrängen, werde man Deutschland eine Lehre erteilen, an die noch Kinder und Kindeskinde der gegenwärtigen germanischen Generation zurückdenken sollten.

Zum Schlusse wurden Telegramme an den polnischen Staatspräsidenten, an Pilsudski und den Chef des polnischen Staatsratstabes gesandt. Das Telegramm an Pilsudski lautete: „Wie lange noch, Marschall, willst du auf die Dummheiten Danzigs schauen? Pflücke Danzig!“ - Man spekulierte auf ein zweites Wilna!

Das waren Vorgänge, wie sie auf Danzigs Boden sich noch nicht ereignet hatten! Um nun die Wirkung noch zu erhöhen, hielten die polnischen militärischen Verbände Danzigs öffentliche Waffenübungen ab. Da gab es in Danzig einen polnischen Schützenverband, welcher der sportlich verschleierte polnischen Organisation Oriel (Adler) eingegliedert war und geleitet wurde durch ehemalige Offiziere, die als Beamte im Dienste der polnischen Eisenbahndirektion, der polnischen Post und des polnischen Zollinspektorates in Danzig standen. Diese Offiziere bildeten die Danziger polnischen Schützen im Exerzier-, Feld- und Schießdienst in Gdingen aus, außerdem mußten die Angehörigen der polnischen Schützenverbände einen Unteroffizierkursus mitmachen, wobei aktive Militärpersonen aus Graudenz die

Lehrer waren. Ende 1931 fand ein solcher Kursus in Gdingen statt, und zum Schluß mußten die polnischen Schützen den Soldateneid leisten. Sie schufen sich auch ein besonderes polnisches Schützenlied, das in unflätiger Weise die Wünsche Polens auf Danzig und Ostpreußen aufzeigte und schärfste Drohungen enthielt. - Diese militärischen Verbände also, die etwa insgesamt tausend Mann zählten, machten Ende Februar 1932 eine nächtliche Geländeübung bei Gdingen, indem sie einen markierten Angriff von Danziger Nationalsozialisten auf Gdingen abschlugen. Die Leitung dieser Übung lag in den

254

8. Kapitel: Polnische Herausforderungen 255

Händen des Obersten Rosner, des Chefs der Militärabteilung der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig.

Dann folgten weitere kriegerische Demonstrationen. Im März liefen zwei polnische Kanonenboote im Hafen ein, zwei Wochen später, Ende März, erschienen zwei Torpedoboote und machten mitten in der Stadt am Quai in der Nähe der städtischen Gasanstalt fest. Polnische Matrosen gingen an Land, exerzierten, während an Bord unter den Augen der Danziger Bevölkerung an den Geschützen Übungen gemacht wurden. Diese theatralischen Mätzchen verfehlten allerdings vollkommen ihre Wirkung auf die deutschen Danziger, diese waren nur darüber empört, daß ihnen solche provokatorischen und beleidigenden Vorgänge geboten werden durften.

Dieser Theaterdonner der polnischen Soldateska, der durch drohende Vorbereitungen kräftig unterstützt wurde, sollte den diplomatischen Forderungen der Warschauer Regierung den notwendigen Nachdruck verleihen und vor allem Gravinga gefügig machen. Am 1. März 1932 wurde an den Danziger Völkerbundskommissar eine polnische Note übergeben, worin ausgeführt wurde, daß Danzig gegen die Vorschriften und Absichten des Versailler Vertrages und der Pariser Konvention verstoßen habe. Deshalb fordere Polen jetzt das Recht, auf Danziger Gebiete selbst die polnischen Zollmaßnahmen durchzuführen. Polen wollte der Freien Stadt die letzten Rechte der Zollverwaltung völlig entwenden und verlangte, daß die Danziger Zollbeamten auf Polen vereidigt und Polen unterstellt würden. Bei diesem neuen Wirtschaftskriege handelte es sich darum, daß Polen jetzt die Handels- und Industriekontingente, welche die polnische Regierung im Warschauer Abkommen 1921 der Freien Stadt zugestanden hatte, nun plötzlich nur als vorübergehende und von Danzig mißbrauchte Sonderrechte bezeichnete und die Freie Stadt zur Aufgabe dieser Rechte zu zwingen suchte. Es war ein neues Drosselungsmittel gegen die nationale Danziger Regierung und ihre Maßnahmen, vor allem die Kündigung des Hafens. Aber die Regierung Danzigs weigerte sich beharrlich, mit den Polen über die Aufhebung der Kontingente zu verhandeln. So wollte Polen nun das widerspenstige Danzig in die Knie zwingen, indem es die vertrag-

255

Deutsche unter Fremdherrschaft 256

lich begründete wirtschaftliche Autonomie der Stadt aufzuheben und Danzig mit Polen restlos wirtschaftlich zu vereinigen suchte. Die polnischen Einfuhrverbote sollten automatisch auch Danzig verpflichten und die der Danziger Kaufmannschaft zugebilligten Kontingente sollten nach den gleichen Grundsätzen behandelt werden wie die der polnischen Firmen durch die Ein- und Ausfuhrzentrale des polnischen Handelsministeriums. Das war nichts anderes als der rücksichtsloseste Boykott gegen alle Danziger Waren, die in Polen eingeführt wurden. Und alsobald wurde er auch durchgeführt. Die polnischen Finanzwachen durchschnüffelten die Läden und Lager und Geschäftsbücher der polnischen Kaufleute und beschlagnahmten rücksichtslos alle Waren, die auch nur eine einzige Schraube aus Danziger Kontingenten enthielten. Diese Methode verbreitete Angst und Schrecken und führte

dazu, daß die polnischen Kaufleute nichts mehr aus Danzig bezogen. Natürlich erklärte der Danziger Senat, eine solche Regelung komme für die Freie Stadt gar nicht in Frage. Er sandte an Gravina eine Antwortnote, worin das Verlangen Polens rundweg abgelehnt wurde. Denn es sei doch klar, daß „Danzig nach Auslieferung der Zollverwaltung an Polen militärisch, staatspolitisch und wirtschaftspolitisch völlig in der Hand Polens wäre und aufhören würde, eine Freie Stadt zu sein“. Um so erboster waren die Polen, als Gravina Ende März 1932 tatsächlich entschied, daß die gegen Danzig gerichtete Zollverfügung des polnischen Finanzministers eine „unzulässige direkte Aktion“ sei. Die Wut der Polen wurde durch die hartnäckige Weigerung Danzigs und die Haltung Gravinas immer mehr gesteigert. In Warschau sah man die Triebkräfte gegen Polen nur in den Danziger Nationalsozialisten, und diese verfolgte man mit schrecklichem Haß. Die Warschauer Presse, so der „Kurier“, forderte Mitte April, als die Reichsregierung die nationalsozialistischen SA. und SS. aufgelöst hatte, daß auch in Danzig das Verbot durchgeführt würde. Man begründete diese Forderung mit der Vermutung, daß Hitler die verbotene SA. von Danzig aus zu leiten plane, und in Warschau prophezeite man für die Demonstration am 1. Mai Zusammenstöße zwischen

256

8. Kapitel: Polnische Angriffsabsichten 257

Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. In den Zeitungen entlud sich eine Flut von Schmähungen gegen Gravina, er sei von den Deutschen gekauft, er sei nur ein „Statthalter Hitlers“ in Danzig. Polen zog sogar seinen diplomatischen Vertreter Strasburger aus Danzig zurück und bekundete so in aller Form, daß es die Beziehungen zur Freien Stadt abgebrochen habe.

Viel ernster und drohender als im Frühjahr 1931 war im April und Mai 1932 die Gefahr, daß Danzig von Polen militärisch überrumpelt werden würde. Eine fieberhafte Unruhe hatte die Bevölkerung ergriffen wegen all der Vorgänge, die jenseits der Grenze auf polnischem Gebiete sich abspielten, und nicht zum wenigsten vereitelte der Lärm der Engländer die gegen Danzig geplante polnische Gewalttat. –

Aber alles dieses nützte Polen nichts. Ende Mai 1932 kam der Zollstreit vor dem Völkerbundsrat zur Sprache, weil Polen sich über die Entscheidung Gravinas beschwert hatte, der deutschnationale Senatspräsident Ziehm aus Danzig nahm selbst an den Genfer Verhandlungen teil. Ziehm stellte sich auf den Standpunkt des Ratsbeschlusses vom März 1925, wonach weder die Danziger noch die polnische Regierung gegeneinander jemals eine „Action directe“ unternehmen dürfen. Der akute Wirtschaftskrieg Polens gegen Danziger Waren sei also rechtlich ganz unzulässig. Gravina schilderte sodann die schweren Gefahren, die dem Danziger Wirtschaftsleben aus der Spannung mit Polen erwachsen könnten. Und mit der Unschuld eines Engels erklärte Zaleski schließlich wie immer, daß die polnische Regierung bisher immer vermieden habe, in den Danziger Fragen eine Atmosphäre fortgesetzter Streitigkeiten herbeizuführen. Der Rat wiederholte seinen Standpunkt vom 13. März 1925 bezüglich der Action directe und beauftragte den Völkerbundskommissar, unter Hinzuziehung von Sachverständigen in kürzester Frist eine endgültige Entscheidung über die Regelung des Handelsverkehrs zwischen Danzig und Polen zu erstreben. Polen verpflichtete sich, seine Beschwerde gegen die erste für Danzig günstige Entscheidung Gravinas über den Danziger Veredelungsverkehr nach Polen von Ende März zurückzuziehen bis zur endgültigen Regelung durch den Völkerbundskommissar und verpflichtete sich ferner, das bereits in Kraft

257

Deutsche unter Fremdherrschaft 258

gesetzte polnische Finanzstrafgesetz, das den Danziger Handelsverkehr nach Polen

durch Boykott völlig lahm legte, nicht mehr anzuwenden. Dem Völkerbundskommissar sprach der Rat einstimmig das Vertrauen aus. Der bemerkenswerteste Erfolg des Genfer Zwischenspieles war, daß sich Polen keineswegs an seine Verpflichtungen erinnerte und den Boykott der Danziger Waren kräftig fortsetzte. –

Nach dem Siege im Zollstreit forderte der Senat der Freien Stadt Anfang Juni 1932, daß die Verwaltung der polnischen Eisenbahnen Pommerellens aus dem Gebiete des Freistaates genommen werde, spätestens bis zum 31. Dezember 1932. Die polnischen Eisenbahnbeamten hatten durch ihre aktive Beteiligung an den militärischen Übungen der polnischen Verbände den Unwillen der Danziger Regierung aufs neue erweckt. Der Senat berief sich auf die Entscheidung des Völkerbundskommissars vom 12. Dezember 1922 und auf den diese Entscheidung bestätigenden Entschluß des Völkerbundsrates vom 13. März 1925, wonach rechtskräftig festgestellt worden sei, daß Polen kein Recht habe, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als der auf dem Gebiet der Freien Stadt gelegenen beschäftige. Danzig wollte auf diese Weise die polnische Propagandazentrale aus seiner Mitte entfernen.

Diese polnische Eisenbahndirektion war den Danzigern ein besonderer Dorn im Auge. 500 polnische Beamte wurden hier beschäftigt, und sie beschränkten sich nicht bloß auf die Verwaltung von Eisenbahnen, sondern trieben auch noch eine kräftige polnische Kulturpropaganda. Bereits am 13. März 1925 hatte der Völkerbundsrat auf eine Danziger Beschwerde hier rechtskräftig festgestellt, daß Polen kein Recht habe, auf Danziger Gebiet eine Eisenbahndirektion einzurichten, die sich mit der Verwaltung anderer Eisenbahnen als der auf dem Gebiet der Freien Stadt gelegenen beschäftigt. Aber solche Entscheidungen störten wie seit jeher die Polen recht wenig. Der polnische Außenminister Zaleski sprach es 1926 im Warschauer Sejm offen aus, die polnische Eisenbahndirektion müsse in Danzig bleiben, da sonst das polnische Gymnasium, die polnische Schule und andere polnische Kultureinrichtungen in Dan-

258

8. Kapitel: Polnische Übergriffe 259

zig nicht gehalten werden könnten. Wie sehr sich die polnischen Eisenbahnbeamten verpflichtet fühlten, Kulturpioniere zu sein, bewies die Verfügung der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig aus dem Anfang des Jahres 1927, daß alle Eisenbahner im Freistaat die polnische Sprache in Wort und Schrift erlernen sollten. Und Mitte Juni 1932 veranstalteten sie, gleichsam als ein Zeugnis ihrer durch die Danziger Forderung gekränkten Unschuld, eine Protestversammlung gegen die angebliche Unterdrückung der polnischen Sprache und der polnischen Rechte in Danzig. Mit Mühe und Not konnte es die Polizei verhindern, daß sich dieser Kundgebung nicht auch noch ein öffentlicher Umzug durch die Stadt anschloß!

Die Danziger aber waren schon seit Jahren voller Unwillen, daß in ihrer Stadt, die unter 407 500 Einwohnern nur 7500 Polen (in mehr als 70 Vereinen und dem großen nationalpolnischen Schutzverein Gmina Polska = Polnische Gemeinde organisiert, deren Presse die seit Anfang der 1890er Jahre bestehende „Gazeta Polska“ ist) zählte, diese polnische Eisenbahndirektion sich so herausfordernd benahm. Daher hatte der Senat die langjährige Forderung wiederholt, eine Tatsache, die jedoch auf die Polen nicht den geringsten Eindruck machte.

Im Gegenteil! Polen beantwortete die Forderung Danzigs durch einen neuen Bruch der Bestimmungen. Noch im Mai 1932, nachdem durch die Kündigung des Danziger Senats, das Urteil des Haag und die Entscheidung des Völkerbundes endgültig festgestellt worden war, daß die polnischen Kriegsschiffe kein Recht auf den Danziger Hafen hätten, hatte der Völkerbundsrat entschieden, daß polnische Kriegsschiffe genau wie die Kriegsschiffe aller anderen Mächte sich vorher bedingungslos beim Senat anzumelden hätten, wenn sie den Danziger Hafen anlaufen wollten. Warschau kehrte sich nicht daran. Unmittelbar, nachdem fünf englische Torpedobootszerstörer zu einem Besuch vor Danzig angekommen waren, erschien in der Nacht zum 15. Juni 1932

ganz unerwartet der polnische Torpedobootszerstörer „Wicher“ auf der Höhe von Danzig, ankerte in der Nähe der englischen Schiffe, folgte diesen in den Hafen, machte an der Westerplatte fest und verblieb dort bis zum Nachmittag, ohne daß die vorgeschriebene Erlaubnis des Dan-
259

Deutsche unter Fremdherrschaft 260

ziger Senats schriftlich oder telephonisch eingeholt worden wäre. Die Engländer und der Völkerbund waren starr vor Staunen über die Unverfrorenheit des polnischen Kriegsschiffes. Ja, aber die Warschauer Regierung ging noch viel weiter! Als sich für Ende Juni deutsche Kriegsschiffe zum Besuche in Danzig angemeldet hatten, versuchte die polnische Regierung durch alle möglichen unzulässigen Schikanen diesen Besuch zu hintertreiben.

Die Dinge standen wieder einmal so, daß die deutsche Stadt Danzig aufs ärgste von polnischen Herausforderungen belästigt wurde. Die polnischen Pfarrer und Militaristen überboten sich in ausschweifenden Hoffnungen, daß vom Danziger Rathaus die polnischen Fahnen wehen werden, „während die Straßen dröhnen vom festen Schritt des polnischen Militärs“. Am Abend des 18. Juni 1932 liefen zwei polnische Schnellzüge, dicht besetzt mit polnischen jungen Leuten, auf dem Danziger Hauptbahnhof ein, die Leute brüllten in lauten Sprechchören feindliche Äußerungen gegen Danzig heraus, sangen das Haßlied gegen die Deutschen und brachten ein Hoch auf die polnischen Soldaten in Danzig aus, während sich der Sonnenwendfackelzug der Danziger Nationalsozialisten durch die Straßen bewegte. Die polnische Horde wartete nur darauf, daß es innerhalb der Danziger Bevölkerung zu Unruhen kam, um dann nach dem vertraglichen Rechte Polens über die Stadt herzufallen, doch mußten sie unverrichteter Sache wieder abziehen.

Derartige Auftritte gehörten im Sommer 1932 zu den täglichen Erscheinungen. An einem Sonntagnachmittag, dem 10. Juli, wollte der mit vielen hundert Polen besetzte Dampfer „Mars“ unter dem Rufe „Hoch lebe Polen“ am Danziger Weichselufer bei Pieckel anlegen. Als die Danziger Polizei dies mit Erfolg verhinderte, wurde sie wüst beschimpft, chorweise wurde gebrüllt: „Hoch lebe Polen“, „Raus nach Brandenburg“, „Nieder mit Deutschland!“, „Wir kommen wieder!“ Die wütenden Polen drohten mit Fäusten und Stöcken, mußten aber doch nach Dirschau zurückkehren. Als an einem anderen Sonntag, dem 14. August, in Gdingen der polnische Legionärstag stattfand, liefen die Schnellzüge mit den polnischen Banditen in der Morgenfrühe auf dem Danziger Hauptbahnhof ein. Die
260

8. Kapitel: Beilegung des Zollstreites 261

Wagen trugen Aufschriften: „Nieder mit Deutschland!“ Bilder stellten am Galgen hängende Nationalsozialisten dar, aufreizende Rufe: „Danzig muß polnisch werden!“ wurden geschrien, das Haßlied wurde gesungen, ein Hoch auf Pilsudski ausgebracht, ja die Polen verließen in Uniform und bewaffnet den Zug und spazierten herausfordernd auf dem Bahnhofs herum. –

Nachdem bereits der Danziger Senat am 7. Juli bei der polnischen Regierung Beschwerde wegen der Boykottbestrebungen gegen Danzig eingelegt hatte, schien es Anfang August 1932 endlich den Bemühungen Gravinass, der in Genf den Auftrag zur endgültigen Beilegung des Zollstreites erhalten hatte, gelungen zu sein, die Spannungen zwischen Danzig und Polen zu beheben. Am 13. August unterzeichneten Gravinass, Ziehm und Papee, der diplomatische Vertreter Polens und Nachfolger Strasburgers, die Protokolle, die die weiteren Beziehungen zwischen Danzig und Polen regeln sollten. Diese Protokolle waren, soweit sie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Danzig und Polen betrafen, das Ergebnis der Arbeit des Genfer Sachverständigenausschusses, der gemäß dem Völkerbundsbeschuß vom Mai

1932 gebildet worden und der sich mit den polnischen Ansprüchen zu befassen hatte. Dieser Ausschuß fertigte ein Gutachten an, das zu dem Ergebnis kam, der Danziger Hafen sei leistungsfähig genug, um den gesamten über die Häfen Danzig und Gdingen gehenden Verkehr aufzunehmen. Die Danziger Einrichtungen reichten lediglich für den Kohlenumschlag und einige Lebensmittel nicht aus. Ein Unterschied in der bisherigen Zollbehandlung der Waren müsse entschieden abgelehnt werden und der Dienst der polnischen Schiffslinien müsse in gleicher Weise auch auf Danzig sich erstrecken. Auch eine Angleichung der Hafengebühren sei nötig. Der polnische Antrag dagegen auf Feststellung angeblicher Verfehlungen Danzigs wurde als unbegründet bezeichnet.

Im ersten der drei Protokolle erklärte der Vertreter Polens nun folgendes: „Von dem lebhaften Wunsche beseelt, soweit es irgend in ihrer Macht steht, zur Besserung der Beziehungen zwischen Danzig und Polen beizutragen, und da Danzig und Polen durch die Verträge miteinander verbunden sind, erklärt

261

Deutsche unter Fremdherrschaft 262

die polnische Regierung ihren festen Entschluß, energisch auf ihrem Gebiete gegen jede Wirtschaftspropaganda vorzugehen, die gegen die Danziger Unternehmen und die aus Danzig kommenden Erzeugnisse gerichtet ist, sowie von ihrer Autorität Gebrauch zu machen, um gegen Personen Danziger Staatsangehörigkeit gerichtete feindliche Handlungen oder Kundgebungen zu verhindern.“

Der Vertreter Danzigs erklärte im zweiten Protokoll, daß auch Danzig fest entschlossen sei, auf seinem Gebiet gegen jede Wirtschaftspropaganda vorzugehen, die gegen polnische Unternehmungen und die aus Polen kommenden Erzeugnisse gerichtet sei. Das dritte Protokoll stellte einen neuen Erfolg Polens dar; der Vertreter Danzigs erklärte nämlich hierin, der Danziger Senat werde den polnischen Wünschen hinsichtlich der Erleichterungen für die polnischen Kriegsschiffe im Hafen von Danzig entgegenkommen. Über die allgemein anerkannten internationalen Regeln hinaus werde die Danziger Regierung den polnischen Kriegsschiffen in Zukunft widerruflich eine Reihe von Erleichterungen gewähren. Danach sollte die polnische Regierung zu Beginn jeden Jahres dem Danziger Senat amtlich die Namen der Schiffe mitteilen, die im Laufe des Jahres im Danziger Hafen anlegen würden. Die üblichen Vorschriften über die Hafensanitätspolizei sollten nicht gelten für polnische Kriegsschiffe, die unmittelbar aus polnischen Häfen nach Danzig kommen. Die Zahl der genannten polnischen Schiffe, die gleichzeitig in den Hafen von Danzig aus wirtschaftlichen Gründen einlaufen würden, soll nicht begrenzt sein, ebenso soll für diese Schiffe die Dauer des Aufenthaltes nicht begrenzt sein. Für die Entsendung von nicht bewaffneten Patrouillen an Land zur Überwachung von Landgängen in großer Zahl, soll im allgemeinen die Genehmigung des Danziger Polizeipräsidenten erteilt werden.

Jede Meinungsverschiedenheit, die zwischen Danzig und Polen anlässlich des Einlaufens der genannten polnischen Schiffe, ihres Aufenthaltes und ihrer Durchfahrt entstehe, soll der Entscheidung des Danziger Völkerbundskommissars unterbreitet werden. Diese Entscheidung solle sofort vollstreckbar sein unbeschadet eines etwaigen Berufungsrechtes für beide

262

8. Kapitel: Fortsetzung des polnischen Boykottes 263

Parteien an den Völkerbundsrat in Genf. Diese Erleichterungen sollen während eines Zeitraumes von drei Jahren nicht geändert werden.

Mit diesen drei Protokollen waren die Danzig-polnischen Beziehungen im großen ganzen wieder auf den Zustand zurückgeführt, der vor dem Ausbruch des Konfliktes bestand. Die polnischen Kriegsschiffe durften wieder nach Danzig kommen und die

Danziger Kaufleute und Industriellen durften ihre Waren weiterhin nach Polen einführen. Aber die Sache war die, daß Polen durch ein offenes Unrecht wieder seine Stellung in Danzig gefestigt hatte.

Dieses Abkommen, das aus Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung ein gewisses Nachgeben Danzigs bedeutete und den Polen die stete Versöhnungsbereitschaft der Freien Stadt dartun sollte, rief innerhalb des Danziger Senats tiefe Gegensätze hervor. Darauf hatte Polen gewartet, und nun triumphierte es. Die Nationalsozialisten erklärten, sie seien nicht mehr gewillt, im Volkstag die Politik des Senates zu unterstützen, sie kündigten an, daß sie die bisherige Tolerierungspolitik nicht mehr fortsetzen wollten. Der Volkstag bestand aus 72 Abgeordneten, von denen 13 Nationalsozialisten und sieben Kommunisten waren. Bisher verfügte der Senat über eine Mehrheit von 46 Stimmen, die nun durch das Abrücken der Nationalsozialisten in eine Minderheit von 33 Stimmen verwandelt wurde. So schien eine neue innere Erschütterung Danzigs den Polen zu Hilfe zu kommen.

Und wer da glaubte, daß Polen sich an das Abkommen mit Danzig halten würde, der hatte sich sehr getäuscht. Die Polen befolgten die Verträge nur insofern, als sie ihnen Nutzen brachten. Sie ließen wohl ihre Schiffe in den Danziger Hafen einlaufen, aber sie fuhren ungehindert fort, die Danziger Waren zu boykottieren. Der Danziger Handel erlitt weiterhin schwere Einbußen in Polen. Die Polen besuchten nicht mehr die Danziger Bäder, sie unterließen die privaten Einkäufe in Danzig: „Nach Danzig fährt man nicht!“ Der Boykott Danzigs wurde ganz allgemein, indem er sich auf die Privatpersonen erstreckte. Aus den Zoppoter Spielsälen verschwanden die polnischen Glücksritter, die polnischen Erholungsreisenden

263

Deutsche unter Fremdherrschaft 264

mieden die Danziger Ostseebäder. Ja, Mitte September übermittelte die Warschauer Regierung dem Grafen Gravina aufs neue einen Vertragsentwurf, der die völlige Auslieferung sämtlicher Hoheitsrechte auf dem Gebiete des Zollwesens und der Wirtschaftsgesetzgebung forderte. Die indirekten Steuern und Monopole Danzigs mußten bedingungslos der polnischen Gesetzgebung, auf die Danzig keinen Einfluß hatte, angepaßt werden. Außerdem verlangte Polen die völlige Beherrschung Danzigs auf dem Gebiete der Sicherheitspolizei, der Veterinärpolizei und auf allen anderen Gebieten der inneren und der kulturellen Verwaltung, sowie der Zensur. Da Danzig dem polnischen Zollgebiet als „untergeordneter Faktor“ angehöre, verlangt Polen „Unterwerfung in kategorischer Form“. Polen begründete seinen Anspruch durch erneuten Antrag auf Feststellung angeblicher Verfehlungen Danzigs.

Kurz vor der Eröffnung der Völkerbundsversammlung im September 1932 wurde Danzig von einem schweren Schicksalsschlage betroffen. Der mächtige Beschützer der Freistadt, der Völkerbundskommissar Graf Gravina, starb am 19. September nach einer Operation, noch nicht fünfzig Jahre alt. Gravina entstammte einer italischen Adelsfamilie und war durch seine Mutter Blandine, eine Tochter Cosima Wagners und Hans von Bülows, ein Enkel Franz von Liszts. Das unerschrockene und mutige Eintreten für die Rechte Danzigs, dessen Völkerbundskommissar er seit Juli 1929 war, ließ die Danziger tiefe Verehrung für diesen Mann finden. Um so größer war die Trauer der gesamten Bevölkerung nach dem Tode Gravinas. An seiner Beisetzung nahm die ganze Danziger Bevölkerung teil. Der Senat erließ folgende Kundgebung: „Der Heimgegangene hat sein hohes richterliches Amt seit dem Jahre 1929 inne gehabt und hat es in vorzüglicher Unparteilichkeit und mit eindringendem Verständnis in die schwierigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Freien Stadt Danzig ausgeübt. Die volle Hingabe an seine Aufgabe und seine große Bedeutung als Staatsmann und Diplomat haben ihm die Führung des schwierigen Amtes erleichtert. Seine vornehme ritterliche Gesinnung und die hervorragenden Gaben seines Geistes und Charakters haben auf alle, denen er nahe kam, einen tie-

264

fen Eindruck gemacht. Die Freie Stadt Danzig und die Danziger Bevölkerung werden dem Entschlafenen über das Grab hinaus stets ein ehrendes Andenken bewahren.“ Der Tod Gravinass war ein Hauptgrund, der die polnische Regierung bewog, den entschlossenen Angriff auf die Souveränität Danzigs nochmals zu wagen. Die Persönlichkeit Gravinass, der in seiner ernsten, neutralen und loyalen Haltung stets ritterlich genug war, das schwache Danzig gegen das übermütige Polen zu schützen, gehörte zu den in Warschau am meisten gehaßten Leuten: Die Kunde von seinem Tode löste wilden Jubel aus und die Polen waren überzeugt, daß jetzt ihre Stunde gegen Danzig gekommen sei. Man mußte schaffen und wirken und die Zeit des Interregnums nicht ungenützt verstreichen lassen.

Der Angriff gegen Danzig war auch aus einem anderen Grunde um so nötiger. Am 9. Juli 1932 hatte der französische Finanzminister ein neues polnisches Anleihegesetz zum Ausbau des Hafens von Gdingen abgelehnt. Dieser Hafen von Gdingen, den Polen mit französischem Gelde aus der Erde gestampft hatte, der „modernste Hafen des Ostens“, war die ganze Hoffnung der polnischen Regierung, ihr mächtigster Trumpf gegen Danzig, von dem er kaum 14 Kilometer entfernt lag. Er war mit ungeheuren Privilegien ausgestattet. Nach einer Verordnung des polnischen Staatspräsidenten vom 1. Juni 1931 mußte z. B. der gesamte polnische Auswandererverkehr ausschließlich über den Hafen von Gdingen geleitet werden. Jetzt war diese hoffnungsvolle Entwicklung Gdingens bedroht, um so nötiger war es nun, Danzig endgültig zu werfen.

Die Polen glaubten nach Gravinass Tode um so leichteres Spiel zu haben, da Danzig durch schwere innerpolitische Auseinandersetzungen erschüttert wurde; die Entfaltung des Nationalsozialismus ging auch in der Freien Stadt wie im Reiche nicht ohne mächtige Reibungen und Entladungen mit den marxistischen Gegnern ab. Die schweren Zusammenstöße führten bereits Ende Juni 1931 dazu, daß der Senat ein Ermächtigungsgesetz annahm, welches ähnlich wie das deutsche Republikenschutzgesetz alle Angriffe auf die verfassungsmäßige Staatsform mit schweren Strafen belegte. Diese inneren Gegensätze

265

hatten sich nach der Annahme des Abkommens vom 13. August erheblich verschärft. Danzig war, nach der Meinung der Polen, nicht in der Lage, sich gegen äußere Gefahren zu wehren.

Nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive 1932 war Strasburger, der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, abberufen worden, und sein Nachfolger Papee, „ein energischer und bestimmter Mensch, als Sachwalter und Vollstrecker einer entschiedenen Politik“, wie der „Kurjer Poranny“ in Warschau sagte. Sein getreuer Helfer war Dr. Moczinski, polnischer Volkstagsabgeordneter in Danzig.

In ihrem Angriff gegen die wirtschaftliche, kulturelle und politische Selbständigkeit Danzigs waren die Warschauer Regierung, Papee und Moczinski vollkommen einmütig. Der wichtigste Punkt der polnischen Politik war die Änderung des Warschauer Abkommens von 1921 nach wie vor. Diese Änderung sei doch ganz natürlich, meinte Papee, denn eine Reihe von Bestimmungen dieses Abkommens hätten doch nur einen vorübergehenden Charakter und den Zweck, Danzig eine Anpassung an das neue, polnische Hinterland zu ermöglichen. Wenn sich Danzig nun in den meisten Fällen einer Revision dieses Abkommens widersetze, so vergesse es den Ausgangspunkt dieses Abkommens. Polen habe mit aller Entschiedenheit den Weg der Vertragsrevision beschritten. Vor allem wäre die Zulassung von Kontingenten nur vorübergehend gedacht gewesen. Durch die Kontingente besitze Danzig auf die Dauer gewissermaßen das Monopol für den Warenaustausch mit dem Reiche, und da habe das

polnische Wirtschaftssystem ein Zollloch. Danzig könne und solle wirtschaftlich mit der polnischen Republik zusammenwachsen, deshalb müsse es auf die betreffenden Bestimmungen des Warschauer Abkommens verzichten.

Bei einer solchen Auffassung dachte natürlich die polnische Regierung gar nicht daran, die am 13. August vereinbarten Bestimmungen, das letzte Werk Gravinis, einzuhalten, sondern setzte den Boykott der Danziger Waren unbeirrt fort. Es wurde eine wahre Jagd auf die Danziger Waren gemacht, und der geringste Bruchteil von verarbeiteten Kontingenten genügte, um die Danziger Produkte von Polen fernzuhalten. Unbekümmert um alle Proteste des Danziger Senats setzte Polen die

266

8. Kapitel: Neue polnische Umtriebe 267

wirtschaftliche Absperrungspolitik fort, während Papee und Moczinski seit September 1932 eifrig am Werke waren, in Danzig selbst einen Keil zwischen die Kaufmannschaft und den Senat zu treiben, durch eine Taktik, welche Polen bereits in früheren Jahren anzuwenden versucht hatte.

Papee und Moczinski nämlich riefen die Leiter der Kaufmannschaft zu sich, besonders die Vertreter derjenigen Wirtschaftskreise, die auf den Handel nach Polen angewiesen waren, und entwickelten diesen ihre Pläne: es solle eine Danzig-polnische Handelskammer gegründet werden, die aus Danziger und polnischen Firmen bestehen und eine reibungslose Wirtschaftszusammenarbeit herbeiführen sollte. Diese Handelskammer sollte dem Verbands der Industrie- und Handelskammern in Polen einverleibt werden. Und dann sollte bei dieser Handelskammer eine Zweigstelle des polnischen Verbandes errichtet werden, deren Aufgabe die Kontrolle des gesamten Danziger Handels nach Polen sein sollte!

In der Verfolgung dieses Zieles waren die Polen jetzt mit einer unerhörten Energie tätig. Fast täglich hielten sie in den Räumen Papees oder Moczinskis Besprechungen mit Danziger Kaufleuten ab, aus Polen kamen Industrielle herüber, machten die verlockendsten Angebote, malten mit bestechender Beredsamkeit die wundervollen Auswirkungen dieser neuen Einrichtung aus. Sie vergeudeten ihre Zeit und ließen es nicht an Bemühungen, Versprechungen und Entgegenkommen fehlen, aber das Ergebnis war jämmerlich. Ihre Absicht wurde nicht erreicht. Gewitzigt durch die Erfahrungen eines Jahrzehnts hielt sich die große Masse der Danziger Gewerbetreibenden voller Mißtrauen abseits, sie vertrauten ihrer Regierung und dem von ihnen gewählten Senat mehr als den geschmeidigen Polen, die plötzlich entgegen ihrer bisherigen Haltung von honigsüßen Worten überliefen. Auch auf diesem Felde des Wirtschaftskampfes jedenfalls waren die Polen die Schwächeren, es gelang ihnen nicht, die für die Erhaltung des Warschauer Abkommens von 1921 geschlossene Danziger Front zu durchbrechen.

Besonders günstig schien den Polen bei ihrem Herbstangriff auf Danzig die europäische Lage zu sein. Die deutsche Forderung nach militärischer Gleichberechtigung konnte ihrer An-

267

Deutsche unter Fremdherrschaft 268

sicht nach zu einer politischen Isolierung Deutschlands führen und so die polnischen Pläne beim Völkerbund auf günstigeren Boden fallen lassen. Denn es gab in Warschau eine Gruppe von Politikern, die es durchaus für möglich hielt, daß der Völkerbund eher Polen durch Preisgabe Danzigs stärken würde, ehe er die militärische Wiederaufrüstung Deutschlands zulasse. Auch die Warschauer Militaristen sahen ihren Weizen blühen. Sie argumentierten jedoch etwas anders. Der polnische Oberst Beck verfaßte eine Denkschrift, worin vorgeschlagen wurde, vom Völkerbund jetzt ultimativ die Eingliederung Danzigs zu fordern. Werde diese abgelehnt, dann solle man unverzüglich direkte Maßnahmen gegen die Freie Stadt

ergreifen, d. h. sie militärisch besetzen. Dies müsse aber dann bald geschehen, weil Deutschland vielleicht in kurzer Zeit militärisch wieder so erstarke sei, daß Polen diesen Schritt nicht mehr tun könne. Der Marschall Pilsudski war allerdings anderer Ansicht. Mit der militärischen Besetzung habe es gar keine Eile. Denn Deutschland werde militärisch nicht erstarren, sondern im Gegenteil, es werde infolge seines Parteienstreites innerlich zerfallen. Pilsudski kannte die trostlose Lage seines Landes zu gut, als daß er ein militärisches Abenteuer riskiert hätte. Die polnische Armee war innerlich bereits stark bolschewistisch zerrüttet, die polnische Wirtschaft befand sich in katastrophaler Auflösung, neun Zehntel aller Bauerngüter waren zahlungsunfähig, streckenweise lagen die Felder brach, weil kein Pflug mehr zum Bestellen des Ackers da war und weil die Pferdegeschirre fehlten. Vielfach riß man die Feldbahnschienen auseinander, um mit dem Eisen die Pferde zu beschlagen! Die Getreidepreise waren bis auf nichts gesunken. Auf vielen Gütern war kein Vieh mehr vorhanden, die Gebäude glichen Ruinen, die Arbeiter wanderten ab, weil sie keinen Lohn mehr bekamen! Ein Land in dieser Verfassung konnte kein kriegerisches Wagnis unternehmen, das wußte Pilsudski, und darum scheute er einen Zusammenstoß mit Deutschland, den seiner Meinung nach eine militärische Okkupation Danzigs zur Folge haben würde. So wurde Danzig zum zweiten Male im Oktober 1932 vor einem kriegerischen Überfall Polens bewahrt.

Aber dies hinderte Polen nicht, seine diplomatischen An-
268

8. Kapitel: Neue Polnische Forderungen 269

griffe auf Danzig fortzusetzen. Während Papee vom Senat forderte, er solle auf die Einstellung reichsdeutscher Beamter verzichten, wurden in Warschau und in Genf bereits viel weiter gehende polnische Fragen ausgetüftelt. Zunächst sollten die Rechte polnischer Staatsbürger in Danzig erweitert werden. Das konnte zwar nicht generell erzwungen werden, denn das Recht und die Haager Sprüche standen dem entgegen, aber so Schritt für Schritt konnte man doch zum Ziele kommen. Alte, längst gehegte Wünsche polnischer Begehrlichkeit wurden wieder lebendig: da sollten die Zeugnisse polnischer Schulen in Danzig anerkannt werden und die polnischen Schulen den Danziger Schulen gleichberechtigt sein, die Bestimmungen über die Einbürgerung von Polen sollten gemildert werden, der Danziger Senat sollte dahin gebracht werden, daß er polnische Rechtsanwälte und Ärzte zuließ, Künstler und überhaupt Angehörige der freien Berufe aus Polen aufnahm. All dies waren Pläne, welche die Freie Stadt beunruhigten, wie sie das schon seit Jahren taten, in Wirklichkeit aber erreichte Polen während der Zeit des Interregnums seit dem Tode Gravinass gar nichts! Mitte November 1932 traf der vorläufige neue Völkerbundskommissar Rosting in Danzig ein, und schon wenige Tage später erlebte Polen eine Niederlage. Die Warschauer Regierung hatte im Sommer 1932 in ultimativer Form dekretiert, daß vom 1. Dezember 1932 ab auf den Danziger Eisenbahnen die Zloty-Währung eingeführt werden sollte. Auch diese Maßnahme sollte dazu dienen, Danzigs Wirtschaft, seine Währung zu erschüttern, den Polen durch ihre Währung die Eroberung der Freien Stadt zu erleichtern. Hiergegen hatte der Senat Einspruch erhoben, und am 26. November 1932 brachte Rosting mit den Vertretern Danzigs und Polens ein Abkommen zustande, wonach die Zloty-Verordnung am 1. Dezember 1932 nicht in Kraft trat, Polen sich aber ausdrücklich das Recht vorbehielt, die Währungsfrage in einem andern günstigen Zeitpunkte von neuem aufzurollen. In dem Abkommen verzichtete Polen ferner auf eine Erweiterung der Rechte polnischer Staatsbürger in Danzig und verpflichtete sich, an den Kosten für den Schulunterricht der Danziger polnischen Eisenbahnkinder sich zu beteiligen.
269

Dieses Abkommen war, wie schon so manches frühere, eine Niederlage für Polen, aber kein Sieg für Danzig. Die ständige Bedrohung der deutschen Stadt durch die hungrigen polnischen Wölfe blieb nach wie vor bestehen. Das Damoklesschwert der Verpolung war nicht von Danzig genommen.

Das zeigte sich alsbald wieder im Frühjahr 1933. Mitte Februar ordnete der Senat an, daß im Hafengebiet eigene Danziger Polizeikräfte eingesetzt werden sollten. In Warschau bezeichnete man diesen Schritt als eine verbotene action directe und beantwortete ihn mit erneutem eigenmächtigen Vorgehen. Am 6. März lief von Gdingen kommend der polnische Dampfer Wilja im Danziger Hafen ein und landete im Munitionsbecken auf der Westerplatte hundert Polizeibeamte. Das war ein Vertragsbruch, denn die Verträge gestanden den Polen lediglich das Recht auf zwei Offiziere, zwanzig Unteroffiziere und sechsundsechzig Mann zu. Aber Polen hatte ja seit langem den Wunsch, den vor allem auch die Sozialdemokraten nährten, in Danzig mit eigener Polizei Fuß zu fassen. Jetzt konnte dies geschehen, der Augenblick war günstig, insbesondere, da die Aufmerksamkeit der Völker auf die Vorgänge in Deutschland gerichtet war. Der Senat aber erhob sofort bei Rosting Einspruch, und am 14. März befahl der Völkerbund auf Veranlassung Rostings dem widerspenstigen Polen, seine Polizei von der Westerplatte „unverzüglich“ zurückzuziehen. Zwei Tage darauf verließen die hundert polnischen Polizisten auf der Wilja den Danziger Hafen. - Polen vergalt seine Schlappe damit, daß es am 27. März die Schaffung einer Freihandelszone im Gdinger Hafen vom 1. Juli ab verfügte; es war ein neuer Vernichtungsschlag gegen die Wirtschaft Danzigs.

Das Vorgehen Polens hatte in der Danziger Bevölkerung eine tiefe und erbitterte Erregung hervorgerufen, so daß sich der Senat genötigt sah, zur Verstärkung der ordentlichen Schutzpolizei einen Teil der ehemaligen Danziger Einwohnerwehr als Hilfspolizei aufzubieten. Diese Maßnahme erwies sich auch aus einem anderen Grunde als bedeutsam. Nachdem Ende Januar 1933 Adolf Hitler deutscher Reichskanzler geworden war, drängten auch in Danzig die Nationalsozialisten zur

270

8. Kapitel: Eintritt der Nationalsozialisten 271

Macht. Die große deutsche Revolution, die über das deutsche Volk dahinging, erfaßte auch den deutschen Freistaat an der Weichselmündung. Die Danziger Regierung, der aus Deutschnationalen, Liberalen und Zentrum bestehende Senat, war eine Minderheitsregierung; an ihrer Spitze stand der Präsident Ziehm. Ende Februar beschloß der Senat, sich durch Aufnahme der Nationalsozialisten umzubilden. Die Nationalsozialisten forderten aber für ihren Eintritt in die Regierung den Rücktritt Ziehms und beanspruchten die Führung, die Stelle des Senatspräsidenten. Da aber Ziehm nicht gewillt war, zurückzutreten, wurden die Regierungsverhandlungen abgebrochen, und die Nationalsozialisten traten mit Billigung Hitlers in schärfste Opposition zum Senat. Dieser strebte nun zu den Sozialdemokraten hin, faßte sogar eine Koalition mit ihnen ins Auge, da er nur mit ihrer Hilfe das beabsichtigte Ermächtigungsgesetz erlangen konnte, denn in seiner bisherigen Zusammensetzung verfügte er nur über 31 Stimmen von den 72 des Volkstages. Es war eine schwierige Situation, aus der es nur einen Ausweg gab: am 15. April wurde im Volkstag mit den 41 Stimmen der Deutschnationalen, der Liberalen, des Zentrums und der Nationalsozialisten dessen Auflösung beschlossen. Die Sozialdemokratie enthielt sich der Stimme und die sechs Kommunisten stimmten dagegen.

Die folgenden Wochen standen ganz im Zeichen des deutschen Wahlkampfes und der deutschen Revolution. Daraus glaubte Polen wieder einmal seinen Vorteil ziehen zu können. Der polnische diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Papee, überreichte am 17. April dem Kommissar Rosting eine Denkschrift, worin er erklärte: Die Sicherheitsverhältnisse in Danzig hätten sich verschlimmert. Die beunruhigenden Anzeichen würden immer zahlreicher, die auf die Ohnmacht der polizeilichen Organe

oder auf die Strafflosigkeit gewisser politischer Organisationen, welche Ausschreitungen begingen (gemeint war die SA.) schließen ließen. Es sei also nun doch nötig, daß polnische Polizei nach Danzig gezogen würde. Aber der Senat wehrte derartige Pläne aufs Entschiedenste ab, indem er Rosting erklärte, die polnischen Befürchtungen seien völlig unbegründet und gegenstandslos.

271

Deutsche unter Fremdherrschaft 272

Das besondere Gepräge Danzigs beruhte darin, daß die Nationalsozialisten hier die deutsche Revolution bereits einleiteten, ehe sie die ganze Macht in Händen hatten. Das war etwas schwierig. So konnte es vorkommen, daß der Senat den nationalsozialistischen Vorsitzenden des Kreiswirtschaftsverbandes Großes Werder, Fieguth aus Kunzendorf, verhaften ließ, weil er Ziehms Behauptung, die Nationalsozialisten gefährdeten Ruhe und Ordnung, als Landesverrat bezeichnet hatte. Dies sei eine Beleidigung! Die Bauern im Danziger Landbund waren empört über diese Behandlung ihres Führers. Als Anfang Mai die Nationalsozialisten in Deutschland die Gewerkschaften übernommen hatten, erklärten die Danziger Freien Gewerkschaften, daß sie sich von den deutschen Gewerkschaften lösen und den polnischen angliedern wollten; man traf Vorbereitungen, sich dem polnischen Gewerkschaftsring zu unterstellen. Diesem landesverräterischen Treiben kamen die Nationalsozialisten zuvor, indem sie nach ergangener Anordnung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin, dem auch die Danziger Gewerkschaften unterstanden, einen Gerichtsbeschuß erwirkten, wonach das Haus der Freien Gewerkschaften ordnungsmäßig der NSBO., deren Leiter Kendzia war, übergeben werden sollte. Die Rechtsverhältnisse in bezug auf Besitz und Organisation mußten zu dieser Gerichtsentscheidung führen, nachdem die NSBO. in Berlin in die Rechte und Pflichten der Gewerkschaften eingetreten war. So übernahm also am 12. Mai die NSBO der Danziger Nationalsozialisten das Gewerkschaftswesen. Trupps von SA. besetzten das Gewerkschaftsgebäude. Die Marxisten versammelten sich in den Straßen zu Kundgebungen und Demonstrationen, doch Polizei und Hilfspolizei zerstreuten die Demonstranten, die teilweise ins Gebäude der polnischen Post flüchteten. Als die Polizeibeamten das Gebäude betreten wollten, verweigerten ihnen das die Polen. Die Sozialdemokraten aber riefen aus den Fenstern: „Polen gibt uns die Freiheit!“ „Polen gibt uns die internationale Polizei!“ Die Sozialdemokraten versuchten die Nationalsozialisten zu provozieren, um ein Eingreifen der Polen zu ermöglichen. Aber die Versuche scheiterten an der äußersten Disziplin der SA. Im Hafen kam es wohl am 12. Mai zu Teil-

272

8. Kapitel: Sozialdemokraten und Polen 273

streiks, doch der Versuch, am nächsten Tage den Generalstreik durchzuführen, scheiterte vollkommen.

Die Zusammenarbeit der Danziger Sozialdemokraten mit den Polen wurde jetzt ganz offensichtlich, denn die Sozialdemokraten wollten, daß Danzig ein Hort der marxistischen Gewerkschaftsidee bleiben sollte. Der Vorsitzende der SPD., Brill, und der Listenführer Gehl sammelten Material über angebliche Gewalttaten der Nationalsozialisten und wollten dies den Polen übergeben, damit diese beim Völkerbund ein Eingreifen zugunsten der Danziger Sozialdemokraten anregten. Insbesondere hetzten die Marxisten in Warschau, daß Danzig den Anschluß an Deutschland suchen werde, wenn die Nationalsozialisten an die Macht kommen würden. Die Sozialdemokraten fürchteten die gerechte Vergeltung, die ihnen für die tiefe Korruption ihrer Organisationen drohte und versuchten, mit allen Mitteln einen Sieg der Nationalsozialisten zu verhindern. Noch Ende Mai beantragten die marxistischen Gewerkschaften bei Rosting, daß der ursprüngliche Zustand

wiederhergestellt werden sollte, da die Übergabe des Gewerkschaftshauses an die NSBO. auf Grund einer einstweiligen gerichtlichen Verfügung im Widerspruch zur Verfassung stehe. Sie hatten keinen Erfolg. –

In vollster Ruhe war in Danzig die revolutionäre Tat der Gewerkschaftsübernahme vollbracht worden. Bereits am 14. Mai hatten sich die Vertreter der Nationalsozialisten, Gauleiter Albert Forster und Dr. Rauschnig, zu Rosting begeben und erklärt, daß die NSDAP. in Danzig auch im Falle der Übernahme der Regierung in der Freien Stadt Danzig

1. von dem Wunsche nach einem friedlichen Einvernehmen mit Polen beseelt sei und auch ihrerseits alles tun würde, um die Sicherheit der Personen polnischer Staatsangehörigkeit oder Nationalität in Danzig, sowie des polnischen Eigentums in Danzig zu gewährleisten;

2. fest entschlossen sei, die bestehenden Verträge genau zu achten und die darin festgelegten Rechte zu wahren;

3. die vom Völkerbund garantierte Verfassung loyal eingehalten würde.

Die Nationalsozialisten wollten die Politik der inneren

273

Deutsche unter Fremdherrschaft 274

Ruhe, der Aufrechterhaltung der Sicherheit und des Friedens mit dem Nachbarn.

Nun brauste mit der Leidenschaft des heißen Freiheitswillens der nationalsozialistische Sturm über die alte Hansestadt hin. Täglich fanden in den größten Sälen der Stadt überfüllte und begeisterte Versammlungen statt. Hiergegen verschwammen die Kundgebungen der anderen Parteien, die sich einschließlich der Deutschnationalen in Kampfstellung zu den Nationalsozialisten befanden, ins Winzige, Wesenlose. Und der Erfolg der Wahl vom 28. Mai bestätigte, daß auch Danzig teilhaben wollte an der großen völkischen Erhebung des deutschen Vaterlandes. Mit mehr als 107 000 Stimmen eroberten die Nationalsozialisten 38 Mandate (vorher 12), während alle anderen Parteien zusammen nur 34 Sitze erhielten (vorher 52).

Jetzt trat die bisherige Regierung zurück. Am 17. Juni wurde der neue Senat gebildet, er bestand aus neun Nationalsozialisten und zwei Angehörigen des Zentrums. Der Landbundpräsident Dr. Rauschnig wurde mit 49 von 66 Stimmen zum Senatspräsidenten gewählt. Die erste Amtshandlung des neuen Senates war die Befreiung der Nationalsozialisten Post und Gerber aus dem Gefängnis, in dem sie seit Monaten als politische Gefangene schmachteten. Sodann wurde ein Ermächtigungsgesetz angenommen, wonach der Senat im Rahmen der Verfassung Maßnahmen mit Gesetzeskraft erlassen durfte. Wie im Reiche begannen auch in Danzig die Nationalsozialisten sofort ihre Erneuerungsarbeit am Volke. Erziehung der Jugend in den großen Tugenden der Deutschen und Bereinigung des Beamtentums von Parteibuchbeamten und unfähigen korrupten Postenjägern waren die Hauptaufgaben. Die Lösung dieser Aufgaben war nicht allzu schwer, gehörten doch 4000 Danziger Beamte, mehr als die Hälfte, der NS.-Beamtenabteilung an. Zwar der Kampf gegen die Juden trat hier nicht so sehr in den Vordergrund, da Danzig nicht von dem Judenboykott betroffen worden war. Auch der Arierparagraph erwies sich als unnötig.

Wichtig war es nun, wie die neue Danziger Regierung sich zu Polen verhalten werde. Unmittelbar nach den Wahlen, Ende Mai, hatte Rauschnig erklärt, das Bekenntnis zum eigenen

274

8. Kapitel: Nationalsozialistischer Senat 275

Volkstum verpflichtete den Nationalsozialismus auch zur Achtung fremden Volkstums; die Nationalsozialisten seien bereit, mit den Polen zu einer Generalbereinigung

sämtlicher schwebenden Fragen zu kommen - allerdings auf der Basis der Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung. Eine Bereitschaft zum Frieden komme nicht einer Bereitschaft zur Unterwerfung gleich. Die Rechte Danzigs würden keineswegs preisgegeben werden. Am 3. Juli statteten Präsident Dr. Rauschning und Vizepräsident Greiser in Warschau dem polnischen Staatspräsidenten Moscicki und der polnischen Regierung einen Besuch ab, und Rauschning versicherte den polnischen Staatsmännern, daß der nationalsozialistischen Regierung in Danzig nicht nur an korrekten, sondern auch an freundschaftlichen Beziehungen zu Polen gelegen sei. Die Danziger Regierenden hatten in Osteuropa, gleichsam als Vorposten des Deutschen Reiches, eine bedeutsame Aufgabe zu erfüllen: sie mußten an ihrem Teil dafür sorgen, daß die durch die große Wendung in Deutschland hervorgerufene Spannung in den deutsch-polnischen Beziehungen sich löste.

Bei dem Warschauer Besuch wurden jene Verhandlungen zwischen Danzig und Polen eröffnet, die im Übereinkommen vom 5. August 1933 gipfelten. Dr. Rauschning und Rosting hatten alles daran gesetzt, mit Polen zu einer Generalvereinbarung zu gelangen, und der Volkstag stimmte, mit Ausnahme der Kommunisten, dem Übereinkommen zu, in der Erwartung, daß Polen den berechtigten Interessen Danzigs Rechnung trage.

Der Inhalt des Übereinkommens war folgender: Danzig und Polen sind bereit, das vor dem Völkerbund schwebende Verfahren wegen Ausnutzung des Danziger Hafens vorläufig einzustellen und gemeinsam mit allen Kräften daran zu arbeiten, daß der seewärtige Verkehr des Danziger Hafens nicht weiter zurückgeht, sondern sich wieder bessert. Polen sicherte u. a. Danzig ein Jahreskontingent von 3 Millionen Tonnen Kohle zu. Ferner verpflichtete sich Danzig, die Errichtung von Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache sowie polnischer Privatschulen zuzulassen, die polnischen Studenten der Technischen Hochschule nicht anders als die Deutschen zu behandeln und die polnischen Diplome und Zeugnisse als gleichwertig an-

275

Deutsche unter Fremdherrschaft 276

zuerkennen. Außerdem gewährleistet die Freie Stadt den freien Gebrauch der polnischen Sprache in persönlicher, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung sowohl in der Presse wie in öffentlichen und privaten Versammlungen. Das Recht, sich in polnischer Sprache an die Behörden zu wenden, wird von Danzig anerkannt, jedoch darf daraus für Danzig keinerlei Verpflichtung für eine zweisprachige Verwaltung hergeleitet werden.

Dieses Übereinkommen war gleichsam ein Entgegenkommen beider Kontrahenten in den für sie wichtigsten Fragen. Für Danzig kam es darauf an, daß seine Wirtschaft durch eine Neubelebung des Hafens wieder gekräftigt wurde, den Polen lag die Freiheit des Gebrauches ihrer Sprache am Herzen. Nur eine Regierung, die durch und durch völkisch war und nicht zu befürchten brauchte, daß Danzig von deutschem Blut und deutscher Kultur abgedrängt wurde, eine Regierung, die wußte, daß das deutsche Volk Danzigs mit ihr aufs engste verbunden war, durfte großherzig und ohne Gefahr ein solches Zugeständnis an Polen machen.

Am 18. September wurde das Abkommen in Warschau unterzeichnet. Amtlich erklärte dazu die polnische Regierung: ein langjähriger Streit zwischen Polen und Danzig und die dauernden Proteste in Genf seien beendet worden. Das Abkommen stelle einen konkreten Versuch einer realen Zusammenarbeit zwischen Danzig und seinem „natürlichen Hinterland“ dar. Der Völkerbundsrat nahm am 27. September Kenntnis von dem Vertrage, und Dr. Rauschning erklärte in Genf, daß die von der nationalsozialistischen Regierung Danzigs der polnischen Minderheit zugebilligten Rechte weit über die bestehenden Minderheitenschutzverträge hinausgingen und den seit langem strittigen Fragenkomplex nun beseitigt hätten. Die nationalsozialistische Regierung hätte den Willen zu einer Politik des Friedens. Daß hierunter keineswegs etwa das völkische Bewußtsein Danzigs litt, bewies die begeisterte Aufnahme, die Minister Goebbels am 29. August 1933 in Danzig fand. Das

Volk von Danzig blieb sich seiner deutschen Verantwortung bewußt, und die Zugeständnisse, die man Polen machte, stellten keine Ge-
276

8. Kapitel: Danzigs innere Zustände 277

fahr für das völkische Wesen Danzigs dar. Das war nun einmal der Erfolg von Versailles: durch die völkischen Bande des Blutes blieb Danzig mit Deutschland verbunden, durch den Zwang des Friedensdiktates mußte es eine politische Linie finden, die auch mit Polen eine Verständigung zuließ.

Hin- und hergeworfen zwischen den inneren Erschütterungen, welche die Folge der 1918er Rebellion in Deutschland waren, mußte das Schiffelein Danzigs so gesteuert werden, daß es innen wie außen möglichst wenig Schaden nahm. All die Schrecken und aufreibenden Sorgen der deutschen Inflation blieben auch der Stadt Danzig nicht erspart. Am 1. Januar 1924 endlich wurde die neue Währung, der Gulden, eingeführt. Und ein Aufwertungsgesetz, das die Schäden des Währungszusammenbruches wenigstens zum Teil wieder heilen sollte, wurde am 3. September 1926 vom Volkstag angenommen. Für die von den Polen wirtschaftlich geknebelte Stadt war es ganz besonders schwierig, die Verpflichtungen des Aufwertungsgesetzes zu erfüllen. Weiterhin war es bemerkenswert, daß am 1. Juli 1926 in Danzig ein Bistum errichtet wurde. In der Stadt wohnten neben 220 000 Evangelischen 140 000 Katholiken, und über diese wurde jetzt der Graf O'Rourke als Bischof gesetzt. Bis 1922 unterstanden die Danziger Katholiken zum Teil dem polnischen Bistum Culm, zum Teil dem ostpreußischen Bistum Ermland. Dann wurde eine apostolische Delegatur unter einem Bischof eingerichtet, die nun in ein selbständiges Bistum umgewandelt wurde. Die Kirche des durch den Friedensschluß von 1660 berühmt gewordenen Klosters Oliva wurde jetzt zur Kathedrale erhoben. Die innenpolitische Entwicklung Danzigs verlief parallel mit derjenigen Deutschlands. Auch in Danzig faßte die nationalsozialistische Freiheitsbewegung Adolf Hitlers festen Fuß und entwickelte sich seit 1930 zum Rückgrat des nationalen Lebenswillens gegen die inneren wie gegen die äußeren Feinde.
277

Deutsche unter Fremdherrschaft 278

Dennoch aber lastete der schwere Druck einer Fremdherrschaft über der alten deutschen Stadt. War es schon schwer zu ertragen, daß auf den Bahnhöfen und im Hafen alle Aufschriften polnisch waren, so mußte die Bevölkerung schweigen zu den unwürdigen Auftritten polnischer Diplomaten, die nicht nur in Freudenhäusern Lärmszenen und Hausfriedensbrüche begingen, sondern auf offener Straße Damen der Gesellschaft belästigten und sonstigen groben Unfug trieben, Schilder abrisßen, die Bürgersteige besudelten, Polizeibeamte beleidigten, mit der Waffe bedrohten und verprügelten. Wie in Mainz bis 1930 die französischen Uniformen die Straße beherrschten, so machten sich in den Straßen Danzigs die Uniformen der polnischen Eisenbahn- und Hafenpostbeamten und militärischen Verbände breit. Aber man sah kein Ende dieser Besatzung, das war das Trostlose: den Tag, der die Freiheit von den Polen bringen sollte, kannte man nicht, er lag in der verhüllten Unendlichkeit der Zukunft. Allgemach wurden weite Teile des Volkes von dumpfer Verzweiflung bedrückt, um so mehr, als die drakonische Wirtschaftspolitik Polens die Grundlage der Stadt tief zerrüttete. Von dem einstigen Wohlstand war schon längst kein Schimmer mehr

vorhanden. Im Dezember 1931 waren 33 000 Danziger erwerbslos, im Mai 1932 war ein Viertel der gesamten Danziger Bevölkerung ohne Arbeit. Fast die Hälfte seines Staatshaushalts mußte Danzig 1932 zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verwenden! Die Werften liegen still, Polen läßt seine Kriegs- und Handelsschiffe - nicht in Danzig bauen! Der Großhandel ist erwürgt. Die oberschlesischen Erze und die Kohle gehen nicht mehr durch die Hände der Danziger Kaufleute, die polnischen Industrieverbände betreiben selbst den Handel. Den Zuckerhandel hat die polnische Bank Rolny an polnische Firmen gebracht, der Großhandel mit Schweinen, Butter, Eiern, Getreide ist seit 1930 syndiziert, und den Danzigern ist das Kontingent am Getreidehandel auf ein Viertel ihres Anspruchs herabgedrückt. Es ist eine buchstäbliche, langsame Erdrosselung, der Danzig zum Opfer fallen soll, eine Erdrosselung, die immer weiter vorwärtsschreitet, die Lebenslust immer mehr abschneidet, eine Blockade, wie sie das deutsche

278

8. Kapitel: Danzigs innere Zustände 279

Volk länger als fünf Jahre im Weltkrieg erdulden mußte. Dies dauernde Bangen vor der Vernichtung der letzten wirtschaftlichen Stützen erklärt manchen Schritt des Senates, wenn er, nach anfänglichem Protest, doch so mancher polnischen Forderung allmählich nachgab. Danzig war unfrei, es durfte keinen bis zum äußersten entschlossenen Widerstand leisten, wenn es sich nicht gänzlich ruinieren wollte! Schrecklich war für Danzig die polnische Zollherrschaft. Diese knebelte die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit. Und es war das ständige Trachten der Danziger Regierung, aus der Zollgemeinschaft mit Polen herauszukommen. Aber mit welchen schier unüberwindlichen Schwierigkeiten war das verknüpft! Danzig war ja unfrei, und für jeden seiner Schritte mußte es das gnädige Einverständnis des Völkerbundes einholen. Anfang 1932, nach zehn Jahren polnischer Zollgemeinschaft, beantragte der Senat beim Völkerbund die Auflösung der Zollunion. „Die Zollverbindung hat in den zehn Jahren ihres Bestandes Danzigs Staat und Wirtschaft in den Grundlagen unterhöhlt, wirtschaftspolitisch teils infolge der unüberbrückbaren Verschiedenheiten der beiderseitigen Volkswirtschaften, teils infolge der für Danzig abträglichen polnischen Wirtschaftspolitik, staatsfinanziell teils durch den Einnahmeverlust und Ausgabenzuwachs innerhalb der Zollverwaltung, teils durch die fiskalischen Folgen des wirtschaftlichen Niederganges. Die vom Versailler Vertrag geschaffene Rechtsordnung des Ostens ist in Gefahr, an dieser Stelle zu zerbrechen.“

Wie demütigend war es für Danzig, sich auf den Versailler Vertrag auf das kleinere Übel berufen zu müssen, um sich von dem polnischen Wirtschaftschaos zu befreien! Die polnische Planwirtschaft, die schon starke Verwandtschaft mit sowjetrussischen Außenhandelsmethoden aufwies, war der Mord für Danzig, das nur in der freien Konkurrenz leben konnte.

Doch mächtig bäumte sich in dem bis an den Rand der Verzweiflung getriebenen Volke der Wille zu Leben und Selbstbehauptung auf. Der Nationalsozialismus fand, wie im zerrütteten Deutschland, so auch im todkranken Danzig den Weg zu

279

Deutsche unter Fremdherrschaft 280

Macht und Entschlossenheit, dem Elend ein Ende zu bereiten. So überwand Danzig im Frühjahr 1933 aus seinem eigenen Innern heraus den Tiefpunkt seiner Entwicklung, zu dem es gelangt war durch innere Uneinigkeit und äußere Bedrückung. Auch Danzig erkannte, daß nur Einigkeit stark machen kann und Zwietracht zerstören muß. Der Nationalsozialismus, der die innere Einheit brachte, verschaffte der Hafenstadt zugleich die Ruhe nach außen.

280

NEUNTES KAPITEL

Drohender Angriff im Frühjahr 1932 281

Trotzdem die Polen die Völkerwanderung in die entvölkerten deutschen Ostgebiete als ein hauptsächliches Mittel ihrer Ausbreitung mit Nachdruck betrieben, waren sie nicht etwa gewillt, Jahrhunderte zu warten, bis das Land östlich der Oder, Ostpreußen und Danzig, so sehr mit Polen durchsetzt war, daß es ihnen wie eine reife Frucht in den Schoß fallen würde. So lange konnte und wollte man nicht warten. Man wußte ja überhaupt nicht, ob zu dieser Zeit das ohnmächtige und schwache Deutschland wieder zu Kräften gekommen sei und schon längst eine Revision seiner Ostgrenzen bewirkt haben würde!

Schon einmal trat an Polen die Versuchung heran, kurzerhand mit bewaffneter Macht in Deutschland einzufallen. Das war zu jener Zeit, als die Truppen Poincares ins Ruhrgebiet einmarschiert waren, und das deutsche Volk sich in schweren, inneren Fieberkrisen schüttelte. Als Poincare der deutschen Regierung im Dezember 1922 die Besetzung von Dortmund und Essen ankündigte, teilte er gleichzeitig auch die bevorstehende militärische Offensive der Polen gegen Oppeln und Gleiwitz mit, welche die Ruhrbesetzung im Osten ergänzen sollte. Aber die dringenden französischen Forderungen in Warschau blieben ohne Ergebnis, Polen unternahm nicht die Offensive und widersetzte sich dem französischen Drängen aus Furcht vor dem deutschen Selbstschutz in Oberschlesien, die Erinnerung an den Annaberg und die Wucht der schwachen und schlechtbewaffneten deutschen Selbstschutzformationen, die dem zahlreichen und gutbewaffneten Insurgentengesindel weit überlegen waren, haftete noch zu frisch im Gedächtnis der Polen. Dennoch blieb das ganze Jahr 1923 hindurch der Albdruk eines bevorstehenden polnischen Einfalles auf der deutschen Grenzbevölkerung in Oberschlesien lasten, und noch im Herbst des Jahres 1923 sammelte die deutsche Reichsregierung mit heimlichem Eifer Soldaten und Truppen, die als sogenannte „schwarze Reichswehr“ in den Gar-

281

Deutsche unter Fremdherrschaft 282

nisonen des Ostens untergebracht waren mit der Aufgabe, den polnischen Soldaten Widerstand entgegenzusetzen, wenn sie die deutsche Grenze überschritten. Doch der Marschbefehl aus Warschau kam nicht. Noch im letzten Augenblick zögerte der Generalstab, die polnischen Regimenter, die absolut unerfahren waren im Kampfe mit der deutschen Reichswehr, in ein gefährliches Abenteuer hineinzuführen. Und auch die Polen verfügten über so viel politische Klugheit, um zu wissen, daß man das Weltgewissen fürchten müsse, wenn man nicht vorher schon den Sieg ganz sicher in der Tasche hatte. So ging der Herbst 1923 vorüber, ohne daß die Polen in deutsches Gebiet einmarschiert wären.

Immerhin, den Plan gab man in Warschau nicht auf, und die militärischen Stellen arbeiteten zielbewußt auf den Augenblick der offenen Feindseligkeiten mit Deutschland hin. Dies zeigte sich zunächst in einer konsequenten und gut organisierten Spionagetätigkeit, die seit dem Sommer 1929 die deutschen Randgebiete im Osten beunruhigte. Polnische Flieger verletzten die deutsche Grenze besonders in der Gegend der Grenzmark. Posen-Westpreußen. Militärflugzeuge kreisten über Schneidemühl und Driesen, kreuzten über der Reichwehrkaserne, dem Bahnhofe und den Bahngleisen. Auch in Tierschtiengel tauchten polnische Spione auf, ruderten als harmlose Wanderer über den See und photographierten das Gelände. Auch in Ostpreußen häuften sich die Fälle derart plumper Grenzverletzungen im Herbst 1929. Über den Bahnanlagen der Städte im südlichen Ostpreußen, Johannisburg, Schiast, Glottowen, Biälla, zeigten sich polnische Militärflugzeuge. Bei Marienwerder ereignete sich ein Fall von polnischer Grenzspionage, der

ungeheures Aufsehen in der Welt erregte. Seit Herbst 1929 versuchten die Polen, von deutschen Grenzbeamten durch Verrat neue deutsche Gasmasken und Geheimdokumente zu erlangen. Der Leiter der polnischen Spionage an der Grenze von Marienwerder, Kiedrzyński, beteiligte sich selbst in dieser Angelegenheit. Im Mai 1930 hatte die deutsche Kriminalpolizei alle Vorbereitungen getroffen, um die Polen in die Falle zu locken. In der dunklen Nacht vom 24. zum 25. Mai 1930 begab sich Kiedrzyński mit einem polnischen Grenzsold-

282

9. Kapitel: Polnische Übergriffe auf deutsches Gebiet 283

daten in die Baracke der deutschen Grenzwehr bei Neuhöfen, um das sehnsüchtig erwartete Geheimmaterial, eine Gasmasken und verschiedene Schriftstücke, in Empfang zu nehmen. Sie wurden aber von den deutschen Kriminalbeamten überrumpelt, eine Schießerei entspann sich, polnische Grenzsoldaten, die am Weichseldamme gewartet hatten, überschritten die Grenze und feuerten auf die Baracke und die deutschen Beamten. Denen gelang es, zu entkommen und Kiedrzyński mitzunehmen, während der andere Pole schon vorher durch einen Bauchschuß tödlich verletzt worden war. Dies Ereignis rief Verwicklungen zwischen Berlin und Warschau hervor. Eine deutsch-polnische Kommission, welche die Schuldfrage klären sollte - sie stand ja eigentlich nach dem ganzen Sachverhalt schon fest - kam zu keinem Ergebnis, weil die Polen hartnäckig jede Schuld leugneten und die Dinge zu Ungunsten der Deutschen verdrehten; sie behaupteten, deutsche Grenzbeamte hätten zwei Offiziere der polnischen Grenzwehr entführt. Immerhin, Kiedrzyński wurde vom deutschen Gericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Erregung über diesen Fall hatte sich noch nicht gelegt, als schon eine neue polnische Gewalttat an der Grenze eintrat. Im Walde bei Proszken wurde ein deutscher Zollbeamter auf deutschem Gebiete von einem in Zivil gekleideten polnischen Zollbeamten beschossen. In der Notwehr erschoss der Deutsche den Polen. Im Sommer 1929 hatte Polen damit begonnen, sein Zollpersonal an der deutschen Grenze zu militarisieren. Die Zollwehr wurde in eine „Grenzwehr“ - „Straz Graniczna“ - umgestaltet und dem Kriegsministerium untersteht. Sie war 3200 Mann stark. Nur besonders begabte Soldaten wurden in sie aufgenommen, die nach Beendigung ihrer Militärzeit dort weiter dienten, doppelte Löhnung erhielten und pensionsberechtigt wurden. Sie mußten die deutsche Sprache, möglichst akzentfrei, in Wort und Schrift beherrschen. Die Grenzwehr hatte nun keine reine zöllnerischen Aufgaben mehr zu erfüllen, sondern war eine Kundschaftertruppe geworden. Sie gliederte sich in Grenzposten, Kommissariate, Inspektionen und Bezirksinspektionen, die besetzt waren mit Kundschaftern, Kund-

283

Deutsche unter Fremdherrschaft 284

schaftsunteroffizieren, Kundschaftsoffizieren und Kundschaftsstäben. Ihren Dienst versah diese Grenzwehr in Zivil, oft in der Maske deutscher Bauern aus dem Grenzgebiet.

Die Grenzwehrangehörigen traten überhaupt immer als Angehörige der deutschen Minderheit in Polen auf. Sie klagten den Deutschen, wie schlecht es ihnen in Polen ginge, fragten, ob es nicht endlich gegen Polen losginge, ob nicht geheime Truppenteile in den Grenzgebieten lägen, wie es mit den Wehrverbänden stände, ob es denn wenigstens Befestigungen gebe und wo, wie stark die Landjägerei und der Zoll an der Grenze seien, ob die Eisenbahnbrücken militärisch bewacht würden, damit sie die „verfluchten Pollaken“ nicht in die Luft sprengen könnten; sie erkundigten sich nach der Stimmung im deutschen Grenzgebiet anlässlich der Grenzüberfliegung durch polnische Flieger, ob man bei einem polnischen Einmarsch überhaupt Widerstand leisten würde.

Als im Winter 1930/31 im Kreise Schwerin an der posenschen Grenze deutsche Manöver stattfanden, machten die polnischen Kundschafter in der Birnbaumer Gegend Jagd auf gute Manöverbilder. Sie traten als „olle ehrliche deutsche Kapitulant“ auf, die zwölf Jahre lang kein anständiges Militär mehr gesehen hätten und sich wie die Kinder über Bilder von den Reichswehrmanövern freuten. Das erwecke so Erinnerungen an die gute alte Zeit.

Mit deutschen Generalstabskarten, als deutsche Bauern verkleidet, streiften sie durch das deutsche Grenzland, suchten nach nicht eingezeichneten Befestigungen, Unterständen, Waffen- und Munitionslagern. Sie erforschten in den Dörfern die Gesinnung der Einwohner, wer polenfreundlich oder kommunistisch sei und wer bei einem Einmarsch der Polen der militärische und geistige Führer der deutschen Bauern sein würde. Ein Beispiel für die Arbeit dieser Grenzwehr war der, oben geschilderte Fall von Neuhöfen.

Auch die deutsche Minderheit in Polen wurde von der Grenzwehr bespitzelt. Besonders erforschten sie die Beziehungen der Deutschen zum Stahlhelm. Als im Juni 1931 in Breslau ein Stahlhelmtag stattfand, nahmen nicht nur an diesem polnische Spione teil, sondern die Kundschafter bespitzelten argwöhnisch

284

9. Kapitel: Polnische Spionage 285

alle Angehörigen der deutschen Minderheit, die sich aus Polen nach Breslau begaben. Von den polnischen Grenzstationen Lissa, Zduny, Rawitsch und Kattowitz fuhren Angehörige der Grenzwehr, bzw. deren Vertrauenspersonen mit den Zügen, in denen Angehörige der deutschen Minderheit fuhren, nach Deutschland, um festzustellen, wo diese Leute blieben!

Insbesondere in Danzig hatte die Grenzwehr ein gutes Arbeitsfeld. Seit 1930 war mit ihren Angehörigen das Zollinspektorat besetzt worden, und ihre Aufgabe bestand in der Bespitzelung der Sport- und Frontkämpferverbände in Danzig sowie der Angehörigen der deutschen Minderheit. Danzig war der Treffpunkt der Angehörigen der deutschen Minderheit mit ihren reichsdeutschen Freunden, da man weder von Deutschland noch von Polen einen Paß nach Danzig brauchte. Von Dirschau aus hefteten sich die Kundschafter verdächtigen Deutschen an die Fersen, überwachten sie, lauschten auf die Gespräche, ob die Deutschen sich über die polnischen Verhältnisse äußerten. Dann schickten sie Meldungen an den polnischen Wohnort der Deutschen, und wenn der Unglückliche heimkehrte, geriet er unrettbar in die Maschine der polnischen Polizei.

In den Lokalen der Danziger Grenzdörfer sitzen die Grenzwehrleute als harmlose Zivilisten herum, geben Runden, schimpfen auf Polen, um die anderen zum Mitschimpfen zu veranlassen. Eine besondere Virtuosität befaß der Grenzweroffizier Augustyn Czoska, der vor 1914 in Marienwerder bei der Feldartillerie diente und die Grenzverhältnisse genau kannte. Seine intensive Tätigkeit erstreckte sich auf die Strecke Dirschau-Marienburg. Vielen Deutschen ist er zum Unglück geworden. Als Hindenburg zur 700-Jahrfeier nach Marienburg fuhr, strömten viele Deutsche aus dem Korridor ohne Paß über Danzig nach Marienburg. Alle diese Unglücklichen hat Czoska später denunziert, so daß sie sich wegen unerlaubter Grenzüberschreitung, ja sogar wegen Spionage verantworten mußten! Und dieser Czoska hat einen Bruder, der preußischer Staatsangehöriger und Gastwirt im Kreise Stuhm ist.

Ein anderer Kundschafter der Grenzwehr war der polnische Student Siegfried Faltenbacher, der den Auftrag hatte, in den deutschen Ostprovinzen und in Danzig zu spionieren. Anfang

285

April 1931 wirkte er in Pommern und bespitzelte unter der Maske eines Biedermannes die Ferienlager des deutschen Hochschulringes in Stolp, Belgard und Schmenzin in Pommern, dann wandte er sich nach Danzig und bemühte sich, der Weisung des Militärkommandeurs von Gdingen folgend, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei zu werden. Als angeblicher Nationalsozialist sollte er einen Zwischenfall mit einem Polen herbeiführen, damit Polen wieder Material gegen die Danziger Nationalsozialisten hatte. Doch seine Verhaftung wegen Spionageverdachts Anfang Mai 1931 in Danzig setzte dem dunklen Wirken dieses Subjekts ein Ziel. – Etwa gleichzeitig mit der Grenzwehr, mit besonderem Nachdruck seit Frühjahr 1930, organisierte die Propaganda-Abteilung des polnischen Außenministeriums einen Sturmtrupp der Spionage, der über ganz Deutschland sein Netz spannte. Die polnischen Wanderarbeiter, die jährlich zu vielen Zehntausenden nach Deutschland kamen, wurden unter Aufwand ungeheurer Geldmittel in den polnischen Kundschafterdienst eingereiht. Besonders sorgfältig geschah dies bei den Arbeitern, die in das deutsche Grenzgebiet gingen. Diese mußten sich verpflichten, sofort in die polnischen Vereine einzutreten und die Verbindung mit der polnisch sprechenden Bevölkerung aufzunehmen. Die polnischen Verbände in Deutschland wurden von der Warschauer Regierung über die Personalien der Arbeiter unterrichtet und waren ihrerseits angewiesen, von sich aus mit den polnischen Wanderarbeitern in Verbindung zu treten. So wurden eine große Anzahl dieser stupiden polnischen Wanderarbeiter ebenfalls zum Werkzeug der polnischen Wühlarbeit: ganz Polen wurde mit erhöhter Kraft seit 1929 systematisch in ein Heerlager verwandelt, bereit, im geeigneten Augenblick über das östliche Deutschland herzufallen. Es gibt in der europäischen Geschichte keine Kundschafter- und Spionageorganisation von derart umfassender und durchdringender Wirksamkeit wie diese polnische Grenzwehr und die polnischen Wanderarbeiter. Dies war ein Automat, der durch sich selbst arbeitete und zu einer fürchterlichen Gefahr für die Deutschen des nahen Ostens wurde.

286

9. Kapitel: „Deutsche“ Verräter 287

Es war eine traurige Tatsache, daß dieser polnische Kundschafterdienst auch noch durch deutsche Verräter direkt und indirekt unterstützt wurde! Da ereignete sich im März 1932 in Ostpreußen der Fall Borkowski. Dieser Mann war Oberlandjäger in Wittenberg bei Tharau seit 1924. Er zeichnete Pläne der Königsberger Festungsanlagen und lieferte sie dem polnischen Generalkonsul in Königsberg aus. Auch fuhr er öfter als dienstlich notwendig nach Danzig, um dort mit polnischen Stellen in Verbindung zu treten.

In Danzig wurde Mitte Mai 1931 der aus Polen stammende staatenlose Dr. Heimdorf, redaktioneller Mitarbeiter der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ verhaftet. Heimdorf stand in enger Beziehung zum Presseleiter der diplomatischen Vertretung Polens in Danzig, Dr. Bierowski, und hatte unter schwersten Ausfällen gegen die Danziger Polizei unwahre eidesstattliche Versicherungen anderer Personen veröffentlicht, die behaupteten, die Danziger Polizeibehörden handelten nicht objektiv gegen polnische Staatsangehörige bei der Ermittlung von Straftaten. So hetzte dieser Mann in schrankenloser Weise gegen Danzig! Ein Helfershelfer dabei war ihm ein gewisser Ölschläger, der die Lügen Heimdorfs in die polnische Presse brachte und so die Polen zu wüsten Haßorgien gegen Danzig aufputschte. Dieser Ölschläger war außerdem ein Mitarbeiter der üblen Organisation „Das andere Deutschland“, deren Schriftleiter in Berlin saß und enge Verbindung mit der getarnten polnischen deutschfeindlichen Organisation „Kultur- und Wirtschaftsbund“ in Lodz hielt.

Ein anderer Verräter dieser Sorte war der Hochstapler Hugo Ernesto Lüdecke, ein aus Zoppot gebürtiger Pfarrerssohn, der unter dem Namen Dr. Hans Freiherr von Heldn das Konitzer Tageblatt redigierte und im Herbst 1931 in Konitz eine neue Zeitung gründete, die „Pommereller Neueste Nachrichten“. Lüdecke, der 1921 die polnische Staatsangehörigkeit erworben hatte und 1924 in Deutschland wegen

vollendeten Landesverrates zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, erfreute sich der Gunst der polnischen Behörden und betrachtete es als seine Aufgabe, die deutsche Minderheit zu polonisieren. Aber seine „Pommereller Neueste Nachrichten“, die in einer
287

Deutsche unter Fremdherrschaft 288

Auflage von 400 Stück gedruckt wurden und kaum ein Dutzend Abonnenten hatte, verfehlten ihren landes- und volksverräterischen Zweck vollkommen. In Deutschland sah sich in den kritischen Maitagen 1932 der Reichsbannerführer Hello von Gerlach genötigt, die Partei Polens öffentlich zu ergreifen. Er veröffentlichte im „Dortmunder Generalanzeiger“ einen Artikel voll wüster Ausfälle gegen Danzig. Die Deutschen seien es, die „seit jeher den Polenkollektoren schüren“ und „durch Erzeugung einer Angstpsychose vor angeblichen polnischen Kriegsplänen die nationalistisch erregte Stimmung in der Ostmark herstellen“. Nach Gerlachs Ansicht galten in Danzig Polen und Marxisten als „Freiwild“, denn „die Polizei, nationalistisch durchseucht, ist kein ausreichender Schutz für die Bedrohten“. Darum befürwortete Gerlach den polnischen Plan, „ob es sich nicht empfehlen würde, in Danzig eine Völkerbundspolizei einzurichten. Auf so heißen Boden geht es nicht an, die Polizeigewalt allein Personen zu überlassen, die zum großen Teil mehr Interesse an der Herbeiführung des Dritten Reiches als an der Aufrechterhaltung der Ordnung im bestehenden Staat zu haben scheinen. Danzig könnte, Danzig müßte eine neutrale Vermittlungsstelle zwischen Deutschland und Polen sein. Heute ist es ein Infektionsherd.“ Natürlich werde der Infektionsherd nur von Deutschland herbeigeführt. In der Ostmark wüchsen 92 Prozent der Jugend in wildem Haß gegen den Nachbarn heran, das bedeute ein offenes Pulverfaß. Obwohl die Deutschen im Osten um Not und Tod rangen, glaubte Hello von Gerlach, dem Deutschland 1918 bereits den Verlust der Provinz Posen zu danken hatte, ein warmer und beredter Fürsprecher Polens sein zu müssen!

So woben polnische Spione und deutsche Landesverräter über den gequälten Deutschen des Ostens ein Netz des Todes und des Unglücks, ein Netz, in dessen Maschen sich jeder ahnungslose Deutsche verstricken mußte, wenn es von Warschau aus zugezogen wurde. Die Spione aber sind die Wegbereiter des Krieges, besonders, wenn sie in derart geschlossenen Massen wie im östlichen Deutschland auftreten. Der Aufbau der polnischen Spionage in Deutschland und die
288

9. Kapitel: Polnische Militärdemonstrationen 289

Erweiterung der militärischen Volksausbildung im eigenen Lande wurden begleitet von einer immer lauter werdenden Annektionslüsternheit gegen Danzig und Ostpreußen.

Mitte Mai 1930 tagte in Gdingen die Jugend des „Großpolnischen Lagers“ und erklärte in überschwänglichen Worten, die Küste der Ostsee sei das Fundament zur Größe des Vaterlandes. „Die Deutschen jedoch müssen verstehen, daß der Kampf um das Meer und die Grenzen für uns heilig ist, daß sein Ziel die Kräfte der Nation vervielfältigt.“ Am Schluß der Tagung veranstaltete man in Danzig ausgedehnte deutschfeindliche Kundgebungen! In französischen Zeitungen wurde ausgeführt, daß Roman Dmowski, der „wahre Begründer Polens“, nach wie vor um Ostpreußens Besitz kämpfe. Dies Land, das dem polnischen Staate einverleibt werden müsse, sei es nun durch direkte Annektion, sei es durch eine Zollunion, sei eine notwendige Bedingung für das Bestehen Polens. Eine geradezu herausfordernde Unverfrorenheit der Polen war es, daß am Tage der Rheinlandräumung, dem 1. Juli 1930, ein polnischer Militärtransport, bestehend aus 18 Sanitätswagen, drei Güterwagen mit Autos und Handwaffen, einem Leerwagen, 93 Offizieren und fünfzig Mann, das

ostpreußische Gebiet von Marienburg über Riesenburg nach Deutsch-Eylau in Richtung Warschau durchquerte. Die deutsche Reichsregierung Brüning hatte unverständlicherweise diese Fahrt zugelassen, trotzdem ihr Sinn einer militärischen Aktion gegen Ostpreußen klar zu erkennen war! Zum Dank für diese von Reichs wegen gestattete Demonstration Polens für die Eroberung Ostpreußens hetzte einige Tage später das Warschauer Regierungsblatt „Kurjer Czerweny“ gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg, weil dieser während der Rheinlandräumung in Ostpreußen weilte: „Dieser alte Soldat hat es vorgezogen, seinen Urlaub nicht in einem Badeort, sondern dort, wohin ihn seine Natur zieht, nämlich im befestigten Lager Deutschlands, in Ostpreußen, zu verbringen. Feldmarschall von Hindenburg ist nach Preußen gefahren, um aus nächster Nähe zu beobachten, wie eine flammende Grenze gemacht wird.“ Die Polen gefielen sich von Tag zu Tag mehr darin, Ostpreußen als ein ihnen gehöriges Land zu betrachten. Sie be-

289

Deutsche unter Fremdherrschaft 290

gannen jetzt auch, seit dem 1. Oktober 1930, mit der Vermehrung ihrer Westgarnisonen. In Posen wurde ein Eisenbahnregiment neu organisiert, Thorn erhielt zwei Schwadronen Husaren, Bromberg und Graudenz zwei Bataillone Infanterie. Das polnische Sperrfort, das bei Kulm zu bauen begonnen war, wurde vollendet. Das polnische Kriegsministerium setzte diese militärischen Verstärkungen in den Weichselprovinzen auch während der folgenden Jahre mit französischer Geldhilfe fort.

Der Stahlhelmtag in Breslau Anfang Juni 1932, der nur eine Antwort auf die polnischen Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen war, brachte die Warschauer Staatsmänner in eine bedenkliche kriegerische Stimmung. Dieser Stahlhelmtag trage einen Angriffscharakter gegen Polen, und dadurch werde das friedliebende Polenvolk beunruhigt. Gleichsam als Vorbeugungsmaßnahme gegen etwaige aggressive Gelüste des Stahlhelms organisierte der Aufständischenverband gewaltige Kundgebungen in Oberschlesien am 3. Juni, woran irreguläre und staatliche Truppen teilnahmen und wobei außerordentlich scharfe Reden gegen Deutschland gehalten wurden. Und dann riefen der polnische Westmarkenverein und der Aufständischenverband noch zu zahlreichen Kundgebungen „gegen die deutschen Absichten auf die Grenzgebiete auf“, die sich in Massenversammlungen in Warschau, Posen, Graudenz, Thorn, Kattowitz und Königshütte am 21. Juni äußerten. Auch die ostpreußische Grenze wurde beunruhigt. Vom 10. bis 12. Juli 1931 feierte die „Liga zur Machterweiterung Polens“ den Gedenktag der Schlacht bei Tannenberg 1411, wobei dicht an der preußischen Grenze in Uzdowo, mehrere Kilometer nördlich von Soldau, eine Gedenktafel feierlich enthüllt wurde. Um Mitternacht lohten zahlreiche riesige Feuer längs der Grenze auf, und aus allen Teilen Polens strömten die Radfahrerkolonnen der Liga in Soldau zusammen. Das war die polnische Antwort auf Breslau! Die Warschauer Regierung eröffnete außerdem einen sehr feindseligen Notenwechsel mit Berlin, ja sogar vor den Völkerbund brachte sie eine Beschwerde wegen der Breslauer Stahlhelmveranstaltung. Die Polen versuchten, den Stahlhelm als eine amtliche Organisation hinzustellen und sein

290

9. Kapitel: Vorbereitung eines polnischen Einfalles 291

Verbot auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen zu erreichen. Doch vergeblich. Für die polnischen Staatsmänner und Generale rückte ein Krieg mit Deutschland nach jenem Stahlhelmtage in absehbare Nähe. Er war schon so gut wie sicher. Die im August 1931 wieder aufgenommenen Versuche, die Verhandlungen mit Moskau wegen dem 1926/27 an den polnischen Bedingungen gescheiterten polnisch-russischen Nichtangriffspakt zu einem guten Ende zu führen, hatten den Zweck, Polen im Osten

zu entlasten, daß es sich ganz auf Deutschland konzentrieren konnte. Zwar kamen die Verhandlungen zu keinem Ergebnis, da Polen immer noch auf seinen Bedingungen beharrte (erst Ende Juli 1932 wurde der polnisch-russische Nichtangriffspakt abgeschlossen). Auch ein anderer alter Lieblingsgedanke Polens wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 wieder wach, der Gedanke eines baltischen Bundes unter polnischer Führung. Aber auch dieser Gedanke konnte keine Gestalt annehmen, da nämlich der wichtigste Staat, den Polen brauchte, um Ostpreußen einzukreisen, Litauen, dem Marschall Pilsudski immer noch wegen dem Raube Wilnas grollte. Einen mageren Erfolg allerdings hatte die polnische Diplomatie trotz ihrer Schlappen in Moskau, Reval, Riga und Kowno, sie konnte Ende 1931 enge Freundschaft mit Japan schließen, so daß man also von dieser Seite aus Rußland in Schach halten konnte. Ja, die polnische Regierung war sogar so raffiniert, daß sie durch Japan Anfang 1932 für sich große Bestellungen bei der französischen und tschechoslowakischen Kriegsindustrie machte. Es wurde vorgetäuscht, daß Japan diese Sachen für seinen chinesischen Krieg brauche, in Wirklichkeit sollte das bestellte Material bis Mitte des Sommers nach Warschau geliefert werden. Gleichzeitig bestellte das polnische Kriegsministerium in Amerika bei Ford, Chevrolet und Dodge 3000 Lastautos für sofortige Lieferung gegen bar!

Im Frühjahr 1932 war Polen ernstlich entschlossen, auch ohne Nichtangriffspakt mit Rußland und ohne Baltenbund mit Waffengewalt den Raub Danzigs, Ostpreußens und Deutschoberschlesiens auszuführen. Die Anfang Februar in Danzig von maßgebenden Polen gehaltenen Reden deuteten darauf hin, daß

291

Deutsche unter Fremdherrschaft

292

Warschau eine Gewalttat größten Stiles gegen deutsche Gebiete im Schilde führte. Der Gewaltstreich, den in dieser Zeit die Litauer gegen das Memelland führten, war auch für die Polen allzu verlockend, sich in der gleichen Weise Danzigs und Ostpreußens zu bemächtigen.

Anfang Februar 1932 wurden aufs neue aus dem Innern Polens Regimenter zur Verstärkung der Garnisonen an der Westgrenze herangezogen, in unmittelbarer Nähe des deutschen Gebiets hielten die polnischen Soldaten Winterübungen ab. Für Reservisten und Gestellungspflichtige wurden die Grenzen gesperrt und die oberschlesischen Bataillone, unsichere Kantonisten, wurden gegen sechs kongreßpolnische Regimenter ausgetauscht. Ende Februar waren an der oberschlesischen Grenze zwei vollständige polnische Armeekorps von ausgesuchten Truppen und den besten Warschauer Regimentern versammelt. Die Grenzkontrolle wurde drakonisch verschärft und nachts sogar mit Hilfe von Scheinwerfern durchgeführt. Der Plan war der, im deutschoberschlesischen Industriegebiet Streiks und Unruhen anzuzetteln, dann sollten die konzentrierten polnischen Truppen unter dem Dunkel der Nacht in der Kreuzburger Gegend mit Tanks, Artillerie, Maschinengewehren die Grenze überschreiten, da dies im „Interesse der öffentlichen Sicherheit“ und zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung notwendig sein würde.

Die Deutschen Oberschlesiens wurden von schweren Aufregungen und heftiger Unruhe gepeinigt. Jenseits der Grenze starrte die Grenze von Bajonetten, wo blieb auf deutscher Seite der Schutz? Sollten die Tage von 1921 wiederkehren? Man bemerkte keine deutschen Gegenmaßnahmen, und in der Grenzlandjugend erwuchs wieder der Gedanke der Selbsthilfe, wie einst vor elf Jahren. Tatsächlich rechneten die Polen nicht damit, daß ihnen Reichswehr mit der Waffe entgentreten werde. Sie meinten, die deutsche Regierung werde sich lediglich damit begnügen, die Angelegenheit vor den Völkerbund zu bringen. In diesem Falle waren die Polen überzeugt, daß der Handstreich auf Westoberschlesien ihnen völlig geglückt sein würde, denn sie wußten, daß sie in Genf auf Frankreichs Un-

292

terstützung rechnen durften. Man wollte ja nur, etwas verspätet, nachholen, was man 1923 versäumt hatte!

Auch im Korridorgebiet um Danzig und Ostpreußen stauten sich in den ersten Monaten des Jahres 1932 die polnischen Regimenter zu einer dichten und starken Mauer. Hier wurden die militärischen Jugendverbände, die Sokol- und Legionärformationen als direkte Träger der Reservekräfte mobilisiert. Über eine denkwürdige Sitzung in dieser Angelegenheit erhielten die Deutschen folgenden Bericht:

„Am 7. März 1932 hat unter dem Vorsitz des kommandierenden Generals des VIII. Armeekorps, das sich aus der 4., 15. und 16. Division zusammensetzt, Generals Paslawski, in Thorn eine Sitzung der Führer aller Wehrverbände und Jugendorganisationen für die militärische Vorbereitung mit der Tagesordnung „Schaffung der schlagbereiten Reservearmee“ stattgefunden. Auf dieser Tagung hat der kommandierende General erklärt, daß es Pflicht jedes Polen sei, irgendeinem Wehrbunde anzugehören. Der polnische Staat habe sein ganzes Augenmerk auf die zu schaffende Reservearmee gelenkt und werde keine Mittel und Opfer scheuen, um die Wehrverbände als Teile der Reservearmee schlagbereit zu machen. Die Verbände würden im Bereich des VIII. Armeekorps nun der aktiven Truppe angegliedert und mit ihr so verschmolzen, daß sie mit der aktiven Truppe ein Ganzes bilden. Die Truppe werde ihre besten Instruktoren den Wehrverbänden zur Verfügung stehen und habe nur zu mahnen, Parteipolitik untereinander auszuschalten.“

„Im Anschluß an, diese Ausführungen des Kommandierenden sprach der Leiter der Mobilmachungsabteilung bei der Woiwodschaft Thorn, Grzanka, übrigens in Anwesenheit des Woiwoden von Pommerellen, und erklärte, daß die Reservearmee auf schnellem Wege geschaffen werden müsse. Der Ruf des Vaterlandes werde vielleicht eher ergehen, als die Anwesenden es sich vorstellten. Es gelte ein für allemal, Deutschland „die Revancheideen aus dem Kopfe zu schlagen“. Er sagte ferner: „Je früher Polen diesen Schritt unternimmt, je eher kommt es zum Wohlstand.“ Auch gelte es, den unter „preußischer Knute“ Schmach tenden zu helfen,

293

Deutsche unter Fremdherrschaft 294

„Im Anschluß an diese Ausführungen entwickelte der Leiter der militärischen Vorbereitung im Korridor, Oberst Piwnicki das Organisationsprogramm und führte dabei aus, daß es bei der Umgruppierung darauf ankomme, nach den einzelnen Waffengattungen zu teilen und die größeren Organisationen zusammengeschlossen den einzelnen Regimentern anzugliedern. Die Arbeitslosen sollten tagsüber in den Kasernen ausgebildet werden, die Berufstätigen in den Abendkursen.“

„Schließlich sprach noch Major Adamczyk, der Kommandierende des Verbandes Powstancow i Wojakow, der erklärte, es erwachse durch diese neue Organisation eine neue Armee in Pommerellen, welche jederzeit schlagbereit sei.“

„Zum Schluß dankte der Kommandierende General des VIII. Korps und erklärte, jeder Wehrbund werde vom VIII. Korps direkten Befehl erhalten. Die Führung der Reservearmee unterstehe ihm; die einzelnen Teile erhalten Waffen und Uniformen aus den Armeebeständen und sind dem Korps dafür verantwortlich.“ Der Erfolg dieser Vorbereitungen zeigte sich alsbald. Am 16. Mai hielten die nationalpolnischen Jugendverbände im Raume von Graudenz und Soldau große Militärübungen ab, an denen sich etwa 60 00 polnische Jugendbündler beteiligten. Jenseits der Grenze, auf deutschem Gebiete, standen die Deutschen in erregten Massen und verfolgten, wie polnische Offiziere in Uniform die Kommandos gaben! Seit Mitte April waren diese Verbände mit neuesten Kampf Waffen ausgerüstet. Tanks, schwere Maschinengewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer, Geschütze waren ihnen überwiesen worden. Aktive Offiziere und Unteroffiziere in großer Zahl waren mit der Ausbildung betraut. In Thorn, Graudenz, Kulm und auf den Truppenübungsplätzen herrschte reges militärisches Leben. Eine große Anzahl Zivilisten war bewaffnet, zahlreiche

Freiwillige meldeten sich zu militärischer Ausbildung. Die Vorbereitung für den Angriff auf deutsches Land waren in vollstem Gange. Ganz Pommern und Posen waren in ein Heerlager verwandelt. Der Handstreich gegen Danzig sollte am 30. April erfolgen. –

Die umfangreichen kriegerischen Vorbereitungen gegen Dan-

294

9. Kapitel: Erklärung der deutschen Regierung 295

zig und Ostpreußen konnten nicht geheim bleiben. Aus den deutschen Grenzlanden drangen Not- und Hilferufe nach Berlin, welche die ungeheure Erregung der Bevölkerung bewiesen. Die deutsche Reichsregierung beschwichtigte alle diese Alarmnachrichten, indem sie immer erklärte, Polen denke nicht im geringsten an einen Angriff. Ende Februar telegraphierte der Landeshauptmann von Ostpreußen an Hindenburg, mit bezug auf die Anfang des Monats in Danzig gefallenen polnischen Äußerungen, es müßten zum Schutze des deutschen Ostens alle nur erdenklichen Maßnahmen getroffen werden. Hindenburg antwortete, daß er den deutschen Ostlanden in ihrem Kampfe gegen jede nur mögliche Bedrohung mit allen Kräften beistehen und im Verein mit der Reichsregierung und dem deutschen Volke alle Maßnahmen zu ihrer Sicherung treffen werde. Auch Groener, der Reichswehrminister, erklärte, daß Deutschland sich gegen jeden Einfall wehren werde. In der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ schrieb er am 25. März 1932: Er verstehe das Gefühl der Vereinsamung und Bedrohung, das in Ostpreußen angesichts seiner isolierten Lage und angesichts des ungeheuren Missverhältnisses zwischen der deutschen Militärmacht und den Rüstungen der Nachbarn herrsche. Er wisse, daß gerade in letzter Zeit die Besorgnis um sich gegriffen habe, Ostpreußens Bedrohung steige von Tag zu Tag. Er unterschätze diese Gefahr nicht, aber auch ihr gegenüber gelte es, ruhig Blut zu bewahren, denn Ostpreußen sei nicht schutzlos fremden Machtgelüsten preisgegeben. Darüber solle Klarheit herrschen: ein feindlicher Einbruch in Ostpreußen, unter welchem Vorwand er auch erfolgen möge, stoße nicht auf passiven, sondern auf aktiven Widerstand.

Ganz besonders besorgt war man in Amerika wegen einem deutsch-polnischen Kriege. Amerika hatte große Summen nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen investiert, und viele Milliarden standen im Falle eines Krieges auf dem Spiele. Die Hoover-Regierung, ihre Diplomaten und Kongreßvertreter haben der polnischen Regierung ganz offen ihre Befürchtungen mitgeteilt. Senator Borah erklärte im April dem polnischen Botschafter in Washington, das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten würden einen Krieg zwischen

295

Deutsche unter Fremdherrschaft 296

Polen und Deutschland lediglich als einen von polnischen Ausdehnungsgelüsten entfachten Eroberungskrieg ansehen und daher in jeder Hinsicht mißbilligen. Ein solcher Krieg würde die Sympathien des ganzen Auslandes auf Deutschlands Seite bringen. Polen habe im Falle eines Krieges mit Deutschland auf keine finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung Amerikas zu rechnen, und trotz der Bank von Frankreich spiele die Wall-Street noch immer eine Machtrolle in der Finanzwelt! Amerikanische und englische Diplomaten hielten sich in Warschau auf und wirkten auf die polnische Regierung im Sinne des Friedens ein. Bei den Botschaften der angelsächsischen Mächte wurden besondere Verbindungsmänner ernannt, die in Warschau und Berlin die Lage entspannen sollten, und in Paris vereinten Amerikaner und Engländer ihre Bemühungen, um die französische Regierung zu bewegen, auf Warschau einen Druck im Sinne des Friedens auszuüben.

Selbst Graf Gravina war von den schwersten Sorgen erfüllt. Er erklärte nachdrücklich in Warschau, daß eine Voraussetzung für die Anwendung des ersten

Paragraphen der Völkerbundsentschließung vom 22. Juni 1921, wonach polnische Truppen in Danzig nur dann einmarschieren sollten, wenn dies zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gebiete des Freistaates notwendig sei, nicht gegeben sei. Auf das Betreiben Gravinass hin begaben sich englische Journalisten nach Danzig, um sich von dem Ernst der Lage zu überzeugen. Der Kommissar hatte die Engländer auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welche dem Frieden Europas durch einen polnischen Einmarsch in Danzig drohe. Er bezweckte damit, den Völkerbund und die Großmächte vor Überraschungen zu bewahren.

Auch die Franzosen boten jetzt, als sie die den Polen ungünstige Weltmeinung erkannten, ihren ganzen Einfluß in Warschau auf, um die Polen von einer übereilten Überrumpelung Danzigs abzuhalten. Eine Erregung wie in den Augusttagen 1914 bemächtigte sich der europäischen Völker. Europa fühlte sich am Vorabend eines neuen Weltkrieges. Die britische Regierung ließ in Warschau erklären, daß Großbritannien der Garant des Versailler Vertrages sei und Veränderungen des Verhältnisses zwischen

296

9. Kapitel: Alarm in England 297

Danzig und Polen nur auf vertraglichem Wege zulassen könne. Die englische Presse brachte Aufsehen erregende Meldungen und Abhandlungen und machte der deutschen Regierung schwere Vorwürfe wegen ihrer unverständlichen Passivität. Doch schon seit zehn Jahren seien die polnischen Putschabsichten wahrzunehmen. Im Korridor hätte Polen während dieser Zeit neunzehn neue Garnisonen errichtet. Es sei doch Deutschlands Pflicht, unausgesetzt die Weltmeinung auf die Gefahren hinzuweisen, die dem deutschen Danzig und damit der ganzen offenen, durch keine Festung mehr geschützten deutschen Ostgrenze drohen. Deutschlands Schwäche sei die Hoffnung auf den Völkerbund in Genf. - Aufs neue wurden in den englischen Zeitungen Revivonsforderungen in bezug auf den Weichselkorridor erhoben.

Der europäische Alarm verhinderte in letzter Stunde den polnischen Überfall auf Danzig. Und die polnische Regierung rückte, nachdem sie ihre Bestrebungen vereitelt sah, weit ab von den gefährlichen Plänen. Sie zog den Kopf gewandt aus der Schlinge, wie 1921 in Oberschlesien. Mit Entrüstung ließ Warschau in London erklären, daß man keine kriegerischen Ziele verfolgt habe, die Veröffentlichungen der englischen Presse entbehrten jeder Grundlage. Der ganze Alarm sei nur von den Danziger Nationalsozialisten ausgegangen. Was die „nationalpolnischen Privatunternehmungen“ betraf, so kümmerte sich die Warschauer Regierung nicht mehr im geringsten um sie, wenn sie scheiterten, nachdem sie vorher kräftig an den Vorbereitungen mitgeholfen hatte. Die deutsche Regierung Brüning-Groener glaubte treuherzig den Warschauer Versicherungen, daß es sich nur um abenteuerliche Pläne chauvinistischer Kreise gehandelt habe! Doch die starken polnischen Truppenzusammenziehungen an allen Teilen der deutschen Grenze und die militärischen Übungen polnischer Verbände in Danzig strafte diese polnischen Beteuerungen Lügen.

Die Gefahr war aber noch keineswegs abgewendet. Polen hielt im geheimen noch an seinen Plänen auf Ostpreußen und Oberschlesien fest, da es nun einmal seine Truppen in der Nähe dieser Gebietsteile konzentriert hatte. Doch die öffentliche Meinung in Deutschland war jetzt in Fluß gekommen.

297

Deutsche unter Fremdherrschaft 298

Der Stahlhelm, die Deutsche Studentenschaft, der Verein des Deutschtums im Ausland, der ostpreußische Provinzialausschuß deckten immer wieder vor der Welt die Gefährdung deutschen Landes auf und erklärten, sie würden einen polnischen Angriff rücksichtslos abwehren. Der Deutsche Ostbund in Berlin forderte

Entwaffnung Polens oder Aufrüstung Deutschlands. Das Reichswehrministerium betrieb die Befestigung des Heilsberger Dreiecks in Ostpreußen, trotzdem die Polen lauten Protest dagegen erhoben. Tag und Nacht arbeiteten Hunderte von Arbeitsfreiwilligen im Gelände von Heilsberg, um die nötigen Bollwerke und Stützpunkte zu errichten und die Straße nach Königsberg zu sichern. Die Jugend der Provinz vereinigte sich zu Verbänden, um bei einem polnischen Einfall die Reichswehr in Königsberg bei ihrem Abwehrkampfe zu unterstützen.

Aber alles das hinderte die Polen nicht, auch weiterhin herausfordernden Anspruch auf Ostpreußen zu erheben. Das bewies ein Vorgang Ende Mai 1932. In Warschau hielt die Vereinigung der Hochschüler aus den an Ostpreußen grenzenden Bezirken einen Ostpreußenabend ab, auf dem der frühere polnische Generalkonsul in Königsberg, Srokowski, eine Rede hielt. Er führte aus, daß das Reich unter großen Opfern Ostpreußen zu halten suche, aber Aufgabe der polnischen Diplomatie sei es, der Welt klarzumachen, daß Ostpreußen ebenso wie Lettland, Litauen und Finnland „befreit“ werden müsse. Die polnische Öffentlichkeit und die polnischen Organisationen müßten systematisch daran arbeiten, um die vernachlässigte Masse der masurischen Bevölkerung für Polen zu gewinnen. Man müsse der polnischen Öffentlichkeit bittere Vorwürfe machen, daß sie in dieser Hinsicht vieles vernachlässigt habe: in Allenstein sei noch nicht einmal ein polnisches Gymnasium errichtet!

Daß die Polen trotzdem nicht mehr den militärischen Angriff auf Ostpreußen wagten, ergab sich aus ihrer inneren Schwäche, die im Mai 1932 immer unverhüllter sich zeigte. Ein Angriff auf Ostpreußen stellte an die militärische Zuverlässigkeit der Truppe erheblich höhere Anforderungen als ein Handstreich auf Danzig. Aber die polnische Armee war trotz

298

9. Kapitel: Innere Zustände Polens 299

ihrem ganzen stolzen Aufgebot an Waffen und Leuten sehr schwach, sie war von bolschewistischen Gedanken angesteckt, unfähig, eine blutige Belastung zu vertragen. Mit dem Augenblick, da das Heer nicht mehr zuverlässig ist, nützt auch den Polen der napoleonische Satz nichts mehr, innere Schwierigkeiten durch „äußere Erfolge“ zu überwinden.

Die wirtschaftliche Katastrophe Polens hatte immer schlimmere Folgen. Staatsbeamte, Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften erhielten kein Gehalt, keinen Sold mehr. Kleine Abschlagszahlungen mußten seit Wochen, ja seit Monaten genügen. Die Massenverpflegung war völlig unzureichend, Unterschlagung und Diebstahl gehörten zu den täglichen Gewohnheiten. Frankreich, das fünf Milliarden Goldfranken in Polen angelegt hatte, sperrte jetzt weitere Kredite, so daß noch nicht einmal die strategische Kohlenbahn von Oberschlesien nach Gdingen weitergebaut werden konnte. Polen hatte jeden inneren und äußeren Kredit verloren. Die Folge dieser Zustände zeigte sich in schweren Unruhen, die Volk und Heer erschütterten. Ende Mai 1932 kam es in Karthaus, Neustadt und Gdingen (Korridorgebiet) zu blutigen Zusammenstößen pommerellischer Arbeiter mit Arbeitern aus Kongreßpolen und Galizien, welche bei der Verteilung von Arbeitslosenunterstützungsgeldern bevorzugt wurden, da sie in polnischen Schützenverbänden organisiert waren. Bei diesen Zusammenstößen gab es mehrere Tote, das Bemerkenswerte aber war, daß die Marine in Gdingen und das in Neustadt stehende Militär sich weigerten, gegen die pommerellischen Arbeiter vorzugehen! - Auch in Ostoberschlesien kam es zu wirtschaftlichen Aufständen. In Lipine sammelten sich 300 Arbeitslose, darunter viele Frauen, und verlangten Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Diese konnte aber wegen Geldmangels nicht erfolgen, und so stürmten die Frauen auf den Markt und plünderten die Bäckerstände. Derartige schwere innere Krisen lähmten den polnischen Eroberungsdrang. Alle Tanks und Kanonen nützen nichts, wenn das Staatsgefüge innen morsch ist. Die innere polnische Schwäche war der beste Bundesgenosse Deutschlands und zugleich der

Deutsche unter Fremdherrschaft 300

hatte seine günstige Gelegenheit verpaßt, 1923, zum Heile Deutschlands. Die Welt aber erkannte im Frühjahr 1932, daß die Zeit für einen neuen Krieg noch nicht gekommen war, da die tiefe bolschewistische Zerrüttung des polnischen Heeres das Aufflammen eines neuen Weltbrandes im europäischen Osten verhindert hatte. Das, was in Polen allen Augen offenbar wurde, schwelte mehr oder weniger latent unter der Oberfläche aller mittel- und westeuropäischen Völker. Europa wand sich noch in den Fieberdelirien, welche eine versinkende Zeit von einer neuen aufziehenden scheiden - und das war die Rettung des deutschen Ostens! Dennoch verschärfte sich seit Sommer 1932 das geistige Ringen um den Korridor außerordentlich. Nie vorher erkannte Polen die Gefahren so erschreckend, wie zu der Zeit, da die deutsche Reichsregierung mit Entschlossenheit um die Gleichberechtigung zu kämpfen begann. Das böse Gewissen vor der „wachsenden Gefahr des deutschen Neomilitarismus“ gönnte den Polen keine Ruhe mehr. Ende 1932 ließ sich der „Kurjer Marszawski“ folgendermaßen aus: „Der Schwerpunkt polnischer Verteidigung hat sich von Osten nach der westlichen Grenze verschoben.“ Deutschland plane, so phantasierte die Zeitung, einen umfassenden Angriff gegen die baltischen Staaten, gegen Polen und Rußland. „Im Rahmen dieses deutschen Planes stellt sich die Revision des Korridors lediglich als erste Etappe dar. Polen, das Pommerellen verteidigen wird, wird nicht nur um eigene Interessen, sondern gleichfalls auch um die Sicherheit des ganzen europäischen Ostens kämpfen. Ähnlich wie Belgien im Rahmen des europäischen Paktes um seine Sicherheit bestrebt ist und hierbei bei Frankreich und England eine Stütze sucht, so mußte auch Polen im Rahmen des europäischen Sicherheitsvertrages an eine solidarische Verteidigung des ganzen europäischen Ostens denken, der durch die Fortschritte des deutschen Neomilitarismus bedroht wird.“ Alte, seit sieben Jahren gehegte und doch nie erfüllte Wünsche nach einem Ost-Locarno wurden wieder wach. Im Rahmen dieser polnischen Sorgen wurde auch die im Frühjahr verstärkte Militarisierung des Weichselgebietes mit

300

9. Kapitel: Dauernde Bedrohung 301

Eifer fortgesetzt. So wurden Tausende von Eisenbahnern in militärischen Formationen zusammengefaßt. Die Jugend, die noch nicht militärpflichtig war, wurde in kleineren Verbänden organisiert und von aktiven Offizieren im Gebrauch der Waffe ausgebildet. Das im Frühjahr und Sommer umfassend eingeführte System wurde vertieft und intensiviert. Allein im Kreise Graudenz bestanden 36 Gruppen mit 800 Jugendlichen, die in planmäßigen Unterweisungen auf ihre bevorstehende Aufgabe, das Weichselgebiet gegen den befürchteten deutschen Angriff zu verteidigen, vorbereitet wurden.

301

ZEHNTES KAPITEL

Der Kampf der Litauer gegen die Memeldeutschen 302

Gleichsam wie eine Brücke zwischen dem deutschen Volk und seinen Vorposten im Baltikum schmiegt sich das Memelland an den Unterlauf des Ruß (Memel) und an die Küste des Kurischen Haffes in einer Gesamtlänge von 150 Kilometern von Schalleinigen bis Nimmersatt an, ein Gebiet, 2656,7 Quadratkilometer groß,

durchschnittlich fünfzehn bis zwanzig Kilometer breit, von 141 238 Menschen bewohnt.

In der Geschichte ist das Memelland immer etwas stiefmütterlich weggekommen. Im 13. Jahrhundert, als der Deutschritterorden nach Preußen kam und der 1202 gegründete Schwertritterorden sich durch Livland und Kurland zu verbreiten begann, stand das Memelland als eine außerordentlich dünn besiedelte Wildnis zwischen den beiden Ordensgebieten. Im Norden des Landes, an der Küste des Kurischen Haffes und der Ostsee, von Heydekrug bis Memel wohnten die lettischen Kuren, im Süden, zu beiden Seiten der unteren Memel, befand sich das Siedlungsgebiet der baltischen Schalauer.

Im Jahre 1237 vereinigten sich der Schwertbrüder- und der Deutschritterorden. Der eine stieß von Norden herab und gründete 1252 die Burg Memel, der andere kam von Süden herauf und gründete 1255 Königsberg. Achtzehn Jahre später eroberte der Orden die schalauische Feste, die später Burg Ragnit wurde, gründete hier die Burg Landeshut (Ragnit) 1289 und unterwarf nach jahrelangen, heftigen Kämpfen die Schalauer.

Durch die schweren Jahre des Krieges war die Bevölkerung stark zurückgegangen, und im 14. Jahrhundert siedelten sich Kuren und Deutsche im nördlichen Teil, im Memeler Gebiet, und Schalauer im südlichen Teil, dem Ragniter Gebiet, an, sich im Laufe der Generationen langsam durchdringend. Nach den schweren Pestjahren um 1350 herum verflachte allerdings der Zustrom der deutschen Einwanderer. Noch 1411 gab es vor den Burgen Ragnit und Tilse (Tilsit) über 150 schalauische Familien.

302

10. Kapitel: Geschichte des Memellandes bis 1918 303

Inzwischen war 1328 durch eine Abmachung mit dem livländischen Orden Burg und Gebiet Memel bis zur Heiligen Aa und dem Oberlauf der Minne der Ordensprovinz Preußen zugeteilt, und 1392 ging auch das noch dem Bischof von Kurland gehörige letzte Drittel des Gebiets an die Ordensprovinz Preußen über. Im Frieden von Melnosee 1422 erhielt Ostpreußen und damit auch das Memelland die Grenzen, die bis zum 10. Januar 1920, also fast ein halbes Jahrtausend hindurch, Geltung hatten. Seit seiner Vereinigung mit der Ordensprovinz Preußen teilte das Memelland mit dieser das gleiche Schicksal. Kriegsstürme und Pestkatastrophen brausten über das Land hin, aber ihre Folgen waren in der dünn besiedelten Memeler Wildnis viel verheerender als im übrigen Ostpreußen. Immer wieder wurden die Lücken durch zuwandernde kurische Letten und Schalauer aufgefüllt. Erst in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts begann ein starker Zustrom von Litauern einzusetzen. Zwar der Orden hatte keine besondere Freude über diese Zuwanderung der Litauer, und die litauischen Fürsten selbst waren sehr unwillig über die Flucht ihrer Bauern ins Ordensland. Immerhin halfen diese Fremdlinge das wüste und einsame Gebiet besiedeln, und um 1540 herum hatten die herzoglichen Amtshauptleute in den Ämtern Ragnit und Tilsit 106 neue Ortschaften mit den litauischen „Neusaßen“ gegründet. Ein besonders starker Zuzug litauischer Kolonisten erfolgte in den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges, des Preußischen Krieges und des Nordischen Krieges, hauptsächlich, als Ostpreußen und Memelland unter den schweren Pestjahren 1709 und 1710 außerordentlich stark gelitten hatte. Dann aber versagte der litauische Zustrom mehr und mehr. Seit den Tagen König Friedrich Wilhelms I. kamen deutsche Bauern ins Land, Salzburger, Schwaben, Schweizer, Rheinländer, und nun verbreitete sich das deutsche Volkstum auf dem Lande, während es bisher nur das städtische Bürgertum und die Beamten, Geistlichen und Gewerbetreibenden in den Dörfern umfaßte. Von nun an schlug der deutsche Bauer feste Wurzel im Memelland. An den Handelsplätzen hatten sich im 17. und 18. Jahrhundert englische und schottische Familien niedergelassen, und im

303

19. Jahrhundert setzte ein starker Zuzug jüdischer Familien ein. In Memel, wo es 1800 noch keine Juden gab, zählte man 1880 mehr als 1200 jüdische Menschen. Memel, Tilsit, Ragnit, Heydekrug waren deutsche Kulturzentren, von hier aus verbreitete sich mit siegender Kraft das Deutschtum über das ganze Land, sich auf einen festen, deutschen Bauernstamm stützend. Schalauer und Letten waren schon früh von der deutschen Kultur aufgesogen worden, und die Durchdringung litauischer Volksteile mit deutscher Kultur hatte vor dem Weltkriege bereits sehr große Fortschritte gemacht.

Immerhin fallen in jene Zeit nach der Begründung des deutschen Kaiserreiches auch die ersten Regungen des litauischen Nationalbewußtseins. Ende der 1870er Jahre gründete Sauerwein die erste litauische Volkspartei, politische Tageszeitungen in litauischer Sprache begannen im Memelland zu erscheinen, und 1898 kam der erste litauische Abgeordnete in den Deutschen Reichstag. Aber allen diesen Vorgängen fehlte die eigentliche feindselige Schärfe. Und noch 1917 klagte Dr. Gaigalat, daß die preußischen Litauer zu den national gleichgültigsten Völkerschaften gehörten und ihre Nationalität kaum je vertreten würden. Im Memelland wurden 1910 gezählt 141 238 Einwohner, von denen 73 809 oder 52,3 Prozent die deutsche und 67 124 oder 47,5 Prozent die litauische Muttersprache besaßen. Dennoch vermochten 1919 einige wenige nationalistische Heißsporne der litauischen Minderheit, vor allem Simonaitis, Borchert und Gailus, das Memelland in die größte Verwirrung zu stürzen. Sie erstrebten die Lösung des Memellandes vom zusammengebrochenen Deutschen Reiche, brachten im April 1919 einen litauischen Nationalrat (Taryba) für „Preußisch-Litauen“ zustande, schickten ihre Abgesandten nach Versailles und ließen die Abtrennung des Memellandes aufs eifrigste betreiben. Zwar wehrten sich die deutschen Memelländer gegen diese Umtriebe. Sie erhoben, 98 Prozent der Einwohner des Kreises Heydekrug und 78 Prozent der Einwohner des Kreises Memel, bei der Entente im April 1919 Einspruch gegen eine Angliederung an Litauen, aber mit recht wenig Erfolg. Ebenso

304

10. Kapitel: Versailles 305

ergebnislos waren die gewaltigen Protestkundgebungen in Memel, Heydekrug und andern Orten. Sogar im Kreise Heydekrug, der 1910 unter 43 309 Einwohnern 22 968 Litauisch Sprechende zählte, (er war neben Memel-Land, wo von 40 500 Einwohnern 25 750 sich zur litauischen Sprache bekannten, der zweitstärkste „litauische“ Kreis des Memellandes) sprachen sich von 23 399 Wahlberechtigten 21 758 gegen den Anschluß an Litauen aus!

Die Überzeugung der in Versailles maßgebenden Staatsmänner, allen voran Clemenceaus, war, daß das Memelland „stets litauisch war“, wie Clemenceau in seiner Note vom 16. Juni 1919 dem Einspruche des Grafen Brockdorff-Rantzau entgegnete. So kam es denn, daß Artikel 99 des Versailler Vertrages folgendes bestimmte: „(1.) Deutschland verzichtet zugunsten der verbündeten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Titel, die sich auf die Gebiete zwischen der Ostsee, der Nordostgrenze Ostpreußens, wie sie in dem Artikel 28 des Teiles II (Grenzen Deutschlands) des gegenwärtigen Vertrages beschrieben ist, und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Rußland beziehen. (2.) Deutschland verpflichtet sich, die Bestimmungen anzuerkennen, welche die verbündeten und assoziierten Hauptmächte in bezug auf diese Gebiete treffen werden, insbesondere, was die Staatsangehörigkeit der Einwohner anlangt.“

Dies war zunächst eine Zwischenlösung. Das Memelland wurde von den Alliierten gewissermaßen als Niemandland beansprucht, da sie noch nicht wußten, was sie endgültig daraus machen würden. Es gab immerhin genug schwerwiegende Bedenken, ein Land mit litauischer Minderheit bedingungslos dem neuen Litauen, das übrigens noch nicht einmal de jure anerkannt worden war, anzugliedern. Ein solches Verfahren

wäre ein offener Hohn auf das so viel gepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker gewesen. An dieses kehrte man sich allerdings wenig, sonst hätte man der Forderung der Memelländer nachgegeben und eine Volksabstimmung herbeigeführt. Aber Polen hatte Absichten auf Memel, und das bereitete den Friedensmachern Sorge, da nun schlechterdings kein einziger Pole in dem Lande anzutreffen war.

305

Deutsche unter Fremdherrschaft 306

Am 10. Januar 1920 mußte das Memelland aus dem Deutschen Reiche ausscheiden. Der Protest und der Unwille der Memeldeutschen änderte nichts an dieser Tatsache. Mitte Februar kam der französische General Odry mit Heeresmacht und besetzte das Land im Auftrage der Alliierten, als Zivilkommissar wurde der Franzose Petisne eingesetzt. Dieser berief ein Landesdirektorium und einen Staatsrat und ließ das Gebiet autonom verwalten.

Die litauische Minderheit beschäftigte sich sogleich mit einer tatkräftigen Wühlarbeit. Zunächst wurde die Einführung des litauischen Schulunterrichts geplant. Aber sofort war der 1919 gegründete „Deutsch-litauische Heimatbund“ auf dem Plane - der 68 535 eingeschriebene Mitglieder - 95 Prozent aller Erwachsenen - zählte und 1921 die von den Litauern herbeigeführte Befragung der Eltern des platten Landes über die Forderung des litauischen Schulunterrichts zuungunsten der Litauer ausfallen ließ. Das Ergebnis war, das nur 11,2 Prozent der ländlichen Volksschüler Religionsunterricht in litauischer Sprache, aber 2,2 Prozent litauischen Lese- und Schreibunterricht erhalten sollten! Zur gleichen Zeit lehnten die wirtschaftlichen Körperschaften und Verbände den Anschluß an Litauen ab und forderten die Selbständigkeit des Memelgebiets. Es entstanden ein „Verband memeltreuer Litauer“ und eine „Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memel“, die ebenfalls sehr energisch gegen den Anschluß auftraten.

Diesen Abwehrbestrebungen arbeitete die kaum 10 000 Köpfe zählende „großlitauische“ Minderheit mit allen Mitteln entgegen. 1920 mußten litauische Zeitungen in Memel ihr Erscheinen einstellen, an ihre Stelle traten großlitauisch orientierte Blätter in deutscher Sprache, die „Memeler Landeszeitung“, die „Nachrichten der Wirtschaftsparteien“, die „Memelgauzeitung“. Die Finanzierung dieser Propaganda geschah von Kowno aus.

Mit einer geradezu eisernen Selbstverständlichkeit beauftragte am 21. November 1921 der litauische Landtag die Regierung, die nötigen Schritte wegen der Angliederung des Memelgebietes zu unternehmen. Eine solche müsse erfolgen wegen der „wirtschaftlichen Interessen“ und der „nationalen Ziele des bedeutendsten Teiles seiner Bevölkerung“ auf der Grundlage

306

10. Kapitel: Litauens Absichten 307

„aller Rechte eines abgesonderten autonomen Bestandteiles auf demokratischer Grundlage“. Die litauischen Staatsmänner wandten sich dann auch in diesem Sinne an die Botschafterkonferenz in Paris. Die aber zögerte, irgendeinen Entschluß zu fallen, und zwar aus guten Gründen. Denn Polen und Sowjetrußland erhoben Einspruch gegen die Angliederung des Memelgebietes an Litauen, und auch diese beiden Staaten machten ihre „wirtschaftlichen Interessen“ geltend. Vor allem aber wollten die Memelländer selbst nichts von Litauen wissen. Im Frühjahr 1922 wurden 54429 Unterschriften wahlberechtigter Personen - es waren von diesen etwa 80 Prozent - gesammelt, die für einen selbständigen Freistaat eintraten. Anfang August 1922 gab sich Litauen endlich eine Verfassung, und die Botschafterkonferenz sowie die Vereinigten Staaten konnten nicht mehr umhin, den neuen Staat de jure anzuerkennen. Sofort nahm Litauen die Gelegenheit wahr, und sein Minister Jurgutis sandte am 21. August 1922 eine Note an Poincare, dem Vorsitzenden der

Botschafterkonferenz, worin folgendes gefordert wurde:

Die litauische Regierung spreche die Überzeugung aus, daß nach der Anerkennung Litauens de jure von seiten der verbündeten Mächte und der Vereinigten Staaten nun keine Hindernisse mehr für den Anschluß des Memelgebietes an Litauen bestehen würden. Die litauische Regierung erinnerte mit Dankbarkeit an die Antwort der verbündeten Mächte, an die deutsche Delegation der Friedenskonferenz vom 16. Juni 1919, worin von den Verbündeten erklärt worden sei, daß das „erwähnte Gebiet stets litauisch war“ und „daß Memel und sein Gebiet den Verbündeten und den Vereinigten Staaten in Obhut gestellt wird, bis das Statut des litauischen Staates festgesetzt wird“. In Anbetracht dessen, daß diese Bestimmung mit der Anerkennung Litauens de jure realisiert werde, hoffe die litauische Regierung, daß die Regierungen der verbündeten Mächte und der Vereinigten Staaten den Entschluß fassen werden, entsprechend dem Artikel 99 des Versailler Vertrages sämtliche Rechte und Titel des Memelgebietes auf Litauen zu übertragen.

307

Deutsche unter Fremdherrschaft 308

Die Botschafterkonferenz jedoch fand noch keine Entscheidung. Um so mehr, als die Polen wieder kräftigen Einspruch erhoben. Ja, als im November 1922 eine Deputation der Memelländer persönlich in Paris erschien, sagte Poincare dieser die Schaffung eines Freistaates zu. Zu allem Überfluß sandte noch Litwinow, der stellvertretende Außenkommissar Sowjetrußlands, am 22. Dezember 1922 eine Note an Lord Curzon, Poincare und Mussolini, worin er verlangte, daß Rußland an den Beratungen der Botschafterkonferenz über Memel teilnehmen solle, da das Memelgebiet wirtschaftlich eng mit den Sowjetrepubliken Rußland und Weißrußland verbunden sei. Den Memeler Hafen könnten die Russen nicht entbehren. Die Russen strebten zum mindesten nach einem Verhältnis zu Memel wie Polen ein solches zu Danzig hatte. In Kowno erkannte man, daß man auf dem bisherigen Wege zu keinem Abschluß kam. Man mußte eine vollendete Tatsache schaffen, man mußte die Gelegenheit beim Schopfe fassen. Diese Gelegenheit bot sich sehr rasch.

Am 10. Januar 1923 marschierten die Franzosen und Belgier nach vorhergehender Ankündigung ins deutsche Ruhrgebiet ein. Ganz Europa geriet in Verwirrung und Erregung. Litauen hatte Zeit, unbemerkt seinen Handstreich vorzubereiten. Am gleichen Tage, da die französischen Soldaten ins Gebiet der Ruhr einbrachen, setzten sich litauische Freischärler, unterstützt von regulären Truppen, unter dem Befehl des Obersten Budrys von Tauroggen aus auf der Straße nach Tilsit in Marsch und überschritten die Grenze des Memelgebietes bei Laugszargen. Vier Tage später brachen die Litauer hoch im Norden bei Bajohren, zehn Kilometer östlich der Ostsee, über die Grenze vor in Richtung Memel. Die Franzosen in Memel waren überrascht. Sie hoben vor Memel Stellungen aus und bauten Maschinengewehre ein und bereiteten alles zur Abwehr der Eindringlinge vor. Der Kommissar Petisne erließ einen Aufruf, worin er erklärte, er werde alle Mittel anwenden, um den Litauern entgegenzutreten.

Inzwischen war die litauische Minderheit in Memel auch nicht müßig gewesen. Das „Hilfskomitee zur Errettung Kleinlitauens“ in Memel, das von Kowno aus in jeder Weise unter-

308

10. Kapitel: Litauens Überfall 1923 309

stützt worden war, bildete sofort einen „Zentralausschuß zur Verteidigung des Memelgebietes“, an dessen Spitze Simonaitis trat. Dieser ließ Flugblätter verteilen, worin er bekannt machte, daß der Zentralausschuß die Regierung übernommen habe und daß Petisne zurücktreten solle. Auch der Abzug der französischen Truppen wurde verlangt. Ja, die Kreise um Simonaitis versuchten

sogar, allerdings mit geringem Erfolg, die Bevölkerung zu Protestaktionen gegen den französischen Kommissar zu veranlassen.

Die Übermacht der Litauer - man schätzte die Zahl der als „Freischärler“ getarnten, in das Land eingefallenen litauischen Soldaten auf sechstausend - war unterdessen vor Memel angekommen. Ein heftiger Kampf mit den Franzosen entbrannte, aber diese fühlten sich schon sehr rasch als die Unterlegenen und hißten am 15. Januar in Memel die weiße Fahne. Die Litauer drangen in die Stadt ein, verhängten den Belagerungszustand und kümmerten sich nicht weiter um Petisne, welcher der Form wegen feierlichen Einspruch gegen die brutale Gewalttat erhob.

Die Botschafterkonferenz entsandte sofort eine Sonderkommission nach Memel, welche zunächst die litauischen Forderungen ablehnte. Bald erschien eine zweite Sonderkommission und untersuchte die „Wahrheit über einige sehr komplizierte, das Memelland betreffende Fragen, welche die litauische Diplomatie und Propaganda mutwillig verschleiert und verdreht hat“. Im Gutachten dieser Kommission vom 6. März 1923 hieß es, daß die litauische Regierung nur von dem Teil der Memeler Litauer unterstützt werde, „der sich um die Taryba scharte und deren Zahl nach Angaben, die der Vorsitzende des Hilfskomitees für Klein-Litauen und der moralische Führer der Taryba machte, um den 10. Januar nicht größer als 6000 bis 10 000 Personen war“. Während sich sämtliche Führer der Deutschen, mit denen die Kommission zusammengetroffen sei, für einen Volksentscheid über die Unabhängigkeit des Memelgebietes ausgesprochen hätten, habe kein Taryba-Litauer den Wunsch nach einem Plebiszit gezeigt. Diese Tatsache zeige deutlicher als alle Statistiken, daß sich die Mehrheit der Bewohner nicht aus Litauern zusammensetze. Der Bericht gipfelte

309

Deutsche unter Fremdherrschaft 310

in der Feststellung: „Die Ostgrenze des Memelgebietes, die frühere russisch-deutsche Grenze, stellt eine wirkliche Scheidewand zwischen zwei verschiedenen Zivilisationen dar. Mindestens ein Jahrhundert trennt sie voneinander. Es ist eine richtige Grenze zwischen West und Ost, zwischen Europa und Asien. . . . Memel hat nie zu Litauen gehört.“

Aber das Unglück war nun geschehen, und in Kowno frohlockte man. Smetona war von der Regierung zum ersten litauischen Gouverneur ernannt worden. Budrys, der Oberbefehlshaber der Freiwilligenarmee von Memel, forderte von Oberst Trousson, dem derzeitigen Kommandanten der alliierten Truppen, den Abzug der französischen Soldaten. Auch die inzwischen im Memeler Hafen eingetroffenen Kriegsschiffe der Alliierten sollten verschwinden. Budrys bemerkte, er habe in Memel viele französische Soldaten in Zivil festgestellt. Diese hätten die Absicht, gemeinsam mit der Gendarmerie des früheren Direktoriums und unter Beihilfe von Landungstruppen im geeigneten Augenblick die litauische Freiwilligenarmee zu überfallen. Budrys drohte, daß er jeden, der mit einer Waffe betroffen werde, vor ein Kriegsgericht stellen und erschießen lassen werde.

Das war denn doch zuviel. Am 1. Februar stellte die Botschafterkonferenz der litauischen Regierung in Kowno ein Ultimatum, binnen sieben Tagen die Aufständischen aus Memel zurückzuziehen. Die Regierung in Kowno dachte nicht daran. Am Tage, da das Ultimatum ablief, dem 8. Februar, erklärte sie der Botschafterkonferenz, die Ereignisse im Memelgebiet seien nur dadurch hervorgerufen, daß man keine Anstalten getroffen habe, die mangelhafte Verwaltung des Gebietes abzuändern, und daß man die Erfüllung der von der „Mehrheit“ gestellten Forderungen solange hinausgeschoben habe. Natürlich liege es auch im Interesse Litauens, daß die Autorität des Verbandes in Memel wiederhergestellt werde. Die Regierung werde die sofortige Rückkehr der Freiwilligen fordern und wolle die Memeler Aufständischen dahin beeinflussen, daß sie sich mit den Alliierten verständigten.

Der Form nach wurde auch die Autorität der Alliierten wieder hergestellt.

Simonaitis mußte am 15. Februar weichen, und Petisne setzte ein Landesdirektorium Gailus ein. Aber
310

10. Kapitel: Nachgeben der Alliierten 311

schon am 18. Februar übergab die Botschafterkonferenz die Souveränität des Memelgebietes auf Grund der völkischen und wirtschaftlichen Bande, die Memel und seine Umgebung mit den litauischen Gebieten verbänden, an Litauen. Doch wurde die litauische Regierung verpflichtet, dem Memellande eine autonome Verwaltung und eine Volksvertretung zu geben, sowie „Institutionen, welche mit der amtlichen Anerkennung der beiden im Gebrauch befindlichen Sprachen den Grundsatz der Gleichheit zwischen allen Einnahmen anerkennen, welche auch ihre Rasse, ihre Sprache und ihre Religion sein möge,“ zu respektieren.

Am nächsten Tage bestiegen die französischen Truppen ihre Schiffe und verließen das Land. Tschitscherin, der in der Folgezeit zwei Protestnoten an die Westmächte absandte, erhielt keine Antwort. In Memel selbst kam es nach dem Abzug der Franzosen Ende Februar zu Unruhen. An den Straßenecken erschienen Plakate, die in Maschinenschrift angefertigt waren und den Wiederanschluß an Deutschland forderten. Eine Menge von mehreren tausend Menschen, Erwerbslosen, denen die Unterstützung nicht gezahlt werden konnte, strömte zusammen, demonstrierte für Deutschland und sang das Deutschland-Lied. Oft mußten die litauischen Jäger und Husaren eingreifen und auf die Menschen einhauen, bis es ihnen schließlich gelang, die bis zur Wut gereizten Massen zu zerstreuen. Mit Grimm trugen die Memelländer die Last der Fremdherrschaft, von der sie sich nicht mehr befreien konnten, denn sie waren von aller Welt verlassen. Anfang Mai erschien der litauische Ministerpräsident Galvanauskas in Memel und ernannte dem Oberst Budrys, den Eroberer des Memellandes, zum Gouverneur. In der Präfektur verkündete Galvanauskas im Namen seiner Regierung die Autonomie des Memelgebietes. Wie diese aussah, erfuhren die Memelländer alsbald. Am 28. Mai 1923 machte das aus Großlitauern bestehende Landesdirektorium des Präsidenten Gailus bekannt, daß vom 10. Juni ab das Memelland in das litauische Zollgebiet aufgenommen werde und daß an diesem Tage die deutsche Mark aufhöre, als Zahlungsmittel zu gelten. Als einzige Währung komme von nun an nur noch der Lit in Frage. Anfang August

311

Deutsche unter Fremdherrschaft 312

wurden die Eisenbahnen dem Eisenbahnministerium in Kowno unterstellt und der gesamte Zugverkehr aus dem Memelgebiet nach dem deutschen Ostpreußen abgebrochen. Eine große Anzahl deutscher Beamten wurde damals entlassen.

In Paris unterdessen arbeitete die Botschafterkonferenz an dem Memelstatut. Die Memelländer, die es doch in der Hauptsache anging, wurden dabei nicht befragt. Sie bildeten lediglich das Objekt der Beratungen, trotzdem sie im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker das Subjekt hätten sein müssen. Endlich war das Memelstatut fertig. Es setzte die Regierungsweise des Memellandes, sein Verhältnis zu Litauen fest, das auf die Autonomie gegründet war. Dann aber enthielt es auch einige Bestimmungen über den Memeler Hafen. Ein Hafenrat sollte gebildet werden, der aus einem Vertreter Litauens, des Memellandes und Polens bestehen sollte, ein Streifen im Memeler Hafen sollte auf 99 Jahre an Polen verpachtet werden, und schließlich sollte den Polen freier Transitverkehr auf dem Njemen und den litauischen Eisenbahnen gewährt werden.

Diese Bestimmungen wegen Polen gefielen den Litauern nicht, und am 28. August 1923 lehnte die Regierung in Kowno das Memelstatut der Botschafterkonferenz ab. Nun übergab die Botschafterkonferenz den Fall dem Völkerbund. Mitte Januar 1924 wurde in Genf eine Memelkommission gebildet, deren Vorsitz in die Hände des

amerikanischen Finanzmannes Norman Davis gelegt wurde. Zwei Monate später konnte dieser dem Völkerbunde mitteilen, daß in der Frage des Memeler Hafens und des Verkehrs dorthin zwischen Litauen und Polen eine Einigung erzielt sei. Am 28. März 1924 kam zwischen Frankreich, England, Italien und Japan einerseits und Litauen andererseits die Memelkonvention zustande. Sie bestand aus achtzehn Artikeln und drei Anlagen: dem Memelstatut, dem Hafenstatut und dem Statut über den Transitverkehr. Darin wurde zunächst die Verfassung und Verwaltung des Memellandes unter der Souveränität Litauens festgelegt. Die Regierungs-, Gesetzgebungs- und Verwaltungsbefugnisse des litauischen Staates beschränkten sich auf die auswärtige Politik, die Landesverteidigung, das Münz-

312

10. Kapitel: Memelkonvention 313

wesen, die Post, Eisenbahn, Zölle, Monopole und die Grenz-, Zoll- und Eisenbahnpolizei. Die litauische Verfassung gilt im Memelgebiet nur „grundsätzlich“ und insoweit, als sie nicht mit dem Memelstatut im Widerspruch steht. Die autonome Verwaltung des Memelgebiets erstreckt sich vor allem auf die Gemeinden und Kreise, das Religions-, Unterrichts-, Zivil-, Rechts-, Steuer-Armen-, Gesundheitswesen, die Polizei und die sozialen Einrichtungen. Die deutsche und litauische Sprache sind zu gleichen Rechten Landessprachen. Auch das Wasserrecht und die Lokalbahn sind Angelegenheiten der autonomen Verwaltung. Die Memelländer wählen nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht ihren Landtag, der legislative Gewalt besitzt. Die litauische Regierung in Kowno ernennt einen Gouverneur für das Memelgebiet. Die Rechte des Gouverneurs sind folgende: ein kurzfristiges und sachlich beschränktes Vetorecht gegen die Gesetze des Landtages, Ernennung des Präsidenten des Direktoriums, der des Vertrauens des Landtages bedarf, Recht der Auflösung des Landtages mit Zustimmung des Direktoriums. Der Gouverneur hat kein Verordnungsrecht und keine Exekutivgewalt, kein Recht, Beamte der autonomen Behörden zu ernennen oder zu bestätigen oder Verwaltungsakte der autonomen Behörden zu beaufsichtigen. Zwischen diesem litauischen Gouverneur und dem Memelländischen Landtag steht die Regierung, das Landesdirektorium, als Bindeglied. Dieses Direktorium, das die exekutive Gewalt besitzt, besteht aus dem vom Gouverneur berufenen Präsidenten und zwei, höchstens aber vier Direktoren, die Bürger des Memellandes sein müssen. Dieses drei-, bzw. fünfköpfige Landesdirektorium muß das Vertrauen des Landtags besitzen. In diesen drei Gewalten: Gouverneur, Landesdirektorium, Landtag wurde die Souveränität Litauens mit der Autonomie des Memellandes verschmolzen. Der von den Litauern später aus Memel vertriebene Landgerichtsrat Albrecht Rogge charakterisiert die memelländische Verfassung folgendermaßen: „Das Kernstück ist eine territoriale Autonomie unter der Oberhoheit des litauischen Staates. Das Gebiet selbst ist als eine autonome Einheit anerkannt, die sich selbst Gesetze gibt und sich selbst verwaltet. Von einer

313

Deutsche unter Fremdherrschaft 314

bloß personell bestimmten Kulturautonomie, wie sie den echten Minderheiten verliehen ist oder von ihnen angestrebt wird, ist man hier fortgeschritten zu einer personell und territorial fundierten politischen Autonomie, zur Gründung eines selbständig organisierten staatsartigen Verbandes mit eigenen Hoheitsrechten. Territorial: denn das Memelgebiet bleibt ein Sonderbestandteil des litauischen Staates nach Art eines Bundesstaates und bildet als solcher den Machtbereich der autonomen Organe, deren Befugnisse an seinen Grenzen beginnen und enden. Der litauische Staat ist durch die Angliederung des Memelgebietes aus einem Einheitsstaat zu einem Staatenstaat (mit dem Memelgebiet als Unterstaat) geworden.

Aber auch personell: denn nur die „Bürger des Memelgebietes“ - die sich mit der litauischen Staatsangehörigkeit nicht decken - genießen in diesem Gebiet politische Rechte ... Alles in allem: ein Bild, das mit der Verfassung der britischen Dominien große Verwandtschaft aufweist.“

Für die Polen war die Memelkonvention ein Stein des Anstoßes. Schon am 7. März 1924 hatte der Sejm in Warschau das volle und uneingeschränkte Transitrecht durch Litauen auf allen nach Memel führenden Land- und Wasserstraßen gefordert, da der Hafen von Memel für die wirtschaftliche Entwicklung Wilnas sehr große Bedeutung besäße. Als die Memelkonvention endlich geschlossen war, protestierte Polen Mitte April dagegen bei Poincare. Dieser leichte Sieg, so argwöhnten die Polen, die ein schlechtes Gewissen hatten, werde Litauen ermuntern, nun auch in der Wilna-Frage feindselig gegen Polen vorzugehen.

Auch Rußland war unzufrieden. Schon beim Abschluß der Memelkonvention Mitte März 1924 erklärte Tschitscherin in Kowno und Genf, daß die Konvention die Interessen Sowjetrußlands verletze und daher von Rußland für null und nichtig erklärt werde. Dem Frieden in Osteuropa drohe schwere Gefahr. In den letzten Julitagen 1924 kam die Memelkonvention vor den litauischen Sejm und wurde dort angenommen. Somit waren die Rechte der Memelländer verbrieft und beschworen, und die Litauer waren verpflichtet, diese Rechte zu achten.

314

10. Kapitel: Beginn des Terrors 315

Aber sie waren weit entfernt, dies zu tun. Budrys schaltete und waltete in Memel wie ein Diktator; er entließ deutsche Beamte und Lehrer, hielt die Deutschen von den öffentlichen Ämtern fern und zog immer mehr Litauer ins Land. Gailus, der Präsident des Landesdirektoriums, war sein treuer Helfer und Vollstrecker seines Willens, ohne daß ihn ein Landtag daran hindern konnte, denn die Wahlen waren noch nicht festgesetzt. Daß unter diesen Umständen die Memelländer ihren neuen Herren nicht wohlgesinnt waren, war kein Wunder. Ganz besonders grollten sie über das diktatorische Regiment und waren unwillig, daß keine Wahlen zum Landtag vom Gouverneur angesetzt wurden. Der Ministerpräsident Tumenas klagte Anfang November im litauischen Sejm, daß die Lage im Memelgebiet recht ungünstig sei, die Bevölkerung sei nicht nur mit der gegenwärtigen Regierung unzufrieden, sondern sie äußerte vor allem auch Abneigung gegen die litauische Staatsgewalt. Wahlen könnten im Memelland noch nicht vorgenommen werden, da nach der Verfassung nur gleichzeitige Wahlen für das gesamte litauische Staatsgebiet zulässig seien. Das war ein sehr fadenscheiniger Grund, der wahre Grund war vielmehr, daß Budrys die Zeit ausnutzen und vor den Wahlen das Memelland gründlich entdeutschen sollte. Doch konnte Budrys seinen Gehilfen Gailus nicht auf die Dauer halten, der Gegensatz zur Bevölkerung war allzu kraß geworden. So trat der Präsident Gailus am 5. Februar 1925 zurück, sein Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter Borchert, ein Führer der Großlitauer im Memelland. Dieser verfügte, daß in den Volksschulen, überall dort, wo die Mehrzahl der Eltern litauisch spreche oder auch nur litauische Namen habe, die Unterrichtssprache litauisch sein solle. Daß die Volksabstimmung vom Jahre 1921 gegen die litauische Schulsprache ausgefallen war, spielte bei dem diktatorischen Vorgehen der litauischen Regierungsmänner keine Rolle.

Den ganzen Sommer über ging der heimliche, aber erbitterte Kleinkrieg zwischen dem Gouverneur und seinem Werkzeug, dem Präsidenten, einerseits und der Bevölkerung andererseits weiter. Wie heftig dieser Kampf tobte, beweist allein die Tatsache, daß in jener Zeit zehn Prozent der gesamten Bevöl-

315

Deutsche unter Fremdherrschaft 316

kerung - 7315 Männer mit 2238 Ehefrauen und 5319 Kindern - für Deutschland optierten. Von den Wahlberechtigten war diese Zahl sogar 14 Prozent. Die Verfügung über die litauische Schulsprache, die gegen den Willen der Eltern ergangen war, führte sogar zu ausgedehnten Schulstreiks. Die memelländische Bevölkerung hatte bereits beim Völkerbund eine Beschwerde eingereicht: Litauen verletze die Konvention, indem es im Memelland durch Verhinderung und Verzögerung der Landtagswahlen den verfassungsmäßigen Zustand noch nicht hergestellt habe. Auch werde die autonome Verwaltung beeinträchtigt; weil Litauen seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkomme. Die litauische Regierung war nun doch wohl oder übel genötigt, dem regierungslosen Zustand im Memellande ein Ende zu bereiten. Die Landtagswahlen fanden am 19. Oktober 1925 statt und brachten für die Litauer ein wahrhaft niederschmetterndes Ergebnis: 24 101 Stimmen oder 11 Abgeordnete erhielt die Memelländische Wirtschaftspartei, 23 372 Stimmen oder 11 Abgeordnete bekam die Memelländische Volkspartei, die Sozialdemokraten erreichten 9993 Stimmen oder 5 Abgeordnete - und die litauischen Parteien zusammen 1692 Stimmen oder 2 Abgeordnete! Von 62 664 abgegebenen Stimmen konnten die Litauer nicht mehr als 2,7 Prozent erhalten. Die Statthalter Litauens waren im ersten Augenblick total erschüttert. Der Gouverneur Budrys bekam aus Kowno keine Schmeicheleien zu hören. Mit Schanden bedeckt nahm er am 2. November seinen Rücktritt. Eine Woche später fand er im Konsul Zilius einen Nachfolger. Drei Tage vor der Landtagsversammlung, die auf den 23. November festgesetzt war, - am 20. November - trat das Landesdirektorium insgesamt zurück, angeblich, da seine Aufgabe nach den Wahlen erfüllt sei, in Wahrheit, um nicht die Schmach eines überwältigenden Mißtrauens über sich ergehen lassen zu müssen.

Der Professor Woldemaras schrieb zu dem Wahlergebnis: „Die Wahlen sind das erste deutliche Zeichen, daß das Gebiet gegen Litauen gerichtet ist und wieder zu Deutschland zurück will.“ Aber Litauen ließ nicht locker. Auch die neuen Männer, die nach Budrys und Gailus kamen, versuchten sich in denselben

316

10. Kapitel: Die ersten Wahlen 317

Methoden wie die bisherigen, und so ernannte Zilius am 1. Dezember 1925 den Landesdirektor der litauischen Bank, Juosupaitis, zum Präsidenten des Landesdirektoriums, aber schon am folgenden Tage spricht ihm der Landtag mit allen Stimmen gegen die beiden Litauer das Mißtrauen aus. Juosupaitis muß also wieder verschwinden. Am 11. Januar 1926 ernennt Zilius den Landrat des Kreises Heydekrug, Simonaitis, der bereits 1923 eine Rolle gespielt hatte, zum Präsidenten, und dieser beruft vier weitere Direktoren, zur Hälfte Großlitauer, in seine Regierung. Diese Männer waren etwas gemäßigter und vorsichtiger. Die Parole des neuen Präsidenten war: „Gemeinsame Arbeit und Memelstatut“. Im Landtag erklärten die deutschen Parteien, infolge der schweren Wirtschaftskrise seien sie gezwungen, sich mit dieser Regierung abzufinden. Schon bald erwies sich Simonaitis für die Memeldeutschen als eine große Enttäuschung. Eine schwere wirtschaftliche Not war über das Land hereingebrochen. Polen ließ kein Holz mehr auf dem Memelflusse verflößen, und so kam es, daß die Memeler Holzindustrie zusammenschumpfte. Von den 40 Sägewerken des Gebietes arbeiteten 1926 nur noch vier. Der Getreidehandel ruhte. Die chemische Düngemittelfabrik „Union“ in Memel legte die Maschinen still. Eine zunehmende drückende Arbeitslosigkeit war die Folge, und die Bevölkerung erkannte es als ihre vornehmste Aufgabe, der großen Not zu steuern. Doch alle Versuche und Gesetzesvorlagen des Parlamentes wurden durch das Veto des Gouverneurs vereitelt.

Dem dauernden Drängen des Landtages war es endlich unter unendlichen Schwierigkeiten gelungen, daß das Direktorium mit Litauen einen Vertrag zustande brachte, wonach dem Memellande ein bestimmter Anteil an den litauischen Staatseinnahmen zugesichert wurde. Aber der Anteil war so gering, daß sich die autonomen Behörden außerstande sahen, ihre nötigsten Bedürfnisse, vor allem die

Unterstützungen für die notleidenden Arbeitslosen, zu bestreiten. Im Landtag erklärte deshalb dessen Präsident Kraus, die lange regierungslose Zeit habe die Arbeit des Landtages praktisch zur Erfolglosigkeit verurteilt. Der Landtag beschloß daher, sich beim Völkerbunde zu beschweren,
317

Deutsche unter Fremdherrschaft 318

daß nach Lahmlegung des Memelhandels und nach Abdrosselung der Memeler Holzsägeindustrie durch die Sperrung des Memelflusses für polnische Flöße die Ausgaben für die Schule, Justiz und Polizei zwar zu Lasten des Memellandes gingen, die Einnahmen aus Zöllen, Monopolen und Post aber nach Kowno flössen und der staatliche Zuschuß von 400 000 Lit monatlich ersetze keineswegs diesen Ausfall. Am 8. März 1926 ist die Abordnung des Memelländischen Landtages in Genf, überreicht dem Generalsekretär Drummond die Denkschrift, darin die Verletzungen des Memelstatuts durch Litauen alle aufgeführt sind. Der Zusammenbruch der autonomen Verwaltung sei in allernächste Nähe gerückt, da das Verhalten der litauischen Regierung finanzielle Schwierigkeiten auf den Gebieten der autonomen Finanzen, Wirtschaft und Verwaltung hervorgerufen habe. Alle Versuche, mit Litauen ein, Einigung herbeizuführen, seien gescheitert. Nun werde der Völkerbundsrat um schleunigste Regelung ersucht.

Die Angelegenheit kommt vor den Rat des Völkerbundes, der litauische Ministerpräsident Woldemaras ist sehr verbindlich und erklärt, daß die litauische Regierung alles tun werde, um der Autonomie des Memellandes Geltung zu verschaffen. Mit dieser geschmeidigen Erklärung ist der Fall erledigt. Nichts ändert sich im Memelland, höchstens daß am 5. August 1926 ein neuer Gouverneur in der Präfektur von Memel einzog: Schalkauskas. Allmählich wird dem Landtag das Verhalten des Großlitauers Simonaitis und seiner Direktoren unerträglich, und am 6. November versagen die deutschen Parteien mit 20 Stimmen dem Präsidenten das Vertrauen. Die fünf Sozialdemokraten und die beiden Litauer enthalten sich der Stimme. Simonaitis tritt zurück und Schalkauskas beruft den früheren Landesdirektor Falk, einen deutschen Renegaten, zum neuen Präsidenten. Falk, der sich den Deutschen gegenüber belastet fühlt, möchte sich außerhalb der mit Spannungen reichgeladenen politischen Atmosphäre stellen und bildet Ende November ein sogenanntes „Arbeitsdirektorium“. Doch schon am 1. Dezember 1926 stürzte der Landtag die neue Regierung durch ein Mißtrauensvotum, das mit 21 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen wurde.

318

10. Kapitel: Litauische Diktatur 319

Eine Woche vor Weihnachten 1926 wurde in Kowno geputscht. Smetona löste den Sejm auf und errichtete eine auf die militärische Macht des Staates gestützte Diktatur. Für das Memelland hätte dies Ereignis sehr bedeutungsvoll sein können, wenn nicht der Gouverneur jetzt, im Hinblick auf die Ereignisse in Kowno, eine viel rücksichtslosere, diktatorischere, deutschfeindlichere Politik eingeschlagen hätte. Das erste, was geschah, war die Verhängung des Kriegszustandes mit seinen unangenehmen Begleiterscheinungen, der Aufhebung der Versammlungs-, Rede- und Preßfreiheit. Der Landtag, der seine 30. Sitzung für den 23. Dezember in Aussicht genommen hatte, mußte diese auf Wunsch des Gouverneurs bis zum 10. Januar 1927 vertagen. Inzwischen ernannte der Gouverneur, ohne sich um die Wünsche der deutschen Mehrheitsparteien zu kümmern, Anfang Januar 1927 den großlitauisch eingestellten Oberstaatsanwalt Schwellnus zum Präsidenten des Landesdirektoriums, und dieser berief noch zwei Direktoren, die ebenfalls Litauer waren. Die Regierung war wieder einmal ganz litauisch. Als sich der Landtag am 10. Januar versammelte, um, der Verfassung gemäß, das Budget zu beraten, erschien der Kriegskommandant von

Memel und verbot die Sitzung. Der Landtagspräsident protestierte. Am 22. Januar aber löste der Gouverneur auf Antrag des Direktoriums, das ein Mißtrauensvotum fürchtete, den Landtag auf ohne Angabe von Gründen. Wieder setzte die parlamentslose Zeit litauischer Diktatur über die Memeldeutschen ein. Schalkauskas, der Gouverneur, setzte sich kühn über die Bestimmung des Memelstatuts hinweg, daß der neue Landtag innerhalb sechs Wochen nach der Auflösung des alten Parlamentes zu wählen sei. Der Wahltermin, der also bis zum 5. März stattfinden mußte, wurde mehrfach verschoben und schließlich überhaupt auf unbestimmte Zeit vertagt. Inzwischen leisteten Schalkauskas, der Gouverneur, und Schwellnus, der Präsident, wichtige Arbeit. Von den etwa 500 deutschen Lehrkräften des Memelgebietes wurden bis zum 31. Juli 44 entlassen. Das Seminar wurde in großlitauischem Sinne umgewandelt: Die alten, bewährten, deutschen Lehrkräfte wurden entlassen, so daß unter 14 Lehrern nur ein gehörig vorge-

319

Deutsche unter Fremdherrschaft 320

bildeter sich befand. Mitte Juli verfügte das Direktorium, daß in allen Fächern außer Mathematik, Zeichnen und Deutsch die litauische Unterrichtssprache zu benutzen sei. Allen memelländischen Beamten, die für Deutschland optiert hatten, wurde gekündigt. In der Justizverwaltung blieben von 31 Richterstellen neun unbesetzt. Die Regierung in Kowno empfahl, zur rascheren Erledigung der nach deutschem Recht zu behandelnden Geschäftssachen die Einstellung ehemals russischer Richter! Um die Deutschen, die für Deutschland optiert hatten, möglichst schnell loszuwerden, wurde ihnen mit der Kündigung zugleich der Ausweisungsbefehl zugestellt. Um aber die Zahl der litauischen Stimmen zu erhöhen, wurde in Kowno das memelländische Wahlgesetz geändert: es wurde auf sämtliche anwesenden Litauer, die nicht das memelländische Bürgerrecht besaßen, ausgedehnt. Der verhängte Kriegszustand wurde in der rücksichtslosesten Weise durchgeführt und machte den deutschen Parteien jede Wahlpropaganda unmöglich. Die Memelländer beschwerten sich über diese Zustände im Mai beim Völkerbund. Der deutsche Außenminister Stresemann unterstützte diese Beschwerde, wozu er auf Grund der Memelkonvention das Recht hatte. Man klagte über das litauische Gewaltregiment: Der Landtag sei aufgelöst, Neuwahlen seien nicht ausgeschrieben; das Wahlrecht sei gewaltsam geändert durch Ausdehnung auf alle anwesenden Litauer; das Landesdirektorium sei ein Werkzeug des Gouverneurs, aber nicht mehr ein Selbstverwaltungskörper, wie es in den Bestimmungen der Memelkonvention sein sollte; die Autonomie sei durch den Kriegszustand tatsächlich beseitigt, die Juitizautonomie werde durch die Kriegsgerichtsbarkeit eingeschränkt, die Rechte der Beamten würden verletzt, der Finanzausgleich bleibe aus. Die Beschwerde hatte wenigstens den Erfolg, daß auf den scharfen Protest Stresemanns hin zunächst die Ausweisungsbefehle vom Gouverneur aufgehoben und daß die Neuwahlen für den 30. August 1927 festgesetzt wurden. Aber Litauen erlebte trotz Terror und Schikanen abermals eine schwere Niederlage. Von insgesamt 54 746 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten die litauischen Parteien 7311, also 13,4 Prozent. (Bei den Wahlen zum Sejm in Kowno, die im Mai 1926 stattfanden,

320

10. Kapitel: Willkürregiment 321

hatten die Litauer von 59 102 Stimmen 8684, d. h. 4,7 Prozent erhalten!) In den neuen Landtag zogen jetzt 10 Abgeordnete der Memelländischen Landwirtschaftspartei (vorher 11), ebensoviel der Memelländischen Volkspartei (vorher 11), 3 Sozialdemokraten (vorher 5), 2 Kommunisten (vorher keiner) und 4 Großlitauer (vorher 2) ein.

Umgehend trat Schalkauskas vom Amte des Gouverneurs zurück, und bereits am 1. September 1927 folgte ihm Merkys, der einst Kriegsminister war und als Gouverneur mit den Vollmachten eines Ministers ausgerüstet wurde. Er ging noch viel rücksichtsloser und grausamer als seine Vorgänger zu Werke. Das erste, was er unternahm, war die Ausweisung dreier deutscher Schriftleiter, dann bis Mitte September, wurden sechzig Eisenbahn- und zwanzig Postbeamte gekündigt. Es spielte gar keine Rolle, daß diese Beamten für Litauen optiert hatten, daß ihre wohl erworbenen Beamtenrechte verletzt wurden. In kürze erreichte die Zahl der gekündigten Beamten 100.

Am 5. Oktober, einen Tag, bevor der neue Landtag sich zum erstenmal versammelte, trat der Landespräsident Schwellnus mit seinem Direktorium zurück. Merkys traf keinerlei Anstalten, einen neuen Präsidenten zu ernennen und dadurch die Bildung einer Regierung zu ermöglichen. Der Landtag mußte erst drohen. Am 5. November beschloß er, alle „erforderlichen Schritte zu erwägen, um angesichts der herrschenden Lage die autonomen Rechte des Memellandes zu wahren“. Auf diese Drohung gab Merkys an sich nicht viel. Aber die litauische Regierung hielt es für geraten, im Memelland eine Entspannung herbeizuführen, um nicht die polnisch-litauischen Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat in Genf zu erschweren. Am 2. Dezember ernannte der Gouverneur Kadgiehn, der ein unbeschriebenes Blatt war, zum Präsidenten, der aber zwei großlitauische und einen memelländischen Direktor in seine Regierung berief. Gerade an dem Tage, da in Genf die Ratstagung eröffnet wurde, am 5. Dezember, stellte sich das Direktorium dem Landtage vor. Kadgiehn erklärte, das Direktorium stehe auf dem Boden der Konvention und wünsche die Zusammenarbeit mit dem Landtage. Die Vertreter der beiden Mehrheitsparteien sprachen ihm das Vertrauen aus, während

321

Deutsche unter Fremdherrschaft 322

die Sozialdemokraten und Kommunisten protestierten und die vier Großlitauer sich neutral verhielten. Der Gouverneur Merkys verfolgte nur das eine Ziel, den Landtag als das Rückgrat der autonomen Verwaltung restlos auszuschalten und zur Bedeutungslosigkeit herabzudrücken. Ein Mittel hierbei war für den Gouverneur, grundsätzlich gegen jedes vom Landtag beschlossene Gesetz sein Veto einzulegen. Aber darüber hinaus wollte er seine Gewalt über den Landtag durch angemäße Rechte begründen. So berief der Gouverneur am 31. Dezember 1927 den Landtag für die ordentliche Sitzung im Januar 1928 ein. Dagegen protestierten die deutschen Mehrheitsparteien, denn der Gouverneur habe nach Artikel 12 des Memelstatuts nur das Recht, den Landtag bei außerordentlichen Sitzungen einzuberufen, zu schließen oder zu vertagen. Die Deutschen seien nicht willens, sich durch den Übergriff des Gouverneurs die Rechte ihres Landtages schmälern zu lassen.

Die Monate gingen hin mit ununterbrochenen Drangsalen gegen die Memelländer. Ausweisungen derer, die für Deutschland optiert hatten, setzten sich in ununterbrochener Reihe fort. Jeder, der sich dem Gouverneur mißliebig machte, mußte das Land verlassen. Vor Weihnachten 1928 erhielt z. B. der Bürgermeister Kude in Heydekrug von Merkys den Befehl, sofort sämtliche Ämter niederzulegen und das Land zu verlassen. Anfang Februar 1930 wurde die Ausweisung der reichsdeutschen Lehrer zum 1. April verfügt. Bei diesen rigorosen Maßnahmen kam dem Gouverneur der seit Dezember 1926 verhängte und noch nicht aufgehobene Kriegszustand sehr zustatten. Die Stimme der öffentlichen Meinung, die Presse, war geknebelt und mußte zu allem schweigen. Doch am 22. Mai 1930 sprach der Landtag dem Präsidenten Kadgiehn das Mißtrauen gegen die Stimmen der Großlitauer aus, da sich der Präsident immer unverhüllter als das willenlose Werkzeug des Gouverneurs erwiesen hatte, und sechs Tage später trat das Direktorium zurück. Merkys griff auf seine Methode von 1927 zurück und ernannte zunächst keinen Direktorialpräsidenten. Es war sein Bestreben, das Direktorium, welches das Band zwischen Gouverneur und Landtag als Körperschaft der autonomen Ver-

10. Kapitel: Willkürregiment 323

waltung bildete, möglichst bedeutungslos zu machen und dadurch auch den Landtag auszuschalten. Aber das war ungesetzlich, ein offener Verstoß gegen die Memelkonvention. Am 10. Juli 1930 verlangte der Landtag, der Gouverneur solle einen neuen Landespräsidenten ernennen, um den ungesetzlichen Zustand durch Wiederherstellung der Verbindung zwischen Landtag und Gouverneur zu beenden. Merkys kümmerte sich nicht um solche Forderungen. Da aber die Herbsttagung des Völkerbundes heranrückte, und in Genf bereits große Beschwerden über die Verletzung des Memelstatutes durch Litauen vorlagen, bequeme sich Merkys schließlich doch, den Memelländern einen Präsidenten nach seinem Willen zu geben. Am 14. August ernannte Merkys den Großlitauer Reigys zum Präsidenten, einen Mann, der in seiner Schroffheit gegen die Deutschen mit Merkys durchaus wetteiferte. Reigys bildete seine Regierung, indem er zwei großlitauische Direktoren berief und die deutschen Mehrheitsparteien vollkommen ausschaltete. Das Memelland hatte wieder eine litauische Regierung ganz im Gegensatz zu den Bestimmungen des Memelstatutes.

Reigys gab am 26. August 1930 dem Landtag sein Programm bekannt, ein Programm, das in seiner zusammengedrängten Form alle bisherigen Verhöhnungen der Autonomie turmhoch überragte. Eine völlige Änderung der Gerichtsverfassung war vorgesehen. Die Regierung werde versuchen, das im Memelland geltende deutsche Recht den individuellen Belangen des Memelgebietes und des Gesamtstaates anzupassen, die deutschen Richter sollten durch litauische ersetzt werden, die nach russischem Rechte urteilten. In den Schulen, die den Verhältnissen Litauens angenähert werden sollten, sollten nur litauische Staatsangehörige als Lehrer wirken, die Ausländer, d. h. die reichsdeutschen Lehrer sollen restlos beseitigt werden. Von allen Beamten müsse verlangt werden, daß sie beide Amtssprachen beherrschen. Diese Forderungen enthielten den offenen Kampf gegen die Autonomie, gegen die Memelkonvention.

Der Landtag konnte nur das eine tun, was er am 29. August auch tat: er sprach mit 25 Stimmen gegen die 4 Großlitauer der Regierung Reigys das Mißtrauen aus. Aber Reigys war

Deutsche unter Fremdherrschaft 324

gewappnet! Sofort erhob er sich und verlas eine von dem Gouverneur Merkys und ihm selbst unterzeichnete Verordnung, welche die Auflösung des Landtages verfügte. In Genf war inzwischen eine neue Memelbeschwerde vorgebracht worden: Die Bildung einer Regierung auf demokratischer Grundlage werde vom Gouverneur verhindert, er habe, ganz im Gegensatz zum Memelstatut, nicht einen Vertrauensmann des Memeldeutschtums, sondern einen Großlitauer mit der Regierung beauftragt. Der Präsident habe mit Eingriffen in die Gerichtsbarkeit und das Schulwesen gedroht. Man müsse darum bitten, daß die Justizhoheit und Kulturautonomie gewahrt bleiben, daß die Befugnisse des Gouverneurs nicht erweitert würden. Es sei nun endlich an der Zeit, daß der Kriegszustand und die Pressezensur aufgehoben würden. Auch die Finanzfragen müßten gelöst werden. Es sei ungesetzlich, daß Litauen seine Vereinbarungen mit Deutschland über die Regelung von Pensionszahlungen und Kriegsbeschädigtenrenten aus dem Jahre 1929 dazu benutze, diese Lasten dem Memelgebiet aufzubürden und seinen Finanzanteil um die betreffende Summe zu kürzen. Ja, man beabsichtige in Kowno, darüber hinaus noch weitere aus der Kriegs- und Besatzungszeit hergeleitete Lasten auf das Memelgebiet abzuwälzen. Durch diese Drosselung der autonomen Finanzverwaltung werde überhaupt die ganze autonome Verwaltung aufs empfindlichste erschüttert.

Schon bald hatten die Memelländer allen Grund, eine neue Beschwerde vor den Völkerbund zu bringen. Die Neuwahlen waren zwar auf den 10. Oktober, den letzten zulässigen Termin, festgesetzt worden, aber der Gouverneur Merkys hatte bereits neue Mittel erdacht, um die Deutschen zu knebeln, wobei er tatkräftig von Kowno unterstützt wurde. Daß die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit für die Deutschen nicht bestand, war eine Tatsache, an die man sich seit Jahren gewöhnt hatte. Die deutschen Zeitungen enthielten, wenn sie aus der Präfektur des Gouverneurs herauskamen, meist nur noch ein sinnloses Gestammel. Das Recht der freien Meinungsäußerung war gänzlich unbekannt. Aber dann gingen die Litauer auch noch dazu über, die Wahlkommission ganz einseitig mit Litauern zu besetzen und so zu tun, als gäbe es überhaupt keine

324

10. Kapitel: Beschwerde in Genf 325

Memeldeutschen. Schließlich aber wurde in Kowno das Wahlgesetz geändert. Es wurden nicht nur, wie früher, alle anwesenden Litauer, auch ohne Bürgerrecht des Memellandes, für aktiv wahlfähig erklärt, sondern das Wahlalter wurde von 21 auf 24 Jahre erhöht. Dadurch wurde dem Memeldeutschtum Nachteile zugefügt, denn die Nationallitauer waren als Beamte, Kaufleute usw. nur selten jünger als 24 Jahre. Und dann kamen litauische Fanatiker ins Land und hielten Wahlversammlungen auf ihre Weise ab, mit terroristischen Drohungen und blinder Verhetzung des litauischen Volkselementes.

Über alle diese Vorgänge reichten die Memelländer am 22. September 1930 in Genf eine neue Beschwerde ein. Zwischen Curtius, dem deutschen Außenminister, und Zaunius, dem litauischen Außenminister, der übrigens vor 1914 preußischer Referendar war, entspannen sich in den letzten Septembertagen sehr erregte Auseinandersetzungen, und schließlich gelang es dem norwegischen Minister Hambro, dem Völkerbundsreferenten in Memelfragen, am 30. September einen Vergleich zwischen Curtius und Zaunius herbeizuführen. Zaunius versprach für den Wahlkampf Wiederherstellung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit, er verpflichtete sich weiter, die Wahlkreiskommissionen in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der parlamentarischen Parität neu zusammensetzen und das Memeldirektorium umzubilden, indem an die Stelle der beiden großlitauischen Mitglieder zwei Angehörige der deutschen Mehrheitsparteien berufen werden sollten.

Die neue Zusammensetzung der Wahlkreiskommissionen wurde nun von Merkys alsbald durchgeführt. Auch die Pressezensur wurde erleichtert, wenn auch die Litauer immer noch Mittel und Wege fanden, ihre in Genf übernommenen Verpflichtungen zu umgehen. Aber die Umbildung des Direktoriums, die nach den Genfer Beschlüssen noch vor den Wahlen zu erfolgen hatte, war eine Prestigefrage, und hier leistete Merkys Widerstand. Die deutsche Regierung sah sich genötigt, bei dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, telegraphisch gegen diese Verzögerung zu protestieren. So wurden dann im letzten Augenblick, am 9. Oktober, an Stelle der beiden großlitauischen Direktoren die Memeldeutschen Schulz,

325

Deutsche unter Fremdherrschaft 326

Bürgermeister von Memel, und Szigaud zu Direktoren berufen. Das Präsidium behielt Reisgys. Die Wahl am 10. Oktober 1930 bedeutete abermals eine Niederlage der Litauer. Von 49 730 gültigen Stimmen erhielten sie 8817, d. h. 17,7 Prozent. Die Erhöhung des Wahlalters hatte sich für die Deutschen ungünstig gezeigt. Der neue Landtag bestand aus 18 bürgerlichen Deutschen (früher 20), 4 Sozialdemokraten (vorher 3), 2 Kommunisten wie bisher und 5 Litauern, die einen Sitz gewonnen hatten.

Nach diesem Ergebnis trat die Regierung Reisgys zurück, führte aber die Geschäfte

weiter und zwar in einer Weise, daß die beiden memelländischen Mitdirektoren ausschieden, weil Reisingys sein Versprechen, frühere Kampfverfügungen wieder aufzuheben, nicht einhielt. Als der Landtag am 12. November 1930 eröffnet wurde und den Führer der Memeldeutschen, Dr. von Dreßler, zu seinem Vorsitzenden wählte, erklärte Merkys abermals unumwunden, daß die Richter und Lehrer noch viel zu wenig die litauische Sprache beherrschten.

Als am 8. Januar 1931 Merkys den Deutschen Otto Böttcher zum Präsidenten des Direktoriums berief und zwei andere Deutsche, der Landwirt Szigaud und der Pfarrer Podzus, zu Mitdirektoren ernannt wurden, da schien es, als füge sich der Gouverneur den Bestimmungen des Memelstatuts. Aber der Waffenstillstand war nur ein scheinbarer. Merkys dachte nicht daran, den Kriegszustand und die Zensur aufzuheben, ja er ging zu neuen Angriffen über. So wurde im Einverständnis mit Merkys von der Zentralregierung in Kowno dem Landesdirektorium sein verfassungsmäßiges Recht entzogen, den Oberstaatsanwalt für das Memelgebiet zu ernennen. Die litauische Regierung berief einen Großlitauer in dieses Amt. Merkys erkannte bald, daß die ganze großlitauische Politik im Memellande durch die Berufung Böttchers sozusagen auf das tote Gleis gekommen war. Der Gouverneur hatte seinen diktatorischen Einfluß eingebüßt, und er besaß kein Rechtsmittel, seine maßgebende Stellung aufs neue zu erringen. Er konnte Böttcher nicht abberufen und durch einen anderen Präsidenten ersetzen, denn nach der Memelkonvention hatte nur der Landtag das Recht, eine Regierung durch sein Mißtrauen

326

10. Kapitel: Gewaltstreik gegen Böttcher 327

zu stürzen, und ein besonderer das Staatsinteresse Litauens berührender Grund zur Abberufung Böttchers durch den Gouverneur lag nicht vor.

In Kowno kam man zu der Ansicht, daß gegen das Memelland nur noch ein Gewaltstreik helfen könnte. Im Januar 1932 weilte Merkys oft lange in Kowno. Bei diesen Zusammenkünften mit der Zentralregierung wurden schwerwiegende Pläne besprochen: man wollte eine litauische Volkserhebung mit militärischer Unterstützung herbeiführen, alle Deutschen sollten vertrieben, das deutsche Landesdirektorium gestürzt werden. Die Autonomie des Memelgebietes sollte durch einen Staatsstreik beseitigt werden. Aber da bot sich dem Gouverneur eine unverhoffte Gelegenheit, mit einem Schein des Rechtes ohne nackte Waffengewalt gegen die memelländische Regierung vorzugehen. Den Vorwand bildete eine Reise Böttchers nach Berlin. Anfang Februar begann der Kampf zwischen Merkys und Böttcher. Im Landtage erhoben die litauischen Abgeordneten auf Geheiß von Merkys Vorwürfe gegen Böttcher, er sei mit einem kleinen Grenzpassierschein nach Berlin gereist und habe mit der deutschen Regierung über Memelfragen verhandelt. Die Berliner Regierung erklärte sofort, daß dies nicht wahr sei. Trotzdem wurde auf Befehl der Regierung in Kowno, bei der sich Merkys gerade aufhielt, am Vormittag des 6. Februar Böttcher im Landesdirektorium von litauischen Offizieren verhaftet und im Kraftwagen nach Kowno gebracht, wo er in einer Kaserne interniert wurde. Am nächsten Tage, einem Sonntag, erfuhr Pfarrer Podzus das gleiche Schicksal. Merkys begab sich darauf in das Landesdirektorium und verlangte von Szigaud, er solle die Führung der Geschäfte übernehmen. Der aber lehnte dies ab, und nun setzte Merkys einen großlitauischen Landesrat unter dem Vorsitz von Tolischus ein.

Sofort wurde die Grenze nach Deutschland gesperrt, der Telephonverkehr wurde von litauischen Spitzeln überwacht. In den Straßen von Memel patrouillierten starke Soldatenabteilungen, trieben die Zusammenstehenden auseinander, machten Jagd auf deutsche Pässe, die sie den Inhabern abnahmen. Sämtliche deutsche Zeitungen wurden beschlagnahmt. Gerüchte

327

durchschwirrten die Luft, der Landtag sollte aufgelöst, alle Deutschen sollten vertrieben werden. In Deutschland herrschte große Erregung. Die Reichsregierung wandte sich (8. Februar) an den Völkerbund, beantragte sofortige Einberufung einer Ratssitzung, und verlangte energische Abhilfe. Alsbald trat auch der Rat zusammen, und Staatssekretär von Bülow begründete vor ihm am 13. Februar die deutsche Beschwerde wegen Litauens Vertragsverletzung und verlangte, daß der Völkerbundsrat unverzüglich einschreite. Der Rat beauftragte jetzt den norwegischen Delegierten Colban, über die Angelegenheit zu berichten. Dieser erklärte in seinem Bericht vom 20. Februar die Lage im Memelgebiet für anormal und verlangte schleunige Maßnahmen. Die Verhaftung Böttchers bedeutete einen doppelten Verfassungsbruch, da der Gouverneur einen Landespräsidenten überhaupt nicht absetzen dürfe und zweitens, da durch die Verhaftung die Immunität des Präsidenten verletzt worden sei. Die Rechtsfrage der Abberufung Böttchers sollte durch ein Schiedsgericht oder durch den Haager Gerichtshof entschieden werden. Diese dilatorische Lösung befriedigte die Deutschen keineswegs, und die Reichsregierung wandte sich nun mit einer Beschwerde an die Signatarmächte des Memelstatuts.

Böttcher, gegen den von Merkys der Vorwurf des Landesverrates erhoben worden war, weil er angeblich mit einer fremden Macht, d. h. Deutschland, Verhandlungen gegen das Interesse Litauens geführt habe, war am 23. Februar im Einverständnis mit den deutschen Mehrheitsparteien freiwillig zurückgetreten. Merkys versuchte vergeblich, nachträglich die Zustimmung des Landtages zur Verhaftung Böttchers zu erlangen. Ohne sich weiter mit den Mehrheitsparteien zu verständigen, setzte Merkys nun ein rein litauisches Direktorium ein, bestehend aus dem Präsidenten Simaitis und den Direktoren Kadgiehn und Reisgys.

Am 19. März hatten die Signatarmächte der Memelkonvention in Kowno sehr scharfe Erklärungen abgegeben und die Wiederherstellung verfassungs- und vertragsmäßiger Zustände gefordert. Insbesondere war der litauischen Regierung angedroht worden, daß der Fall Böttcher nicht von einem Schieds-

328

10. Kapitel: Neuer Terror 329

gericht, sondern vom Haager Gerichtshof, entschieden werden sollte, wenn kein verfassungsmäßiges Direktorium zustande komme, ein solches, welches das Vertrauen des Landtags genieße. Ein etwaige Auflösung des Landtages würden die Signatarmächte als Zuwiderhandlung gegen die Empfehlungen des Völkerbundsrates vom 20. Februar betrachten.

Merkys beachtete die Drohungen der Signatarmächte nicht im geringsten. Am 22. März sprach die Mehrheit des Landtages mit 22 Stimmen gegen die fünf Großlitauer der Regierung Simaitis das Mißtrauen aus. Nun wurde auch der Landtag durch Dekret von Merkys aufgelöst. Zwei Tage später wurden sogar deutsche Parteiführer vorübergehend in Haft genommen!

Eine neue Epoche des Terrors hub an, um die für den 4. Mai 1932 festgesetzte Wahl zugunsten Litauens zu beeinflussen. Viele Tausende von Großlitauern, etwa 10 000 bis 11 000, wurden eingebürgert, damit sie das Wahlrecht bekamen. Die Wahlkreiskommissionen wurden nur mit großlitauischen Parteigängern besetzt. Alle Verpflichtungen, die Litauen im September 1930 übernommen hatte, waren vergessen. Der Kriegszustand wurde weiter durchgeführt. Trotz der formellen Aufhebung der Zensur war die Presse geknebelt, Rede- und Versammlungsfreiheit gab es nicht, seit länger denn fünf Jahren durften die Deutschen nicht mehr frei reden. Die Deutschen wurden ausgewiesen. 21 deutsche Lehrer und 26 reichsdeutsche Verwaltungsangestellte wurden am 30. März gekündigt und mußten bereits bis zum 1. Mai das Land verlassen. Insgesamt wurden vor den Wahlen etwa 600 Reichsdeutsche ausgewiesen. Der Führer der Memelländischen Volkspartei, Schulrat Meyer, wurde am 9. April wegen Spionage verhaftet und unverzüglich nach dem Gefängnis Bajoren gebracht, ohne daß er sich von seiner Familie verabschieden konnte. In Kowno wurde

den memelländischen Pfarrern das Urteil gesprochen: es sollen im Memelland nur Pfarrer angestellt werden, welche auf der Universität Kowno und der dortigen, unter Gaigalats Leitung stehenden theologischen Fakultät ausgebildet worden seien. Aber die Kirche des Memellandes lehnte die theologische Fakultät Kowno wegen ihres niedrigen Niveaus ab.

Beunruhigten schon diese Vorgänge die Memelländer sehr

329

Deutsche unter Fremdherrschaft 330

stark, so tat dies vor allem noch die Ende April einsetzende fanatische Deutschenhetze, mit der sich ein brutaler Wahlterror verband. Der litauische Rundfunk verbreitete Reden und Nachrichten über angebliche imperialistische und aggressive Absichten Deutschlands. Große Trupps widerrechtlich eingebürgerter großlitauischer Burschen zogen nachts durch die Straßen Memels, besudelten Häuser und Denkmäler mit Teer und Farbe und Plakaten, schlugen friedliche Einwohner nieder, bedrohten die Polizeibeamten. In Prökuls störten litauische Jungschützen, Bahnarbeiter, Grenzpolizei- und Postbeamte eine Wahlversammlung der memelländischen Landwirtschaftspartei mit Tränengas und Stinkbomben. Die deutsche Reichsregierung des Kanzlers Brüning ließ zwar den Signatarmächten England, Frankreich, Italien und Japan am 28. April eine Note überreichen, worin sie sich über die Zustände im Memelgebiet und die vom Direktorium betriebene Wahlbeeinflussung beschwerte, doch all diese Bemühungen waren umsonst. In der Nacht vor der Wahl kam es noch einmal in Memel zu ausgedehnten Gewalttaten. Litauische Soldaten unter Führung eines Offiziers verhinderten, daß die Polizei die Ruhestörer verhaftete, aber die Litauer verhafteten deutsche Zettelankleber. Die Deutschen waren vogelfrei, die Polizei war außer Gefecht gesetzt. Und dennoch ward die Wahl, trotz aller Verfolgungen und Qualen, ein deutscher Sieg. Von 65 828 abgegebenen Stimmen erhielten die Litauer 12 960, das sind 19,7 Prozent. Auf die Deutschen entfielen 24 Mandate, auf die Großlitauer 5, wie bisher. Es war den Litauern nicht gelungen, eine Bresche in die Front der Deutschen zu schlagen. Das war ja der Zweck der Wahl gewesen, und insofern bedeutete sie eine Niederlage. In Kowno war man aufs tiefste bestürzt. In Regierungskreisen wurde von einem völligen Zusammenbruch der bisherigen litauischen Memellandpolitik gesprochen und die Abberufung des Gouverneurs Merkys gefordert. Man wollte sogar die Wahl für ungültig erklären, da, wie behauptet wurde, 76 Reichsdeutsche mitgestimmt hätten. Ja, in militärischen Kreisen spielte man wieder mit dem Gedanken eines bewaffneten Überfalls. In den Tagen nach der Wahl kamen zahlreiche litauische Schützenverbände auf Lastautos und Fahrrädern über die Grenze und ver-

330

10. Kapitel: Klage im Haag 331

breiteten Unruhe in der Bevölkerung. Die Straßen Memels wurden von diesen Eindringlingen beherrscht.

Die Folge dieser Wahl war der Rücktritt des Gouverneurs Merkys am 7. Mai. Das Direktorium Simaitis legte zwar seine Ämter noch nicht nieder, aber man erwartete auch seinen Rücktritt, der dann auch am 26. Mai erfolgte. Neun Tage vorher war der bisherige Generalkonsul in London, Gylys, von der litauischen Regierung zum Gouverneur ernannt worden. Dieser berief den Abgeordneten Dr. Schreiber von der memelländischen Volkspartei zum Präsidenten des neuen Direktoriums. Der unschuldig verhaftete Studienrat Meyer war am 20. Mai aus der Haft entlassen worden, nachdem sich das Ausland für seine Befreiung eingesetzt hatte. Eine nach Hunderten zählende begeisterte Volksmenge hatte sich vor dem Gefängnis eingefunden, darunter auch der Memeler Oberbürgermeister Brintlinger und andere Führer der

memelländischen Parteien. Die Menge brachte ihrem Vaterlandsverteidiger ein dreifaches Hoch aus und überschüttete ihn mit Blumen. Auch der ebenfalls wegen Spionage verhaftete Reichsdeutsche Beckers wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Erfolg der litauischen Offensive vom Februar war also gewesen, daß die litauische Regierung im Mai auf der ganzen Linie den Rückzug antreten mußte. Allerdings wurde bald ein Wermutstropfen in die Freude über den Sieg der deutschen Standhaftigkeit im Memelgebiet gegossen. Am 11. April hatten die Signatarmächte der Memelkonvention die Klage gegen Litauen beim Haager Gericht eingereicht. Es sollten folgende Fragen beantwortet werden: Ob der Gouverneur das Recht hat, den Präsidenten des Direktoriums zu entlassen; wenn ja, unter welchen bestimmten Umständen und Bedingungen; ob eine derartige Entlassung auch das Ende der Amtsdauer der übrigen Direktoren bedingt; ob die Entlassung Böttchers unter Umständen, die dem Statut entsprächen, erfolgt sei und ob die Auflösung des Memelländtages durch den Gouverneur am 22. März, da das Direktorium des Präsidenten Simaitis das Vertrauen des Landtages nicht erhielt, rechtmäßig erfolgt sei.

Der Haager Gerichtshof begann am 8. Juni, nachdem er den litauischen Protest wegen Nichtzuständigkeit zurückgewiesen

331

Deutsche unter Fremdherrschaft 332

hatte, mit den Verhandlungen und fand am 11. August 1932 mit zehn Stimmen gegen fünf Stimmen der deutschen, italischen, spanischen, holländischen und kubanischen Richter folgende Entscheidung: Der Gouverneur hat das Recht, in besonderen Fällen den Präsidenten des Direktoriums abzusetzen; die Absetzung des Präsidenten schließt nicht in sich die Außerkraftsetzung der Funktionen der übrigen Mitglieder des Direktoriums; die Absetzung des Präsidenten Böttcher ist ordnungsgemäß erfolgt! Auch die Zusammensetzung des Direktoriums unter dem Vorsitz des Simaitis war ordnungsmäßig; aber die Auflösung des Memelländischen Landtages am 22. März ist nicht ordnungsgemäß gewesen. Das Urteil fiel anders aus als Deutschland und die Signatarmächte erwarteten: Böttchers geheimer Besuch in Berlin wurde als „Verstoß gegen die Souveränität Litauens“ bezeichnet. Aus diesem Einzelfall heraus wurde jetzt dem Gouverneur das neue Recht zugestanden, den Präsidenten des Direktoriums abzuverufen, wenn „alle andern Mittel erschöpft seien“. Dem Gouverneur wurde weiterhin die Berechtigung zuerkannt, jeden Memelländer zum Präsidenten zu berufen, der allerdings das Vertrauen des Landtags haben muß. Dagegen wurde das Recht des neuernannten Präsidenten, die übrigen Mitglieder des Direktoriums zu berufen, eingeschränkt durch die Feststellung, daß bei der etwaigen Absetzung eines Präsidenten die übrigen Mitglieder des Direktoriums im Amte verbleiben dürfen. - Zu einem derartigen, in seinen Folgerungen paradoxen Urteil hatte jetzt die Auslegung des Memelstatuts geführt.

Der Haager Urteilsspruch rief im Memelland starken Unwillen hervor, der sich über das ganze deutsche Volk verbreitete. Gerade das erbitterte die Deutschen so sehr, daß der Gerichtshof zwar in der entscheidenden Frage, ob das Direktorium das Vertrauen des Landtags haben müsse, den Memelländern recht geben mußte, in allen anderen Fragen aber formal, zugunsten Litauens entschied.

Den Litauern kam dies Urteil sehr gelegen. Außenminister Zaunius bekannte, daß „der Haager Gerichtshof Litauen mehr zugesprochen, als es selbst erwartet habe“.

Mit neuer Geschäftigkeit intrigierte man gegen das memelländische Direktorium,

332

10. Kapitel: Haager Urteil 333

das unter dem Präsidenten Schreiber nach Rücktritt von Simaitis gebildet worden war, und man warf ihm vor, es wahre in keiner Weise die Interessen der Litauer im

Memelgebiet. Großlitauische Zeitungen forderten die Wiedereinsetzung des Gouverneurs Merkys. Die Regierung selbst befaßte sich mit durchgreifenden Litauisierungsmaßnahmen im Memelgebiet. Man plante, die schon seit langem beabsichtigte Angleichung des memelländischen Schulwesens an das litauische nun endlich durchzuführen, auch die Sprachenfrage bei Beamten und Behörden zu regeln sowie nun endgültig die Frage der Beibehaltung „fremdsprachiger“, d. h. deutschsprachiger Beamten, Lehrer und Richter zu klären, d. h. diese restlos ihrer Ämter zu entheben.

Der Kampf gegen das sich mit erbitterter Zähigkeit wehrende deutsche Volkstum sollte mit unverminderter Heftigkeit fortgesetzt werden. -

333

SCHLUSSBETRACHTUNG

Völkerwanderung und Kulturwanderung in der Geschichte Mitteleuropas 334

Die Geschichte Europas kennt zweierlei Wanderungen: Die Völkerwanderungen nach Süden und Westen, und die Volks- und Kulturwanderungen nach Osten.

Die Völkerwanderungen, die sich nach Süden und Westen bewegten, waren Willensäußerungen großer Volksmassen, triebhaft, beherrscht von der primitivsten vitalen Not und Begehrlichkeit, gleichgültig, ob diese sich äußerte als Sonnensehnsucht, als Liebe zu fruchtbaren und üppigen Äckern, als Abenteuerlust in der Suche nach Gold und Glück. Letzten Endes bestand zwischen den Germanen, die in die blühenden Fluren Italiens einbrachen, und den Europäern, welche in die Urwaldwildnis Amerikas vordrangen, kein Unterschied. Es waren materielle, keine geistigen, seelischen Gründe, aus denen ich der Drang der Sonne nach erkläre. In Europa jedenfalls war es so, daß die völkisch unverbrauchten Germanen, gestützt auf die urwüchsige, gesunde Körperkraft und die Zahl der Masse, anstürmten gegen die Macht Roms, hinter der eine verbrauchte, alte, schwache Volkskraft stand. Durch die anstürmenden Massen überrannten die Germanen, die Kelten vor sich herdrängend, das römische Imperium, sie setzten reine, gesunde Volkskraft gegen verbrauchtes, verfälschtes Volkstum. Der Nachhall der germanischen Völkerwanderung war die slawische im 7. Jahrhundert, und auch hier läßt sich erkennen, daß die größere Volksmenge auf seiten der von Osten her aneilenden Slawen war. Da, wo die Slawen mit den Germanen zusammenprallten, an der Ostgrenze des zertrümmerten Thüringer Königreiches, im Gebiete der Saale, läßt sich zwar die Unterlegenheit der slawischen Kultur gegenüber der thüringischen klar feststellen, aber auch die ans Unbegrenzte reichende Fortpflanzungsfähigkeit der Slawen. Sie gründeten im Laufe von zwei Jahrhunderten z. B. im Saalekreis, auf einem Raum von rund 500 Quadratkilometern, 250 bis 300 Siedlungen. Allerdings war die Welle der slawischen Völkerwanderung nicht so

334

Schlußbetrachtung 335

stark wie die germanische, mit ihren äußersten Spitzen erreichte sie den oberen Main, die Werra und die mittlere Aller.

Diese Ost-West, bzw. Nord-Südwanderungen in Europa, ausgesprochene Völker-, Massenwanderungen, erstrecken sich auf ein volles Jahrtausend, sie reichen etwa von der Zeit, da Hannibal den Römern unterlag, bis zu der Zeit, da Karl der Große sich in Rom die Kaiserkrone vom Papste aufsetzen ließ.

Doch schon seit der Mitte des sechsten Jahrhunderts etwa setzte die Gegenströmung ein, zaghaft zunächst und in kleinem Umfange, anschwellend sodann in den Zeiten des hohen Mittelalters, sich konsolidierend im 18. Jahrhundert in einem gewissen politischen Gleichgewichte an den östlichen Grenzen Europas, zerbrechend schließlich in der schweren europäischen Völkerkrise des Weltkrieges.

Die Kultur- und Volkswanderung, die sich in Mitteleuropa im Gegensatz zu dem im Mittelmeergebiete geltenden Satze Ex oriente lux entgegen der Sonne, das heißt nach Norden und Osten bewegte, begann mit dem Eindringen der Franken nach Hessen und Schwaben in den Raum des ehemaligen Thüringer Königreiches, mit dem allmählichen Vordringen der oberdeutschen Mundart gegen die niederdeutsche, mit der Verkündung der römisch-christlichen Lehre durch Winfried-Bonifatius und seine Schüler. Diese Vorgänge erhielten einen gewissen Nachdruck durch die Gewalt des Schwertes. Es ist jene Ära kriegerischer Bekehrungen, die von der Hinrichtung der viertausend Sachsen zu Verden an der Aller auf Befehl Karls des Großen bis zur Bekehrung der heidnischen Slawen an Saale, Elbe und Havel im zehnten Jahrhundert unter den Sachsenkaisern reicht, wo nach dem Grundsatz verfahren wurde: „Wer sich nicht taufen läßt, muß sterben!“

Diese Kulturwanderung, nicht getragen von einem gewaltigen Aufgebote ziehender Völker, sondern von einer zahlenmäßig kleinen, kriegerischen Schar, insbesondere von ganz hervorragenden Einzelpersonlichkeiten bewirkt und durchgeführt, erlebte ihre höchste Blüte in der Zeit vom 11. bis 13. Jahrhundert. Die große lateinische Einheit der germanischen und romanischen Völker mobilisierte ihr mächtigstes Kulturgut,

335

Deutsche unter Fremdherrschaft 336

das sie besaß, das Christentum, und zog, zu Wasser und zu Lande, gen Osten, um die Lehre Christi wieder da zu befestigen, von wo sie ausgegangen, aber von wo sie durch die heidnischen Türken und Asiaten verdrängt worden war. Die Kreuzzüge waren das Ergebnis der zu höchster Kraft gelangten europäischen-christlichen Kulturwanderung, jener Wanderung einer in sich geschlossenen, die germanischen wie die romanischen Völker umfassenden lateinisch-christlichen Kultur, diese selbst war das schließliche Ergebnis der Völkerwanderung. Wie einst die Germanen nach Rom strebten, sinnliche Beute begehend, so strebten jetzt die Kreuzfahrer nach Jerusalem, christlichen Glauben und christliche Freiheit, wie sie es verstanden, dorthin tragend.

Die Kreuzzugsbewegung brach zusammen, weil sie die Kräfte Europas überstieg. Aber ihr Same fiel auf fruchtbaren Boden im mittleren Europa, wo mit bescheideneren Mitteln auf kleinerem Raume, aber mit der Basis des Volkes stets organisch verbunden, der Gedanke mit zwingender Dynamik weiter wirkte. Auch in diesem Punkte erwies es sich wieder einmal, daß in der Beschränkung erst die Meister sich zeigten. Die flämischen Kolonisten, die nach Ostland ritten, waren vom Kreuzzugsgeist beseelt. Erzbischof Wichmann selbst rüstete mit Heinrich dem Löwen, Albrecht dem Bären und den Wettinern den wendischen Kreuzzug nach Jüterbog aus; und dann geschah das Große, daß die Schwertritter und die Deutschritter ins baltische Land zogen und dort deutsche und christliche Kultur verbreiteten. Die Methoden dieser, man möchte sagen stillen Kleinarbeit waren andere geworden. Man wandte sich ab von den barbarischen Methoden einer vergangenen Zeit, die mit dem Schwerte den andern den Geist der höheren Kultur aufzwingen, man griff zu einem neuen, modernen, friedlichen, aber um so wirksameren Mittel: der Kolonisation. An die Stelle des kämpfenden Ritters trat der arbeitende Bauer, der Handwerker, der Kaufmann. Es zeigte sich bald, wie erfolgreich diese Kultur- und Volkswanderung nach Osten war. Sie ging zwar nicht so schnell vonstatten wie ein Völkerzug nach Westen, denn bei dieser Kultur- und Volkswanderung wurden nicht

336

Schlußbetrachtung 337

schwache und verbrauchte Völker überrannt, sondern hier mußte um jede Ackerscholle eines wilden, zum großen Teile noch unberührten Bodens, gegen junge, kräftige

Volksstämme, gerungen werden.

Im Unterschied zu den Massenbewegungen der Völkerwanderungszeit bestand diese Rückwanderung deutschen Blutes und deutscher Kultur nach Osten auf dem Prinzip einer wunderbaren sozialistischen Eingliederung der zu höchster Leistung verpflichteten Einzelpersönlichkeit in eine durch Blut, Volkstum, Glauben fest zusammengehaltene Gemeinschaft. Diese Kolonisation des europäisch-deutschen Ostens müßte man als die erste Erscheinungsform des Nationalsozialismus im Mittelalter bezeichnen, als die Organisation hochwertiger Einzelwesen in der christlichen und doch zugleich deutschen Idee, die keine Stammesgegensätze mehr kannte und insofern die Fähigkeit zu einer freien Entfaltung des Volkstums und die Kraft zu seiner Verwurzelung im wiedergewonnenen Boden besaß. Die große Veredelung des Wandertriebes in eine militärisch-christliche Energie des Aufbaus war getragen im Unterbewußtsein von einer völkisch-kulturellen Beständigkeit, die zunächst aber nur wirtschaftliche und politische Gestalt annahm.

Voraussetzung für den Erfolg einer solchen Kultur- und Volkswanderung war aber doch ein starkes Reich, das den Sturmtrupps deutsch-christlicher Kultur zuverlässigen Rückhalt bot. Kultur ohne politisches Rückgrat ist hinfällig. Und so geschah, daß die mitteleuropäische Volks- und Kulturwanderung, die sehr früh im Mittelalter eine Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Slawen war, zusammenbrach, als das Reich unter dem trägen und schwerfälligen Habsburger Friedrich IV. verfiel.

Die politische Neuorientierung des mittleren Europa wurde durch den Dreißigjährigen Krieg herbeigeführt. Diese Katastrophe belebte wieder die Kultur- und Volkswanderung nach dem Osten hin, und nach ihrer Beendigung kam eine neue politische Konsolidierung zwischen Deutschen und Slawen zustande. Die Richtung dieser neuen politischen Konsolidierung wies der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg im Frie-

337

Deutsche unter Fremdherrschaft 338

den von Oliva 1660, mit dem er die Liquidierung des 1466 geschaffenen Zustandes einleitete.

Doch diese Liquidierung konnte nicht im ganzen Umfange durchgeführt werden. Im Osten Europas erhob sich eine neue politische Macht, eine Mischung aus slawischen und tatarischen Elementen: Rußland. Dies neue Reich, ohne jede kulturelle Höhe, nur von einem ungestümen Drang nach Leben und Geltung beherrscht, drängte nach Westen, in der Gestalt seines Herrschers Peter Romanows des Großen. Auch in diesem Manne kommt wieder das hemmungslose, rein vitale und sinnliche Streben gegen die Bollwerke einer gefestigten Kultur zum Vorschein, wie es das Charakteristische der Völkerwanderung ist. Peter der Große rannte an gegen die christlich-europäische Kultur - und beugte sich unter sie. Dennoch war er ein politischer Faktor und sein Reich wurde durch ihn zu einem Grenzwall für die neue deutsche Kultur- und Volkswanderung nach Osten. Durch das Emporkommen des russischen Reiches erstarrte in dem Jahrhundert 1710 bis 1815 das weitere Vordringen des Deutschtums nach Osten. Die baltischen Provinzen gingen dem politischen Verbände des Deutschen Reiches ein für allemal verloren, doch gelang es ihnen, unter russischer Herrschaft ihren deutschen Charakter zu bewahren. Eine Regulierung zwischen dem deutschen und russisch-slawischen Kulturkreis wurde dann insofern noch gefunden, als das überreife polnische Reich im 18. Jahrhundert zwischen den deutschen Mächten und Rußland geteilt wurde. Der Wiener Kongreß 1815 sanktionierte das, was das 18. Jahrhundert geschaffen hatte.

Die ganze Entwicklung des 19. Jahrhunderts beruhte auf dem politischen Gleichgewicht der Kräfte, das sich zwischen Preußen, Österreich und Rußland herausgebildet hatte. Dieses politische Gleichgewicht durfte um so weniger gestört werden, als das erwachende Nationalbewußtsein der polnischen Slawen für alle drei Reiche eine bedenkliche Erschütterung in sich barg, wie die Ereignisse von 1830,

1848, des Krimkrieges und des polnischen Aufstandes von 1863 deutlich genug bewiesen. Zugleich mit der politischen Konsolidierung des europäischen Ostens kündigte sich bereits die rückläufige Volksbewegung an.

338

Schlußbetrachtung 339

Die Erkenntnis kam, daß die deutsche Kultur- und Volkswanderung nach Osten ihre Grenze erreicht hatte, in einen Zustand der Erstarrung eingetreten war, daß es jetzt nur noch darauf ankam, im Bunde mit Österreich und Rußland das zu halten und zu verteidigen, was man hatte.

Das gewaltige Völkerbeben des Weltkrieges störte den Gleichgewichtszustand im Osten Europas. Die mehrhundertjährige Ordnung des östlichen Europa stürzte in den Wetterflammen des Völkerringens zusammen. Rußland ging in der militärischen und revolutionären Katastrophe zugrunde, und aus seinem Mammutleibe erhob sich das neue Polen, das sich mit unverbrauchter Kraft in das vom Krieg arg geschwächte Preußen und Österreich wild hinein fraß. Das Diktat von Versailles zertrümmerte alle Erfolge der jahrhundertelangen deutschen Volks- und Kulturwanderung nach Osten. Die rückläufige Bewegung setzte nun mit voller Macht ein, das deutsche Volkstum wurde brutal aus dem Boden gerissen, eine neue Völkerwanderung, deren politisches Rückgrat die zwischeneuropäischen Nachfolgestaaten waren, bereitete sich vor. Von Reval über Riga, Memel, bis Danzig und weiter nach Westen war der deutsche Grund aufgewühlt und verwüstet, und tausend Kilometer weit von Pleß bis Putzig brandete die slawische Flut am Ufer des deutschen Volkstums, alles Deutsche, was hinter ihr lag, vernichtend und zerstampfend, alles Deutsche, was vor ihr lag, gierig beleckend und benagend.

Dies alles war der größte Hohn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in dessen Namen es geschah. Das nationale Selbstbestimmungsrecht setzte eine gewisse Kulturhöhe voraus, bei Völkern minderer Kultur, wie bei den Slawen entartet es in rohe Brutalität. An dieser elementaren Tatsache konnte der Völkerbund kaum etwas ändern, und die Befriedungspolitik von Locarno blieb im Osten ohne jeden Erfolg. So stand in tobender Entfesselung das Urwüchsige, Primitive, Vitale einer neuen slawischen Völkerwanderungsbewegung gegen die beharrlich und zähschaffenden Charakter- und Geisteskräfte deutscher Kultur- und Volkswanderungsbewegung. Jetzt wie immerdar zeigte sich der Unterschied der niedrigen, aber über die Volksmasse verfügenden Kultur gegenüber der höhe-

339

Deutsche unter Fremdherrschaft 340

ren Kultur. Seit 1910 war der seit elf Jahrhunderten nach Osten gerichtete Kurs europäisch-deutscher Bewegung in sein Gegenteil verkehrt worden. Nicht mehr übervölkerte der freie deutsche Bauer, der Handwerker, der Kaufmann, der Akademiker, sie alle als Träger einer höheren deutschen Kultur, die öffentlichen Gebiete, sondern der polnische Knecht, unter die Fuchtel des Dorflehrers und Dorfpfarrers geduckt, untervölkerte das Land, nach Westen strebend. Der Unterschied zwischen der deutschen und der polnisch-slawischen Ausbreitung ist offensichtlich. Der Deutsche, der ein kulturelles Verantwortungsbewußtsein besitzt, trug den Geist in die Länder des Ostens und gab ihn den Slawen, daß sie ihn aus freiem Willen annahmen. Das war ein schweres Werk und seine Erfolge zeigten sich erst nach Jahrhunderten. Der Slawe kennt nur die brutale Gewalt, er setzt sich mittels seiner Masse durch, indem er gewaltsam den Träger der höheren Kultur verdrängt. Der Erfolg einer solchen Methode zeigt sich schon nach einem Jahrzehnt! Ich zeigte ja oben am Beispiel des Saalekreises, wie dieser einst vor zwölf Jahrhunderten in kürzester Zeit aus einem deutschen ein völlig slawisches Gebiet wurde.

Zum Unglück wurde die Entwicklung seit 1920 durch die politische Schwäche des Deutschen Reiches noch unterstützt. Ebenso wenig ernsthaft wie der träge Habsburger Friedrich IV. setzte die deutsche Republik der polnischen Flut einen Damm entgegen. Sie wehrte nicht der deutschen Völkerwanderung aus der Ostmark nach dem Westen, die Acker um Acker kampflos polnischen Einflüssen preisgab. So wie das Land von Kattowitz über Danzig bis Reval trotz des verschiedenen Schicksals seiner einzelnen Teile eine durch das Versailler Diktat zusammengeschmiedete Schicksalsgemeinschaft bildet, so ist auch das deutsche Gebiet von Ratibor bis Stettin eine Schicksalseinheit, ständig von Polen bedroht.

Die Deutschen, welche die Verhältnisse im Odergebiet kannten, machten den Reichsregierungen die schwersten Vorwürfe. Hatte man denn nicht bemerkt, daß in den deutschen Landen östlich der Oder die polnischen Familien doppelt soviel Kinder hatten als die Deutschen? Hatte man denn nicht erkannt, daß der Anker des Deutschtums im Osten die Bauernscholle ist,

340

Schlußbetrachtung 341

und daß die ostdeutschen Bauernsöhne in Scharen nach dem Westen streben, weil die Landwirtschaft vor dem Abgrund steht? Was tat man denn gegen diese Landflucht, die auch den Handwerker, den Gewerbetreibenden, der von den Bauern lebt, mit sich reißt? Der Freiherr von Gayl in Königsberg, der 1932 Reichsminister wurde, klagte („Süddeutsche Monatshefte“ 28. Jahrgang, Nr. 1, Oktober 1930, Seite 16 ff.) die Parlamentsherrschaft und Parteienwirtschaft an, daß sie sich nicht um den deutschen Osten kümmern. „Deutschland ist seit Bismarcks Abgang bereits überwiegend vom Standpunkt der Großstadt aus regiert worden.“ Kein Verständnis für die Landwirtschaft und das Bauerntum des Ostens sei vorhanden. Die überspannte soziale Fürsorge rege die Menschen an, ihr vernachlässigtes Bauerntum in Ostdeutschland aufzugeben und Arbeiter in der westdeutschen Industrie zu werden, wo man gut versorgt sei. Der Kern des Ostproblems sei es, die notwendige Anzahl von deutschen Menschen zu finden und in der Heimat zu erhalten.

Die industrielle und pazifistische Regierungsweise der deutschen Republik führte dahin, daß der bäuerliche Osten immer tiefer in Not versank, daß die Staatsmänner immer nach Frankreich starrten und die Versöhnung mit ihm suchten; es war gewiß Stresemanns Verdienst, daß er die vorzeitige Räumung der Rheinlande erreichte, aber während das deutsche Volk über den befreiten Rhein jubelte, führten die Deutschen an der verslawten Weichsel und an der bedrohten Oder einen stillen, aber verzweifelten Todeskampf. Erst im Jahre 1932 erkannte die Mehrheit des deutschen Volkes, welche schwere Gefahr von Osten drohte. Man sah, welche schwere, tiefe Wunden die rückläufige Volksbewegung in den Körper des deutschen Volkstums gerissen hatte. Und eine erschütternde Erkenntnis erleuchtete die Hirne, daß man wieder nach Ostland reiten müsse, daß man wieder kämpfen müsse um deutschen Boden, kämpfen mit dem Geiste, mit dem Pfluge, und, wenn es sein muß, mit der Waffe!

341